



Vorlage an den Landrat des Kantons Basel-Landschaft

Titel: **Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014 – 2017 für die Universität Basel (Partnerschaftliches Geschäft)**

Datum: 27. August 2013

Nummer: 2013-282

Bemerkungen: [Verlauf dieses Geschäfts](#)

Links: - [Übersicht Geschäfte des Landrats](#)
 - [Hinweise und Erklärungen zu den Geschäften des Landrats](#)
 - [Landrat / Parlament des Kantons Basel-Landschaft](#)
 - [Homepage des Kantons Basel-Landschaft](#)



Vorlage an den Landrat

betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014 – 2017 für die Universität Basel (Partnerschaftliches Geschäft)

vom 27. August 2013

1. Ausgangslage

Seit dem 1. Januar 2007 gilt der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel (Universitätsvertrag). Mit dem Jahr 2013 endet die zweite Leistungsperiode unter gemeinsamer Trägerschaft. Gemäss ihrem Leistungsauftrag beantragt die Universität den Trägerkantone auf Basis einer Vergangenheitsbetrachtung und ihrer strategischen Planung den Globalbeitrag für die dritte Leistungsperiode 2014–2017.

Gestützt auf § 7 des Universitätsvertrags, auf den Bericht der Universität und die darauf folgenden Verhandlungen haben die Regierungen der Vertragskantone den Leistungsauftrag 2014–2017 für die Universität abgeschlossen und legen diesen gemäss § 19 des Universitätsvertrags den Parlamenten zur Genehmigung vor. Verbunden mit dem Leistungsauftrag ist der Antrag auf Genehmigung des Globalbeitrags an die Universität.

Der Antrag wird im begleitenden bikantonalen Regierungsbericht sowie im Bericht der Universität ausführlich hergeleitet, erläutert und begründet (vgl. Beilagen). Der Antrag der Universität wurde im regierungsrätlichen «Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen BL/BS» geprüft und verhandelt.

2. Rückblick auf die Leistungsperiode 2010–2013

Für die jetzt ablaufende Leistungsperiode 2010–2013 kann finanziell wie inhaltlich eine positive Bilanz gezogen werden. Die Universität Basel wird auch die zweite Leistungsperiode ausgeglichen abschliessen. Die Bilanz betreffend Erfüllung des Leistungsauftrags fällt positiv aus. Die Universität konnte das in der Strategie 2007 angelegte Entwicklungsprogramm umsetzen. Die von den Trägerkantonen zur Verfügung gestellten Globalbeiträge wurden konsequent im Sinne der Strategie eingesetzt. Bei der Einwerbung von Bundes- und Forschungsmitteln konnten die hohen Erwartungen erfüllt werden. Bei den Einnahmen gemäss interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV) scheint das Potenzial mit dem baldigen Erreichen der Studierendenzahl gemäss «Szenario Midi» (rund 13'000 Studierende) allerdings ausgeschöpft. Die IUV-Einnahmen lagen 2012 mit CHF 70,1 Mio. statt CHF 72 Mio. unter dem Planwert. Es zeigt sich auch, dass die Universität an ihre infrastrukturellen Grenzen stösst. Bereits mussten Drittmittel-Projekte und Förderprofessuren des Schweizerischen Nationalfonds zurückgewiesen werden, weil keine Labors zur Verfügung gestellt werden konnten. Für die Leistungsperiode 2014–2017 steht deshalb die Konsolidierung des Er-

reichten im Vordergrund. Wesentlich für die Entwicklung der Universität ist es, dass die Infrastrukturprojekte wie geplant umgesetzt werden, damit die eingeschlagene Strategie weiter verfolgt werden kann.

Auch das Problem der in einzelnen Studienrichtungen kritischen Betreuungsverhältnisse, welches das besondere Augenmerk der Parlamentskommissionen erhielt, wurden im Lauf der zurückliegenden Leistungsperiode grossteils gelöst. In den jährlichen Leistungsberichten hat die Universität die jeweiligen Fortschritte dargelegt. Aktuell sind die Betreuungsverhältnisse der Sportwissenschaften, Medienwissenschaften und Wirtschaftswissenschaften eher kritisch. Lösungen stehen in allen diesen Disziplinen in Aussicht und können je nach Bemessung des Globalbeitrags und mit baulichen Massnahmen (Sportwissenschaften) umgesetzt werden. Die Universität wird weiter laufend über die Betreuungsverhältnisse berichten, zumal im Leistungsauftrag 2014–2017 neu ein entsprechender Indikator aufgenommen worden ist.

Gemäss Auftrag der Trägerkantone hat die Universität im zurückliegenden Jahr ihre Strategie für die Jahre 2014–2021 vorgelegt. Diese «Strategie 2014» hat innerhalb wie ausserhalb der Universität positiven Widerhall gefunden. Sie bildet denn auch die massgebliche Grundlage für den Leistungsauftrag 2014–2017 und für die Begründung der dafür benötigten Mittel. In den beiliegenden Berichten wird zudem ausführlicher auf die Leistungsbilanz eingegangen.

3. Wichtigste Herausforderungen für die Universität 2014-2017

Für die Wirtschaftsregion stellt die Universität Basel einen herausragenden Standortfaktor dar. Die beiden Trägerkantone verfolgen sowohl aus der Tradition der Universität heraus wie aufgrund des regionalen Wirtschaftsumfelds dezidiert die Strategie, ihre Universität als Forschungsuniversität international in den vorderen Rängen zu positionieren. Diese Strategie impliziert eine Investition in die Weiterentwicklung bereits bestehender Stärken.

Gleichzeitig ist die Universität als Volluniversität im aktuellen Umfeld weiterzuentwickeln. Dies entspricht der Tradition unserer 550-jährigen Universität. Die Förderung der ausgewählten thematischen Schwerpunkte erfordert ein akademisches Umfeld, das die disziplinenübergreifende Bearbeitung der Themenfelder ermöglicht. Ein Vorantreiben der Life Sciences oder der Nanotechnologie verlangt bspw. die Einordnung der Erkenntnisse nach kulturellen und ethischen Gesichtspunkten. Auch die Leistungen der kulturwissenschaftlichen Disziplinen sollen der Gesellschaft zugänglich sein. Die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften erforschen und reflektieren die Grundlagen und Widersprüche moderner und vergangener Gesellschaften und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Orientierung in einer komplexen, sich rasch wandelnden technischen und politischen Umwelt. Ganz generell zeigen die Debatten in den beiden Kantonsparlamenten, dass mehrheitlich von der Universität eine thematische Vielfalt erwartet wird, die Beiträge zu allen politischen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht.

Die wichtigsten Herausforderungen in der kommenden Leistungsperiode der Universität sind somit:

- der Erhalt einer weiterhin kompetitiven Position in den Life Sciences (Forschung),
- die Aufrechterhaltung des Charakters als profilierte Volluniversität (kritische Masse),
- die Förderung der individuellen Exzellenz von Lehrkörper und Nachwuchs (Anreize, personales und infrastrukturelles Umfeld),
- die Erschliessung neuer Wissensgebiete von akademischer und gesellschaftlicher Relevanz.

Neben den entsprechenden Betriebsmitteln erfordert das Umsetzen dieses Programms in den anstehenden Leistungsperioden insbesondere auch das Vorantreiben der infrastrukturellen Projekte.

4. Antrag der Universität und Verhandlungen BL/BS

Im Jahr 2012 hat die Universität die Strategie 2014–2021 formuliert und die dafür nötigen Mittel berechnet. Die Resultate dieser Planung sind in den ausführlichen Bericht eingeflossen, mit dem die Universität den Trägerkantonen den Globalbeitrag für die Jahre 2014–2017 beantragt. Die Regierungen haben im Rahmen der Projektorganisation Partnerschaftsverhandlungen BL/BS den Antrag der Universität eingehend geprüft und darauf gestützt den Leistungsauftrag 2014–2017 ausgearbeitet.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich während der Verhandlungen dafür eingesetzt, dass der Universität genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden müssen, um ihre Strategie im Wesentlichen umsetzen zu können. Wegen der finanzpolitischen Situation musste der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft jedoch am Antrag der Universität Abstriche vornehmen. Zusätzlich waren noch Mittel für den Ausbau der Ausbildungskapazität in der Humanmedizin vorzusehen, die im ursprünglichen Antrag der Universität nicht enthalten waren. Die Universität wird zur Kompensation alle ihre vorhandenen Reserven mobilisieren müssen. Ausserdem wird die Universität seitens der Regierungen, auf Antrag des Kantons Basel-Landschaft, aufgefordert, durch eine Erhöhung der Studiengebühren ihren Eigenfinanzierungsgrad zu verbessern.

Die Universität weist in ihrer Stellungnahme zum regierungsrätlichen Antrag denn auch darauf hin, dass sie mit dem von den Regierungen vorgesehenen Globalbeitrag erheblich vorsichtiger an die Umsetzung ihrer Strategie herangehen muss (Beilage 3.2). Gleichzeitig zeigt die Universität Verständnis für die Berücksichtigung des aktuellen finanziellen Umfeldes und erklärt sich imstande, den Leistungsauftrag 2014–2017 grundsätzlich erfüllen zu können, sofern die verschiedenen Annahmen und Rahmenbedingungen wie prognostiziert eintreffen.

5. Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt

Der Antrag der Universität weist bereits einige Effizienzsteigerungs- und Sparmassnahmen für die anstehende Leistungsperiode aus. Im Wissen um die restriktivere finanzpolitische Situation hat die Universität sodann die notwendigen Steigerungen des Globalbeitrags vor allem in das letzte Jahr 2017 der Leistungsperiode verlegt. In dieses Jahr fällt jedoch auch die staatsvertraglich vorgesehene Reduktion des Standortvorteils von 10 % auf 5 %. Die ab 2017 veränderte Aufteilung des Restdefizits führt für den Kanton Basel-Landschaft zu einer zusätzlichen Steigerung des Jahresbeitrags, ohne dass dadurch der finanzielle Spielraum der Universität erhöht wird. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich deshalb im Lauf der Verhandlungen zu einem einseitigen Entgegenkommen von CHF 5 Mio. jährlich ab 2017 bereit erklärt, um einen genügenden Globalbeitrag für die Universität auch in diesem Jahr zu ermöglichen. Ab 2017 soll der Aufwand der Universität für die vom Kanton Basel-Stadt zur Verfügung gestellten Liegenschaften um CHF 10 Mio. gesenkt werden. Der tiefere Gesamtaufwand entlastet beide Trägerbeiträge um je rund CHF 5 Mio. Netto resultiert für den Kanton Basel-Stadt eine Zusatzbelastung von rund CHF 5 Mio., für den Kanton Basel-Landschaft eine Entlastung in gleicher Höhe (vgl. dazu den bikantonalen Bericht, Beilage 3).

6. Leistungsauftrag an die Universität 2014-2017

§ 7 Absatz 1 des Universitätsvertrags hält fest: «Die Regierungen der Vertragskantone erteilen der Universität, vertreten durch den Universitätsrat, nach Konsultation dieses Gremiums, in der Regel vierjährige Leistungsaufträge». Den Parlamenten kommt gemäss § 19 Absatz 1 Bst. a die «Genehmigung des Leistungsauftrags und des Globalbeitrags» zu.

Der von den Regierungen an ihrer Sitzung vom 27. August 2013 beschlossene Leistungsauftrag 2014–2017 ist als Weiterentwicklung des Leistungsauftrags 2010–2013 angelegt. Inhaltlich ist die Strategie 2014 massgeblich, die von der Universität unter Einbezug der verschiedenen Gruppierungen ausgearbeitet worden ist und innerhalb wie ausserhalb der Universität guten Anklang gefunden hat. Die Zielsetzungen der Strategie, die auch über die anstehende Leistungsperiode hinausweisen, sind in den Leistungsauftrag aufgenommen worden. So hat sich beispielsweise der Wechsel vom Konzept der «Profilierungsbereiche» zu den «thematischen Schwerpunkten» im Leistungsauftrag niedergeschlagen. Die Indikatoren, die nach der ersten Leistungsauftragsperiode – nicht zuletzt auch aufgrund von Rückmeldungen aus den parlamentarischen Kommissionen – nochmals auf ihre Tauglichkeit und Aussagekraft hin überprüft worden waren, haben sich grossteils bewährt. Sie wurden für die anstehende Leistungsperiode nochmals leicht angepasst. In seinem Grundgerüst wurde der Leistungsauftrag beibehalten. Es ist der Zweck eines universitären Leistungsauftrags, auf relativ «gehobener Flughöhe» langfristige Perspektiven zu definieren, die sich dann über längere Zeiträume verfolgen und anhand konstanter Indikatoren auch messen lassen.

Unter Ziffer 2.1 des Leistungsauftrags, «Finanzielle Leistungen der Kantone», sind der Globalbeitrag 2014–2017 sowie seine Aufteilung zwischen den Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ausgewiesen. Für die Jahre 2014–2017 sollen der Universität gesamthaft CHF 1'304,9 Mio. zugesprochen werden. Der Anteil des Kantons Basel-Landschaft beträgt insgesamt CHF 654,8 Mio., derjenige des Kantons Basel-Stadt CHF 650,1 Mio. Unter Ziffer 7.1.3 ist der Anteil definiert, der dem Immobilienfonds zufliesst und für Unterhalt und Erneuerung der von der Universität genutzten Liegenschaften zweckbestimmt ist. Er umfasst für die ganze Leistungsperiode 2014–2017 einen Betrag von CHF 30 Mio.

Der jährliche Trägerbeitrag steigt von CHF 314 Mio. (2013) über die Jahre auf CHF 329,5 Mio. (2017). Die Berechnung und Aufteilung der Jahrestanche erfolgt gemäss den Parametern des Universitätsvertrags. Sie entspricht im Jahr 2014 mit 50,2 % Basel-Stadt und 49,8 % Basel-Landschaft praktisch dem Status Quo (2013: 50,1 % BS; 49,9 % BL) und verschiebt sich bis ins Jahr 2017 leicht zu Gunsten von Basel-Stadt (2017: 48,7 % BS; 51,3 % BL). Wegen dieser Verschiebung bietet der Kanton Basel-Stadt das oben beschriebene Entgegenkommen an. Das Gesamtbudget der Universität inklusive Drittmittel entwickelt sich von rund CHF 633 Mio. (2013) bis CHF 658 Mio. (2017) pro Jahr.

7. Stellungnahme der Universität zu den Kürzungen des Antrags vom Oktober 2012 durch die Regierungen

Im bikantonalen Bericht des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt und des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft über den Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014–2017 für die Universität Basel (Beilage 3) wird unter Ziff. 6.3 in Tabelle 9 die Abweichung des regierungsrätlichen Antrags vom Antrag der Universität dargestellt. Der Universitätsrat wurde um Stellungnahme zu den Anpassungsvorschlägen der Regierungen gebeten und hat sich damit an seiner Sitzung vom 22.

August 2013 befasst. Die Stellungnahme des Universitätsrats liegt ebenfalls dem bikantonalen Bericht bei (Beilage 3.2). Der Universitätsrat will den Stand des Geschäfts nicht gefährden und stellt keine abweichenden Anträge.

8. Finanzielle Auswirkungen für den Kanton Basel-Landschaft 2014 - 2017

Die regierungsrätlichen Verhandlungsdelegationen haben sich auf die folgenden Globalbeiträge geeinigt. Die entsprechenden Beiträge sind im Budget und in der Finanzplanung abgebildet.

Die Berechnung und Aufteilung der Trägerbeiträge erfolgt gemäss den Parametern des Universitätsvertrags (§§ 33 und 44).

Tabelle 1: Globalbeiträge 2014-2017 in CHF Mio.

Jahr	2013	2014		2015		2016		2017		Total	
Globalbeitrag BL	156,7	159,9		161,9		164,0		169,0		654,8	
Globalbeitrag BS	157,3	161,1		163,2		165,3		160,5		650,1	
Globalbeitrag BL und BS	314,0	321,0		325,1		329,3		329,5 ¹		1'304,9	
Jahr	2013	2014		2015		2016		2017		Total	
Steigerung im Vgl. zum Vorjahr	-	7,0	+2,2%	4,1	+1,3%	4,2	+1,3%	0,2	+0 %	15,5	4,8%
Anteil BL	-	3,2	+2%	2,0	+1,3%	2,1	+1,3%	5,0	+3%	12,3	7,6%
Anteil BS	-	3,8	+2,4%	2,1	+1,3%	2,1	+1,3%	-4,8 ²	-2,9%	3,2	2,1%

¹ Im Jahr 2017 reduziert sich der staatsvertraglich vereinbarte „Standortvorteil“ von 10 % auf 5 %, was zu einem höheren Finanzierungsanteil des Kantons Basel-Landschaft führt. Gleichzeitig enthält der Trägerbeitrag 2017 ein einseitiges Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt, das den Aufwand der Universität um 10 Mio. Franken senkt. Dieses Entgegenkommen drückt sich jedoch nicht im baselstädtischen Kantonsbeitrag aus, sondern in einer Verminderung der Ertragsposition für die Mieten für die universitären Liegenschaften (bei unveränderten Mietflächen).

9. Abschreibung politischer Vorstösse

Mit der vorliegenden Landratsvorlage nimmt der Regierungsrat zu folgenden politischen Vorstössen Stellung:

9.1 [2011-354](#) vom 14. Dezember 2011, **Motion von Regina Vogt-Huber, FDP-Fraktion: Mehr Ärzte durch Aufhebung des Numerus Clausus**

(am 28. Februar 2013 als Postulat überwiesen)

9.1.1 Text des Postulats

Umverteilung der universitären Mittel in die Humanmedizin zulasten von Studiengängen deren Abgänger schlechte Beschäftigungschancen haben

Der Numerus Clausus für das Medizin Studium ist eine "Lösung", die selber zum Problem geworden ist. Grund: Wir haben mit Blick auf die Zukunft nicht nur zu wenig Ärzte, sondern ganz klar auch zu wenig Studienplätze für die Ausbildung des einheimischen Ärztenachwuchses. Die Aufhebung der Zulassungsbeschränkung setzt bei den Fakultäten jedoch Reformbereitschaft voraus.

Die Schweiz ist in wachsendem Mass von im Ausland ausgebildetem medizinischem Personal abhängig, das im dortigen Gesundheitswesen fehlt. Wie lange noch die Schweiz Mediziner z.B. aus Deutschland abwerben kann, wird immer mehr zum Politikum.

In der Schweiz gibt es genügend Maturanden, die sich für den Arztberuf interessieren und durch ihre gymnasiale Ausbildung auch befähigt sind, erfolgreich Medizin zu studieren. Der Bedarf an Ärzten kann somit vollumfänglich durch einheimischen Nachwuchs gedeckt werden. Im Jahre 2011 bewarben sich insgesamt 475 Maturanden, davon 104 aus BL um einen Studienplatz in Humanmedizin an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel. Angeboten werden aber nur 125 Studienplätze! Von den 2172 Maturanden, die sich gesamtschweizerisch für ein Medizinstudium beworben haben, wurden 2/3 abgelehnt. Lediglich 34 % haben einen Studienplatz erhalten.

Der Bedarf an Psychologen, aber auch Soziologen und Medienwissenschaftlern, ist weitgehend gesättigt. Gleichzeitig erleben diese Studiengänge einen enormen Zulauf und in naher Zukunft werden diese Absolventen auf den Markt drängen, ohne dass genügend Stellen vorhanden sind. Das Argument der freien Studienwahl sticht hier nicht, wenn gleichzeitig der grösste Teil der Bewerber für Humanmedizin abgewiesen wird. Vor allem bei den Hausärzten besteht ein Mangel, für dessen Behebung an sich genügend einheimische Bewerber zur Verfügung stehen würden. Es ist deshalb nicht einzusehen, weshalb gerade hier ein NC die Kandidaten selektioniert, während dies für andere Studiengänge, die Abgänger produzieren, welche nur schlechte Beschäftigungschancen haben, nicht gilt.

Es wird mittlerweile auch von der kantonalen Gesundheitsdirektoren Konferenz (GDK) eingesehen, dass "Zulassungstests" kaum geeignet sind, um die wirkliche Eignung der Studienanwärter für einen medizinischen Studiengang zu ermitteln. Auch unter diesem Gesichtspunkt hat der NC keine Berechtigung. Wichtigstes Kriterium für die Zulassung zu einem Medizinstudium soll wie in früheren Zeiten vor der Einführung des NC die Maturität sein.

Die GDK wird voraussichtlich im Januar 2012 eine Position zum Ärztemangel, insbesondere bei Hausärzten, Kinderärzten, Psychiatern und Gynäkologen, verabschieden, wobei nicht ausgeschlossen wird, dass auch die GDK einen Verzicht auf den Numerus Clausus empfehlen dürfte.

Auch wenn der Ständerat am 8. Dezember 2011 ein erstes Zeichen gesetzt hat, indem er die Studienplätze für Mediziner erhöhen will, wird der Regierungsrat beauftragt, Massnahmen zur Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen für medizinische Studienplätze zu treffen und zu prüfen, inwieweit Mittel von anderen Studiengängen zur Erweiterung der Ausbildungskapazität in die Humanmedizin umgelagert werden könnten. Mit diesen Massnahmen wird ermöglicht, genügend Schweizer Fachkräfte auszubilden, ebenso kann der medizinische Nachwuchs in allen medizinischen Disziplinen langfristig gefördert werden.

9.1.2 Ausgangslage

Die Postulantin beauftragt den Regierungsrat, Massnahmen zur Aufhebung von Zulassungsbeschränkungen für das Medizinstudium zu treffen und zu prüfen, ob Mittel von anderen Studiengängen zur Erweiterung der Ausbildungskapazität für die Humanmedizin umgelagert werden könnten, damit in der Schweiz genügend Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden können. Im Bericht zum Postulat [2010-165](#) „Ärztemangel“ (LRV [2012-121](#)) wurden der drohende Ärztemangel sowie Massnahmen dagegen und die Aufhebung des Numerus Clausus (NC) ausführlich behandelt.

Seit Ende 2011 haben sich Bund und Kantone mit der Problematik des drohenden Ärztemangels eingehend auseinandergesetzt. Die Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) hat bisher nicht die Aufhebung des NC empfohlen, jedoch zur Frage der Ausbildungskapazitäten Stellung genommen. GDK und Bund haben im August 2012 mitgeteilt, dass sie gemeinsam die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten anstreben. Die Zahl der jährlichen Studienabschlüsse von Medizinstudierenden soll bis ins Jahr 2018/2019 auf 1'100 erhöht werden. Dies entspricht einer Kapazitätserhöhung von rund 25-30 %.

Im bikantonalen Bericht zu dieser Vorlage (Beilage 3) werden der Ausbau der Ausbildungskapazität im Rahmen des Leistungsauftrags 2014-2017 der Universität Basel sowie dessen finanzielle Auswirkungen dargelegt.

9.1.3 Numerus Clausus

Der Regierungsrat will am Numerus Clausus, der in Form des Eignungstests für das Medizinstudium (EMS) zur Anwendung kommt, festhalten. Mit dem NC wird eine Studienerfolgsquote von über 80 % erreicht, die bei dessen Abschaffung gefährdet wäre. Darüber hinaus werden die Kapazitäten und der EMS gesamtschweizerisch geplant und organisiert. Der Regierungsrat erachtet es nicht als sinnvoll, wenn die Universität Basel als einzige Universität der deutschsprachigen Schweiz darauf verzichten würde.

2013 haben sich 780 Personen an der Universität Basel für ein Medizinstudium angemeldet. Dies entspricht einer Kapazitätsüberschreitung von 500 %. Die Aufhebung des NC würde zu einem hohen finanziellen Mehrbedarf führen. Da die Zahl der zur Verfügung stehenden klinischen Ausbildungsplätze abhängig ist von der Bettenkapazität der Ausbildungsspitäler bzw. den durchgeführten Behandlungen, kann die Kapazität in der klinischen Ausbildung nicht unbegrenzt erhöht werden. Dies bedeutet, dass ohne NC eine hohe Zahl von Studierenden mit grossem finanziellem Aufwand in der Bachelorstufe ausgebildet wird und diese Zahl gleichzeitig durch Prüfungen bis zum Beginn der Masterstufe reduziert werden muss, damit die Studienplatzkapazität, welche für die klinische Ausbildung zur Verfügung steht, nicht überschritten wird.

9.1.4 Beschäftigungschancen: Geistes- und Sozialwissenschaften und Psychologie

Dass für Absolventinnen und Absolventen eines Studiums der Geistes- und Sozialwissenschaften und der Psychologie schlechte Beschäftigungschancen bestehen, ist nicht zu erhärten. Das Bundesamt für Statistik (BFS) untersucht in Befragungen die Erwerbsquoten der Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Da in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen das Studium nicht zu konkreten Berufsausbildungen führt, bestehen zwar gewisse Startschwierigkeiten, doch fünf Jahre nach Studienabschluss liegt die Erwerbsquote gemäss der letzten Datenerhebung aus dem Jahr 2011 bei 96 %.

Mittelallokationen zu Gunsten von strategisch prioritären Bereichen, wie sie die Postulantin fordert, nimmt die Universität als autonome Institution im Rahmen der universitären Strategie und den Vorgaben des Leistungsauftrags bereits heute vor. Die Universitätsleitung ist dabei der Qualität von Lehre und Forschung in allen universitären Disziplinen verpflichtet.

9.1.5 Kommentar des Regierungsrats

Der Regierungsrat sieht im Einklang mit dem Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt eine Erhöhung der Ausbildungskapazität in der Humanmedizin um 40 Plätze pro Jahr ab 2014 vor. Das Grundanliegen der Postulatin – die Erhöhung der Studienplatzkapazität in Humanmedizin und damit die Ausbildung von genügend einheimischen Ärztinnen und Ärzten – wird ohne Aufhebung des Numerus Clausus erreicht.

Antrag des Regierungsrats

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt der Regierungsrat, das Postulat Nr. 2011-354 „Mehr Ärzte durch Aufhebung des Numerus Clausus“ als erfüllt abzuschreiben.

9.2 [2013-063](#) vom 28. Februar 2018 Motion von Caroline Mall, SVP-Fraktion: Leistungsauftrag UNI Basel 2014 – 2017

Schriftliche Begründung des Antrags auf Entgegennahme und gleichzeitige Abschreibung der Motion

9.2.1 Anliegen der Motionärin

Die Motionärin beauftragt den Regierungsrat, den Leistungsauftrag der Universität Basel 2014-2017 so auszugestalten, dass eine Erhöhung der Anzahl Studienplätze für Humanmedizin ermöglicht wird. Sie verweist auf die aktuelle Situation, dass einerseits zahlreiche Ärztinnen und Ärzte aus dem Ausland rekrutiert werden müssen, um die Stellen in Schweizer Spitälern besetzen zu können, und andererseits noch immer eine Zulassungsbeschränkung für das Studium der Humanmedizin besteht.

9.2.2 Kommentar des Regierungsrats

Der Regierungsrat hat bereits im Bericht zum Postulat Nr. [2010-165](#) „Ärztemangel“ (LRV Nr. [2012-121](#)) in Aussicht gestellt, dass dieses Thema Bestandteil der Verhandlungen zum Leistungsauftrag 2014-2017 der Universität Basel sein soll. Im bikantonalen Bericht zur vorliegenden Landratsvorlage (Beilage 3) werden der Ausbau der Ausbildungskapazität im Rahmen des Leistungsauftrags 2014-2017 sowie dessen finanziellen Auswirkungen erläutert.

Antrag des Regierungsrats

Die Motion Nr. [2013-063](#) „Leistungsauftrag UNI Basel 2014 – 2017“ wird entgegengenommen und gleichzeitig als erledigt zur Abschreibung beantragt.

10. Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat, gemäss beiliegendem Entwurf eines Landratsbeschlusses zu beschliessen.

Liestal, 27. August 2013

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Wüthrich-Pelloli

Der Landschreiber:

Achermann

Beilagen:

1. Entwurf Landratsbeschluss
2. Leistungsauftrag 2014–2017 für die Universität Basel, verabschiedet von den Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft am 27. August 2013, mit Zusatzinformationen.
3. Bericht des Regierungsrats des Kantons Basel-Stadt und des Regierungsrats des Kantons Basel-Landschaft über den Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014–2017 für die Universität Basel vom 27. August 2013, mit Beilagen.

Entwurf

Landratsbeschluss

betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014 – 2017 für die Universität Basel (Partnerschaftliches Geschäft)

vom

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Leistungsauftrag der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft an die Universität Basel für die Jahre 2014–2017 mit einem Anteil des Kantons Basel-Landschaft am Globalbeitrag von insgesamt CHF 654,8 Mio. wird genehmigt. Es werden folgende Jahrestanchen ausbezahlt: 2014: CHF 159,9 Mio., 2015: CHF 161,9 Mio., 2016: CHF 164,0 Mio., 2017: CHF 169,0 Mio.
2. Der Kreditbeschluss in Ziffer 1 untersteht dem fakultativen Finanzreferendum gemäss § 31 Absatz 1 Buchstabe b KV.
3. Ziffer 1 dieses Beschlusses steht unter dem Vorbehalt eines entsprechenden Beschlusses des Grossen Rats des Kantons Basel-Stadt.
4. Parlamentarische Vorstösse:
 - 4.1 2011-354 vom 14. Dezember 2011, Postulat von Regina Vogt-Huber, FDP-Fraktion; Mehr Ärzte durch Aufhebung des Numerus Clausus:
Das Postulat wird abgeschrieben.
 - 4.2 2013-063 vom 28. Februar 2013, Motion von Caroline Mall, SVP-Fraktion;
Leistungsauftrag UNI Basel 2014 – 2017:
Die Motion wird überwiesen und gleichzeitig abgeschrieben.

Liestal,

Im Namen des Landrates

Die Präsidentin:

Der Landschreiber:

Leistungsauftrag

der Regierungen der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft

an die

Universität Basel

für die Jahre 2014 bis 2017

Ingress

Seit 1. Januar 2007 wird die Universität von den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt gemeinsam getragen. Auf dieser Grundlage konnte während der ersten beiden Leistungsperioden eine dynamische Vorwärtsentwicklung der Universität eingeleitet werden. Die Studierendenzahlen stiegen markant und in der Einwerbung externer Forschungsmittel weist die Universität Basel Spitzenwerte aus. Mit ihrer raschen Entwicklung stösst die Universität derzeit an ihre Kapazitätsgrenzen. Die Infrastrukturprojekte müssen deshalb mit Hochdruck vorangetrieben werden.

Die Regierungen der beiden Trägerkantone haben sich auf eine moderate Anhebung der Betriebsmittel für die Universität verständigt. Damit wird einerseits den finanzpolitisch restriktiven Rahmenbedingungen Rechnung getragen, andererseits soll die Universität ihre Entwicklung gemäss ihrer Strategie 2014 weiterführen können. Die aktuelle Position zu halten, wenn möglich zu verbessern, erfordert zusätzliche Mittel, welche die Universität durch die Bereitschaft, interne Umverteilungen vorzunehmen, teilweise selbst aufbringt.

Strategische Entwicklung 2014–2017

Die Universität stärkt mit ihrer Weiterentwicklung den Wissens-, Wirtschafts- und Kulturstandort gemäss ihrer «Strategie 2014»: Sie wird als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete Volluniversität gefestigt. Im Vordergrund steht die Positionierung der Universität als akademische Institution in enger Verzahnung mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft. Die Universität verpflichtet sich dem Grundsatz der Nachhaltigkeit sowohl in Forschung und Lehre als auch in der Betriebsführung.

- Forschungsprofil

Die bisher auf zwei Profilierungsbereiche fokussierte Forschungstätigkeit wird entsprechend der Forschungsvielfalt der Universität beweglicher definiert und verbreitert. Für die Weiterentwicklung wird das disziplinenübergreifende Forschungsgeschehen an der Universität auf sechs thematische Schwerpunkte fokussiert. Die Schwerpunkte bilden das Potenzial der Universität ab und weisen grosse Unterschiede bezüglich Grösse und Umsetzungsstand aus. Neben etablierten Schwerpunkten, wie etwa die «Life Sciences» und «Bildwissenschaften» finden sich auch zukunftsweisende wie bspw. «Nachhaltig-

keits- und Energieforschung» und «European and Global Studies». Der bisherige Profilierungsbereich «Kultur» wird mit dieser Öffnung in eine verbindlichere Struktur übertragen. Die Universität beweist damit auch ihre strategische Bereitschaft, auf Ansätze zur Exzellenz dort zu reagieren, wo sie sich formieren.

- Lehre

In den nächsten beiden Leistungsperioden werden die bestehenden Bachelor- und Masterprogramme im Hinblick auf ein attraktives Studienangebot weiter optimiert. Insbesondere die Masterstufe soll für begabte Studentinnen und Studenten aus international renommierten Universitäten attraktiv gestaltet werden. Dies impliziert ein selektiveres Verhältnis zwischen Bachelor- und Masterstufe. Die Doktoratsstufe wird ausgebaut und besser strukturiert.

- Nachwuchsförderung

Die Strategie 2014 legt ein Hauptgewicht auf die Nachwuchsförderung und Steigerung der akademischen Exzellenz. Zur Exzellenzpolitik der Universität gehören eine zielgerichtete Nachwuchsförderung, stärkere Anreize für eine konkurrenzfähige Forschung und attraktive Anstellungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal. Damit wird dem ausserordentlichen Bedarf der Schweiz an akademischem Fachpersonal, das sich nicht zuletzt an den Universitäten selbst manifestiert, Rechnung getragen.

Gesamtplanung 2018 ff.

Im Verlauf der Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 arbeitet die Universität auf der Grundlage der Strategie 2014 die Planungsgrundlagen für die Leistungsperiode 2018 - 2021 aus. Sie berücksichtigt dabei Vorgaben und Entwicklungen im Bereich der Trägerkantone ebenso wie die bildungspolitischen Rahmenbedingungen auf nationaler Ebene.

1. Geltungsdauer

Der Leistungsauftrag gilt für die Zeit vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2017.

2. Leistungen der Kantone

Die Kantone leisten Beiträge an die eigene Universität und im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) auch an andere Universitäten der Schweiz.

2.1 Finanzielle Leistungen

Die Parlamente genehmigen mit dem ebenfalls mehrjährigen Leistungsauftrag einen mehrjährigen Rahmenkredit für den laufenden Betrieb und für die Immobilien der Universität gemäss Universitätsvertrag. Für die Jahre 2014 bis 2017 beträgt die Summe gesamthaft 1'304,9 Millionen Franken, wobei 650,1 Millionen Franken auf den Kanton Basel-Stadt und 654,8 Millionen Franken auf den Kanton Basel-Landschaft entfallen. Sie wird in jährlich ansteigenden Globalbeiträgen ausgerichtet.

Übersicht der Globalbeiträge der Träger an die Universität (in Millionen Franken)

Jahr	2014	2015	2016	2017	Total
Globalbeitrag BL	159,9	161,9	164,0	169,0	654,8
Globalbeitrag BS	161,1	163,2	165,3	160,5	650,1
Globalbeitrag BL und BS	321,0	325,1	329,3	329,5	1'304,9

Die Auszahlung erfolgt seitens beider Kantone jährlich in 12 Tranchen.

2.2 Immobilien

Die von der Universität genutzten kantonalen Liegenschaften werden der Universität gemäss Universitätsvertrag zur Verfügung gestellt.

- Die Universität verfügt über eine rollende Raumplanung und bewirtschaftet ihr Immobilien-Portfolio nach professionellen fachlichen Kriterien.
- Die jährlichen Globalbeiträge enthalten für Unterhalt und Veränderung der Immobilien gemäss Universitätsvertrag eine Pauschale von jährlich ansteigend 3 Mio. Franken. Im Jahr 2017 kommt ein Beitrag von 4 Mio. Franken für die Folgekosten des Neubaus Biozentrum dazu.

Immobilienbeiträge 2014–2017(in Mio. Franken)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017
Immobilienfonds	24,5	27,5	30,5	33,5	36,5
Folgekosten Neubauten	-	-	-	-	4,0
Total Steigerung	-	+3	+6	+9	+16

- Die räumlichen Infrastrukturen für die Lehre und Forschung der Klinischen Medizin sind Teil der Abgeltung der Universität an die leistungserbringenden Spitäler und werden in den entsprechenden Leistungsverträgen zwischen Universität und Spitälern geregelt.
- Die Kantone beschliessen Investitionen für Grossprojekte ausserhalb des Immobilienfonds als partnerschaftliches Geschäft gemäss den für Investitionen der Universität festgelegten Verfahren.¹

3. Grundsätze für die Finanzierung der Universität durch Studierende und Dritte

- Die Studierenden leisten einen Beitrag an die Kosten ihrer Ausbildung. Der Beitrag wird unter Berücksichtigung der Gebühren der anderen Schweizer Universitäten festgelegt.
- Die Gebühren im Bereich der Weiterbildung sind in der Regel mindestens kostendeckend. Die fachärztliche Weiterbildung ist Aufgabe der Spitäler.
- Die Universität bemüht sich um möglichst grosse Drittmittel (inklusive Bundessubventionen und Nationalfonds), um einen beträchtlichen Teil der Forschungskosten abzudecken. Eigentliche Auftragsforschung (Gutachten u.ä.) wird den Nutzern grundsätzlich zu mindestens vollkostendeckenden Preisen verrechnet. Dabei ist die Inanspruchnahme von wissenschaftlichen Einrichtungen und der Infrastruktur angemessen abzugelten.
- Die Beiträge anderer Kantone richten sich nach den entsprechenden Abkommen (Interkantonale Universitätsvereinbarung IUV, Vertrag der Universität mit dem Kanton Aargau zum Schwerpunkt Nano). Sie gehen uneingeschränkt an die Universität.
- Die Grundbeiträge des Bundes gehen uneingeschränkt an die Universität.
- Sowohl IUV-Beiträge wie Bundessubventionen werden unverzüglich nach ihrem Eintreffen an die Universität weitergeleitet.

4. Leistungen der Universität

Die Leistungsbereiche Forschung, Lehre und Dienstleistungen lassen sich im universitären Alltag kaum trennen. Die genannten Bereiche greifen laufend ineinander, wie etwa der Begriff der «forschungsgestützten Lehre» verdeutlicht.

Die Profilierung der Universität erfolgt nach den Grundsätzen, die der Universitätsrat in seinem Bericht «Zur Entwicklung der Universität Basel 2014–2021» (Strategie 2014) dargelegt hat (Zusatzinformation 1).

4.1 Forschung

- Die Universität betreibt Grundlagenforschung und anwendungsorientierte Forschung. Besonders gefördert wird die Forschung in den von der Strategie 2014 genannten themati-

¹ Vgl. Bericht der Teilprojektgruppe „Universität“ an die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt vom 13. August 2013.

schen Schwerpunkten, wo ein international herausragendes Forschungsniveau angestrebt wird.

- Die Universität treibt die interdisziplinäre und translationale Forschung voran.
- Die Universität vollzieht den Wissens- und Technologietransfer von Forschungsergebnissen in die Praxis.
- Auftragsforschung (Erstellung von Gutachten u.ä.) erbringt die Universität in dem Mass, wie die Kernaufgaben der Universität nicht tangiert werden.

4.2 Lehre

- Die Universität stellt sicher, dass die Qualität der universitären Lehre laufend überprüft und optimiert wird.
- Die Universität fördert eine methodisch reflektierte Wissensvermittlung. Hierfür bietet sie für die Dozierenden entsprechende Fortbildungsveranstaltungen an.
- Die Universität organisiert das Ausbildungsangebot in drei Stufen, die sich in der Ausrichtung und im akademischen Anspruch unterscheiden: Bachelor, Master, PhD. Die Studienziele der breit angelegten Bachelorprogramme unterscheiden sich von jenen der fachlich fokussierten Masterprogramme. Das Angebot strukturierter Doktoratsprogramme wird weiterentwickelt.
- Die Universität fördert die Mobilität der Studierenden.
- Die Universität fördert interdisziplinäre Studienprogramme.
- Die Universität vermittelt die notwendigen fachwissenschaftlichen Kompetenzen, die in den Studiengängen für die Lehrkräfte für die Sekundarstufen I und II verlangt werden. Die fachwissenschaftlichen Master-Abschlüsse in den so genannten «Schulfächern» sind curricular so ausgerichtet, dass sie gleichzeitig auch als fachwissenschaftlicher Abschluss für die Sekundarstufe II anerkannt werden können. Die Ausgestaltung des lehrkräftebezogenen Angebots ist mit der Pädagogischen Hochschule der FHNW abzusprechen.
- Die Universität baut in Anlehnung an ihr Profil ihr wissenschaftliches Weiterbildungsprogramm aus.

4.3 Dienstleistung

- Die Universität stellt ihr auf Forschung gestütztes Wissen über die reguläre Lehre hinaus Politik, Wirtschaft, öffentlichen Institutionen und Kultur zur Verfügung. In institutionalisierter Form tut sie dies im Rahmen des universitären Weiterbildungsangebots, mit ihren Beiträgen zur Seniorenuniversität sowie über öffentlich zugängliche Veranstaltungen wie Ringvorlesungen, Symposien und anderes mehr. Dozierende der Universität Basel beteiligen sich am Angebot der Volkshochschule beider Basel.
- Zur Vermittlung von Wissenschaft und zur Unterstützung des Fundraisings sorgt die Universität für eine sichtbare Präsenz in der Öffentlichkeit.
- Angehörige der Universität erbringen der Öffentlichkeit Dienstleistungen in politischen Gremien und Kommissionen sowie durch freiwillige und unentschädigte Arbeit in Non-profit-Organisationen.

- Nebst ihren Leistungen für die Angehörigen und Gliederungseinheiten der Universität gewährleistet die Universitätsbibliothek der ausseruniversitären Öffentlichkeit Zugang zu ihren Beständen und Dienstleistungen. Der darin enthaltene spezifisch kantonsbibliothekarische Auftrag – unter anderem die Sammlung und Erschliessung von historischen und aktuellen 'Basiliensia' – wird in einem separaten Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Universität geregelt.
- Die Studien- und Studierendenberatung des Kantons Basel-Stadt wird von der Universität geführt; ihre Finanzierung wird in einem separaten Subventionsvertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Universität geregelt.

4.4 Koordination oder Zusammenarbeit mit anderen Bildungs- und Forschungsinstitutionen

- Die Universität Basel positioniert sich im Rahmen der gesamtschweizerischen und der internationalen Hochschullandschaft durch aktive Zusammenarbeit und klare Profilierung.
- Die Universität pflegt die Zusammenarbeit und den Austausch mit anderen Hochschulen und assoziierten Forschungsinstitutionen mit dem Ziel, ihren Studierenden eine optimale Ausgangsbasis zu gewähren und die Qualität und Effizienz von Lehre und Forschung auf der Ebene der Hochschulen laufend zu verbessern.
- Die Universität trägt in enger Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der ETH Zürich zum Entstehen eines umfassenden Hochschulraums Nordwestschweiz bei.

4.5 Koordination der medizinischen Forschung und Lehre mit der Dienstleistung

Die Koordination zwischen Lehre und Forschung sowie der Versorgungsdienstleistung in der Medizinischen Fakultät wird vom Steuerungsausschuss Medizin (SAM) resp. vom Koordinationsgremium (KOG) wahrgenommen. Dabei wird insbesondere bei der Definition des Forschungsportfolios die nationale Aufgabenteilung im Rahmen der hochspezialisierten Medizin in die Analyse einbezogen. Das Zusammenwirken der Universität und der leistungserbringenden Spitäler wird in spezifischen Leistungsvereinbarungen geregelt. Operative Belange werden direkt zwischen der Medizinischen Fakultät und den betreffenden Universitätsspitalern und Spitalern mit universitären Kliniken geregelt. Bei Unstimmigkeiten kann der SAM angerufen werden.

4.6 Kooperation mit der Wirtschaft

- Für Belange der Lehre und Forschung pflegt die Universität den Kontakt mit der Wirtschaft und sucht, wo sinnvoll, die Zusammenarbeit in gemeinsamen Projekten.

5. Indikatoren

Das Erreichen einzelner quantitativ fassbarer Leistungsziele wird anhand von Indikatoren beurteilt. Diese werden in den Jahren 2014–2017 jährlich erhoben und am Ende der Beitragspe-

riode mit den Vorgaben verglichen. Die Indikatoren bilden also die Leistung der Universität ausschnittsweise ab. Zu beurteilen ist das Erfüllen der Indikatoren in ihrer Gesamtheit.

Zwei Arten von Indikatoren werden eingesetzt:

- Typ A sind quantitative Indikatoren, für welche der Ausgangsstand (2012) festgestellt und angegeben werden kann, ob sie in der Beitragsperiode ansteigen, gleich bleiben oder absinken sollen.
- Typ B sind Indikatoren, welche Themenbereiche betreffen, denen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, über deren Entwicklung berichtet wird und/oder die in der Berichtsperiode weiterentwickelt werden sollen.

Indikatoren, die den Vorgaben der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) entsprechen, sind mit einem * gekennzeichnet. Eine Übersichtstabelle über alle Indikatoren findet sich im Anhang.

5.1 Ziele und Indikatoren im Bereich Forschung

Ziel
Die Universität Basel konsolidiert ihre Position im Spitzenfeld der internationalen Forschung

Unterziel 1

Die Forschung verfügt über hohe Qualität und wird international wahrgenommen. Die Universität orientiert sich dabei an ihrer Strategie 2014, deren finanzielle und infrastrukturelle Auswirkungen in die Finanz- und Immobilienplanung einfließen. Im Bericht zum Ende der Leistungsperiode weist die Universität diese Entwicklung gerundet aus.

Indikator

A*	=	Anteil kompetitiv eingeworbener Drittmittel (SNF, EU und andere)
B		Analyse der Forschungsleistungen der Universität (im 4-Jahres-Rhythmus im Hinblick auf den Bericht mit Antrag auf Trägerbeiträge für die folgenden Leistungsperiode)

Unterziel 2

Die Forschung erreicht insbesondere in den thematischen Schwerpunkten gemäss Strategie 2014 internationales Niveau.

Indikator

B		Darstellung der Massnahmen zur Stärkung der thematischen Schwerpunkte der Universität im Rahmen der Leistungsberichterstattung. ²
---	--	--

² In der Darstellung wird quantifiziert, wie sich die zusätzlichen Mittel (Steigerungen der Trägerbeiträge sowie selbstgenerierte Zusatzmittel) auf die thematischen Schwerpunkte verteilen.

5.2 Ziele und Indikatoren im Bereich Lehre

Ziel

Die Universität verfügt über eine im nationalen und internationalen Vergleich erstklassige und attraktive Lehre³

Unterziel 1

Die Universität richtet die Lehre auf die Bedürfnisse der Studierenden aus.

Indikatoren:

A*	auf	Studierendenzahlen aufgeschlüsselt nach Trägerkantonen, IUV und ausländischen Studierenden ⁴
A*	ab	Studiendauer

Unterziel 2

Die Universität sorgt für vertretbare Betreuungsverhältnisse auch in den stark nachgefragten Studienprogrammen.

Indikator:

B		Ergebnis des jährlichen Controllings der Entwicklung der Betreuungsverhältnisse
---	--	---

Unterziel 3

Der wissenschaftliche Nachwuchs wird gefördert.

Indikator:

A	auf	Entwicklung der Mittelbaustellen (PhD, Postdocs, Assistenzprofessuren)
---	-----	--

5.3 Ziele und Indikatoren im Bereich Dienstleistungen

Ziel

Die Universität ist Teil der Gesellschaft und stellt dieser ihre Kompetenz zur Verfügung

Unterziel 1

Die Universität stellt die Ergebnisse ihrer Forschung durch aktiven Wissens- und Technologietransfer (WTT) der Gesellschaft zur Verfügung.

Indikator:

A	auf	Lizenzeinnahmen (netto) der Universität
---	-----	---

³ Eine Übersicht der von der Universität angebotenen Studienfächer und der möglichen Abschlüsse (Stand 2008) wird als Zusatzinformation 3) aufgeführt.

⁴ In der Darstellung wird der Anteil ausländischer Studierender an der Master- und Doktoratsstufe quantifiziert, wo sie besonders als Merkmal der Attraktivität zu werten sind.

Unterziel 2

Die interessierte Öffentlichkeit hat Zugang zu ausgewählten Angeboten der Universität.

Indikator:

B		Angebote und Aktivitäten der Universität für die ausseruniversitäre Öffentlichkeit
---	--	--

5.4 Ziele und Indikatoren gesamtuniversitär

Ziel
Die Universität ist eine nach modernen Grundsätzen geführte öffentliche Institution. Ihre Führung basiert auf Transparenz und einer schlanken Organisation. Sie sorgt namentlich für eine ausgeglichene Rechnung im Rahmen der gesprochenen Mittel

Unterziel 1

Akkreditierung der Universität durch das „Organ für Qualitätssicherung und Akkreditierung“ (OAQ) der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK).

Unterziel 2

Die Universität fördert Chancengleichheit und Diversität unter ihren Angehörigen.

Indikator:

A	auf	Anteil Frauen beim akademischen Personal (nach Personalkategorien)
---	-----	--

Unterziel 3

Die Immobilienplanung der Universität stellt die wirtschaftlich und konzeptionell optimale Unterbringung der universitären Einheiten sicher

Indikator:

B		Fortschritte in der Umsetzung der Campusplanung unter Ausweis der jährlichen Veränderung der Durchschnittskosten (Nettomiete, Nebenkosten und Unterhaltskosten) pro Quadratmeter Raum, den die Universität nutzt
---	--	--

6. Berichtspflicht der Universität

- Die Universität ist im Rahmen des Leistungsauftrags frei im Einsatz ihrer Mittel.
- Sie erstellt jährlich ein Budget und eine rollende vierjährige Finanzplanung. Sie zeigt darin auf, wie die Mittel auf die universitären Departemente verteilt werden sollen. Das Budget wird zur Kenntnis an die Regierungen weitergeleitet.

Über die Erfüllung des Leistungsauftrags, die Verwendung der Finanzierungsbeiträge und den Rechnungsabschluss erstattet die Universität den Regierungen jährlich Bericht. Das Leis-

tungs- und Finanzreporting basiert auf der revidierten Jahresrechnung und dem Jahresbericht der Universität und auf den betreffenden in diesem Leistungsauftrag angeführten Leistungszielen und Indikatoren.

Sie bezeichnet eine Revisionsstelle und leitet Rechnung und Revisionsbericht jedes Jahr spätestens am 30. April den Regierungen zu. Bis spätestens Ende Februar ist ein Voravis über den erwarteten Rechnungsabschluss inklusive Risikobeurteilung vorzulegen. Die Finanzkontrollen der Kantone haben jederzeit das Recht, von der Universität und von der Revisionsstelle Auskünfte zu verlangen.

7. Übergangs- und Schlussbestimmungen

- Anpassungen der Vereinbarung während der Laufzeit sind im gegenseitigen Einvernehmen und aufgrund von unvorhergesehenen Entwicklungen (wesentliche Änderungen der Finanzierung von dritter Seite, Kooperationsvorhaben mit anderen Hochschulen und universitären Institutionen, ausserordentliche Veränderungen der Studierendenzahlen, ausserordentliche Teuerung, Finanzkrisen der öffentlichen Hand) möglich.
- Die Universität beantragt den Kantonen bis spätestens Oktober 2016 auf der Basis einer Vergangenheitsbetrachtung und ihrer Gesamtplanung 2018 ff. (inkl. Immobilienplanung gemäss Immobilienvereinbarung § 2) den Globalbeitrag 2018–2021. Dabei sind allfällige Änderungswünsche am Leistungsauftrag vorzubringen.
- Im Falle von Streitigkeiten wird nach Möglichkeit eine einvernehmliche Lösung gesucht. Gerichtsstand ist Basel. Es gilt ausschliesslich Schweizer Recht.

Basel, den

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Der Präsident

Die Staatsschreiberin

Dr. Guy Morin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl

Liestal, den

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Landschaft

Der Präsident

Der Landschreiber

Urs Wüthrich-Pelloli

Alex Achermann

Anhang: Zusammenstellung der Indikatoren

Zwei Arten von Indikatoren werden eingesetzt:

- Typ A sind quantitative Indikatoren, für welche der Ausgangsstand (2012) festgestellt und angegeben werden kann, ob sie in der Beitragsperiode ansteigen, gleich bleiben oder absinken sollen.
- Typ B sind Indikatoren, welche Themenbereiche betreffen, denen besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist, über deren Entwicklung berichtet wird und/oder die in der Berichtsperiode weiterentwickelt werden sollen.

Indikatoren, die den Vorgaben der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) entsprechen, sind mit einem * gekennzeichnet.

1	A*	=	Anteil kompetitiv eingeworbener Drittmittel (SNF, EU und andere)
2	B		Analyse der Forschungsleistungen der Universität (im 4-Jahres-Rhythmus im Hinblick auf den Bericht mit Antrag auf Trägerbeiträge für die folgende Leistungsperiode)
3	B		Darstellung der Massnahmen zur Stärkung der thematischen Schwerpunkte der Universität
4	A*	auf	Studierendenzahlen, aufgeschlüsselt nach Trägerkantonen, IUV und ausländischen Studierenden
5	A*	ab	Studiendauer
6	B		Ergebnis des jährlichen Controllings der Entwicklung der Betreuungsverhältnisse
7	A	auf	Entwicklung der Mittelbaustellen (PhD, Postdocs, Assistenzprofessuren)
8	A	Auf	Lizeneinnahmen (netto) der Universität
9	B		Angebote und Aktivitäten der Universität für die nicht-akademische Öffentlichkeit
10	A	auf	Anteil Frauen beim akademischen Personal (nach Personalkategorien)
11	B		Fortschritte bei der Umsetzung der Campusplanung unter Ausweis der jährlichen Veränderung der Durchschnittskosten (Nettomiete, Nebenkosten und Unterhaltskosten) pro Quadratmeter Raum, den die Universität nutzt

Zusatzinformationen

- 1) Strategie 2014, vom Universitätsrat verabschiedet im Oktober 2012
- 2) Verteilung der Budgetmittel auf die Schwerpunkte (2011)
- 3) Studienfächer und Abschlüsse der Universität 2012
- 4) Aktuelles Budget nach Fakultäten (2013)

Strategie 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung	3
1.1. Die gegenwärtige Stellung der Universität Basel	3
1.2. Der Erfolg der Strategie 2007	5
2. Ein umfassendes universitäres Profil	6
2.1 Sechs thematische Schwerpunkte	6
2.2 Potenziale früh erkennen	8
3. Eine forschungsstarke Universität	9
3.1. Strukturelle Einheiten	9
3.2. Rahmenbedingungen und Zusammenarbeit	10
3.3. Forschungsausbau im translationalen Bereich	12
4. Studium und Lehre auf internationalem Niveau	13
4.1. Eine an Lernergebnissen orientierte Bachelor- und Masterstufe	13
4.2. Ein attraktives Doktorat	14
4.3. Eine gut positionierte Weiterbildung	15
5. Nachwuchsförderung und akademische Exzellenz	16
5.1. Individuelle und institutionelle Exzellenz	16
5.2. Wissenschaftliche Laufbahnentwicklung	17
6. Effiziente Organisation und Infrastruktur	18
6.1. Entscheidungsabläufe	18
6.2. Qualitätsentwicklung	18
6.3. Aussenauftritt und Fundraising	19
6.4. Campus-Strategie	20
6.5. Arbeitsbedingungen	21
6.6. Informationsversorgung und -technologie	22
6.7. Eine nachhaltige Universität Basel	23
Glossar	22/23
Die Universität Basel in Zahlen	24

Strategie 2014

Diese Version der Strategie wurde vom Universitätsrat am 18. Oktober 2012 verabschiedet.

1. Einführung

Die «Strategie 2007» hat die Entwicklung der Universität in den zwei ersten Leistungsperioden unter gemeinsamer Trägerschaft der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft definiert. Mit der vorliegenden Strategie 2014 sollen ihre Umsetzung überprüft, neue Potenziale erkannt und das künftige Profil der Universität Basel soll entwickelt werden.

Dementsprechend wendet sich die Strategie 2014 an drei Leserkreise: in erster Linie an die politisch Verantwortlichen in den Trägerkantonen, die über die Höhe der Beiträge an die Universität in der Leistungsperiode 2014–2017 entscheiden werden, dann an die akademische Gemeinschaft unserer Universität, deren Handlungen in den nächsten Jahren von dieser Strategie bestimmt sein werden, und schliesslich an die Mitbürgerinnen und Mitbürger der Region, welche die Universität Basel finanzieren und an ihren Leistungen teilhaben.

Mit der wiederum auf zwei Leistungsperioden (2014–2017 und 2018–2021) angelegten Strategie 2014 soll die Position der Universität Basel als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete Volluniversität gefestigt werden. Im Vordergrund steht die erfolgreiche Positionierung der Universität Basel als akademische Institution, in enger Verzahnung mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft.

Dieses Papier enthält für die wichtigsten Bereiche der Universität – Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung und Organisation – jeweils (a) Kernaussagen, die Zielsetzungen formulieren, (b) Erläuterungen, die sich auf die Kernaussagen beziehen, und (c) Beispiele für mögliche Umsetzungsschritte.

1.1. Die gegenwärtige Stellung der Universität Basel

Alle Leistungsindikatoren bescheinigen der Universität Basel eine hohe bis hervorragende Qualität in Lehre und Forschung. Für den Ausbau der wissenschaftlichen Leistung ist die Universität auf Wachstum angewiesen: Während in früheren Jahrzehnten die Grösse der Universität bezüglich ihrer Qualitätsmerkmale eine untergeordnete Rolle spielte, ist heute auch eine kritische Masse an Forschenden und Studierenden wichtig. In den letzten Jahren ist die Zahl der Studierenden an der Universität Basel zwar überproportional gewachsen (von 7500 auf 12'000 im Jahrzehnt 2000–2010, d.h. um rund 60%), aber die Universität bleibt dennoch an der unteren Grenze eines idealen Umfangs. Das Wachstum wird allerdings von der demografischen Entwicklung auf nationaler Ebene begrenzt: Für die nächsten Jahre wird eine Abflachung der demografischen Kurve und eine Konsolidierung der Zahl der Studierenden prognostiziert. Setzt man voraus, dass sich die Maturitätsquote in der Schweiz nicht dramatisch verändern wird, besteht reales Wachstumspotenzial nur bei ausländischen Studierenden. Deshalb gilt es, eine moderate Wachstumspolitik zu verfolgen, welche die Attraktivität der Universität Basel auch für ausländische Studierende insbesondere auf Master- und Doktorebene stärkt – nicht zuletzt wegen deren Bedeutung für die kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unserer Region.

Unsere Universität ist in der Region Basel fest verankert: Wir pflegen eine rege Zusammenarbeit und In-

teraktion mit dem akademischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umfeld der Region Basel, vergleichen jedoch gleichzeitig unsere Leistungen in Lehre und Forschung mit denen der besten Universitäten weltweit. Mit der Strategie 2014 soll die gegenwärtige Positionierung der Universität Basel als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete Volluniversität gefestigt werden: Alle Universitäten der Schweiz und die meisten ausländischen Universitäten, mit denen wir uns in Konkurrenz befinden, haben in Forschungsinfrastruktur massiv investiert oder sind im Wettbewerb um die sichtbarsten internationalen Forschungsprogramme aktiv geworden. Um ihre gegenwärtig solide Position nicht zu verlieren, muss auch die Universität Basel bei dieser Entwicklung mithalten, die sich auf nationaler Ebene etwa in der Verleihung von Nationalen Forschungsschwerpunkten (NCCR), auf europäischer Ebene von EU-Forschungsprojekten (Horizon 2020 oder ERC-Grants) zeigt.

Die Aktivitäten der Universität Basel zur Festigung ihrer internationalen Positionierung werden auch durch eine Analyse der gängigen Rankings bestätigt. Diese Instrumente der Messung der Leistungen einer akademischen Institution sind im Einzelnen zwar anfechtbar; zusammen genommen vermitteln sie dennoch ein kohärentes Bild der Wahrnehmung der Universität, mit dem wir uns zu befassen haben. Grundsätzlich geniesst die Universität Basel – wie alle Schweizer Universitäten – einen gemessen an ihrer Grösse hervorragenden Ruf. Insbesondere im

Vergleich mit den Universitäten der benachbarten Länder steht sie in jenen Rankings, in denen die Forschungsleistung eine primäre Rolle spielt (etwa Shanghai oder Times Higher Education), mit ihrer Positionierung etwa um den Platz 100 (von 12'000 Universitäten weltweit) ausgesprochen gut da. Innerhalb der Schweiz ist ein direktes Verhältnis zwischen der Finanzierung einer Universität und deren internationalem Rang festzustellen: So erreichen die Eidgenössischen Technischen Hochschulen und die Universität Zürich, die über ein im Vergleich mit der Universität Basel zwei- bis dreimal so grosses jährliches

Budget verfügen, regelmässig höhere kumulative Werte als unsere Universität. Obwohl die empirische Basis für die Rankings oft unübersichtlich und auf alle Fälle schwer beeinflussbar ist, kann man generell festhalten, dass die Stärke der Universität Basel in der Exzellenz einiger naturwissenschaftlicher Fachgebiete besteht. Es gilt, diese Leistungen in ein entsprechendes internationales Renommee umzusetzen. Wollen wir unsere gute Position in den Rankings halten, müssen wir in internationale Kooperationen, Forschungsvorhaben oder partnerschaftliche Initiativen investieren.

1.2. Der Erfolg der Strategie 2007

Zum gegenwärtigen sehr guten Zustand der Universität Basel hat die Umsetzung der Strategie 2007 wesentlich beigetragen. Die meisten Ziele konnten erreicht und viele der vorgesehenen Massnahmen umgesetzt werden. Bewährt hat sich insbesondere die Positionierung der Universität Basel als «profilerte Volluniversität, die sich durch ein vielfältiges, aber klar definiertes Lehrangebot auszeichnet». Zwei Ziele waren dafür gleich wichtig und komplementär: zum einen die Bildung disziplinärer Schwerpunkte, zum anderen die Förderung eines breiten Bildungsangebots. In vielen Bereichen konnte eine solche, Lehre und Forschung verbindende, Profilierung realisiert werden.

Für die Positionierung der Universität Basel in der internationalen Forschungslandschaft war der Ausbau des Profilierungsbereiches «Life Sciences» ein sehr erfolgreiches Merkmal der Strategie 2007. Die wichtigsten vorgesehenen Ziele konnten erreicht werden. Auf diesem Erfolg baut die vorgeschlagene Erweiterung des Profils der Universität Basel um die Nanowissenschaften und die Energieforschung auf. Beide Bereiche haben breite Verbindungen mit aktuellen Anliegen von Gesellschaft und Wirtschaft und können somit unsere Universität regional und national noch besser positionieren.

Etwas weniger bewährt hat sich das Gebot der Profilierung im Bereich «Kultur». Die für eine Profilschärfung notwendige kritische Masse in den Humanwissenschaften ist allerdings anders zu definieren als in den Naturwissenschaften, hängt doch ihre Qualität eher von der Präsenz einzelner Spezialisten als von der Grösse der Forschungsgruppen ab; Qualität hat in diesem Fall auch mit der Breite der fachlichen Ausrichtungen zu tun. Die Strategie 2007 konnte vor allem im Bereich der Bildwissenschaften erfolgreich umgesetzt werden. Die Entwicklung der geistes-

und sozialwissenschaftlichen Profilierung der Universität soll nun durch die Übertragung des Modells der verzahnten Forschung auf weitere Gebiete fortgesetzt werden.

Im Bereich der Lehre kann die Universität Basel auf eine erfolgreiche Implementierung der Bologna-Reform zurückblicken. Bei der Gestaltung von Studiengängen mit adäquaten Betreuungsverhältnissen war ein Leitgedanke der Strategie 2007 die Einhaltung der Richtlinien der Schweizer Rektorenkonferenz (CRUS), die ein ideales Betreuungsverhältnis von maximal 40 bzw. 60 Studierenden pro Professur (d.h. unter Einbezug aller Lehre leistender Personalkategorien) empfahlen. Hier können wir eine gelungene Umsetzung der Strategie konstatieren: In allen Disziplinen mit engen Betreuungsverhältnissen konnten Fortschritte erzielt werden; im Jahr 2010 wurde das Projekt «Betreuungsverhältnisse» abgeschlossen und in ein jährliches Controlling überführt.

Auch in der Nachwuchsförderung konnten wir durch die Einrichtung des Forschungsfonds, den Ausbau wissenschaftlicher Qualifikationsstellen sowie die Besetzung mehrerer Professuren auf der Ebene Assistenzprofessur mit Tenure Track die Ziele der Strategie 2007 erreichen.

Im Bereich der Bauplanung wurde die Konzentration auf kompakte Areale (vor allem Petersplatz für die Human- und Sozialwissenschaften und Schällemätteli für die exakten Wissenschaften und Naturwissenschaften) vorbereitet. Diese Planung wird nun mit dem Areal Rosental als Ersatz für den nicht realisierbaren Campus Volta weiterverfolgt. Ausserdem konnten Infrastrukturen deutlich verbessert werden. Der kommunikative Auftritt der Universität wurde professionalisiert. Etabliert wurde zudem, gemeinsam mit den Universitären Psychiatrischen Kliniken, eine Forschungsplattform für Psychologie und Psychiatrie.

2. Ein umfassendes universitäres Profil

2.1. Sechs thematische Schwerpunkte

Ein wichtiger Indikator der Qualität einer modernen Universität ist ihre Bereitschaft, in bestimmten Bereichen der Forschung und der Lehre eine Fokussierung zu erzielen, durch welche sie sich im internationalen Wettbewerb besser positionieren kann.

Die disziplinären Konzentrationen wurden in der Strategie 2007 mit den Profilierungsbereichen «Kultur» und «Life Sciences» angestrebt. Diese Festlegung führte häufig zu einer nicht intendierten Polarität zwischen diesen Wissensbereichen als Kennwörtern für zwei unvereinbare wissenschaftliche Kulturen. Deshalb wird in der Strategie 2014 dieses zu enge Bild der Forschungsvielfalt an der Universität Basel überwunden. Es werden sechs Wissensgebiete als thematische Schwerpunkte definiert, die die Profilierungsbereiche der Strategie 2007 fortführen und darüber hinaus neueren akademischen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen entsprechen. Wegen ihrer unterschiedlichen Entstehung und Verankerung in der Universität unterscheiden sich die einzelnen thematischen Schwerpunkte in Umfang und Gewicht. Dank ihren

inhaltlichen Konturen vermögen sie einerseits Lehre und Forschung an der Universität zu fokussieren, andererseits das Potenzial für allfällige neuere Entwicklungen offenzulassen.

(1) **Life Sciences** bleibt der erste universitäre Schwerpunkt der Universität Basel. Sowohl in der molekularen Biologie am Biozentrum als auch in der Biomedizin und den Neurowissenschaften – und im Zusammenspiel mit den exakten Wissenschaften – hat die Universität Basel eine Stellung auf Weltebene erreicht, die unter anderem in zahlreichen Formen der intensiven Zusammenarbeit mit Partnern aus der Wirtschaft zum Ausdruck kommt. Im Bereich der Life Sciences wird eine Aufgabe der nächsten Leistungsperiode der Ausbau der Gesundheitsforschung sein. In der Nanomedizin könnte ein nachhaltiger Schwerpunkt entstehen, in dem auch die gewünschte Fokussierung auf die klinische Forschung und eine kohärente Orientierung der medizinischen Schwerpunkte an den universitären Prioritäten sichergestellt werden.

Neue thematische Schwerpunkte und ihre universitätsinternen Synergien*

	Theol. Fakultät	Juristische Fakultät	Medizin. Fakultät	Phil.-Hist. Fakultät	Phil.-Nat. Fakultät	Wirtschafts- wissenschaft	Psychologie	Europa- Institut Basel	Institut für Bio- und Med. Ethik
Life Sciences		●	●	●	●	●	●		●
Nano-Wissenschaften			●		●		●		●
Nachhaltigkeits- und Energieforschung				●	●	●	●		
Bildwissenschaften				●			●		
European and Global Studies	●	●		●	●	●		●	
Narrativität	●		●	●			●		

*Relevanz des Anliegens im Rahmen der jeweiligen Einheit

(2) Schon gut etabliert ist ein Schwerpunkt in **Bildwissenschaften**, der auf dem NCCR eikones basiert, mehrere Professuren in der Philosophisch-Historischen Fakultät mobilisiert und einen noch nicht realisierten, aber potenziell wichtigen Anschluss an Forschungsthemen der kognitiven Neurowissenschaften und der naturwissenschaftlichen Bildgebung aufweist. Zurzeit wird geprüft, ob dieser Schwerpunkt – unter anderem durch die Einführung architektonischer Kompetenzen – zu einer eigenen universitären Einheit ausgebaut werden könnte. Denn der ästhetische Schwerpunkt ist in der humanistischen Tradition der Universität Basel verankert und steht im Zeichen der Zusammenarbeit und des Austausches mit mehreren städtischen und regionalen Kulturinstitutionen.

(3) Die **Nanowissenschaften** haben sich als Fachgebiet mit hoher internationaler Ausstrahlung etabliert, zuerst durch den NCCR Nanoscale Science, dann durch das «Swiss Nanoscience Institute» (SNI), das dank des finanziellen Engagements des Kantons Aargau über eine langfristige Finanzierung verfügt, und zuletzt durch die Co-Leitung des NCCR QSIT mit der ETH Zürich im Bereich der Quantenforschung. Die Einrichtung dieses breiten Schwerpunkts empfiehlt sich sowohl im Hinblick auf die Forschungsqualität als auch angesichts des Erfolgs und des Potenzials der Nanowissenschaften in Verzahnung mit der regionalen Industrie. Dieser Schwerpunkt wird insbesondere durch die Entwicklung von Forschungsinitiativen im Bereich des Imaging, der translationalen Forschung, der Materialwissenschaft, der Nachhaltigkeitsforschung und der Nanomedizin etabliert. Schon jetzt besteht ein von Biozentrum, Chemie und Physik gemeinsam getragener Studiengang in Nanowissenschaften, der für unsere Universität weiterhin einen Wettbewerbsvorteil darstellt.

(4) Die **Nachhaltigkeits- und Energieforschung** ist zurzeit Gegenstand nationaler (NFP) und internationaler Forschungsinitiativen (FP7, Horizon 2020) und birgt für die Universität die grosse Chance, sich durch den Ausbau sowohl bestehender natur- und wirtschaftswissenschaftlicher als auch gesellschaftswissenschaftlicher Kompetenzen als führende Institution in diesem Gebiet zu positionieren, dem auf nationaler sowie lokaler Ebene grosse politische Relevanz beigemessen wird. Dieser universitäre Schwerpunkt bietet Anschlussmöglichkeiten für Forschende aller Fakultäten und wird deshalb den Dialog zwischen Natur- und Sozialwissenschaften an unserer Universität fördern. Die relevanten Themen bauen auf Stärken der Universität Basel in ökologischen und

ökonomischen Disziplinen und reichen vom Management von Ressourcen im Falle eines vollen Ausstiegs aus der Atomenergie bis hin zu sozioökonomischen und juristischen Fragen sowie zur angewandten Forschung im Bereich der Nanowissenschaften, der Chemie, der Materialwissenschaft und der Physik. Dabei soll das bestehende Masterprogramm in Sustainable Development zu einem vollen Studiengang ab der Bachelor-Stufe ausgebaut werden. Der Schwerpunkt wird nicht nur für die Lehre und Forschung an der Universität von Bedeutung sein, sondern passt auch sehr gut zu den nationalen Prioritäten, zu den regionalen Interessen und zur Forschungstätigkeit an benachbarten Institutionen.

(5) Der Schwerpunkt **European and Global Studies** soll die schon bestehende historische und sozialwissenschaftliche Konzentration auf Europas kulturelle Grundlagen um zwei für die Universität Basel relevante ausseureuropäische Welten erweitern: Einerseits wird die traditionelle Beschäftigung mit dem afrikanischen Kontinent, die sich bisher auf die Erforschung theologischer, historischer, kultur- und sozialwissenschaftlicher, umweltwissenschaftlicher und gesundheitlicher Aspekte konzentriert hat, auf urbanistische, städtebauliche und wirtschaftliche Themen ausgedehnt. Andererseits soll im Sinne eines neuen wissenschaftlichen Anliegens die zeitgenössische chinesische Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, die für unsere Welt sowohl aus wissenschaftlichen als auch aus gesellschaftspolitischen Gründen sehr wichtig geworden sind, an unserer Universität gefördert werden. Die Entwicklung hin zu einem globaleren Verständnis der traditionellen universitären Stärken im Bereich der Europa-Studien soll dabei von einer neuen strategischen Positionierung des Europainstituts entscheidend mitgeprägt werden.

(6) Schliesslich könnte sich in den nächsten Jahren auch ein universitärer Schwerpunkt **Narrativität** etablieren, falls unsere Bemühungen um einen neuen NCCR in diesem Wissensgebiet erfolgreich sind. Die Erzählforschung ist ein Anliegen interphilologischer Studiengänge und Doktoratsprogramme, das schon jetzt – unter anderem im Kompetenzzentrum «Kulturelle Topographien» – mehrere Forschungstätigkeiten bündelt. Dieser für die Sichtbarkeit der Geisteswissenschaften an der Universität Basel sehr wichtige neue Schwerpunkt wird unter der Perspektive menschlicher Erzählmodalitäten auch die interdisziplinäre Forschung mit Psychologie und Medizin fördern und somit eine Brücke zwischen dem empirischen und dem hermeneutischen wissenschaftlichen Zugang schlagen.

In einer auf zwei Leistungsperioden angelegten Strategie (2014–2021) müssen im Sinne einer offenen Profilierungspolitik der Universität Entwicklungen möglich sein, die sich erst bewähren müssen: Ein Erfolg des Schwerpunkts Narrativität lässt sich heute noch nicht voraussagen – ebenso wenig lässt sich ausschliessen, dass sich im Verlauf der Strategie 2014 stattdessen die Etablierung eines Schwerpunkts aufdrängen wird, der sich heute inhaltlich noch nicht abzeichnet.

2.2. Potenziale früh erkennen

Bei der Entwicklung ihrer strategischen Prioritäten lassen sich Universitäten generell von zwei gleichermassen wichtigen, aber unterschiedlichen Aspekten leiten. Einerseits ist es wichtig, bestehende Schwerpunkte zu unterstützen, in welchen wissenschaftliche Distinktion vorhanden ist; andererseits muss die Universität auch das innovative Potenzial früh erkennen, das von Disziplinen mit unterkritischer Grösse, zugleich aber mit grosser wissenschaftlicher oder gesellschaftlicher Relevanz für die Universität als Ganzes ausgehen kann. Das gilt insbesondere für den humanwissenschaftlichen Bereich.

Ein solches enormes Potenzial besteht für die Universität Basel im Bereich der Urbanistik und des architektonischen Entwurfes, den wir in den nächsten Jahren aufbauen und dem wir zur internationalen Sichtbarkeit verhelfen möchten. Architektur gilt in der internationalen akademischen Landschaft als unverzichtbare Komponente einer Volluniversität. Aus historischen Gründen, nämlich wegen der Entwicklung der ETH als technischer Hochschule des Bundes, ist die Disziplin an den Schweizer Universitäten nicht existent – die einzige Ausnahme ist die Università della Svizzera italiana (USI). Wenn es jedoch eine Stadt oder eine Region gibt, die man nicht nur aus historischer Tradition, sondern wegen konkreter Leistung weltweit mit Architektur verbindet, so ist das Basel. Es erscheint uns deshalb angezeigt, auf dem bestehenden Potenzial an weltbekannten Architekten, deren Zusammenarbeit gesichert werden konnte, und innovativen Projekten zu bauen und an unserer Universität eine Disziplin zu etablieren, die auch von sinnvollen Synergien mit anderen Schwerpunkten der Universität – etwa Bildwissenschaft, European and Global Studies oder Nachhaltigkeit – profitieren kann.

Erfolgversprechend erscheint die Gründung einer kulturwissenschaftlich ausgerichteten Fakultät für Kunst und Architektur, der neben der Architektur auch die Kunstwissenschaften (Kunstgeschichte und Musikwissenschaft) sowie der NCCR eikones angehören würden. Durch diese Neugründung könnte auch dem für die Universität Basel wichtigen Anliegen der Entfaltung des enormen intellektuellen Potenzials der Geisteswissenschaften, die wegen der Heterogenität der Disziplinen, die unter dem Dach einer einzigen, primär auf Stabilität ausgerichteten Fakultät operieren, noch nicht zu Exzellenz gelangen konnten, Rechnung getragen werden. Die Gründung einer Fakultät für Kunst und Architektur wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer Neubelebung der Humanities an unserer Universität.

Freilich muss die Entwicklung eines Architekturstudiums an der Universität Basel die Stärken und Schwächen unserer Institution im Auge behalten und jede Form von Doppelspurigkeit mit dem bestehenden Angebot, einerseits der ETH, andererseits der FHNW, vermeiden. So wird bei der Entwicklung der entsprechenden Curricula die Dimension der Stadtplanung oder des Designs gegenüber den technischen Bereichen des Professionsstudiums in den Vordergrund rücken, nicht zuletzt, um neue, attraktive Berufsprofile für den regionalen Arbeitsmarkt zu fördern.

3. Eine forschungsstarke Universität

3.1. Strukturelle Einheiten

Kernaussage

- *Die Universität Basel versteht sich als starke Forschungsuniversität und bekennt sich zur Förderung der Exzellenz sowohl von einzelnen Forschenden als auch von Forschungsgruppen.*
- *Für die Gestaltung der universitären Forschung orientiert sie sich an der Maxime «Stärken stärken».*
- *Zur Verbesserung einer subkritischen Grösse strebt sie Partnerschaften (Clusters) mit anderen Institutionen an.*
- *Mit der Einrichtung von Kompetenzzentren werden die interdisziplinäre Forschungsausrichtung und die Fokussierung auf Forschungsschwerpunkte gefördert.*
- *Core und Shared Facilities sowie interfakultäre Forschungsplattformen unterstützen die strategische Profilbildung.*

Erläuterungen

Die Universität Basel gliedert sich in Fakultäten, Departemente und Institute. Departemente sind in eine Fakultät eingebunden, während Institute direkt dem Rektorat unterstellte Einheiten sind, die Inhalte in Lehre, Forschung und Dienstleistung in einem fakultätsübergreifenden Fachzusammenhang abdecken. Zuweilen tendieren traditionelle Strukturen zur Segmentierung und lassen sich deshalb mit der Förderung einer vermehrt interdisziplinär angelegten Forschung nicht in Einklang bringen. Im Rahmen der Weiterentwicklung des universitären Profils wird die Bedeutung interdisziplinärer und interinstitutioneller Programme und Forschungsthemen weiter zunehmen, ohne deshalb die grosse Bedeutung der innerfachlichen Forschung insbesondere in den Humanwissenschaften infrage stellen zu wollen.

Aufgrund des hohen und weiterhin steigenden Investitionsbedarfs für den Ersatz oder die Neuanschaffung von Grossgeräten in den technischen Disziplinen stösst die Universität an die Grenzen ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit. Trotz der erheblichen Aufstockung der jährlichen Apparatkredite können längst nicht alle Bedürfnisse abgedeckt werden. Kostenintensive Infrastrukturen müssen daher künftig mehreren Nutzern und Gruppen zur Verfügung stehen, was eine flexible Organisation bedingt. Insbesondere im Bereich der Life Sciences werden folgende fachübergreifende Strukturen etabliert oder ausgebaut:

- **Kompetenzzentren.** Ein flexibler Verbund von Forschungsgruppen aus verschiedenen Disziplinen, die im Rahmen des universitären Profils projektorientiert zusammenarbeiten. Kompetenzzentren verfügen über eine finanzierte Koordinationsstelle, Anschubfinanzierungen für Projekte können beim Forschungsfonds der Universität beantragt werden. Im Verlauf der Umsetzung der Strategie 2007 hat die Universität acht solche Zentren etabliert; ihre Zahl wird konsolidiert, ihre Ausrichtung auf das universitäre Profil und ihre finanzielle Ausstattung verstärkt.
- **Forschungsplattform.** Ein fester Verbund von Forschungsgruppen, die über die Grenzen der jeweiligen Einheiten themenbezogen eng zusammenarbeiten. Die Finanzierung erfolgt über ein fest zugewiesenes Budget; die Plattform-Leitung ist mit allen beteiligten Fakultäten assoziiert (Doppelprofessuren). Als erste universitäre Forschungsplattform wurde 2010 die «Transfakultäre Forschungsplattform Psychiatrie und Psychologie» eingerichtet.
- **Core Facilities.** Zentrale Dienstleistungs- und Technologiezentren, die zugunsten von mehreren Forschungsgruppen Forschungsinfrastruktur betreiben und Beratungsleistungen erbringen. Für die Grundleistungen verfügen diese Einheiten über ein eigenes Budget; Zusatzleistungen werden separat verrechnet. Als Core Facility wird heute schon das Zentrum für Mikroskopie betrieben; andere sind im Bereich der wissenschaftlichen Bildgebung (Imaging) vorgesehen.
- **Shared Facilities.** Eine dezentrale Technologie, die einzelnen Professuren zugeordnet ist und von diesen betrieben wird, die aber auch anderen Professuren zur Verfügung gestellt und z.B. im Rahmen gemeinsamer Forschungsprojekte genutzt wird.

Neu geregelt wurde bereits die Anbindung der an die Universität assoziierten Institute; das Swiss TPH, das Friedrich Miescher Institut und die Stiftung swisspeace kooperieren auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen intensiv und zu beidseitigem Nutzen mit verschiedenen Forschungsgruppen und Fakultäten der Universität.

Die fachliche Ausrichtung der Professuren wurde bis anhin oft über Generationen fortgeschrieben und ihre Finanzierung vollzieht sich oft nach einem festen fakultären Verteilungsmodus. In interdisziplinär ausgerichteten Fachbereichen ist aber die Anbindung von Dozierenden an mehrere Einheiten notwendig, um effiziente Strukturen zu etablieren und eine kritische Grösse zu erreichen. Im Rahmen der fakultären Entwicklungsplanung sollen Wiederbesetzung und Ausrichtung von Professuren überdacht und gegebenenfalls gemäss den strategischen Bedürfnissen modifiziert werden. Translationale, interdisziplinäre und interinstitutionelle Initiativen werden generell von folgenden Massnahmen am besten unterstützt:

- ▶ Möglichkeit der Umwidmung struktureller Professuren
- ▶ Zuordnung des Lehrdeputats von Professuren zu mehreren universitären Einheiten
- ▶ Förderung von Doktoraten mit neuen interdisziplinären Forschungsansätzen

Das anspruchsvolle translationale Konzept kann nicht innerhalb einer einzelnen Fakultät – oft auch nicht inter-fakultär – umgesetzt werden. Ausseruniversitäre Partner sind hier notwendig: Die FHNW verfügt über eine Tradition in angewandter Forschung und weist Stärken in diversen Bereichen auf, die das Forschungsprofil der Universität komplementär ergänzen.

Umsetzungsschritte

- ▶ **Konsolidierung der Kompetenzzentren**
- ▶ **Ausbau des Centre for Philanthropy Studies (CEPS) zu einem Institut**
- ▶ **Etablierung von Biological Imaging als prioritärem Investitionsbereich**
- ▶ **Einrichtung von weiteren Core Facilities, gegebenenfalls in Kooperation mit der FHNW**

3.2. Rahmenbedingungen und Zusammenarbeit

Kernaussage

- ▶ **Die Universität stärkt ihr Profil in Zusammenarbeit mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern.**
- ▶ **Die Zusammenarbeit mit der FHNW, dem D-BSSE und anderen Forschungs- und Industriepartnern wird intensiviert.**
- ▶ **Das Basel Network of Excellence in Life Sciences wird als eine auf die gemeinsamen Interessen von Hochschulen und Industrie angelegte Initiative gepflegt.**
- ▶ **Der hohe Anteil an Drittmitteln wird gehalten. Bisher nicht ausreichend verwendete Kanäle und Instrumente werden stärker eingesetzt.**

Erläuterungen

Die mit der Universität ausgearbeitete und von den Regierungen zusammen mit der Handelskammer beider Basel (HKBB) verabschiedete Life-Sciences-Strategie für den regionalen Wirtschaftsstandort bietet eine Grundlage für die weitere Stärkung dieses thematischen Schwerpunkts. Zusätzlich profitiert die Universität von Kooperationen mit Kantonen auch ausserhalb ihrer Trägerschaft. So konnte der nationale Forschungsschwerpunkt Nano-

wissenschaften nach Auslaufen der Bundesfinanzierung durch ein langfristig angelegtes finanzielles Engagement des Kantons Aargau auf hohem Niveau gesichert werden. Das daraus entstandene Swiss Nano Institute (SNI) stellt ein Modell dar, an dem sich auch künftige Initiativen – beispielsweise mit dem Kanton Solothurn – orientieren können. Ebenfalls mit dem Kanton Aargau besteht eine Kooperation im Bereich der Archäologie; diese soll weiter ausgebaut und ebenfalls nachhaltig gesichert werden.

Der natürliche regionale Partner der Universität Basel für gemeinsame Forschungsprogramme ist die FHNW. Neben den schon bestehenden bilateralen Kollaborationen und komplementären Kompetenzen soll nun eine Intensivierung dieser Zusammenarbeit erreicht werden, etwa durch gemeinsame Technologieplattformen, mit denen die komplementäre Ausrichtung der beiden Hochschulen im Sinne von Synergien und zur Sicherung der kritischen Masse genutzt werden kann. Heute schon ist die FHNW Partnerin der Universität im Swiss Nano Institute (SNI), wo sich die Verbindung von Grundlagen- und angewandter Forschung bewährt und ein Beispiel für künftige, erfolgreiche Formen der Forschungszusammenarbeit abgibt.

Neben mehreren Projekten in Zusammenarbeit mit dem D-BSSE sind auch das Paul Scherrer Institut

(PSI) und die Eidgenössische Materialprüfungs-Anstalt (EMPA) als Institutionen des ETH-Bereiches in bilaterale Forschungsprojekte der Universität Basel involviert. Mit der baulichen Konzentration des D-BSSE auf dem Areal Schällemätteli und mit der Verleihung von Professuren an PSI-Forschende will die Universität ihre Verbindungen mit Institutionen des ETH-Bereiches weiter verstärken.

Die Universität Basel ist massgeblich am trinationalen Bio-Valley-Verbund beteiligt, einer Interessenverbindung, in der die Universität und die mehr als 900 regionalen Life-Sciences-Institutionen interagieren. Weltweit generiert die Life-Sciences-Industrie dieser kleinen Region einen jährlichen Gewinn von 20 Mrd. Euro und garantiert (direkt oder indirekt) rund 10 Prozent der regionalen Arbeitsplätze. Auf der Basis dieser Tradition partizipiert die Universität Basel an der Säule «Wissenschaft» der Trinationalen Metropolitanregion Oberrhein (TMO).

Sowohl in Form von bilateralen Kollaborationen als auch durch Vereinbarungen (Roche), Doktoratsprogramme (Siemens, Syngenta) oder Förderstipendien (Novartis) ist die universitäre Forschung im Bereich der Life Sciences in der Region gut verankert. Derzeit laufen Verhandlungen für eine Erweiterung der Vereinbarung zwischen der Universität und Roche (Translational Medicine Research Hub) im Hinblick auf den Einbezug weiterer regionaler Life-Sciences-Institutionen. Zusätzlich entwickeln verschiedene universitäre Einheiten autonome Kontakte zu industriellen Partnern.

Die Universität Basel ist sehr erfolgreich in der Einwerbung von SNF-Mitteln im Bereich der Grundlagenforschung. Bei einem Anteil von derzeit 9,3 Prozent der Studierenden an allen Schweizer Universitäten wurden ihr im Jahr 2010 11,8 Prozent der SNF-Projektmittel zugesprochen. Zum Vergleich: Die ETH Zürich erreicht als stärkste Universität der Schweiz 14,4 Prozent, dies bei einem Studierendenanteil von 12,4 Prozent. Die Erfolgsrate (Zusprachen im Verhältnis zu den Anträgen) der Basler Projektanträge liegt ebenfalls deutlich über dem nationalen Durchschnitt (57,6% vs. 49,3% im 2010). Diese Werte bestätigen das hohe Forschungsniveau an der Universität Basel; sie sollen künftig durch den Ausbau von Kollaborationen mit der Wirtschaft weiter erhöht werden.

Im Jahr 2010 hat sich die Universität der Unictetra, dem Wissens- und Technologietransfer-Verbund der Universitäten Zürich und Bern, angeschlossen und steht nun auch hier in einer nationalen Kooperation. Der WTT-Bereich wird dadurch effektiver in der Forschungstätigkeit der Universität verankert. Im Zusammenhang mit der Verstärkung der Technologieausrichtung und der Öffnung

für regionale industrielle Partner wird Unictetra den universitären Wissens- und Technologietransfer massgeblich verbessern. Mit der Stärkung ihrer Kapazitäten kann die Universität zusammen mit der FHNW einen Beitrag zum Nordwestschweizer Standort eines Technologieparks leisten, der auf der Basis des Forschungsgesetzes angestrebt wird.

Die Universität beteiligt sich erfolgreich an zahlreichen internationalen Forschungsaktivitäten; bei der Einwerbung von ERC Starting und Advanced Grants waren in letzter Zeit schon etliche Erfolge zu verzeichnen. Eine universitäre Arbeitsgruppe erarbeitet derzeit Vorschläge, wie die Universität ihre Präsenz im 7. Rahmenforschungsprogramm der EU weiter verbessern kann. Folgende Aspekte stehen im Vordergrund: (a) die Optimierung des Matching-Fund-Modells und des internen Supports bei der Projektvorbereitung, (b) die Entlastung der Projektleitenden, (c) das Mentoring von Nachwuchsforschenden und (d) die Flexibilisierung bei der Einrichtung von Infrastrukturen.

Umsetzungsschritte

- ▶ *Zusammenarbeit zwischen Universität und FHNW im Hinblick auf die Nutzung von Synergien im Forschungs- und Lehrportfolio beider Institutionen sowie bei der technologischen Ausstattung*
- ▶ *Berücksichtigung des Erfolgs mit hoch kompetitiven Drittmitteln bei der Ressourcenzuteilung*
- ▶ *Identifizierung zusätzlicher Projektgebiete, bei denen die Universität Basel die Leading-House-Funktion bei Sinergia-Projekten oder NCCRs übernehmen kann*

3.3. Forschungsausbau im translationalen Bereich

Kernaussage

- *Als einer der Pfeiler des strategischen Ausbaus im Bereich der Life Sciences wird die klinische Forschung auf Exzellenz ausgerichtet und in das Gefüge der universitären Prioritäten integriert.*
- *Insbesondere der Bereich der Nanomedizin wird gestärkt.*

Erläuterungen

Die Medizinische Fakultät erhält in den bibliometrischen Analysen in vielen Bereichen gute Bewertungen. Ausserhalb des Departements Biomedizin (DBM) kann jedoch die Klinische Forschung mit dem Life Sciences Cluster der Universität besser verbunden werden. Der von der Strategie 2007 anvisierte Prozess der Reorganisation und Stärkung der Kernbereiche ist in der Fakultät und im Universitätsspital nicht abgeschlossen. Die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Biozentrum, Medizinischer Fakultät und den regionalen Spitälern, insbesondere den universitären Kliniken, im Bereich der translationalen Forschung bleibt deshalb eine prioritäre Zielsetzung der Strategie 2014. Die in Vorbereitung befindliche räumliche Zusammenführung des neuen Biozentrums und des DBM in unmittelbarer Nachbarschaft zum Universitätsspital wird diese Entwicklung massgeblich fördern. Auch von der Verselbständigung der Spitäler erwartet die Universität eine positive Auswirkung auf das Zusammenwirken in der klinischen Forschung.

Zusammen mit den regionalen Spitälern wird an der Medizinischen Fakultät der Universität Basel ein klinisches Forschungszentrum etabliert, das die translationale medizinische Forschung erheblich stärken soll. Obwohl im klinischen Bereich die Polarität von Dienstleistung und Forschung zu berücksichtigen ist, stellt die Orientierung der klinischen Forschung an Exzellenzkriterien eine Notwendigkeit dar, die nur mit einer intensiven Vernetzung zwischen der klinischen und der Grundlagenforschung erreicht werden kann. Es liegt im zentralen Interesse der Universität, dass dem klinischen wissenschaftlichen Personal ausreichend Zeit für die

Forschung garantiert werden kann. Im Zusammenhang mit Implementierung der Strukturen der klinischen Forschung wird die Umsetzung dieser Grundsätze konsequent verfolgt. Auch die Qualität der klinischen Forschung kann von der Etablierung starker Forschungsprogramme unter Einbezug der Philosophisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät wesentlich profitieren. Auch im Hinblick auf eine deutliche Positionierung der Pharmawissenschaften im akademischen Wettbewerb ist eine organisatorische Bündelung von Pharmazie und Pharmakologie als Einheit der Medizinischen Fakultät zu prüfen.

Im Rahmen eines Projekts «Material Sciences and Bioengineering» wird derzeit eine Schwerpunktbildung und damit die Sichtbarkeit der Universität im Bereich Nanomedizin vorangetrieben, wofür schon heute gute regionale Voraussetzungen und ein ausreichendes akademisches Fundament bestehen. Vorgesehen ist eine Bündelung der Forschungsaktivitäten in den Bereichen Biomaterialien, Materialwissenschaft, Drug Delivery und Nanotechnologie; die klinische Anwendung von Imaging-Methoden wird die Entwicklung eines soliden translationalen Forschungsprogramms ermöglichen. Die Nanomedizin stellt einen attraktiven Querschnittsbereich dar, der bei intensiverer Korrelation mit den Life Sciences die Nanowissenschaften insgesamt fördern wird. Mit einem starken Programm Nanomedicine and Biomaterials entstünden neue Optionen für Zusammenarbeitsprojekte.

Umsetzungsschritte

- *Förderung von Schwerpunktbildungen und Einrichtung von multidisziplinären Forschungsteams*
- *Etablierung von Doktoratsprogrammen in der klinischen Forschung*
- *Stärkung des MD-PhD-Programms durch Einbezug arrivierter Forschender*
- *Organisatorische Zusammenführung von Pharmazie und Pharmakologie als Einheit der medizinischen Fakultät*

Studierende und Doktorierende an der Universität Basel, 2009–2012

	2009		2010		2011		*2012	
Basel-Stadt	2014	17,4%	1961	16,6%	2023	16,8%	2114	17,2%
Baselland	2417	20,8%	2488	21,0%	2499	20,8%	2529	20,6%
Übrige Schweiz	4686	40,4%	4736	40,1%	4710	39,1%	4746	38,7%
Ausland	2476	21,4%	2641	22,3%	2805	23,3%	2881	23,5%
Total Uni Basel	11'593	100,0%	11'826	100,0%	12'037	100,0%	12'270	100,0%
Immatrikulierte Studierende und Doktorierende. Quelle: Jahresberichte 2009, 2010, 2011								
*Die unter 2012 angegebenen Werte entsprechen dem Stand von 22.10.2012. Die definitiven Zahlen liegen etwas höher und sind erst Mitte Dezember 2012 verfügbar.								

4. Studium und Lehre auf internationalem Niveau

4.1 Eine an Lernergebnissen orientierte Bachelor- und Masterstufe

Kernaussage

- *Bachelor- und Masterprogramme werden im Hinblick auf ein inhaltlich attraktives, qualitativ hochstehendes Studienangebot weiterentwickelt und auf die Lernergebnisse ausgerichtet.*
- *Studienprogramme werden verstärkt entlang des universitären Profils gestaltet und interdisziplinäre Curricula auf Masterstufe besonders gefördert.*
- *Der vermehrte Gebrauch des Englischen in der Lehre trägt zu einer besseren globalen Positionierung der Universität Basel bei.*

Erläuterungen

Der fachlichen Ausbildung und den disziplinären Stärken kommt in der Lehre prioritäre Bedeutung zu; aber eine Steigerung der institutionellen Attraktivität wird nur durch die Einrichtung interdisziplinärer Studienprogramme und von den jeweiligen Bachelor-Curricula autonomer Masterstudiengänge erreicht. Deshalb umfasst das ideale Studienangebot einerseits breit aufgestellte Bachelor-, andererseits fachlich weiterführende Masterstudiengänge mit Vertiefungsrichtungen. Insbesondere in der Philosophisch-Historischen Fakultät wird bis 2017 in diesem Sinne eine sowohl qualitative als auch quantitative Konsolidierung des Studienangebots umgesetzt.

In der Verteilung der Ressourcen stehen die Sicherung vertretbarer Betreuungsverhältnisse und eine konsistente Gestaltung der Lehre entlang des universitären Profils im Vordergrund. Die forschungsgestützte Lehre steht im Mittelpunkt eines Lehrangebotes, an dem sich nicht nur der jüngere Lehrkörper, sondern auch arrivierte Forschungspersönlichkeiten aktiv beteiligen. Die begonnene Entwicklung an Informations-, Beratungs- und Betreuungsangeboten für alle Phasen des Studiums an der Universität Basel erhält einen neuen Stellenwert.

Die Wirkung der strategischen Massnahmen muss im Einklang mit Beratung und Mentoring-Programmen in den ersten Studiensemestern, mit konkurrenzfähigen Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs und zusätzlichen Mobilitätsangeboten erfolgen.

Umsetzungsschritte

- *Etablierung von Studiengängen anstelle von Studienfächern in der Phil.-Hist. Fakultät*
- *Einrichtung fakultätsübergreifender Masterstudiengänge*
- *Berücksichtigung der Betreuungsverhältnisse bei der Ressourcenplanung*

Studierende und Doktorierende mit ausländischem Bildungsnachweis bei Studienbeginn

	2009		2010		2011		*2012	
Deutschland	1626	65,7%	1730	65,5%	1810	64,5%	1818	63,1%
Italien	73	2,9%	79	3,0%	96	3,4%	96	3,3%
Frankreich	70	2,8%	83	3,1%	89	3,2%	94	3,3%
Österreich	42	1,7%	44	1,7%	48	1,7%	51	1,8%
USA	32	1,3%	39	1,5%	46	1,6%	46	1,6%
Russische Föderation	38	1,5%	40	1,5%	44	1,6%	46	1,6%
Liechtenstein	40	1,6%	42	1,6%	43	1,5%	43	1,5%
Indien	35	1,4%	40	1,5%	41	1,5%	41	1,4%
China	18	0,7%	31	1,2%	38	1,4%	40	1,4%
Polen	31	1,3%	35	1,3%	38	1,4%	35	1,2%
übrige	471	19,0%	478	18,1%	512	18,3%	569	19,8%
Total Ausland	2476	100,0%	2641	100,0%	2805	100,0%	2879	100,0%

Aufgeführt sind alle Länder, aus denen im Herbstsemester 2011 mehr als 30 Studierende eingeschrieben waren.

*Die unter 2012 angegebenen Werte entsprechen dem Stand von 22.10.2012. Die definitiven Zahlen liegen etwas höher und sind erst Mitte Dezember 2012 verfügbar

4.2. Ein attraktives Doktorat

Kernaussage

- *Das Doktorat zielt auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und orientiert sich an der Forschungsexzellenz.*
- *Der Fokus liegt auf*
 - > international konkurrenzfähigen, disziplinär oder thematisch definierten und kompetitiv ausgeschrieben Doktoratsprogrammen*
 - > thematisch organisierten Graduiertenkollegien mit einer in der Regel definierten Dauer und*
 - > der Graduate Academy als übergreifender Struktur, welche die Förderung der Anfänge der akademischen Laufbahn koordiniert.*

Erläuterungen

Mit der Gestaltung des Doktorats hat die Universität die dritte und letzte Etappe der Bologna-Reform in Angriff genommen. Der Prozess der Revision der Promotionsordnungen wird zum Zeitpunkt der Implementierung der Strategie 2014 abgeschlossen sein. Nicht mehr nachgefragte Promotionsfächer werden aufgehoben. Eine Doktoratskommission koordiniert die verschiedenen Formen postgradualer, zu einem Doktorat führender Ausbildung und entscheidet über die Finanzierung bewilligter Doktoratsprogramme. Dabei wird ein kontinuierlicher Prozess der Optimierung der Curricula, der Anpassung an die nationalen Richtlinien und der Qualitätssicherung angestrebt.

Die Mehrzahl der zurzeit vergebenen Dokorate basiert auf dem traditionellen Modell der individuellen Betreuung eines wissenschaftlichen Vorhabens. Dieses Modell wird in den kommenden Jahren durch strukturierte Ausbildungsformate ergänzt. Dabei ist unterschiedlichen Betreuungsformen und extracurricularen Anforderungen Rechnung zu tragen, ohne das Gebot einer gesamtuniversitären Gestaltung zu vernachlässigen. Ein adäquates Angebot an Mentoring-Programmen und die geregelte Interaktion zwischen Betreuenden und Doktorierenden sind universitätsweit sicherzustellen.

Als richtungsweisendes Doktoratsprogramm gilt das «International PhD Programme», das mit der Unterstützung der Werner-Siemens-Stiftung seit einigen Jahren am Biozentrum angesiedelt ist. Im Herbst 2011 wurde gemeinsam mit der Universität Freiburg i.Br. ein Doktoratsprogramm in Linguistik etabliert, weitere Doktoratsprogramme der Philosophisch-Historischen Fakultät in Geschichte, Altertums- und Literaturwissenschaft sind auch bereits aktiv. Neue translationale und interdisziplinäre Forschungs-

perspektiven werden auch neue Modelle für die Verleihung von Doktoraten, z.B. interfakultäre Doktoratsprogramme, erzeugen. Die Universität unterstützt die Entwicklung von Doktoratsprogrammen oder Graduiertenkollegien an der Schnittstelle verschiedener fachlicher oder institutioneller Perspektiven, auch in Verbindung mit Forschenden der FHNW, einerseits wegen der Möglichkeit der Entwicklung neuer Forschungsthemen, andererseits auch wegen ihres Potenzials bei der Überwindung einer subkritischen Masse in der verzahnten Forschung.

Ausserdem wird die Etablierung einer Graduate Academy geprüft, in der junge Forschende eine auf Gleichstellung basierende Unterstützung, Mentoring und Betreuung für ihre Integration in Universität und Gesellschaft finden. In den Disziplinen, deren Forschungskultur individuelle wissenschaftliche Tätigkeit privilegiert, verhilft die Graduate Academy dem wissenschaftlichen Nachwuchs zu einer besseren Einbindung in die Universität und dadurch auch zu einem grösseren Zugehörigkeitsgefühl, was einem weltweiten Desiderat des akademischen Nachwuchses entspricht.

Umsetzungsschritte

- *Entwicklung zusätzlicher Doktoratsprogramme und Graduiertenkollegien*
- *Entwicklung interdisziplinärer Promotionsfächer*
- *Entwicklung gemeinsamer Doktoratsprogramme mit der FHNW*
- *Entwicklung eines Graduiertenkollegs in Nanowissenschaften*
- *Planung einer «Graduate Academy» für die frühen Phasen der akademischen Laufbahn*

4.3. Eine gut positionierte Weiterbildung

Kernaussage

- *Die sich selbsttragende universitäre Weiterbildung orientiert sich an den spezifischen Ansprüchen wissenschaftlicher Berufsprofile, wobei akademische Qualität und innovative Inhalte besonders im Vordergrund stehen.*
- *Die Weiterbildungsprogramme sind inhaltlich mit den Schwerpunkten der Universität zu verzahnen.*

Erläuterungen

Für die strategische Weiterentwicklung sind die unterschiedlichen Formen der Entstehung von Weiterbildungsangeboten zu unterscheiden: (a) die Nachfrage von aussen, wenn eine Weiterbildung für die Bedürfnisse spezifischer Wirtschaftszweige oder Behörden entwickelt wird; (b) bottom up, wenn das Angebot auf die Eigeninitiativen von Dozierenden zurückzuführen ist; (c) top down, wenn es vom Rektorat oder der Fakultät auf der Basis der universitären Strategie geplant wird.

Die Chancen einer qualitativ hochstehenden Weiterbildung sind für die Profilbildung der Universität Basel stärker zu nutzen. Wie erfolgreich dieser Weg sein kann, zeigen Beispiele aus Grossbritannien und Finnland sowie die jüngsten Entwicklungen bei deutschen Universitäten, wo an einzelnen Standorten Forschung, Drittmittel oder

Wissens- und Technologietransfer mit Weiterbildung verknüpft werden. Zur Erhöhung der Sichtbarkeit des universitären Profils und dessen Relevanz erfolgen Verzahnungen von Weiterbildungsangeboten mit den universitären Forschungsstärken, wie dies mit dem Programm International Health schon geschehen ist.

Die Entwicklung neuer Weiterbildungsangebote wird von folgenden Kriterien geleitet: (a) Gesamtkonzept und Anschlussfähigkeit: Gefragt sind sowohl fach- als auch berufsspezifische Weiterbildungsangebote; (b) Wissenschaftliche Qualität vs. Marktorientierung: Das Kriterium der wissenschaftlichen Qualität muss auch für den Bereich der Weiterbildung gelten; (c) Einbettung einer selbsttragenden Weiterbildung in die institutionelle Profilbildung.

Umsetzungsschritte

- *Entwicklung neuer Weiterbildungsangebote in Verzahnung mit den Bedürfnissen der Arbeitswelt*
- *Entwicklung neuer Weiterbildungsangebote entsprechend dem Forschungsprofil*
- *Anpassung der universitären Weiterbildungsangebote an gemeinsame Standards*

5. Nachwuchsförderung und akademische Exzellenz

5.1. Individuelle und institutionelle Exzellenz

Kernaussage

- *Die Universität Basel strebt nach höchstmöglicher individueller und institutioneller Qualität.*
- *Zu ihrer Exzellenzpolitik gehören eine zielgerichtete Nachwuchsförderung, Anreize für eine konkurrenzfähige Forschung und attraktive Anstellungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal.*
- *Im Rahmen eines aktiven Praktikumswesens leistet die Universität in den administrativen und technischen Bereichen einen Beitrag zur Förderung des nicht-akademischen Nachwuchses.*

Erläuterungen

Die institutionelle Politik der Universität ist auf die Erreichung der höchsten Qualität in Lehre, Forschung und Selbstverwaltung ausgerichtet. Höchste wissenschaftliche Qualität kann einerseits durch die individuelle Einzelleistung, andererseits durch die kumulative Leistung einer Forschungsgruppe erreicht werden. Zur Erreichung von Exzellenz werden verschiedene Strategien eingesetzt: In den Schwerpunkten der Universität wird sie durch ausreichende Ressourcen- und Personalausstattung gesichert, in anderen Bereichen wird insbesondere die individuelle Forschungskompetenz unterstützt.

In Bereichen, in denen die Universität nur durchschnittliche bis gute Leistungen erbringt, werden Massnahmen ergriffen, um die Qualität der Disziplin dem internationalen Wettbewerb anzunähern. Wo hingegen die Forschung unter dem durchschnittlichen internationalen Standard liegt, wird die Finanzierung seitens der Universität reduziert. In den vom Forschungsabbau betroffenen Bereichen wird zur Verbesserung oder Absicherung der Lehre die Universitätsdozentur verstärkt eingesetzt.

Schon heute bestehen an der Universität Anreize für exzellente Forschung (Forschungsfonds, Lehrentlastungen, Aufstockung der Ausstattung); weitere Massnahmen in diese Richtung sind notwendig.

Der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses räumt die Universität Basel hohe Priorität ein, indem sie ein fachlich attraktives und finanziell kompetitives Umfeld für Assistierendenstellen schafft. Bereits heute unternimmt die Universität grosse Anstrengungen, um die Mittelbaustellen (Assistierende, Post-Docs, Assistenzprofessoren/Professorinnen ohne Tenure Track) weiter auszubauen. Die Anstellungsbedingungen der Assistierenden, insbesondere ihre Entschädigung und ihr Beschäftigungsgrad, sind aber zurzeit sehr heterogen. Im Hinblick auf eine einheitliche Politik wird ein gesamtuniversitäres Konzept erstellt und umgesetzt.

Auch bei der Lehrlingsausbildung und dem Praktikumswesen will die Universität als Arbeitgeberin ihre Bildungsaufgabe systematischer wahrnehmen. Einige Einheiten haben in Eigenregie ein Lehrlingswesen eingerichtet. Heute bietet die Universität ungefähr 40 Ausbildungsplätze an. In Anbetracht der Grösse der Universität und ihrer gesellschaftlichen Verantwortung sollen deutlich mehr Ausbildungsplätze angeboten werden, auch zum Nutzen der Universität, indem Lehrabgänger/-innen mit spezifischem universitärem Wissen herangezogen und in der Universität in verschiedenen Funktionen eingesetzt werden können.

Umsetzungsschritte

- *Erstellung und Umsetzung eines Konzepts für die Anstellungsbedingungen von Assistierenden*
- *Ausbau des Angebots an Lehrstellen und Praktikumsplätzen*

5.2. Wissenschaftliche Laufbahnentwicklung

Kernaussage

- **Die wissenschaftliche Karriere wird mit einem flexiblen Beförderungssystem (Assistenzprofessor, Associate Professor, Professor) auf der Basis von Evaluationen der Leistungen in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung gefördert.**

Erläuterungen

Bezüglich der Beförderungssystematik von Professorinnen und Professoren befindet sich die Universität zurzeit in einem Umbruch. Die Einstufung einer Professur (Assistenzprofessor, Associate Professor, Professor) wird fortan nicht nach Besitzstand, Grösse des Fachbereichs oder hierarchischen Überlegungen, sondern nach Stufen der wissenschaftlichen Karriere erfolgen. Dadurch wird vermehrt auch jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern die Möglichkeit gegeben, sich von einer Assistenzprofessur bis zu einer vollen Professur hinaufzuarbeiten. Bei der Gewinnung des wissenschaftlichen Personals ist daher nicht nur der aktuelle Leistungsausweis, sondern auch das Potenzial für künftige Entwicklungen zu berücksichtigen. Dabei ist dem Anliegen der Chancengleichheit besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Seit Kurzem besteht auch an der Universität Basel – wie an angelsächsischen Universitäten üblich – das «Dual career couple»-Modell. Oft sind erfolgreiche Forschende mit Partnerinnen resp. Partnern liiert, die sich auch in einer akademischen Anstellung befinden. In solchen Fällen erhöhen sich die Chancen auf eine Berufung erheblich, wenn auch dem Partner eine akademische Tätigkeit angeboten werden kann. Die Universität Basel verfügt nicht

über eine Grösse, die es ihr erlaubt, Partnern von neu Berufenen eine akademische Anstellung zu garantieren. Die Universität beabsichtigt indes die Schaffung eines Fonds, aus dem temporäre Anstellungen von Partnern in den ihnen entsprechenden Einheiten finanziert werden könnten. Dies würde es den Partnern erlauben, eigene akademische Kontakte zu knüpfen und sich für akademische oder andere Positionen in der Region oder der Schweiz zu bewerben.

In den experimentellen Wissenschaften lässt sich ein Trend zum Ausstieg weiblicher Forschender nach Abschluss der Post-Doc-Phase feststellen. An der Universität Basel akzentuiert sich diese Problematik dadurch, dass sich Teilzeitarbeit mit hochstehender experimenteller Arbeit nur schwer vereinbaren lässt. Es sollen neue Konzepte erarbeitet werden, auf welche Weise akademische Karrieren von begabten Wissenschaftlerinnen gesichert werden können.

Umsetzungsschritte

- **Erhöhung der Zahl der Assistenzprofessuren**
- **Implementierung einer durchgängigen Beförderungssystematik**
- **Analyse der Gründe für den Ausstieg von Frauen aus der Wissenschaftskarriere und Implementierung von Gegenmassnahmen**
- **Erarbeitung von Massnahmen zur Förderung der Frauen auf dem wissenschaftlichen Karriereweg**

6. Effiziente Organisation und Infrastruktur

6.1. Entscheidungsabläufe

Kernaussage

- *Die Universität wird über flache Hierarchien und schlanke Führungsgremien mit ausreichender Entscheidungskompetenz gesteuert.*
- *Eine effiziente Administration unterstützt die Schaffung von Freiräumen für Kreativität und Innovation und ermöglicht es den akademischen Einheiten, sich auf ihre Kompetenzen zu konzentrieren. Vermehrt werden Finanzmittel leistungs- und bedarfsorientiert zugeteilt.*

Erläuterungen

Damit sich die Universität Basel in einem internationalen Umfeld behaupten kann, muss sie über Autonomie in den Entscheidungsabläufen verfügen. Dabei bleibt sie insbesondere bezüglich Immobilien und Ausstattung auf die Bereitschaft zu hohen Investitionen seitens der Trägerkantone angewiesen. Die Einwerbung externer Forschungsmittel und das Gewinnen hervorragender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Funktionsstufen werden massgeblich von der Qualität der Infrastrukturen beeinflusst.

In den grossen Fakultäten wird die Institutsebene zugunsten stärkerer Departemente aufgehoben. Die Zusammenarbeit in der Wissenschaft soll über fachübergreifende Netzwerke und Projekte gefördert werden. Der zeitliche Aufwand, der von den akademischen Mitgliedern der Universität für die Arbeit in den vielen Organen der Selbstver-

waltung erwartet wird, lässt sich oft mit dem aus dieser Arbeit gewonnenen Nutzen nicht rechtfertigen. Die Anzahl und die Grösse der Kommissionen sollen deshalb reduziert und institutionelle Strukturen hinterfragt werden.

Den Online-Diensten und der Standardisierung kommt eine wichtige Rolle zu. Die Dienstleistungen werden auf jener hierarchischen Stufe organisiert, auf der sie mit hoher Effizienz den besten Nutzen für die Leistungsempfänger erzielen. Rechtliche Grundlagen und administrative Weisungen der Universität werden schlank gehalten und geben den Rahmen für die Entfaltung von Eigenverantwortung vor.

Ein wesentlicher Teil der universitären Mittel ist heute strukturell gebunden, d.h. er dient der Finanzierung und Ausstattung der Professuren, die in den Berufungsprotokollen für fünf Jahre zugesprochen wird. Die Universität hat nun ein neues Mittelallokationskonzept eingeführt, wonach die Mittelzuteilung auf der Basis von strategischen Erwägungen und Betreuungsverhältnissen erfolgt. Generell ist die Universität darauf bedacht, dass auf der Stufe der Fakultät oder des Departements vermehrt Mittel-pools geschaffen werden.

Umsetzungsschritte

- *Ausbau des Instruments des fakultären Mittel-pools*
- *Ausbau der Online-Dienste, integrierte Prozesse mit Workflow-Lösungen*

6.2. Qualitätsentwicklung

Kernaussage

- *Die universitäre Qualitätsentwicklung wird durch ein schlankes, aber umfassendes Qualitätsmanagement begleitet.*
- *Dieses basiert auf den vier Säulen der Evaluation der Lehrveranstaltungen, der Studiengänge, der Forschungsqualität und der universitären Einheiten.*

Erläuterungen

Die Evaluation von Lehrveranstaltungen (1. Säule) dient dem Zweck der Qualitätsentwicklung in der Lehre, die Evaluation von Studiengängen (2. Säule) der laufenden Anpassung und Verbesserung des Lehrangebots. Bei der Forschung (3. Säule) wird die Qualität auf der

Basis eines Monitoring von Publikationen, Drittmitteln und wissenschaftlichen Preisen oder anderen Parametern gemessen. Die Evaluation von universitären Einheiten (4. Säule) deckt neben Forschung und Lehre auch die Organisation der Gliederungseinheit ab, um deren Leistungen auf höchstmöglichem Niveau zu halten.

Mit der Bildung des Vizerektorats Entwicklung, der Implementierung eines Steuerungsausschusses für die Qualitätsentwicklung und dem Start eines Projekts zum Aufbau eines umfassenden Qualitätsmanagements wurden wichtige Grundlagen für das Qualitätsmanagement gelegt, welche in den nächsten Jahren stetig weiterentwickelt werden. Dabei sind die neuesten nationalen und internationalen Innovationen im Bereich der Qualitätsentwicklung miteinzubeziehen.

Für universitäre Einheiten, die einem internationalen Wettbewerb unterliegen, sollen Advisory Boards eingesetzt werden. Diese beurteilen primär die wissenschaftliche Exzellenz, unterstützen die Positionierung der Einheit im internationalen Umfeld und beraten bei Evaluationen. Für ungenügende Evaluationen müssen wirksame Massnahmen zur Verbesserung der Situation bestehen. Dazu gehören etwa die Weiterbildung, adäquate Anreize oder notfalls auch der Mittelentzug.

Umsetzungsschritte

- ▶ *Einführung externer Evaluationen von Departementen*
- ▶ *Einberufung von Advisory Boards für Einheiten in starkem internationalem Wettbewerb*
- ▶ *Umsetzung des auf vier Säulen basierenden Qualitätskonzepts*

6.3. Aussenauftritt und Fundraising

Kernaussage

- ▶ *Die Universität verfügt über einen professionellen Aussenauftritt.*
- ▶ *Durch die Öffnung zur Umgebung, die Stärkung der universitären Museen und regelmässige Anlässe vermittelt sie Wissenschaft in der Öffentlichkeit.*
- ▶ *Sie weitet ihre Finanzierungsbasis aus und strebt ein aktives Fundraising an.*
- ▶ *Durch Ausweitung des Netzwerkes und Betreuung der Sponsoren wird der private Finanzierungsanteil erhöht.*

Erläuterungen

Der Aussenauftritt der Universität ist zum grossen Teil dezentral und heterogen. Für eine erfolgreiche Positionierung ist es aber notwendig, dass die Universität geschlossen nach aussen auftritt und dadurch eine grössere Sichtbarkeit erhält. Mit der Definition einer einheitlichen Corporate Identity und der Bildung des Ressorts «Kommunikation und Marketing» wurde ein erster Schritt in diese Richtung unternommen. Ausserdem zeigte das 550-Jahr-Jubiläum, dass die Präsenz der Universität in der Bevölkerung sehr begrüsst wird. Um diese Präsenz zu stärken, wird die Universität dem Umfeld zugänglicher gemacht und die beiden universitären Museen (Pharmaziemuseum und Anatomisches Museum) sowie das Café Scientifique werden zusammengeführt.

Die Leistungen der Universität werden heute zu zirka 67 Prozent aus öffentlichen Mitteln (Trägerkantone, Bund und IUV-Beiträge), zu 12 Prozent aus kompetitiven Drittmitteln (SNF, EU), zu 8 Prozent aus Dienstleistungseinnahmen und zu 13 Prozent von Mitteln aus übrigen Zusprachen (Stiftungen und Sponsoren) finanziert. Somit

stellt die öffentliche Hand die Hauptsäule der strukturellen Finanzierung der Universität dar. Ihr kommt auch in Zukunft grösste Bedeutung zu. Öffentliche Mittel ziehen jedoch im Idealfall auch Drittmittel an, womit ein Multiplikatoreffekt eintritt.

Durch ein aktives Fundraising sollen die Mittel von Stiftungen und Sponsoren erhöht werden. Zurzeit greift die Universität Angebote auf und wickelt sie zusammen mit den Mittelgebern vertraglich ab. Auf diese Weise konnten über persönliche Kontakte bereits erste Erfolge erzielt werden. Mit einem systematischen Fundraising auf zentraler Ebene könnten jedoch die Mitteleingänge erhöht und besser auf die Strategie der Universität bezogen werden. Für diese Form von Fundraising braucht die Universität ein überzeugendes Zielbild, das auch die Finanzierung von Bauinvestitionen umfasst. Interessante diesbezügliche Projekte wären die geplante Einrichtung eines Architekturstudiums sowie die Erneuerung der Universitätsbibliothek im Sinne eines Humanities Center. Beide Projekte besässen für den kulturwissenschaftlichen Bereich an unserer Universität eine hohe Strahlkraft.

Umsetzungsschritte

- ▶ *Entwicklung einer Fundraising-Strategie und Aufbau eines professionellen Fundraising*
- ▶ *Fundraising-Kampagne für die Projekte «Architektur» und Humanities Center*
- ▶ *Zusammenführung der universitären Museen am Totengässlein und Integration des Café Scientifique*

6.4. Campus-Strategie

Kernaussage

- *Die Universität bündelt ihre Aktivitäten auf wenigen Arealen.*
- *Die Planung und die Bereitstellung von Immobilien und Infrastrukturen unterstützen die akademische Entwicklung.*
- *Neben wirtschaftlichen Anforderungen werden technologische Ausstattung, Effizienz und Flexibilität, Sicherheit, Energieverbrauch und Behindertengerechtigkeit berücksichtigt.*

Erläuterungen

Die Planung des Flächenanspruchs der Universität Basel orientiert sich an der in der Strategie 2007 skizzierten Variante Midi 2020. Die Umsetzung der Raumallokation und der nicht bedarfsgerechte bauliche Zustand vieler Gebäude erfordern, dass innerhalb der nächsten 15 Jahre 50 Prozent der Gesamtfläche in Gebäuden realisiert werden, die heute noch nicht existieren. Der zusätzliche Investitionsbedarf in dieser Zeitspanne bis 2030 liegt bei über 1 Mrd. Franken aus den Mitteln der beiden Trägerkantone. Die geplante Raumallokation sieht den Aufbau baulicher Cluster vor, die über gemeinsame Infrastrukturen verfügen.

Der Campus Petersplatz ist das Zentrum der Human- und Sozialwissenschaften. Das Kollegienhaus bleibt die zentrale Anlaufstelle für Studierende. Auch Rektorat und Verwaltung befinden sich auf dem Campus Petersplatz.

Der Campus Schällemätteli mit seiner Nähe zu den Universitätsspitalern entwickelt sich zum Zentrum der Naturwissenschaften mit Biozentrum, Biomedizin, Nanowissenschaften, Physik, Chemie und dem Departement Systembiologie der ETH (D-BSSE). Core Facilities stärken die wissenschaftlichen Synergien zwischen diesen Einheiten. Dadurch entstehen auch die räumlichen Voraussetzungen für eine intensive Zusammenarbeit mit Industrie und Jungunternehmen im Bereich der Life Sciences.

Als drittes Standbein wird der Campus Rosental entwickelt. Er soll die Umweltwissenschaften, die Zahnmedizin und eventuell weitere naturwissenschaftliche Disziplinen aufnehmen und an den Campus Schällemätteli angebunden werden.

Diese drei Cluster werden ergänzt mit Aussenstandorten am Bahnhof SBB für die Juristische und die Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät und im St. Jakob-Areal für das Institut für Sport und Sportwissenschaften. Das Departement Mathematik und Informatik soll in der Nähe der anderen exakten Wissenschaften Chemie und Physik

untergebracht werden.

Die universitären Museen, Ausstellungsräume und das Café Scientifique werden am Totengässlein eingerichtet und an die Innenstadt via Schneidergasse angebunden.

Das bereits in der Strategie 2007 verankerte Konzept einer in ihrem Umfeld integrierten lebendigen Stadtuniversität zum Nutzen des regionalen Denk- und Werkplatzes wird damit weiterentwickelt und gestärkt. Im Rahmen dieses Konzepts bleibt es möglich, einzelne Einheiten nach sachlichen Kriterien ausserhalb des Stadtgebiets zu platzieren.

Umsetzungsschritte

- *Bezug der Alten Gewerbeschule*
- *Zusammenführung von Rektorat und Verwaltung am Petersplatz*
- *Ausführung und Bezug Neubau Biozentrum bis 2017*
- *DBM: Fertigstellung aller Planungsphasen und Ausführung*
- *D-BSSE: Projektierung und Ausführung*
- *Baufeld 4: Projektierung und Entwicklung*
- *Neubau Liegenschaften Rosental 1061 und 1093*
- *Herrichtung Liegenschaft Rosental 1058 und Umzug Umweltwissenschaften*
- *Bau und Bezug eines neuen Gebäudes für Sport und Sportwissenschaften*

6.5. Arbeitsbedingungen

Kernaussage

- *Die Universität bietet attraktive Anstellungsbedingungen und fördert ihre Mitarbeitenden auf allen Stufen.*
- *Gesamtuniversitäre Anlässe sichern den Austausch zwischen den akademischen Einheiten sowie Rektorat und zentraler Verwaltung.*
- *Kurze Wege, attraktive Verbindungen und gemeinsame Infrastrukturen favorisieren den wissenschaftlichen Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden.*
- *Die Universität verfügt über attraktive Rahmenbedingungen, Welcome-Services, Online-Services und studentisches Wohnen.*
- *Die Kommunikation an der Universität erfolgt auf Deutsch oder auf Englisch.*

Erläuterungen

Im internationalen Wettbewerb müssen Universitäten konkurrenzfähige Anstellungsbedingungen bieten. An der Universität Basel ist diese Voraussetzung grundsätzlich erfüllt, und mit der Bündelung der Gliederungseinheiten auf die Campusareale soll auch der Vernetzung und dem Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden Rechnung getragen werden. Zur Steigerung der Identifikation mit der Universität sollen gemeinsame gesamtuniversitäre Anlässe gepflegt werden.

Die Universität Basel versteht sich als eine Organisation, welche die vielfältigen Potenziale ihrer Mitglieder anerkennt, wertschätzt und fördert, unabhängig von Geschlecht, kultureller Herkunft, Religion, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung. Diversity wird im Sinne eines aktiven Einbezugs des Andersseins gepflegt und trägt zur Offenheit und Toleranz des universitären Lebens bei. Innerhalb des breit verstandenen Anliegens der Chancengleichheit besteht ein Handlungsbedarf bei der Förderung von Frauen in wissenschaftlichen Karrieren. Durch eine innovative, griffige und praxisnahe Gleichstellungs-

strategie soll die Schere zwischen dem Anteil Männer und dem Anteil Frauen in der wissenschaftlichen Karriere verkleinert werden.

Das bereits gute Kinderbetreuungsangebot soll weiter ausgebaut werden und vermehrt auf die individuellen Bedürfnisse zugeschnitten werden. Insbesondere wird ein gutes und flexibles Angebot für Nachwuchswissenschaftlerinnen bereitgestellt. Zudem wird sich die Universität weiterhin dafür einsetzen, dass ein ausreichendes Wohnangebot auch für Mobilitätsstudierende durch Dritte zur Verfügung gestellt wird.

Bereits heute verfügt die Universität über ein breites Sportangebot, welches rund 80 Disziplinen umfasst. Wichtige Voraussetzung für einen erfolgreichen Universitätssport ist aber der Ausbau der Sportinfrastruktur. Dem grossen Manko bei Turnhallen und Fitnessräumen ist im Rahmen der baulichen Entwicklung der Universität angemessen Beachtung zu schenken.

Dozierende und Studierende wählen heute die Universität als Arbeits- und Studienort aufgrund ihrer Qualität und internationalen Ausstrahlung. Stellen und Stipendien für Doktorierende werden zum grössten Teil international ausgeschrieben. In mehreren Departementen wird auf Englisch kommuniziert und gelehrt. Nicht deutschsprachige Mitarbeitende und Studierende sollten sich auf dem Campus der Universität auch auf Englisch informieren können. Das englischsprachige Lehrangebot wird erweitert und die institutionelle Zweisprachigkeit gefördert.

Umsetzungsschritte

- *Einführung eines Studierendenausweises mit integrierten Abrechnungsfunktionalitäten*
- *Einführung des Englischen als zweite Kommunikationssprache*
- *Ausbau des Kinderbetreuungsangebots*
- *Gewinnung externer Anbieter für den weiteren Ausbau des Wohnangebots für Studierende*
- *Ausbau der Welcome-Services für zuziehende Mitarbeitende und Studierende*
- *Ausbau der Personalentwicklungsinstrumente für Mitarbeitende*

6.6. Informationsversorgung und -technologie

Kernaussagen

- *An der Universität Basel werden Lehre und Forschung durch eine adäquate, sichere, wirtschaftliche und zukunftsfähige Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützt.*
- *Eine umsetzungsstarke Organisation entwickelt wegweisende, innovative Lösungen.*

Erläuterungen

Die effiziente Gewinnung, Verarbeitung, Archivierung und Aufbereitung immer grösser werdender Datenmengen stellt heute für Universitäten einen entscheidenden Erfolgs- und Wettbewerbsfaktor dar. Ohne eine wirkungsvolle Informationsversorgung können Forschung und Lehre nicht mehr auf einem kompetitiven Niveau gehalten werden. Die Informationsversorgung und Informationstechnologie müssen somit verlässlich organisiert werden und sind aktiv weiterzuentwickeln.

Die Steigerung der Sicherheit und Effizienz der integrierten Versorgung mit Informations- und Kommunikationstechnologie sowie mit analogen und digitalen Informationsträgern wird den Schwerpunkt bilden. Die verschiedenen Anspruchsgruppen sollen qualitativ und sicher versorgt werden. Um den Innovationsprozess zu

fördern, soll zudem die Umsetzung interner Projektideen, die für grössere Benutzerkreise der Universität potenziell einen Mehrwert schaffen, aktiv unterstützt werden.

Das Kompetenznetzwerk für Neue Medien in Lehre und Studium (LearnTechNet) realisiert innovative Projekte im Bereich der digitalen Lernumgebung. Die Etablierung einer modernen Lern- und Arbeitsumgebung – bis hin zu mobilen Endgeräten – ist weiter zu fördern.

Umsetzungsschritte

- *Bereitstellung moderner Infrastruktur und adäquater Werkzeuge für das Daten-Management*
- *Bereitstellung adäquater Räume und Werkzeuge für moderne IT-gestützte Lernumgebungen*
- *Einführung workflowgestützter Lösungen und digitaler Dokumentenablagen*
- *Mitwirkung in Kooperationen mit anderen Hochschulen und Dienstleistern, insbesondere in den Gebieten von Cloud-Computing, Informationsversorgung und digitaler Langzeitarchivierung*

Glossar

D-BSSE

Das Department of Biosystems Science and Engineering (D-BSSE) ist ein Departement der ETH Zürich, welches derzeit an der Mattenstrasse in Basel untergebracht ist. In diesem Departement bündelt die ETHZ ihr Know-how auf dem Gebiet der Systembiologie und profitiert mit dem Standort Basel von der Nähe zur industriellen Forschung.

Quelle: D-BSSE
<http://www.bsse.ethz.ch>

DBM

Das Departement Biomedizin (DBM) der Universität Basel (ehemals Departement für Klinisch-Biologische Wissenschaften) wurde im Jahr 2000 von der Universität Basel, dem Universitätsspital Basel und der Universitäts-Kinderklinik Basel gegründet, um eine Brücke zwischen klinischer Medizin und Grundlagenforschung zu bauen und den Austausch der präklinischen und klinischen Forschungseinheiten und die Exzellenz in der biomedizinischen Forschung zu fördern. Die Forschung am DBM konzentriert sich auf die Bereiche Neurobiologie, Stammzellen und regenerative Medizin, Onkologie und Immunologie.

Quelle: DBM
<http://biomedizin.unibas.ch>

Eikones

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) Eikones (Bildkritik – Macht und Bedeutung der Bilder) arbeitet vor dem Hintergrund der digitalen Revolution, die eine neue, bildgestützte Gesellschaft hervorgebracht hat. Der NFS «Bildkritik» schenkt den Bildern die Aufmerksamkeit, die sie verdienen. Seine zentralen Fragen lauten: Wie erzeugen Bilder Sinn – in der Wissenschaft, im Alltag und in der Kunst? Was beeinflusst die Bilder, und wie beeinflussen uns Bilder ihrerseits? Und: Wo liegt die spezifische Macht der Bilder?

Quelle: SNF
<http://www.eikones.ch>

FP7

Das Forschungsrahmenprogramm (FRP) ist ein Förderprogramm der Europäischen Kommission. Aktuell ist das 7. EU-Rahmenprogramm für Forschung, Technologische Entwicklung und Demonstration (FP7), welches offiziell am 1. Januar 2007 gestartet ist. 2014 beginnt das nächste Forschungsrahmenprogramm mit dem Namen «Horizon 2020». Dieses Programm wird unter anderem das Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) integrieren.

Quelle: Wikipedia
<http://www.euresearch.ch>

6.7. Eine nachhaltige Universität Basel

Kernaussage

- *Die Universität Basel unterstützt eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft durch die Behandlung entsprechender Themen in Lehre und Forschung und durch Wissenstransfer.*
- *Sie verpflichtet sich zum respektvollen Umgang mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen.*
- *Sie betreibt eine den Nachwuchs fördernde Gleichstellungspolitik und strebt einen Betrieb mit schonendem Umgang in Bezug auf die ökologische und soziale Umwelt an.*

Erläuterungen

Durch ihre Ausbildungsfunktion in Lehre und Forschung übt die Universität einen grossen Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft aus. Es ist deshalb eine wichtige Aufgabe der Universität, Studierende und Mitarbeitende auf die Erfordernisse einer nachhaltigen Entwicklung vorzubereiten. Deshalb fördert die Universität die Entwicklung einer Nachhaltigkeitskultur und eine Verankerung entsprechender Themen in ihren Curricula und in ihren Verwaltungsabläufen. In der Forschung trägt sie dazu bei, Handlungsoptionen für eine nachhaltige

Entwicklung der Gesellschaft zu schaffen. Dazu vertieft sie ihr bereits bestehendes Nachhaltigkeitsprofil und entwickelt einen zusätzlichen universitären Schwerpunkt in Nachhaltigkeit und Energie.

Die Universität bekennt sich zu einem respektvollen Umgang mit ökologischen, ökonomischen und sozialen Ressourcen. Um dies im Betrieb zu gewährleisten, führt die Universität ein umfassendes Ressourcen- und Umweltmanagementsystem ein und folgt dabei den Prinzipien etablierter Umweltmanagementsysteme unter Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Universität.

Umsetzungsschritte

- *Förderung einer breiteren thematischen Verankerung in nachhaltigkeitsrelevanten Curricula*
- *Förderung des Wissenstransfers und der Öffentlichkeitsarbeit*
- *Einführung eines umfassenden Ressourcen- und Umweltmanagementsystems*

NCCR/NFS

Nationale Forschungsschwerpunkte (NFS) oder Englisch National Centres of Competence in Research (NCCR) sind Instrument der Programmforschung zur strukturellen Stärkung des Forschungsplatzes Schweiz in strategisch wichtigen Gebieten. Das Programm fördert langfristig angelegte Forschungsvorhaben zu Themen von strategischer Bedeutung für die Zukunft der schweizerischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Gefördert werden Forschungsprojekte von höchster Qualität – mit besonderer Gewichtung interdisziplinärer, aber auch neuer, innovativer Ansätze innerhalb der Disziplinen.

Quelle: SNF
<http://www.snf.ch>

NCCR QSIT

Der Nationale Forschungsschwerpunkt (NFS) «QSIT – Quantenwissenschaften und -technologie» der ETH Zürich bewegt sich in einem Feld, das zentrale Entdeckungen des 20. Jahrhunderts zusammenbringt: Quantenphysik und Informationstheorie. Seit 2010 nimmt die Universität Basel die Rolle des Co-Leading Houses ein.

Quelle: ETH
<http://www.qsit.ethz.ch>

SNI

Das Swiss Nanoscience Institute (SNI) geht aus dem 2001 gegründeten Nationalen Forschungsschwerpunkt (NFS) Nanowissenschaften hervor und bildet einen Forschungsschwerpunkt der Universität Basel. Im SNI wird grundlagenwissenschaftliche mit anwendungsorientierter Forschung verknüpft. Innerhalb verschiedener Projekte beschäftigen sich die Forschenden mit Strukturen im Nanometerbereich. Die Universität Basel fungiert als Leading House und koordiniert das NFS-Netzwerk aus Hochschul- und Forschungsinstituten und Industriepartnern sowie das vom Kanton Aargau 2006 initiierte Argovia-Netzwerk.

Quelle: SNI
<http://www.nanoscience.ch>

Swiss TPH

Das Schweizerische Tropen- und Public Health-Institut (Swiss TPH) ist eine weltweit anerkannte Institution in Lehre, Forschung und Dienstleistungen im Bereich der Internationalen Gesundheit. Das Swiss TPH ist ein der Universität Basel assoziiertes Institut und nimmt umfangreiche Lehrverpflichtungen an der Medizinischen, Philosophisch-Naturwissenschaftlichen und Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel wahr. Daneben engagiert sich Swiss TPH in der postgraduierten Aus- und Weiterbildung an der Universität Basel, auf nationaler und internationaler Ebene.

Quelle: Swiss TPH
<http://www.swisstph.ch>

Die Universität Basel in Zahlen

Studierende/Doktorierende	Frauen			Männer			Total		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Theologische Fakultät	61	60	46	63	57	62	124	117	108
Juristische Fakultät	714	695	716	544	524	496	1258	1'219	1'212
Medizinische Fakultät (inkl. Sport)	1185	1'238	1'296	880	969	1'017	2065	2'207	2'313
Philosophisch-Historische Fakultät	2053	2'059	2'005	1181	1'165	1'170	3234	3'224	3'175
Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	1204	1'272	1'349	1462	1'523	1'555	2666	2'795	2'904
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	346	396	454	804	816	875	1150	1'212	1'329
Fakultät für Psychologie	676	657	627	180	181	177	856	838	804
Fakultätsübergreifende Studiengänge, Lehramt	146	127	115	94	87	77	240	214	192
Total	6'385	6'504	6'608	5'208	5'322	5'429	11'593	11'826	12'037
Total in Prozent	55,1	55,0	54,9	44,9	45,0	45,1	100,0	100,0	100,0

Abschlüsse	Bachelor			Master			Lizenziat/Diplom			Promotion			Total		
	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011	2009	2010	2011
Theologie		13	9		9	8		3	1		6	5		31	23
Recht		130	153		137	92		32	12		27	15		326	272
Medizin		269	289		62	77					149	179		480	545
Phil.-Hist.		298	299		59	106		107	72		36	52		500	529
Phil.-Nat.		238	258		250	242		2	1		150	157		640	658
Wirtschaftswissenschaften		159	168		105	80		2	1		19	8		285	257
Psychologie		96	149		69	94					21	11		186	254
Fächerüberggr. Abschlüsse					27	38					2			29	38
Advanced Study Center								111	164					111	164
Total		1'203	1'325		718	737		257	251		410	427		2'588	2'740

Jahresabschluss 2011	in Millionen Schweizer Franken	Rechnung 2009	Rechnung 2010	Rechnung 2011
Erfolgsrechnung				
Beiträge der öffentlichen Hand		408,7	428,2	443,6
Beiträge von Dritten inkl. Nationalfonds		120,7	159,3	138,1
Gebühren-, Dienstleistungs- und Vermögensertrag		50,7	43,2	51,6
Periodenfremder Ertrag		8,7	8,8	8,2
Total Ertrag		588,7	639,5	641,4
Personalaufwand		294,8	304,3	323,4
Sachaufwand		237,4	248,9	252,1
Abschreibungen auf Sachanlagen		20,3	22,3	21,0
Auflösung (–) / Zuweisung (+) nicht verwendeter Projektmittel		12,3	46,9	19,9
Periodenfremder Aufwand		0,5	9,3	2,3
Auflösung (–) / Bildung (+) von Rücklagen		24,1	11,1	27,4
Total Aufwand		589,3	642,9	646,1
Jahresergebnis		–0,6	–3,4	–4,7
Bilanz				
Umlaufvermögen		205,7	274,8	257,0
Anlagevermögen		244,7	264,3	339,6
Total Aktiven		450,4	539,0	596,6
Fremdkapital		110,4	144,4	159,3
Gebundene Mittel		182,4	229,3	249,3
Rücklagen		131,2	142,3	169,7
Freie Mittel		26,4	23	18,3
Total Passiven		450,4	539,0	596,6

Quelle: Jahresberichte 2009–2011

Mittelverwendung alle Finanzquellen (Quelle: Leistungsbericht 2012 der Universität Basel) LRV Beilage 2, Anhang 2

Profilierungsbereich Life Sciences

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	179'747'582	159'278'507	149'755'032
Sachaufwand	86'170'823	87'184'792	87'880'084
Abschreibungen	16'122'926	13'793'671	14'218'504
Abgeltung Klinische Medizin	82'364'094	81'984'579	80'572'876
Total Aufwand alle Finanzquellen	364'405'425	342'241'549	332'426'496
Anteil in % am Total alle Finanzquellen	55.6%	57.4%	57.3%

Profilierungsbereich Kultur

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	80'348'202	67'363'597	62'911'329
Sachaufwand	35'633'937	32'625'465	33'471'638
Abschreibungen	2'608'291	1'729'538	2'047'701
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand alle Finanzquellen	118'590'430	101'718'599	98'430'667
Anteil in % am Total alle Finanzquellen	18.1%	17.1%	17.0%

Ausserhalb der Profilierungsbereiche

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	116'026'084	96'716'408	91'658'296
Sachaufwand	49'148'213	50'187'022	51'722'003
Abschreibungen	7'011'519	5'513'179	6'063'229
Abgeltung Klinische Medizin	155'004	153'500	152'324
Total Aufwand alle Finanzquellen	172'340'820	152'570'109	149'595'852
Anteil in % am Total alle Finanzquellen	26.3%	25.6%	25.8%

Total Universität Alle Finanzquellen

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	376'121'868	323'358'511	304'324'656
Sachaufwand	170'952'973	169'997'278	173'073'726
Abschreibungen	25'742'736	21'036'388	22'329'433
Abgeltung Klinische Medizin	82'519'098	82'138'079	80'725'200
Total Aufwand alle Finanzquellen	655'336'676	596'530'257	580'453'015
Anteil in % am Total alle Finanzquellen	100.0%	100.0%	100.0%

*) Das Jahr 2012 beinhaltet im Personalaufwand den arbeitgeberseitigen Sonderbeitrag zur Sanierung der Vorsorgeeinrichtungen im Umfang von CHF 40 Mio.

Mittelverwendung Beiträge öffentliche Hand (Quelle: Leistungsbericht 2012 der Universität Basel)

Profilierungsbereich Life Sciences

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	124'252'292	105'547'117	100'554'599
Sachaufwand	66'778'038	67'289'463	66'087'801
Abschreibungen	13'396'633	10'591'091	10'610'919
Abgeltung Klinische Medizin	82'364'094	81'984'579	80'572'876
Total Aufwand öffentliche Hand	286'791'057	265'412'250	257'826'195
Anteil in % am Total öffentliche Hand	55.8%	58.1%	58.1%

Profilierungsbereich Kultur

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	61'986'655	48'558'316	45'425'548
Sachaufwand	30'576'854	26'543'740	26'534'889
Abschreibungen	2'533'836	1'610'043	1'915'211
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand öffentliche Hand	95'097'345	76'712'098	73'875'647
Anteil in % am Total öffentliche Hand	18.5%	16.8%	16.7%

Ausserhalb der Profilierungsbereiche

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	85'380'103	69'045'965	65'687'350
Sachaufwand	40'732'174	41'249'466	41'295'778
Abschreibungen	5'946'869	4'279'971	4'694'646
Abgeltung Klinische Medizin	155'004	153'500	152'324
Total Aufwand öffentliche Hand	132'214'150	114'728'901	111'830'098
Anteil in % am Total öffentliche Hand	25.7%	25.1%	25.2%

Total Universität öffentliche Hand

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand*	271'619'050	223'151'398	211'667'497
Sachaufwand	138'087'066	135'082'669	133'918'469
Abschreibungen	21'877'338	16'481'104	17'220'775
Abgeltung Klinische Medizin	82'519'098	82'138'079	80'725'200
Total Aufwand öffentliche Hand	514'102'552	456'853'250	443'531'941
Anteil in % am Total öffentliche Hand	100.0%	100.0%	100.0%

*) Das Jahr 2012 beinhaltet im Personalaufwand den arbeitgeberseitigen Sonderbeitrag zur Sanierung der Vorsorgeeinrichtungen im Umfang von CHF 40 Mio.

* Personalaufwand inkludiert Sondermassnahme Sanierung PK für 40Mio.

Mittelverwendung Beiträge von Nationalfonds und Dritten (Quelle: Leistungsbericht 2012 der Universität Basel)

Profilierungsbereich Life Sciences

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand	55'495'290	53'731'390	49'200'432
Sachaufwand	19'392'785	19'895'329	21'792'283
Abschreibungen	2'726'293	3'202'580	3'607'585
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand Nationalfonds/Dritte	77'614'369	76'829'299	74'600'301
Anteil in % am Total Nationalfonds/Dritte	55.0%	55.0%	54.5%

Profilierungsbereich Kultur

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand	18'361'547	18'805'281	17'485'781
Sachaufwand	5'057'083	6'081'725	6'936'749
Abschreibungen	74'455	119'495	132'490
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand Nationalfonds/Dritte	23'493'085	25'006'501	24'555'020
Anteil in % am Total Nationalfonds/Dritte	16.6%	17.9%	17.9%

Ausserhalb der Profilierungsbereiche

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand	30'645'982	27'670'443	25'970'946
Sachaufwand	8'416'039	8'937'556	10'426'225
Abschreibungen	1'064'650	1'233'209	1'368'583
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand Nationalfonds/Dritte	40'126'670	37'841'207	37'765'754
Anteil in % am Total Nationalfonds/Dritte	28.4%	27.1%	27.6%

Total Universität Nationalfonds/Dritte

in Franken	Jahr 2012	Jahr 2011	Jahr 2010
Personalaufwand	104'502'818	100'207'113	92'657'160
Sachaufwand	32'865'907	34'914'610	39'155'257
Abschreibungen	3'865'399	4'555'284	5'108'658
Abgeltung Klinische Medizin	-	-	-
Total Aufwand Nationalfonds/Dritte	141'234'124	139'677'007	136'921'075
Anteil in % am Total Nationalfonds/Dritte	100.0%	100.0%	100.0%

Studienangebote der Universität Basel

Bolognareformierte Studienangebote: Bachelor- und Masterstudiengänge

Mehrere Fakultäten

Master of Science in Sustainable Development

Master of Arts in European Studies

Master of Science in Actuarial Science

Theologische Fakultät

Bachelor of Theology

Master of Theology mit den Vertiefungsrichtungen

- Bibelwissenschaften/Altes Testament
- Bibelwissenschaften/Neues Testament
- Semitische Philologie
- Kirchen- und Theologiegeschichte
- Systematische Theologie/Dogmatik
- Systematische Theologie/Ethik
- Praktische Theologie
- Ökumene- und Missionswissenschaft
- Jüdische Studien
- Religionswissenschaft
- oder ohne Vertiefung

Master of Arts in Religion – Wirtschaft – Politik der Universitäten Basel, Luzern und Zürich

Juristische Fakultät

Bachelor of Law

Master of Law mit den Studienrichtungen

- Generalis
- Transnationales Recht
- Verwaltungsrecht
- Wirtschaftsrecht
- ohne Nennung Studienrichtung (Freies Masterstudium)

Master of Law (zweisprachiges Masterstudium der Juristischen Fakultäten der Universitäten Basel und Genf) mit den Studienrichtungen mit den Studienrichtungen

- Generalis
- Transnationales Recht
- Verwaltungsrecht
- Wirtschaftsrecht
- ohne Nennung Studienrichtung (Freies Masterstudium)

Master of Law, EUCOR Masterstudium

Medizinische Fakultät

Bachelor of Medicine

Bachelor of Dental Medicine

Bachelor of Science in Nursing

Bachelor of Science

- in Exercise and Health Sciences
- in Sports Science mit Bezeichnung des gewählten ausserfakultären Studienfachs

Master of Medicine

Master of Dental Medicine

Master of Science in Nursing

Master of Science

- in Exercise and Health Sciences
- in Sports Science mit Bezeichnung des gewählten ausserfakultären Studienfachs

Philosophisch-Historische Fakultät

Bachelor of Arts in Altertumswissenschaften

Bachelor of Arts in Osteuropa-Studien

Bachelor of Arts in (mit Bezeichnung zweier Studienfächer):

- Altertumswissenschaft
- Deutsche Philologie
- Englisch
- Ethnologie
- Französische Sprach- und Literaturwissenschaft
- Geschichte
- Geschlechterforschung
- Gesellschaftswissenschaften
- Hispanistik
- Islamwissenschaft
- Italianistik
- Jüdische Studien
- Kulturanthropologie
- Kunstgeschichte
- Medienwissenschaft
- Musikwissenschaft
- Nordische Philologie
- Osteuropäische Kulturen
- Philosophie
- Religionswissenschaft
- Soziologie

Ausserfakultäre Studienfächer:

- Biologie
- Chemie
- Geographie
- Informatik
- Mathematik

- Physik
- Rechtswissenschaft
- Theologie
- Wirtschaftswissenschaften

Master of Arts in African Studies

Master of Arts in Altertumswissenschaften (Trinationaler Master)

Master of Arts in Educational Sciences der Universität Basel und der Fachhochschule Nordwestschweiz

Master of Arts in Mehrsprachigkeit (Trinationaler Master)

Master of Arts in Sprache und Kommunikation

Master of Arts mit Bezeichnung zweier Studienfächer (Major und Minor):

- Ägyptologie
- Alte Geschichte
- Deutsche Philologie
- Englisch
- Ethnologie
- Französische Sprach- und Literaturwissenschaft
- Geschichte
- Geschlechterforschung
- Griechische Philologie
- Hispanistik
- Islamwissenschaft
- Italianistik
- Jüdische Studien
- Klassische Archäologie
- Kulturanthropologie
- Kunstgeschichte
- Latinistik
- Medienwissenschaft
- Musikwissenschaft
- Deutsche Literaturwissenschaft
- Nordische Philologie
- Osteuropäische Geschichte
- Pädagogik
- Philosophie
- Religionswissenschaft
- Slavistik
- Soziologie
- Ur- und Frühgeschichte und Provinzialrömische Archäologie
- Vorderorientalische Altertumswissenschaft

Ausserfakultäre Master-Studienfächer:

- Biologie

- Chemie
- Geographie
- Informatik
- Mathematik
- Naturwissenschaftliche Archäologie
- Physik
- Rechtswissenschaft
- Theologie

Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

Bachelor of Science in Biology mit Majors in

- Molecular Biology
- Animal and Plant Sciences
- Integrative Biology

Bachelor of Science in Chemistry

Bachelor of Science in Computational Sciences mit Majors in

- Computational Mathematics
- Computational Physics
- Computational Chemistry
- Computational Biology

Bachelor of Science in Computer Science

Bachelor of Science in Geosciences

Bachelor of Science in Mathematics

Bachelor of Science in Nanosciences

Bachelor of Science in Pharmaceutical Sciences

Bachelor of Science in Physics

Bachelor of Science in Prehistory and Archeological Science

Master of Science in Animal Biology

Master of Science in Chemistry

Master of Science in Computer Science

Master of Science in Geo Sciences

Master of Science in Ecology

Master of Science in Epidemiology

Master of Science in Mathematics

Master of Science in Molecular Biology

Master of Science in Nanosciences

Master of Science in Pharmaceutical Sciences

Master of Science in Pharmacy

Master of Science in Physics

Master of Science in Plant Science

Master of Science in Prehistory and Archeological Science

Master of Science in Toxicology

Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

Bachelor of Arts in Business and Economics mit den Vertiefungsrichtungen

- Major in Business
- Major in Economics
- oder ohne Vertiefungsrichtung

Master of Science in Business and Economics mit den Vertiefungsrichtungen

- Major in Finance, Controlling and Banking
- Major in International Trade, Growth and the Environment
- Major in Labour Economics, Human Resources and Organization
- Major in Markets and Public Policy
- Major in Marketing and Strategic Management
- Major in Monetary Economics and Financial Markets
- Major in Quantitative Methods
- oder ohne Vertiefungsrichtung

Master of Science in International and Monetary Economics (der Universitäten Basel und Bern)

Fakultät für Psychologie

Bachelor of Science in Psychology

Master of Science in Psychology mit Majors in

- Klinischer Psychologie und Neurowissenschaften
- Sozial-, Wirtschafts- und Entscheidungspsychologie
- Persönlichkeits- und Entwicklungspsychologie

Diplome 2012

	Gesamt			Bachelor			Master			Lizentiat/Diplom			Promotion		
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total
Theologische Fakultät	6	7	13	3	6	9	2		2				1	1	2
Juristische Fakultät	184	109	293	106	52	158	72	46	118		1	1	6	10	16
Medizinische Fakultät	374	285	659	136	113	249	135	91	226				103	81	184
Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft	1	0	1				1		1						
Humanmedizin	213	190	403	74	66	140	63	57	120				76	67	143
Medizin und Pharmazie fächerübergreifend/Übrige	4	2	6										4	2	6
Pflegewissenschaften	36	4	40	11	1	12	21	2	23				4	1	5
Sportwissenschaften	77	63	140	40	37	77	36	26	62				1		1
Zahnmedizin	43	26	69	11	9	20	14	6	20				18	11	29
Philosophisch-Historische Fakultät	408	189	597	252	95	347	94	38	132	31	36	67	31	20	51
Bachelor und Master of Arts	346	133	479	252	95	347	94	38	132						
Deutsche Sprach- und Literaturwissenschaft	10	5	15							6	3	9	4	2	6
Englische Sprach- und Literaturwissenschaft	1	4	5								4	4	1		1
Französische Sprach- und Literaturwissenschaft	1	3	4								2	2	1	1	2
Iberische Sprach- und Literaturwissenschaft	1	0	1										1		1
Italienische Sprach- und Literaturwissenschaft	1	0	1							1		1			
Nordische Sprach- und Literaturwissenschaft	1	0	1							1		1			
Vorderorientalische Sprach- und Kulturwissenschaft	1	0	1							1		1			
Linguistik	1	0	1										1		1
Philosophie	6	6	12							3	2	5	3	4	7
Psychologie	1	0	1							1		1			
Geschichte	10	17	27							7	12	19	3	5	8
Archäologie; Ur- und Frühgeschichte	3	2	5							3	2	5			
Kunstgeschichte	11	2	13							5	1	6	6	1	7
Musikwissenschaft	0	1	1								1	1			
Ethnologie und Volkskunde	6	3	9							1	1	2	5	2	7
Soziologie	4	8	12								5	5	4	3	7
Geographie	2	3	5							2	3	5			
Kommunikations- und Medienwissenschaft	2	2	4										2	2	4
Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät	338	387	725	134	143	277	129	134	263	2	1	3	73	109	182
Mathematik	7	13	20	1	4	5	4	8	12	2	1	3			
Informatik	1	30	31	1	19	20		7	7					4	4
Physik	9	31	40	5	11	16	1	7	8				3	13	16
Chemie	27	41	68	10	12	22	10	18	28				7	11	18
Biologie	135	146	281	36	40	76	51	43	94				48	63	111
Nanowissenschaften	3	27	30	1	9	10	2	14	16					4	4
Prähistorische und Naturwissenschaftliche Archäologie	5	2	7	2		2	1	2	3				2		2
Erdwissenschaften	0	1	1											1	1
Geowissenschaften und Umweltgeowissenschaften	21	29	50	14	16	30	6	11	17				1	2	3
Geographie	2	3	5					1	1				2	2	4
Pharmazie	126	62	188	64	32	96	54	23	77				8	7	15
Medizinisch-Biologische Forschung	2	2	4										2	2	4
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät	92	205	297	54	112	166	33	80	113				5	13	18
Fakultät für Psychologie	146	42	188	83	21	104	47	19	66				16	2	18
Fächerübergreifende Abschlüsse	27	18	45				27	18	45						
Sustainable Development	18	16	34				18	16	34						
European Studies	9	2	11				9	2	11						
Total	1575	1242	2817	768	542	1310	539	426	965	33	38	71	235	236	471

	Bachelor		Master		Lizentiat/Diplom		Promotion		Total	
	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012	2011	2012
Theologie	9	9	8	2	1		5	2	23	13
Recht	153	158	92	118	12	1	15	16	272	293
Medizin	208	172	33	164			177	183	418	519
Sportwissenschaften	81	77	44	62			2	1	127	140
Phil.-Hist.	299	347	106	132	72	67	52	51	529	597
Phil.-Nat.	258	277	242	263	1	3	157	182	658	725
Wirtschaftswissenschaften	168	166	80	113	1		8	18	257	297
Psychologie	149	104	94	66			11	18	254	188
Fächerübergreifende Abschlüsse			38	45					38	45
Advanced Study Center			164	126					164	126
Total	1'325	1'310	901	1'091	87	71	427	471	2'740	2'943

Diplome 2012

Bachelor und Master of Arts nach Fachbereichen an der Philosophisch-Historischen Fakultät

	Bachelor			Master		
	Frauen	Männer	Total	Frauen	Männer	Total
Sprach- und Literaturwissenschaften	125	34	159	65	23	88
Deutsche Philologie	44	16	60	23	6	29
Englisch	46	16	62	14	5	19
Französische Sprach- und Literaturwissenschaft	9	1	10	4	2	6
Griechische Philologie				2		2
Hispanistik	15	1	16	6	2	8
Italianistik	5		5	3	3	6
Latinistik					1	1
Mehrsprachigkeit				1		1
Neuere Deutsche Literaturwissenschaft				5	3	8
Nordische Philologie	6		6	3		3
Slavistik				1	1	2
Sprache und Kommunikation				3		3
Historische und Kulturwissenschaften	150	87	237	63	34	97
Ägyptologie				2		2
Altertumswissenschaft	5	2	7			
Alte Geschichte				1	1	2
Ethnologie	16	4	20	6	2	8
Geographie	7	13	20	3	1	4
Geschichte	51	30	81	21	10	31
Islamwissenschaft	8	3	11			
Jüdische Studien	1	1	2	2		2
Klassische Archäologie				1		1
Kulturanthropologie	17	5	22	3	2	5
Kunstgeschichte	26	5	31	9	1	10
Musikwissenschaft	1	5	6	1	1	2
Osteuropäische Geschichte				2	1	3
Osteuropäische Kulturen	6	2	8			
Pädagogik				2	3	5
Philosophie	8	15	23	6	8	14
Religionswissenschaft	4	2	6	2	4	6
Ur- und Frühgeschichte und Provinzialrömische Archäologie				1		1
Vorderorientalische Altertumswiss.				1		1
Sozialwissenschaften	166	37	203	38	17	55
Gesellschaftswissenschaften	42	4	46			
Geschlechterforschung	20		20	6		6
Medienwissenschaft	69	19	88	17	7	24
Soziologie	35	14	49	15	10	25
Ausserfakultäre Studienfächer	42	19	61	4	0	4
Biologie	4	1	5	1		1
Mathematik	1		1	1		1
Theologie	2		2			
Rechtswissenschaft	11	5	16	2		2
Wirtschaftswissenschaften	24	13	37			
Studienfächer ausserhalb der Universität Basel	2	1	3	2	0	2
Musikstudium (Hochschule für Musik Basel, FHNW)		1	1			
Politikwissenschaft (Universität Zürich)				2		2
Theaterwissenschaft (Universität Bern)	2		2			
Studiengänge	9	6	15	6	1	7
African Studies				6	1	7
Altertumswissenschaften	5	6	11			
Osteuropa-Studien	4		4			

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

**Budget 2013 (nur ordentliches Budget)
Theologische Fakultät**

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	3'151'668	3'462'582	3'467'689
Betriebsaufwand	187'456	157'000	157'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	3'339'125	3'619'582	3'624'689
Erträge	-8'088	-16'000	-6'500
Finanzierungsbeitrag Universität	3'331'037	3'603'582	3'618'189

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Rechtswissenschaftliche Fakultät

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	10'120'101	10'675'326	10'804'234
Betriebsaufwand	752'996	666'000	670'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	10'873'097	11'341'326	11'474'234
Erträge	-70'967	-96'000	-96'000
Finanzierungsbeitrag Universität	10'802'130	11'245'326	11'378'234

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Medizinische Fakultät

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	33'719'741	35'022'076	35'432'736
Betriebsaufwand	10'654'396	9'082'000	9'632'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	44'374'138	44'104'076	45'064'736
Erträge	-14'246'392	-9'273'000	-9'332'000
Finanzierungsbeitrag Universität	30'127'746	34'831'076	35'732'736

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Philosophisch-Historische Fakultät

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	29'382'439	30'126'936	30'223'862
Betriebsaufwand	2'936'868	2'895'000	2'749'200
Aufwendungen Personal und Betrieb	32'319'307	33'021'936	32'973'062
Erträge	-429'200	-184'020	-184'020
Finanzierungsbeitrag Universität	31'890'108	32'837'916	32'789'042

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Philosophisch-Naturwissenschaftliche Fakultät

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	72'448'865	79'010'614	78'867'471
Betriebsaufwand	16'000'551	14'984'000	15'583'713
Aufwendungen Personal und Betrieb	88'449'417	93'994'613	94'451'184
Erträge	-4'570'246	-2'450'000	-2'450'000
Finanzierungsbeitrag Universität	83'879'170	91'544'613	92'001'184

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	8'050'462	8'841'116	9'038'240
Betriebsaufwand	452'458	510'000	510'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	8'502'921	9'351'116	9'548'240
Erträge	-71'532	-80'000	-40'000
Finanzierungsbeitrag Universität	8'431'389	9'271'116	9'508'240

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Fakultät für Psychologie

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	8'531'567	9'104'358	9'017'237
Betriebsaufwand	980'889	808'000	808'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	9'512'456	9'912'358	9'825'237
Erträge	-113'390	-36'000	-36'000
Finanzierungsbeitrag Universität	9'399'066	9'876'358	9'789'237

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget)
Interdisziplinär (Europainstitut, Bio- und Medizinethik ab 2011)

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	1'421'797	1'741'028	1'748'742
Betriebsaufwand	273'246	339'000	339'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	1'695'043	2'080'028	2'087'742
Erträge	-258'729	-350'000	-350'000
Finanzierungsbeitrag Universität	1'436'313	1'730'028	1'737'742

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget) Dienstleistungsbereiche (Universitätsbibliothek, Universitätsrechenzentrum)

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Budget 2013
Personalaufwand	19'497'325	20'041'902	21'322'759
Betriebsaufwand	10'645'611	10'956'000	10'936'000
Aufwendungen Personal und Betrieb	30'142'936	30'997'902	32'258'759
Erträge	-1'339'977	-1'180'000	-1'180'000
Finanzierungsbeitrag Universität	28'802'960	29'817'902	31'078'759

Budget 2013 nach Fakultäten und zentralen Bereichen

Stand: UR-Beschluss vom 11.12.2012

Budget 2013 (nur ordentliches Budget)

Gesamtuniversitär (Rektorat und Verwaltung, Gesamtuniversitär nicht zuteilbar)

in Franken	Rechnung 2011	Budget 2012	Planwerte 2013
Personalaufwand	32'835'490	28'437'423	29'030'976
Betriebsaufwand	22'365'452	27'360'081	29'810'081
Raumaufwand	53'468'489	57'031'000	58'185'055
<i>davon Fremdmieten</i>	13'216'280	14'897'000	15'126'000
<i>davon Abgeltung Grundmiete an BS</i>	23'989'839	24'704'500	24'955'500
Immobilienfonds	22'154'314	24'500'000	24'500'000
Apparate und EDV	20'960'555	21'000'000	25'000'000
Aufwendungen für Berufungszusagen	1'591'424	2'700'000	2'700'000
Mobiliar und Unterhalt	2'993'070	5'000'000	6'500'000
Lehre und Forschung der Klinischen Medizin in den universitären Kliniken	82'138'079	82'519'098	82'719'098
TOTAL AUFWENDUNGEN	238'506'874	248'547'602	258'445'210
Eigene Erträge	-15'593'290	-14'394'000	-15'339'500
Finanzierungsbeitrag Universität	222'913'584	234'153'603	243'105'710



REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-LANDSCHAFT
REGIERUNGSRAT DES KANTONS BASEL-STADT

Universität Basel

Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014–2017

Von den Regierungen verabschiedet am 27. August 2013

Inhaltsverzeichnis

0	ZUSAMMENFASSUNG UND BEGEHREN.....	3
1	AUSGANGSLAGE	5
2	BILANZ DER LEISTUNGSPERIODE 2010–2013.....	5
2.1	Leistungs- und Finanzreporting.....	5
2.2	Leistungsauftrag 2010–2013 erfüllt.....	6
3	STRATEGIE 2014 UND AUSBLICK INS JAHR 2020.....	6
3.1	Profilierte Volluniversität	6
3.2	Bestätigung der Strategie MIDI	7
3.3	Sechs thematische Schwerpunkte.....	10
3.4	Umsetzung der Strategie mit korrigierter Finanzplanung	11
3.5	Erhöhung der Studiengebühren.....	11
3.6	Zusätzliche Kosten und Ausblick auf die Leistungsperiode 2018ff.....	13
3.7	Effizienzsteigerung und Kostenmanagement.....	13
4	LEISTUNGSauftrag 2014–2017 AN DIE UNIVERSITÄT BASEL	14
4.1	Verhandlungen zwischen den Regierungen und der Universität	14
4.2	Genehmigung des Leistungsauftrags durch die Parlamente	14
5	RAUMPLANUNG: FOLGEKOSTEN UND ENTSCHEIDSTRUKTUREN	14
5.1	Raumplanung der Universität bis 2030	14
5.2	Darlehen an die Universität statt Direktinvestitionen.....	15
5.3	Planbare Immobilienkosten und adäquate Verantwortlichkeiten	15
5.4	Entscheidstrukturen.....	16
5.5	Gesamtkonzept für die Immobilienaufwendungen der Universität.....	17
6	GLOBALBEITRAG 2014–2017 FÜR DIE UNIVERSITÄT BASEL	17
6.1	Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben: Abweichungen zwischen Antrag der Universität und dem Beschluss der Regierungen.....	18
6.1.1	Teuerung	18
6.1.2	Medizinische Fakultät und Ausbildungskapazität in der Humanmedizin.....	19
6.1.3	Immobilienfonds und Bauprojekte.....	20
6.2	Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt.....	20
6.3	Globalbeitrag 2014–2017	21
6.4	Vergleich mit der Entwicklung der Bundesbeiträge	22

0 Zusammenfassung und Begehren

Für die Wissens- und Wirtschaftsregion stellt die Universität Basel einen herausragenden Standortfaktor dar. Die beiden Trägerkantone verfolgen sowohl aus der 550-jährigen Tradition der Universität heraus wie aufgrund des regionalen Wirtschaftsumfelds dezidiert die Strategie, ihre Universität im Dienste der Innovation als Forschungsuniversität international in den vorderen Rängen zu positionieren. Diese Strategie impliziert eine Investition in den Erhalt ihrer Stärken.

Die Universität legt den Trägerkantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft ihren Antrag für den Globalbeitrag für die Jahre 2014–2017 vor, die dritte Leistungsperiode auf der Basis des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft der Universität. Der Antrag wird im Bericht der Universität (Beilage 1) ausführlich begründet. Aus der anschliessenden Prüfung des Antrags durch die Regierungen hat sich ein tieferer als von der Universität beantragter Globalbeitrag ergeben, der nun den Parlamenten beantragt wird. Die Universität hat im Rahmen der im Staatsvertrag vorgesehenen Konsultation zum Leistungsauftrag und zum von den Regierungen vorgesehenen Globalbeitrag Stellung genommen (Beilage 2).

Tabelle 1: Überblick über die Globalbeiträge 2014–2017 (in Mio. Franken)

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	Total
Globalbeitrag BL	156,7	159,9	161,9	164,0	169,0	654,8
Globalbeitrag BS	157,3	161,1	163,2	165,3	160,5 ¹	650,1
Globalbeitrag BL und BS	314,0	321,0	325,1	329,3	329,5	1'304,9
Jahr	2013	2014	2015	2016	2017	Total
Steigerung im Vgl. zum Vorjahr	-	7,0 + 2,2%	4,1 +1,3%	4,2 +1,3%	0,2 +0 %	15,5 4,8%
Anteil BL	-	3,2 +2,0%	2,0 +1,3%	2,1 +1,3%	5,0 +3%	12,3 7,6%
Anteil BS	-	3,8 +2,4%	2,1 +1,3%	2,1 +1,3%	-4,8 ² -2,9%	3,2 2,1%

Die Universität soll in die Lage versetzt werden, ihre «Strategie 2014» umzusetzen, die in der zugewandten Öffentlichkeit breite Unterstützung gefunden hat.

Der Bericht der Universität gibt einen Rückblick über die bisherige Leistungsperiode, beschreibt die aktuelle Position der Universität im internationalen Forschungsumfeld und be-

¹ Im Jahr 2017 reduziert sich der staatsvertraglich vereinbarte „Standortvorteil“ von 10 % auf 5 %, was zu einem höheren Finanzierungsanteil des Kantons Basel-Landschaft führt. Gleichzeitig enthält der Trägerbeitrag 2017 ein einseitiges Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt, das den Aufwand der Universität um 10 Mio. Franken senkt. Dieses Entgegenkommen drückt sich jedoch nicht im baselstädtischen Kantonsbeitrag, sondern in einer Verminderung der Ertragsposition für die Mieten für die universitären Liegenschaften aus (bei unveränderten Mietflächen).

² Bereinigt um das Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt in der Höhe von 10 Mio. Franken ergibt sich eine Steigerung des Beitrags des Kantons Basel-Stadt an die Universität um 5,2 Mio. Franken netto.

gründet auf dieser Basis den Bedarf für die nächsten vier Jahre. Die Umsetzung der Strategie mit den jetzt beantragten Beträgen setzt voraus, dass die dem Bericht der Universität zugrunde liegenden Annahmen einerseits auf der Ausgabenseite (insbesondere Teuerung) und andererseits bezüglich externer Einnahmen (insbesondere Zunahme aus der Steigerung der Studiengebühren, Bundessubventionen und Erträge aus interkantonalen Vereinbarungen) auch wirklich eintreffen. Diese Annahmen sind nach bestem aktuellem Wissen vorgenommen und zwischen der Universität und den Regierungen abgesprochen worden.

Die Regierungen sahen sich mit Blick auf das restriktive finanzpolitische Umfeld genötigt, die von der Universität ursprünglich beantragten Jahresbeiträge deutlich zu kürzen, was im Vergleich zum Antrag der Universität zu einer entsprechenden Reduktion des Wachstums führt. In Absprache mit den beiden Regierungen wird die Universität allerdings die Studiengebühren in der anstehenden Leistungsperiode erhöhen. Die so erzielten Mehreinnahmen sollen vollumfänglich der strategischen Weiterentwicklung zugute kommen. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat sich im Rahmen der Verhandlungen zudem zu einem finanziellen Entgegenkommen bereit erklärt. Der Kanton Basel-Stadt wird mit der Universität per 2017 eine neue Regelung für seine von der Universität langfristig genutzten Liegenschaften suchen mit dem Ziel, die Universität um jährlich 10 Mio. Franken zu entlasten. Diese Entlastung führt im letzten Jahr der hier zu verhandelnden Leistungsperiode auch zu einer entsprechenden Entlastung des Trägerbeitrags. Von dieser Reduktion profitieren beide Träger in der Höhe von je rund 5 Mio. Franken. Netto leistet der Kanton Basel-Stadt damit einen einseitigen zusätzlichen Finanzierungsbeitrag von 5 Mio. Franken jährlich ab 2017. Diese Entwicklung führt dazu, dass sich die im Jahr 2017 anfallende staatsvertraglich vereinbarte Reduktion des Standortvorteils von 10 % auf 5 % für den Kanton Basel-Landschaft netto nicht auswirkt. Bei einem Globalbeitrag 2017 von 339,5 Mio. Franken wäre sonst der Trägerbeitrag des Kantons Basel-Landschaft auf 174 Mio. Franken angestiegen, während der Beitrag des Kantons Basel-Stadt mit 165,5 Mio. Franken auf dem Niveau des Jahres 2016 verblieben wäre.

Im Weiteren war es den Regierungen ein Anliegen, auch dem infrastrukturellen Bedarf der Universität weitgehend Rechnung zu tragen. Denn die Infrastrukturen sind ein wesentlicher Faktor für die Einwerbung von Drittmitteln und die Gewährleistung einer international wettbewerbsfähigen Forschung und Lehre. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die Universität mit den von den Regierungen beantragten Mitteln ihre Strategie – wenn auch verlangsamt und mit Abstrichen – weiterverfolgen kann. Entscheidend für die Fortentwicklung der Universität wird die folgende Leistungsperiode 2018–2021 sein, wenn die Universität das neue Biozentrum bezieht und auch sonst die infrastrukturelle Erneuerung fortgeschritten sein wird. Es wird dann notwendig sein, den Globalbeitrag auf das Entwicklungspotenzial abzustimmen, wenn dieses zugunsten des Innovations- und Wirtschaftsraums ausgeschöpft werden soll.

Eine weitere besondere Ausgabenposition in der Leistungsperiode 2014–2017 stellt die Erhöhung der Ausbildungskapazität in der Humanmedizin um jährlich 40 Plätze dar, die im Jahr 2014 beginnen soll und sich etappiert bis zum Vollausbau im Jahr 2019 hinziehen wird. Dieser Ausbau wird wegen des sich abzeichnenden Mangels an Schweizer Ärztinnen und Ärzten national sowohl vom Bundesrat wie von der Gesundheitsdirektorenkonferenz gewünscht und hat auch im Grossen Rat (Anzug R. von Aarburg) und im Landrat (Interpellationen von R. Vogt und C. Mall) zu entsprechenden Vorstössen geführt. Der Ausbau dieser Studienplätze war im ursprünglichen Antrag der Universität nicht enthalten und wurde deshalb im Verlaufe der Verhandlungen als separate Kostenposition eingebracht und für den Globalbeitrag vorgesehen.

Gestützt auf § 7 des Staatsvertrags, auf den Bericht der Universität und die folgenden Verhandlungen haben die Regierungen den Leistungsauftrag 2014–2017 für die Universität ab-

geschlossen und legen diesen gemäss § 19 des Staatsvertrags den Parlamenten zur Genehmigung vor (s. Beilage zur Landratsvorlage).

1 Ausgangslage

Seit 1.1.2007 gilt der Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel. Mit dem Jahr 2013 endet die zweite Leistungsperiode. Gemäss Leistungsauftrag beantragt die Universität den Kantonen auf Basis einer Betrachtung der zurückliegenden Leistungsperiode und ihrer strategischen Planung den Globalbeitrag 2014–2017.

2 Bilanz der Leistungsperiode 2010–2013

Mit ihrem Antrag für die neue Leistungsperiode zieht die Universität Bilanz über ihre bisherigen Leistungen, gibt einen umfassenden inhaltlichen und finanziellen Rückblick auf die laufende Leistungsperiode und nimmt eine Standortbestimmung vor (s. Beilage 1).

2.1 Leistungs- und Finanzreporting

Ausserdem erstellt die Universität im Rahmen der üblichen Berichterstattung gemäss Staatsvertrag und Leistungsauftrag jeweils jährlich ein Leistungs- und Finanzreporting. Darin legt sie im Jahresrhythmus Rechenschaft über die Erfüllung der im Leistungsauftrag vorgegebenen Anforderungen ab. Die Reportings zu den Jahren 2010 und 2011 wurden in beiden Parlamenten auf der Grundlage eines Berichts der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) «Universität» wohlwollend zur Kenntnis genommen. Der Bericht zum Jahr 2012 ist den Parlamenten im Mai 2013 zugestellt worden und befindet sich dort in der Beratung. Eine Bilanz der gesamten Leistungsperiode ist naturgemäss erst mit dem Abschluss der Rechnung 2013 im Frühjahr 2014 möglich. Der Leistungsbericht 2012 stellt allerdings mit seinem Dreijahresüberblick die zweite Leistungsperiode der Universität seit Abschluss des Staatsvertrags über die gemeinsame Trägerschaft bereits grossteils dar. Die Parlamente werden somit den vorliegenden Antrag für die Leistungsperiode 2014–2017 auf der Grundlage einer ausführlichen und sorgfältigen Dokumentation beurteilen können.

Das Reporting der Universität bezieht sich in erster Linie auf das Erfüllen der Leistungsziele, die an bestimmten im Leistungsauftrag vorgegebenen Indikatoren gemessen werden. Einige Indikatoren brauchen Messreihen über mehrere Jahre, andere Indikatoren konnten und können aus bestimmten Gründen (bspw. vorerst fehlende Angaben des Bundesamts für Statistik) erst später gemessen werden. Das grundlegende Gerüst des Leistungsauftrags hat sich gemäss den bisherigen Erfahrungen bewährt. Die in zwei Leistungsperioden erarbeiteten und aussagekräftigen Indikatoren sollen beibehalten und über längere Zeit ausgewertet werden.

Die Universität hat sich in den letzten Jahren ausgesprochen dynamisch entwickelt. Die Studierendenzahl wird bald die Grösse von rund 13'000 erreichen, die die Universität gemäss Strategie MIDI³ anstrebt. Gleichzeitig kann festgestellt werden, dass das Studierendenwachstum in letzter Zeit abflacht. Die Strategie MIDI hat sich somit als angemessene Richtgrösse für die Entwicklung der Universität erwiesen. In der kompetitiven Forschung ist die Universität Basel mit einer steigenden Rate an Nationalfonds-Projekten und nationalen Forschungsschwerpunkten hervorgetreten. Aufgrund dieser Performance hat sie ihren Anteil an den

³ Die Strategie MIDI wurde in einem längeren Prozess zwischen den Regierungen und der Universität unter Beizug externer Experten formuliert. Gemäss dieser Strategie wird die Studierendenzahl der Universität Basel auf rund 13'000 anwachsen. Das langfristige Raumprogramm der Universität ist auf diese Studierendenzahl sowie auf die Umsetzung der Forschungsstrategie ausgerichtet.

Grundbeiträgen des Bundes zur Universitätsförderung in den letzten vier Jahren auf hohem Niveau halten und leicht steigern können.

2.2 Leistungsauftrag 2010–2013 erfüllt

Über die bisherige Erfüllung des zweiten Leistungsauftrags (2010–2013) kann die Universität eine positive Bilanz vorlegen. Die bisherigen Leistungsberichte haben in beiden Kantonsparlamenten zu gehaltvollen und unterstützenden Debatten geführt. Gesamthaft kann festgestellt werden, dass die Universität gut in die gemeinsame Trägerschaft gestartet ist; die gestiegenen Trägerbeiträge und Drittmittel haben einen Entwicklungsschub bewirkt. Diesen gilt es in der nun anstehenden Leistungsperiode zu konsolidieren und damit die zukünftige Entwicklung in einem zunehmend anspruchsvollen internationalen Umfeld sicherzustellen.

Das ist auch die Hauptstossrichtung der vom Universitätsrat verabschiedeten neuen Strategie, welche die Jahre 2014–2021 umfasst. Die «Strategie 2014» ist universitätsintern wie universitätsextern intensiv behandelt worden und hat breiten Rückhalt erfahren. In ihrem Bericht zum Globalbeitrag 2014–2017 legt die Universität dar, dass in der ersten Hälfte der Strategieperiode das Hauptgewicht auf der Konsolidierung der bisherigen Entwicklung liegen soll. Im Vordergrund steht das Vorantreiben der bikantonalen Infrastrukturprojekte für die Universität, damit in der nächsten Leistungsperiode 2018–2021 die betriebliche Entwicklung weitergeführt werden kann.

In der aktuellen Leistungsperiode 2010–2013 ist die Universität weiterhin haushälterisch und verantwortungsvoll mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln umgegangen. Sie konnte – u.a. wegen der tiefer als ursprünglich vermuteten Teuerung – gewisse Eigenmittel bilden, die nun als ungebundene Reserven zur Verfügung stehen. Angesichts der finanzpolitisch anspruchsvolleren Rahmenbedingungen sieht bereits der Antrag der Universität vor, diese Eigenmittel im Verlauf der Leistungsperiode 2014–2017 aufzuzehren, um damit die Steigerung der Trägerbeiträge möglichst moderat ausfallen zu lassen.

3 Strategie 2014 und Ausblick ins Jahr 2020

Für die Wissens- und Wirtschaftsregion stellt die Universität Basel einen herausragenden Standortfaktor dar. Die beiden Trägerkantone verfolgen sowohl aus der 550-jährigen Tradition der Universität heraus wie aufgrund des regionalen Wirtschaftsumfelds dezidiert die Strategie, ihre Universität als Forschungsuniversität international in den vorderen Rängen zu positionieren. Diese Strategie impliziert eine Investition in den Erhalt ihrer Stärken.

3.1 Profilierte Volluniversität

Es besteht ein breit abgestützter Konsens, dass die Universität als Volluniversität im aktuellen Umfeld weiterzuentwickeln ist. Ein Erfolg der ausgewählten thematischen Schwerpunkte erfordert ein akademisches Umfeld, das die disziplinenübergreifende Bearbeitung der Themenfelder ermöglicht. Ein Vorantreiben der Life Sciences oder der Nanotechnologie verlangt bspw. die Einordnung der neugewonnenen Erkenntnisse unter kulturellen und ethischen Gesichtspunkten. Die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften erforschen und reflektieren die Grundlagen und Widersprüche moderner und vergangener Gesellschaften und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Orientierung in einer komplexen, sich rasch wandelnden technischen und politischen Umwelt. Ganz generell zeigen die Debatten in den beiden Kantonsparlamenten, dass mehrheitlich von der Universität eine thematische Vielfalt erwartet wird, die Beiträge zu allen politischen und kulturellen Bereichen der Gesellschaft ermöglicht.

Die wichtigsten Herausforderungen in der kommenden Leistungsperiode der Universität sind somit:

- der Erhalt einer weiterhin kompetitiven Position in den Life Sciences (Forschung),
- die Aufrechterhaltung des Charakters als profilierte Volluniversität (kritische Masse),
- die Förderung der individuellen Exzellenz von Lehrkörper und Nachwuchs (Anreize, personelles und infrastrukturelles Umfeld),
- die Erschliessung neuer Wissensgebiete von akademischer und gesellschaftlicher Relevanz.

3.2 Bestätigung der Strategie MIDI

Gemäss Leistungsauftrag muss die Universität laufend ihre Strategie erneuern, damit ihr jeweiliger Antrag für die anstehende Leistungsperiode in grösserem Zusammenhang und mit Blick auf die langfristigen Ziele beurteilt werden kann. Die Strategie 2014 steht wesentlich in der Kontinuität der aktuellen Strategie. Insbesondere die für die Träger relevanten Eckwerte bleiben konstant. Die Universität plant sowohl im Hinblick auf die Betriebsmittel wie auf die Infrastrukturbedürfnisse mit dem Szenario MIDI, das mittel- und längerfristig von einer Studierendenzahl von rund 13'000 Studierenden ausgeht. Im Herbst 2012 hat die Universität bereits die Grössenordnung von 12'300 Studierenden erreicht. Damit zeichnet sich für das Ende der anstehenden Leistungsperiode eine Konsolidierung der mengengetriebenen Kosten ab.

Bezüglich Campusplanung erfolgt die Errichtung der notwendigen Gebäude naturgemäss langsamer. Die Infrastrukturkosten werden gemäss den Planungen der Universität bis ins Jahr 2030 weiter ansteigen. Die betreffenden Planungen und Kostenfolgen werden den Parlamenten mit jedem grösseren Einzelprojekt sowie periodisch im Rahmen der Berichterstattung zum Leistungsauftrag zur Kenntnis gebracht. Unter Ziff. 4 dieser Parlamentsvorlage finden sich dazu genauere Darstellungen. Die Planung sieht insbesondere vor, dass die infrastrukturbezogenen Kantonsbeiträge sich bereits 2020 konsolidieren, während das weitere Wachstum mit externen Beiträgen sichergestellt werden soll.

Das Szenario MIDI wurde im Jahr 2008 von beiden Regierungen in Abgrenzung zum Szenario MAXI beschlossen, das von einer Grösse der Universität Basel von 15'000 Studierenden ausging. Inzwischen hat sich gezeigt, dass ein Szenario MAXI nur mit einem bedeutend höheren Anteil ausländischer Studierender möglich wäre. Dies würde aufgrund fehlender Ausgleichszahlungen (analog zur IUV) und zu tiefer Bundessubventionen überproportionale Trägerbeiträge implizieren. Eine zu starke Erhöhung der Zahl ausländischer Studierender wollen die beiden Regierungen – auch mit Blick auf die aktuell angespannte Finanzlage – deshalb vermeiden.

Das Szenario MIDI sollte ohne nennenswerte Änderungen der gegenwärtigen Studierendenanteile erreicht werden können. Nach einem Anstieg des Anteils der ausländischen Studierendengruppe um rund 5 %-Punkte im Vergleich zum Ausgangsjahr 2007 werden sich die Verhältnisse bei den aktuellen Werten der Studierendenstatistik 2012 einpendeln.

Tabelle 2: Entwicklung der Studierendenzahlen und –anteile zwischen den Jahren 2007 und 2012 nach Stufe und Herkunft

HS 2007	Liz/Dipl.	BA	MA	Doktorat	Total
BS	429	1'085	154	228	1'896
BL	511	1'263	237	296	2'307
übrige CH	983	2'387	515	656	4'541
Ausland	160	731	223	912	2'026
Total	2'083	5'466	1'129	2'092	10'770

HS 2012	Liz/Dipl.	BA	MA	Doktorat	Total
BS	9	1'426	441	233	2'109
BL	8	1'569	639	320	2'536
übrige CH	9	2'466	1'432	865	4'772
Ausland	5	1'074	610	1'235	2'924
Total	31	6'535	3'122	2'653	12'341

Die Entwicklung der Studierendenzahlen über die letzten fünf Jahre zeigt ein Wachstum, das angesichts des zunehmenden Bedarfs an akademischen Fachkräften erfreulich ist. Aus Sicht der Trägerkantone von Bedeutung ist zudem, dass die Studierendenzahlen aus den eigenen Kantonen ebenfalls gewachsen sind. Weniger stark stiegen die Zahlen aus den anderen Kantonen der Schweiz, hingegen hat der Anteil der Gruppe der Studierenden mit Vorbildung im Ausland über die letzten fünf Jahre um 5 %-Punkte zugenommen. Wegen der fehlenden IUV-Beiträge, die auch von Bundesmitteln nicht kompensiert werden, impliziert dies eine besondere Belastung der Trägerkantone, die zu begründen ist. Im vorliegenden Fall ist festzustellen, dass die ausländischen Studierenden auf der Master- und insbesondere der Doktorandenstufe überproportional vertreten sind. Das ist als klares Qualitätssignal zu interpretieren, wie dies mit dem entsprechenden Indikator im Leistungsauftrag auch intendiert ist. Insbesondere die Doktoratsstufe dient zudem der Sicherung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Für die Forschungsstrategie der Universität zentrale Einheiten wie das Biozentrum und andere naturwissenschaftlich orientierte Disziplinen sind darauf angewiesen, auf dem internationalen Markt hochbegabte Doktorierende anzuziehen. Damit wird auch der Nachwuchs für das Kader der global tätigen Firmen unseres Wirtschaftsstandorts sichergestellt. Zentral für die Region ist auch, dass die Universität auf diese Weise am internationalen Wissensaustausch teilnimmt.

Obwohl die Universität in der Forschung zu den Schwergewichten zählt, gehört sie gemessen an den Studierenden auch mit 13'000 lediglich zu den mittelgrossen Universitäten der Schweiz. Die Grössenordnungen stellen sich wie folgt dar:

Tabelle 3: Grösse der Schweizer Universitäten nach Studierendenzahlen Stichdaten Herbstsemester 2012/13

Universität Zürich	26'351
ETH Zürich	17'309
Universität Genf	15'514
Universität Bern	15'406
Universität Basel	12'982 ⁴
Universität Lausanne	12'947
Universität Freiburg	10'084
ETH Lausanne	9'395
Universität St. Gallen	7'809
Universität Neuenburg	4'345
Università della Svizzera it.	2'918
Universität Luzern	2'654
Andere UI ⁵	907
TOTAL	138'621

Angaben aus BFS / SHIS, Studierende und Abschlüsse der schweizerischen Hochschulen

Die Zuteilung an Bundesmitteln und insbesondere die politische Gewichtung in Bundesbern ist eng an die Grösse einer Universität geknüpft. Das Szenario MIDI stellt deshalb für den Wettbewerb als Wirtschafts- und Wissensstandort ein Minimum dar. Zürich verfügt allein an seinen universitären Hochschulen Universität Zürich und ETH Zürich über 40'000 Studierende und eine Vielzahl international besetzter Doktorats- und Masterstudiengänge, ebenso der Arc lémanique mit den Universitäten und der EPFL in Lausanne und Genf.

Mit dem Szenario MIDI ist also mittelfristig eine Konsolidierung der Betriebskosten in Sicht. Bereits für die anstehende Leistungsperiode 2014–2017 beantragt die Universität Wachstumsraten deutlich unter jenen der zurückliegenden Leistungsperiode. Das ist einerseits auf das verlangsamte Wachstum der Studierendenzahlen zurückzuführen und andererseits auf das Wissen um die restriktiveren finanzpolitischen Rahmenbedingungen. Die Universität hat insbesondere das vorhandene Potenzial für Eigenbeiträge an die benötigten Mittel durch Effizienzsteigerungen, Sparmassnahmen und Generieren von Mehreinnahmen ausgeschöpft, wie sie in ihrem Bericht unter Ziff. 6 darlegt (vgl. Beilage 1).

⁴Der Vergleich der Schweizerischen Universitäten ist den Statistiken des Bundesamts für Statistik (BfS) entnommen. Im Unterschied zu der im Jahresbericht der Universität ausgewiesenen Zahl von 12'341 zählt das Bundesamt für Statistik auch die Studierenden der Weiterbildung (Master of Business Administration), obwohl das Weiterbildungsangebot sich grundsätzlich selbst finanziert. Die Differenz der BfS Angabe zu jener in der Studierendenstatistik der Universität erklärt sich wie folgt:

12'982

- 654 (MAS-Studierende)
- + 13 (Doppelimmatrikulierte)
- = 12'341 (gemäss Jahresbericht 2012 der Universität Basel)

⁵ Andere universitäre Institutionen (UI) sind z.B. das Institut Des Hautes Etudes en Administration Publique (Idheap) in Genf oder das Swiss Tropical und Public Health Institute (Swiss TPH) in Basel.

3.3 Sechs thematische Schwerpunkte

Im Hinblick auf die kommenden Jahre hat die Universität ihre Strategie überarbeitet. Die Life Sciences stehen nach wie vor im Mittelpunkt der universitären Strategie. Der Profilierungsbereich Kultur ist inzwischen geschärft und ausdifferenziert worden, auch im Bereich der Exakten Wissenschaften haben sich Kompetenzschwerpunkte gebildet, die unter dem Dach der Life Sciences nicht präzise genug gefasst sind (insbesondere Nanowissenschaften). Das bisherige Konzept der «Profilierungsbereiche» wird neu in ein Strategiekonzept mit sechs präziser gefassten «thematischen Schwerpunkten» überführt, in denen die Beiträge der einzelnen Fakultäten klarer erkennbar sind. In den sechs thematischen Schwerpunkten sieht die Universität das Potenzial, in der folgenden strategischen Periode einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den anderen Universitäten und im Sinne des regionalen Standorts zu ziehen.

Tabelle 5: Neue thematische Schwerpunkte und ihre universitätsinternen Synergien*

	Theol. Fakultät	Juristische Fakultät	Medizin. Fakultät	Phil.-Hist. Fakultät	Phil.-Nat. Fakultät	Wirtschaftswissenschaft	Psychologie	Europa-Institut Basel	Institut für Bio- und Med. Ethik
Life Sciences		●	●●	●	●●	●	●		●
Nano-Wissenschaften			●		●●		●		●
Nachhaltigkeits- und Energieforschung				●	●●	●●	●		
Bildwissenschaften				●●			●		
European and Global Studies	●	●●		●●	●	●		●●	
Narrativität	●		●	●●			●		

*Relevanz des Anliegens im Rahmen der jeweiligen Einheit

Das Konzept der «thematischen Schwerpunkte» ist offener und flexibler als jenes der «Profilierungsbereiche». Diese Öffnung der Strategie erlaubt es besser, Änderungen Rechnung zu tragen, die sich aufdrängen, wenn sich neue Bereiche innerhalb der Universität erfolgreich entwickeln und international behaupten. Auch gesellschaftlichen Entwicklungen kann die Universität mit einem beweglicheren Ansatz besser entsprechen. Mit der Strategieanpassung bestätigt die Universität den Wandel weg von der ursprünglichen Fokussierung auf lediglich zwei Schwerpunkte hin zu einer Ausgestaltung des universitären Angebots um mehrere Themenbereiche. Neben etablierten und gefestigten Schwerpunkten wie den «Life Sciences» und «Bildwissenschaften» stehen solche, die noch am Anfang ihrer Entwicklung stehen (z.B. «Nachhaltigkeit») oder bei denen sich das vorhandene Potenzial überhaupt erst bestätigen

soll (z.B. «Narrativität» (Erzählforschung)). Die thematischen Schwerpunkte werden somit in unterschiedlicher Intensität verfolgt. Trotz der Öffnung gegenüber weiteren potenziellen Stärken der Universität bleibt somit die Fokussierung der Mittel auf definierte Themen bestehen. Die über die ersten zwei Leistungsperioden schrittweise vorgenommene Adaption der Profilierungsstrategie bringt hingegen besser zum Ausdruck, dass der Blick für exzellente Leistungen offen bleiben soll, auch wenn sie ausserhalb definierter Schwerpunkte entsteht. Dies hat der Universitätsrat schon seit Anfang seines Bestehens so gehalten.

3.4 Umsetzung der Strategie mit korrigierter Finanzplanung

Die Regierungen haben sich genötigt gesehen, die von der Universität beantragten Globalbeiträge deutlich zu reduzieren. Insbesondere mit der weitgehenden Berücksichtigung der infrastrukturbezogenen Anträge soll dennoch die – wenn auch reduzierte und verlangsamte – Weiterverfolgung der Strategie, welche die Zustimmung der beiden Regierungen findet, so gut es geht ermöglicht werden. Die Regierungen gehen dabei davon aus, dass in der anstehenden Leistungsperiode mit dem infrastrukturellen Ausbau die Grundlage für die weitere strategische Entwicklung gelegt wird. Denn gerade auch die Fähigkeit der Universität, Drittmittel einzuwerben, wird massgeblich von den Infrastrukturen mitbestimmt. Diese sind auch ein wesentlicher Faktor wenn es gilt, internationale Spitzenkräfte zu gewinnen und in Forschung und Lehre den internationalen Standards zu genügen.

Um das notwendige Budget unter diesen Voraussetzungen aufrecht erhalten zu können, wird die Universität ihre Reserven einsetzen müssen.

3.5 Erhöhung der Studiengebühren

Die Universität wird zudem genötigt sein, die Studiengebühren zu erhöhen, um etwas mehr strategischen Spielraum zu erhalten. Sie wird sich damit künftig im schweizerischen Quervergleich im oberen Feld bewegen.

Tabelle 6: Studiengebühren im CH-Quervergleich

Universität	Semestergebühr in CHF (CH-Stud. / Ausl. Stud.)*		Bemerkungen
Uni Zürich	769	1'269 / 869	Differenzierung Bachelor / Master bei ausl. Stud.
ETH Zürich	644	644	Erhöhung für ausl. Stud. vom Nationalrat 2013 abgelehnt.
Uni Genf	500	500	
Uni Bern	784	784	Erhöhung 2012
Uni Basel	700	700	
Uni Lausanne	580	580	
ETH Lausanne	633	633	Erhöhung für ausl. Stud. vom Nationalrat 2013 abgelehnt.
Uni Freiburg	655	805	
Uni St. Gallen	1'226	2'126	ab HS 2014 Erhöhung für Masterstudium CH um CHF 200.- und für ausl. Stud. um CHF 1'000.-
Uni Neuenburg	515	790	
Univ. della Svizzera it.	2'000	4'000	
Uni Luzern	810	1'110	

* Der Begriff „ausländische Studierende“ umfasst hier Studierende, die ihre Vorbildung und ihren Zulassungsausweis im Ausland erworben haben.

Die Festsetzung der Studiengebühren liegt in der Kompetenz des Universitätsrats, der bei verschiedener Gelegenheit aber signalisiert hat, sich bei diesem politisch sensiblen Thema nach den Signalen der Trägerkantone zu richten. Angesichts der finanziell angespannten Lage insbesondere des einen Trägerkantons hat es im Landrat mehrere Vorstösse zur Erhöhung der Studiengebühren an der Universität gegeben, mit dem Ziel, die Studierenden als Nutzniessende stärker in die Finanzierung der Universität einzubinden (Motionen 2012/353 von M. Herrmann und 2012/356 von P. Wenger, überwiesen am 13. Juni 2013; Motion 2012/321 der BDP-Fraktion). Vor diesem Hintergrund haben es die Regierungen als angemessen angesehen, eine Steigerung der Eigenfinanzierung der Universität durch eine Erhöhung der Studiengebühren um rund 4 Mio. Franken jährlich ab 2015 – mit einem Zwischenschritt von rund 2 Mio. Franken im Jahr 2014 – vorzusehen. Bei einer durchschnittlichen Belastung aller Studierenden entspräche die Einnahmenerhöhung um 4 Mio. Franken einer Erhöhung der Studiengebühr um 200 Franken pro Semester, von gegenwärtig 700 Franken auf 900 Franken. Nachgedacht wird aber auch über abgestufte Tarife. Ein entsprechendes Konzept ist bei der Universität in Arbeit.

3.6 Zusätzliche Kosten und Ausblick auf die Leistungsperiode 2018ff.

Aufgrund nationaler Vorstösse, die einen Ausbau der Ausbildungskapazitäten für die Humanmedizin verlangen und auch in den Parlamenten der beiden Trägerkantone Nachhall gefunden haben (Anzug R. von Aarburg im Grossen Rat und Motionen bzw. Postulate R. Vogt und C. Mall im Landrat), sehen die Regierungen eine Erhöhung der Ausbildungskapazität an der Universität Basel von 40 Plätzen pro Jahr vor. Bis zum Endausbau ist mit den entsprechenden jährlich steigenden Zusatzbeiträgen zu rechnen, die im Jahr 2019 ein Niveau von 4,3 Mio. Franken erreichen (vgl. Ziff. 7.1.2, Tabelle 7). Die Nettokosten müssen zumindest in der hier behandelten Leistungsperiode 2014 – 2017 von den kantonalen Trägern alleine übernommen werden. Die Regierungen haben sich zwar um eine Bundesfinanzierung oder zumindest -beteiligung bemüht, nachdem die Forderung nach einer Erhöhung der Studienplätze für Ärztinnen und Ärzte vor allem von Bundesseite erhoben wurde. Der Basler Erziehungsdirektor hat in seiner Funktion als Präsident der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) den Bundesverantwortlichen vorgeschlagen, die notwendigen Gelder mittels eines dringlichen Bundesgesetzes zu erwirken, weil diese Kostenpositionen in der Botschaft des Bundesrats über die Bildung, Forschung und Innovation (BFI) nicht Eingang gefunden hatte, massgebliche Kräfte der Eidgenössischen Räte sich aber für eine Erhöhung der Ausbildungskapazitäten der Humanmedizin aussprachen. In einem Schreiben vom 5. März 2013 haben die Bundesräte Berset und Schneider-Ammann jedoch kurz und trocken mitgeteilt, dass an eine Beteiligung des Bunds an den Kosten vor der BFI-Botschaft 2018 ff. nicht zu denken sei. Der Kanton Zürich hatte schon vorausseilend eine Erhöhung der Ausbildungskapazität ab 2013 auf eigene Kosten beschlossen. Angesichts dieser vollendeten Tatsachen bleibt den beiden Basel als Universitätskantonen mit Medizinischer Fakultät nichts anderes übrig, als nachzuziehen, wenn der Medizinalstandort nicht ins Hintertreffen geraten soll.

Wie bereits aus der Parlamentsvorlage für den Neubau des Biozentrums bekannt, sind zudem ab 2018 die Folgekosten für den Bezug des Biozentrums von 14,5 Mio. Franken p. a. zu gewärtigen.

Für die Umsetzung der Strategie 2014 der Universität wird somit die folgende Leistungsperiode 2018–2021 entscheidend sein. Zwar ist wie dargelegt mit verschiedenen Kostensteigerungen zu rechnen, die Studierendenzahl als wesentlicher Kostentreiber sollte sich ab ungefähr 2020 jedoch konsolidieren. Die in den nächsten Jahren erfolgende infrastrukturelle Erneuerung wird gute Voraussetzungen für die weitere strategische Entwicklung schaffen. Es wird dann notwendig sein, die Trägerbeiträge neu mit Blick auf die Strategie und das Entwicklungspotenzial der Universität zu kalibrieren.

3.7 Effizienzsteigerung und Kostenmanagement

Im Wissen um die finanziell angespanntere Situation der Trägerkantone sieht der Antrag der Universität wie bereits erwähnt ein verschärftes Kostenmanagement vor, das ihr erlaubt, einen erheblichen Teil der für die Strategieentwicklung beantragten Mittel durch Sparmassnahmen und betriebliche Effizienzsteigerungen selbst zu generieren. Die Regierungen der Trägerkantone haben den Antrag kritisch analysiert und weitere Kostensenkungsmöglichkeiten eruiert. Zusätzlich wird die Universität angewiesen, die Studiengebühren deutlich anzuheben, um ihren Selbstfinanzierungsrad zu erhöhen. Zielgrösse sind Mehreinnahmen von rund 2 Mio. Franken im Jahr 2014 und 4 Mio. Franken in den Folgejahren.

Trotz der Abstriche am ursprünglichen Antrag der Universität stimmen die Regierungen im Wesentlichen mit der Universität in der Einschätzung der Ausgangslage und der zu ergreifen-

den Massnahmen überein. Der Bericht der Universität bildete somit die massgebliche Grundlage für die Formulierung des Leistungsauftrags 2014–2016.

4 Leistungsauftrag 2014–2017 an die Universität Basel

4.1 Verhandlungen zwischen den Regierungen und der Universität

Gemäss Staatsvertrag über die gemeinsame Trägerschaft der Universität bildet der Leistungsauftrag die Grundlage für das Bewilligen eines Globalbeitrags an die Universität. Er wird von den beiden Regierungen erlassen, wobei der Staatsvertrag die Konsultation des Universitätsrats explizit vorsieht. Der Leistungsauftrag 2014–2017 wurde wie der aktuelle von den beiden Bildungsdirektionen vorbereitet und anschliessend mit der Universitätsleitung abgesprochen. Die darin enthaltenen Entwicklungsziele dürfen als ambitiös angesehen werden – nicht zuletzt auch, weil die Universität Jahre intensiver Entwicklung hinter sich hat und es gilt, die Leistung bei knapperen Rahmenbedingungen auf hohem Niveau zu halten resp. weiter zu steigern. Das Erreichen der Ziele wird massgeblich davon abhängen, dass die dem Leistungsauftrag zugrundeliegenden Annahmen sich als richtig erweisen.

Der Universitätsrat hat dem Leistungsauftrag 2014–2017 insbesondere bezüglich Form und Inhalt zugestimmt. Wegen der deutlich ausgefallenen Reduktion der ursprünglich beantragten Globalbeiträge hat sich der Universitätsrats allerdings veranlasst gesehen, auf die beschränkten Spielräume zur Umsetzung der Strategie 2014 hinzuweisen (Beilage 2: Schreiben des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Universitätsrats an die beiden Regierungen vom 23. August 2013).

4.2 Genehmigung des Leistungsauftrags durch die Parlamente

Im Zusammenhang mit der Genehmigung des Globalbeitrags an die Universität wird der Leistungsauftrag von den Parlamenten in globo genehmigt. Die grundsätzliche Anlage des Leistungsauftrags – insbesondere die Kombination von textlichen Ausführungen und quantitativ orientierten Indikatoren – hat sich bewährt und wurde auch für die Leistungsperiode 2014–2017 beibehalten. Für den vorliegenden Leistungsauftrag 2014–2017 wurden neben der inhaltlichen Aktualisierung aufgrund der Strategie 2014 auch die Indikatoren nochmals überprüft, angepasst und auf 11 reduziert. Das Grundformat und insbesondere die Indikatoren des Leistungsauftrags sollen allerdings möglichst konstant gehalten werden. Denn Indikatormessungen sind nur sinnvoll, wenn man ihre Entwicklung über eine längere Zeitdauer beobachten und vergleichen kann.

5 Raumplanung: Folgekosten und Entscheidungsstrukturen

5.1 Raumplanung der Universität bis 2030

Im November 2011 hat die Universität im Nachgang zu einer Klausur des Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen zum Thema eine Gesamtübersicht der universitären Raumplanung vorgelegt (Beilage 3). Sie weist den Infrastrukturbedarf der Universität gemäss Strategie MIDI bis ins Jahr 2030 aus. Diese Planung liegt den kleineren Bauvorhaben zugrunde, welche die Universität aus dem Immobilienfonds finanziert, insbesondere aber den Grossprojekten, die den Kantonsparlamenten jeweils separat zum Beschluss oder zur Kenntnis vorgelegt werden. Es handelt sich dabei insbesondere um den Neubau für das Biozentrum (von beiden Parlamenten inzwischen genehmigt), den von der ETH Zürich finanzierten Neu-

bau für das Departement für Biosysteme (D-BSSE), für welches den Parlamenten derzeit eine Kreditsicherungsgarantie beantragt wird, sowie für den Ersatz des aktuell vom Biozentrum genutzten Gebäudes, der für das Departement Biomedizin erstellt werden soll. Die Parlamente werden über das letztgenannte Projekt zum gegebenen Zeitpunkt im Rahmen einer Vorlage für eine Kreditsicherungsgarantie wie beim ETH-Gebäude darüber befinden.

Beim gegenwärtigen Stand der Planung sind für die beiden Trägerkantone somit die Finanzierungskosten und die Folgekosten für das Biozentrum wie für das Departement Biomedizin absehbar und in die Finanzplanung der Universität zu integrieren. Dies impliziert verbindliche Entscheide für die jeweils anstehende Leistungsperiode und Absichtserklärungen für die folgenden Perioden. Denn die Immobilienplanung eines Unternehmens in der Grösse der Universität weist über die jeweiligen vierjährigen Leistungsperioden hinaus.

5.2 Darlehen an die Universität statt Direktinvestitionen

Mit der Parlamentsvorlage für den Neubau des Biozentrums haben die Regierungen dargelegt, dass die Grossbauten der Universität nicht direkt aus den Investitionsbudgets der Kantone finanziert werden sollen. Vielmehr erhält die Universität Darlehen der Kantone, die anschliessend zu verzinsen und zu amortisieren sind. Diese Lösung ist in erster Linie aus Gründen der Kostenwahrheit gesucht worden und auch, um eine adäquate Eigentümerlösung zu finden. Die Darlehenslösung impliziert jedoch, dass anstatt Mieten für bestehende und neue Räumlichkeiten die Kosten für die Amortisation und Verzinsung in den Globalbeitrag der Universität zu integrieren sind. Der genannte Raumplanungsbericht der Universität vom November 2011 (Beilage 3) weist dafür beträchtliche Kosten aus, die bei einer vollumfänglichen Umsetzung der Vorstellungen der Universität bis 2030 zu jährlichen Zusatzkosten von 60 Mio. Franken nur für die Infrastrukturen der Universität führen könnten. Die Umsetzung der gesamten Strategie ist zwar noch keineswegs beschlossen, aber die Projektion zeigt, dass die Träger sich auf erhebliche Kosten einzustellen haben. Allein mit der Realisierung der Projekte Biozentrum und Biomedizin erreichen die Folgekosten bis 2020/2022 ein Niveau von jährlich 22,5 Mio. Franken (14,5 Mio. Franken für das Biozentrum; 8 Mio. Franken für das Projekt Biomedizin).

Der Globalbeitrag der Universität erhöht sich aufgrund der besseren räumlichen Ausstattung in den kommenden Jahren also beträchtlich, ohne dass sich daraus ein entsprechender Ausgabenspielraum für die Universität ergibt.

5.3 Planbare Immobilienkosten und adäquate Verantwortlichkeiten

Die Regierungen sehen vor, ab dem ersten Jahr der anstehenden Leistungsperiode 2014–2017 den absehbaren Folgekosten mit einem jährlich ansteigenden Pauschalbetrag Rechnung zu tragen, der in den Globalbeitrag integriert wird. Diese Finanzierung des Immobilienwesens verbessert die Planbarkeit der Infrastrukturkosten. Die politische Steuerung der Investitionstätigkeit erfolgt nicht mehr am einzelnen Objekt bei der Beurteilung eines Projektierungs- resp. Baukredits, sondern bei der Festsetzung der Bandlast, die für die Immobilienkosten der Universität gewährt wird (Amortisation, Finanzierung, Unterhalt, Erneuerungsinvestitionen und Folgekosten der Grossprojekte). Die Universität wird im Rahmen dieser Bandlast die Prioritätensetzung für ihre Liegenschaftsbedürfnisse selbst vornehmen und erhält den Anreiz, möglichst wirtschaftliche Lösungen zu suchen. Die Bemessung der Bandlast erfolgt durch die Regierungen anhand der rollend zu aktualisierenden Raumplanung ab der nächsten Leistungsperiode 2018ff. jeweils im Leistungsauftrag. Bei der Bemessung des Pauschalbetrags sollen insbesondere auch Beiträge Dritter berücksichtigt werden. Die Parlamente werden bei der

Genehmigung des Leistungsauftrags nach wie vor Einsicht in die Planungen für die Universität erhalten. Aufgrund der in der Erfolgsrechnung vorgesehenen Mittel für die Immobilienkosten wird die Universität künftig in der Lage sein, die Investitionen selbständig zu tätigen. Damit die Aufnahme der dafür notwendigen Mittel kostengünstig erfolgen kann, wird es wie beim D-BSSE-Gebäude notwendig sein, Kreditsicherungsgarantien der beiden Kantone einzuholen. Damit sind auch die beiden Parlamente weiterhin in die Entscheidungen über grosse Investitionsvorhaben direkt eingebunden.

Die Regierungen haben sich zu dieser Vorgehensweise aufgrund eines ausführlichen verwaltungsinternen Berichts entschlossen, der dieser Vorlage beigelegt wird (Beilage 4). Die dort vorgesehenen Massnahmen liegen in der Kompetenz der beiden Regierungen.

5.4 Entscheidungsstrukturen

Die neue Finanzierungsmethode für Infrastrukturen der Universität soll in erster Linie die planerischen und baulichen Entscheidungsstrukturen beschleunigen und effizienter gestalten.

Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen BL/BS

Der aus Regierungsdelegierten beider Kantone zusammengesetzte Lenkungsausschuss «Partnerschaftsverhandlungen BL/BS» wird wie bisher in regelmässigen Abständen die Gesamtstrategie der Universität und den sich daraus ergebenden Infrastrukturbedarf analysieren. Aus dieser rollenden Planung heraus ergibt sich jeweils die Liegenschaftspauschale für die nächsten zwei Leistungsperioden. Die Jahrespauschale für die jeweils anstehende Leistungsperiode ist zu beschliessen, die Pauschale für die daran anschliessende Periode ist in Aussicht zu stellen, um den Planungsrhythmen für die Grossprojekte der Universität Rechnung tragen zu können.

Regierungen und Parlamente der Trägerkantone

Aufgrund der Schlussfolgerungen des Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen berichten die Regierungen den Parlamenten und stellen Antrag. Dies geschieht entweder im Rahmen der Vorlage für den Globalbeitrag oder mit den separaten Vorlagen für eine kantonale Kreditsicherungsgarantie analog zur Vorlage für den D-BSSE-Neubau. Die daraus resultierenden Folgekosten sind anschliessend wie oben beschrieben aus den Liegenschaftspauschalen zu verzinsen und zu amortisieren. Die finanzrechtliche Hoheit der Parlamente bleibt damit gewahrt, ausserdem werden sie wie bisher über die Grossprojekte für die Universität im Einzelnen befinden können.

Immobilienfonds

Die Zwecksetzung des Immobilienfonds bleibt gemäss Staatsvertrag bestehen. In erster Linie ist der ordnungsgemässe Unterhalt der von der Universität genutzten Liegenschaften sicherzustellen. Wenn die Kantone darüber hinaus Mittel zur Verfügung stellen, können damit auch Erneuerungsinvestitionen bis hin zum Kauf von Liegenschaften getätigt werden. Der diesbezügliche Spielraum wird von der Universität jeweils in ihrem Antrag begründet und von den Kantonen im Zusammenhang mit dem Globalbeitrag beantragt. Künftig soll wegen der neu eingeführten Liegenschaftspauschale, die in den Immobilienfonds integriert wird, die Verwendung des Immobilienfonds jeweils separat in der jährlichen Berichterstattung der Universität ausgewiesen werden. Bei der vierjährigen Festlegung des Globalbeitrags werden die immobilienbezogenen Rücklagen und allfällige Reserven dabei spezifisch bei der Festlegung der Bandlast berücksichtigt.

5.5 Gesamtkonzept für die Immobilienaufwendungen der Universität

Für die Jahre ab 2017 werden die beiden Regierungen in Absprache mit der Universität ein Gesamtkonzept für Miete, Erwerb und Bau sowie Eigentum und Unterhalt erarbeiten, das im Vergleich zum aktuellen System für die Universität eine Entlastung von 10 Mio. Franken jährlich zur Folge haben wird. Das Entlastungspotenzial findet sich in der Abgeltung für die vom Kanton Basel-Stadt zur Verfügung gestellten Liegenschaften. Der Kanton Basel-Stadt ist zu diesem Zugeständnis bereit, weil im Jahr 2017 die befristete Verdoppelung des «Standortvorteils» von 5 % ausläuft. Mit dem Entgegenkommen im Bereich der vom Kanton Basel-Stadt zur Verfügung gestellten Immobilien kann der Kanton Basel-Stadt eine dauerhafte Entlastung in der Grössenordnung der Reduktion des Standortvorteils anbieten. Der Kanton Basel-Stadt will damit einerseits einen Verhandlungsbeitrag im Hinblick auf die finanzielle Situation des Kantons Basel-Landschaft leisten und andererseits den Weg für die vorgesehene neue Gesamtordnung für die Immobilien der Universität frei machen.

6 Globalbeitrag 2014–2017 für die Universität Basel

In ihrem Bericht und Antrag über die Leistungsperiode 2014–2017 legt die Universität die Entwicklung ihrer Finanzen in der zurückliegenden Leistungsperiode dar und begründet eingehend ihren Bedarf für die Jahre 2014–2017. Die zugrundeliegenden Annahmen entsprechen dem Wachstumsszenario «Midi» der Universität, das auch die Basis für die Campusplanung bildet. In den Kapiteln 4 und 5 des Berichts der Universität (Beilage 1) werden die finanziellen Implikationen der Umsetzung der Strategie 2014 dargelegt.

Der Antrag der Universität vom Oktober 2012 wurde von den Hochschulverantwortlichen und Vertretern der Finanzdirektionen beider Kantone eingehend geprüft, sowohl im Rahmen der jeweiligen kantonalen Mitberichtsverfahren als auch innerhalb der bikantonalen Projektorganisation für die Partnerschaftsverhandlungen. Dabei wurden an bestimmten im Bericht der Universität ausgeführten Positionen Korrekturen vorgenommen. Dies weniger, weil diese Positionen an sich in Frage gestellt wurden, sondern weil die kantonalen Experten von anderen Annahmen oder Berechnungsmethoden ausgingen. Teilweise gingen sie dabei von etwas optimistischeren Zukunftsszenarien resp. Einnahmeerwartungen aus. Auf diese Weise wurden insbesondere Korrekturen an den Positionen Teuerung und Stufenanstieg über die Dauer der Leistungsperiode vorgenommen. Ausserdem gelangten die Regierungen zum Schluss, dass die Universität mit einer politisch verlangten Erhöhung der Studiengebühren zusätzliche Einnahmen generieren könnte, die dann für die Umsetzung der Strategie zu verwenden wären. Für die anstehende Leistungsperiode wird von Mehreinnahmen von 2 Mio. Franken im Jahr 2014 und je 4 Mio. Franken in den Jahren 2015 bis 2017 ausgegangen. Entsprechend weniger werden die Trägerbeiträge ansteigen. Für die Finanzierung der Infrastrukturen wurde von pauschal abzugeltenden und nur leicht gesenkten Werten ausgegangen. Gesamthaft führten die abweichenden Analysen zu einer Senkung des von der Universität beantragten Aufwandswachstums, die in der Tabelle 9 unter dem Titel «Reduktion des Antrags der Universität» ausgewiesen wird. Mit diesen Adaptionen ist der Globalbeitrag an die Universität als «eng angelegt» zu bezeichnen, doch sollte die Umsetzung der Strategie zumindest in wesentlichen Teilen möglich sein. Die Steigerungen der Trägerbeiträge konnten mit diesen Korrekturen auf ein Mass reduziert werden, das den finanzpolitischen Rahmenbedingungen Rechnung trägt und dennoch eine gewisse Weiterentwicklung der Universität zulässt.

Die Regierungen haben sodann Mittel für einen Beginn der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten in der Humanmedizin gemäss Tabelle 7 (Ziff. 7.1.2) dieser Vorlage vorgesehen. Schweizweit wird seit Längerem eine Erhöhung dieser Ausbildungskapazität gefordert, entsprechende Vorstösse hat es auch in beiden Kantonsparlamenten gegeben.

Im Einzelnen weichen die Einschätzungen des Regierungsrats und der Universität in nachstehenden Elementen der Einnahmen- und Ausgabenentwicklung voneinander ab.

6.1 Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben: Abweichungen zwischen Antrag der Universität und dem Beschluss der Regierungen

6.1.1 Teuerung

(Bericht der Universität, S. 16, Ziff. 4.4, Tabelle 5)

Bei der Analyse der Auswirkung der Teuerung gemäss Konsumentenindex auf das Budget der Universität und somit auf die Trägerbeiträge wurden zwei Perspektiven eingenommen.

Einerseits wurde analysiert, inwiefern die bei der Bemessung des Globalbeitrags 2010–2013 prognostizierte Teuerung eingetreten ist. Denn wegen des kumulativen Effekts ist die Teuerung ein wesentliches Element des Kostenanstiegs während einer Leistungsperiode. Die Universität hatte diesen Faktor bereits bei ihrer Antragsstellung berücksichtigt und von sich aus die Ausgangsbasis 2013 für die Berechnung des Globalbeitrags 2014–2017 um nicht aufgezehrte Teuerungsmittel von 4,4 Mio. Franken p.a. reduziert. Auch wenn solche Detailkorrekturen dem Konzept des Globalbeitrags widersprechen, waren sich die Vertreter der Universität mit den kantonalen Verantwortlichen einig, dass die Teuerungsannahmen jeweils nach Ablauf der Periode zu analysieren und entsprechende Korrekturen vorzunehmen sind.

Im Hinblick auf die zurückliegenden vier Jahre wurde davon ausgegangen, dass der Globalbeitrag 2013 als Ausgangsbasis für die Berechnung des Globalbeitrags 2014–2017 eine grössere inhärente Reserve nicht benötigter Teuerungsmittel enthält, die für die Berechnung der Globalbeiträge 2014–2017 zu berücksichtigen ist.

Sodann ist für die Bemessung des neuen Globalbeitrags eine Schätzung der Teuerung der nächsten vier Jahre vorzunehmen. Angesichts der internationalen Wirtschafts- und Finanzlage ist es ausgesprochen schwierig abzuschätzen, ob mittelfristig eher mit einer Inflation oder mit stagnierendem Zinsniveau zu rechnen ist. Aufgrund der Erfahrungen der zurückliegenden Leistungsperiode gehen die Trägerkantone weiterhin von einem wenig inflationären Umfeld aus. Wie in der zurückliegenden Periode soll ein Spielraum für die Entwicklung der Personalkosten der Universität bei der Festsetzung des Globalbeitrags berücksichtigt werden, wobei die Regierungen gemäss ihren eigenen Budgetgepflogenheiten von einer Kompensation des Stufenanstiegs absehen. Bezüglich einer allfälligen Teuerung der Sachkosten hat die Universität bereits in ihrem Antrag vorgesehen, diese mittels Einsparungen zu kompensieren.

Der Antrag der Universität sieht eine verbleibende Teuerung der Jahre 2014 und 2015 von 1 % sowie 2015 und 2016 von 1,5 % vor. Die Regierungen der Trägerkantone vertreten die Auffassung, dass die Teuerung weiterhin stagnieren oder deutlich unter einem Prozent bleiben wird. Sie sehen jedoch eine Steigerung der Personalkosten von durchschnittlich 1,5 % über die ganze Leistungsperiode vor, mit welcher in den Jahren 2014–2017 ein gewisser strategischer Ausbau der Universität ermöglicht werden soll. Bei der Gewährung dieser Personalkostenentwicklung handelt es sich somit weniger um den Ausgleich einer Teuerungserwartung

im üblichen Sinn, als die Teilfinanzierung von Mehrkosten, die sich aus dem Ausbau des Personals für die strategische Entwicklung ergeben.

6.1.2 Medizinische Fakultät und Ausbildungskapazität in der Humanmedizin

(Bericht der Universität, S. 32, Ziff. 6.1, Tabelle 16)

Für die Position Abgeltung der Lehre und Forschung der klinischen Medizin der universitären Kliniken ist im Antrag der Universität lediglich ein Ausgleich der Teuerung parallel zu den Personalkosten der Universität vorgesehen. Die Grundausstattung dieser Position wird nicht erhöht, auch wenn dieser für die Life Sciences relevante Bereich sich verschärfter Konkurrenz ausgesetzt sieht. Diese ist beispielsweise an den grossen Anstrengungen der Universität Zürich ablesbar, zusammen mit der ETH Zürich ein medizinisches Kompetenzzentrum zu errichten.

Die Entwicklungen in der Medizinalbranche sind für den Pharmastandort Basel von grösster Bedeutung. Die Regierungen haben sich in Absprache mit der Handelskammer beider Basel (HKBB) für die Stärkung des Medizinalstandorts eingesetzt. An einer Medienkonferenz vom April 2012 in Liestal konnten die Bildungsdirektoren der beiden Trägerkantone im Verbund mit den Gesundheitsdirektoren die Stärkung der klinischen Forschung durch den Aufbau von entsprechenden Kompetenzzentren – „Clinical Research Centers“ (CRC) – der Universität mit den Universitätskliniken bekanntgeben. Die Entwicklung soll während der anstehenden Leistungsperiode im Rahmen des Möglichen vorangetrieben werden, damit im Hinblick auf die Leistungsperiode 2018–2021 – wenn der Neubau des Biozentrums bezogen worden ist – auch an unserem regionalen klinischen Forschungsstandort ein offensiver Entwicklungsschritt vorgesehen werden kann. Die Life Science Strategie der HKBB mit den beiden Regierungen sieht diesbezüglich bereits jetzt eine Vorwärtsbewegung vor, die umständehalber aber verhaltener als vorgesehen ausfallen muss. Die Knappheit an Mitteln, insbesondere aber die aktuelle infrastrukturelle Situation behindert derzeit einen entschlossenen Schritt nach vorne. Die Infrastrukturprojekte für die Universität wie für das Universitätsspital sind deshalb prioritär voranzubringen, damit für die nächste Leistungsperiode die Grundlagen für entsprechende Entwicklungen bestehen.

Immerhin ergibt sich auch aus dem Ausbau der Ausbildungskapazität für Ärztinnen und Ärzte eine Stärkung der Medizinischen Fakultät der Universität Basel.

Tabelle 7: Entwicklung der Kosten für den Ausbau der Ausbildungskapazität für Humanmedizin um 40 Plätze (Grenzkosten in der Höhe der IUUV-Tarife)

in CHF	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Total- ⁶ kosten	1'800'000	3'600'000	5'400'000	7'200'000	9'000'000	10'800'000
IUV- ⁷ Einnahmen	1'080'000	2'160'000	3'240'000	4'320'000	5'400'000	6'480'000
Träger	720'000	1'440'000	2'160'000	2'880'000	3'600'000	4'320'000

⁶ Grundkosten in der Höhe IUUV-Tarife (ohne Infrastrukturen)

⁷ Erste zwei Jahre Fakultätsgruppe II: CHF 25'700; Jahre 3-6 Fakultätsgruppe III; CHF 51'400 (neue Tarife mit Gültigkeit ab HS 13/14).

6.1.3 Immobilienfonds und Bauprojekte

Unbesehen der oben genannten pauschalen Finanzierung der Infrastrukturen der Universität, weist der Antrag der Universität auf Grundlage der bisher geltenden Investitionsregeln einen Bedarf an kleineren Investitionsvorhaben im Rahmen der Campusplanung aus. Dieser umfasst für die Periode 2014–2017 gesamthaft 32 Mio. Franken, die von der Universität als strategisch begründete «Einmaleinlage» in den Immobilienfonds beantragt werden. Aufgrund der Pauschalfinanzierung der Liegenschaften sehen die Regierungen jedoch von einer solchen Einmaleinlage ab. Vielmehr soll der Immobilienfonds bereits im Sinne der langsam aufzubauenden Bandlast mit jährlich steigenden Tranchen versehen werden. Diese Steigerung, die bereits vor dem nächsten Kostensprung bei Bezug des Biozentrums beginnt, wird im Wesentlichen die Umsetzung der beantragten Investitionen ermöglichen. Für die Jahre 2014–2017 sehen die Regierungen einen jährlichen Pauschalanstieg des Immobilienfonds von derzeit 24,5 Mio. Franken (2012) um jährlich 3 Mio. Franken vor. Gesamthaft ergibt sich damit ein Volumen von 30 Mio. Franken, das die Universität für den gewünschten Campusausbau einsetzen kann. Dazu werden im Jahr 2017 4 Mio. Franken für die Folgekosten des Bezugs des Neubaus Biozentrum vorgesehen.

Tabelle 6: Entwicklung der jährlichen Zusatzbeiträge für den Immobilienfonds

2013 CHF Mio.	2014 CHF Mio.	2015 CHF Mio.	2016 CHF Mio.	2017 CHF Mio.
-	3	6	9	12 ⁸

6.2 Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt

Ein intensiver Verhandlungsgegenstand war die Gegebenheit, dass ab dem letzten Jahr der anstehenden Verhandlungsperiode (2017) der staatsvertraglich vereinbarte «Standortvorteil» von 10 % auf 5 % sinken wird. Mit diesem Standortfaktor wird der Annahme Rechnung getragen, dass dem Kanton Basel-Stadt als Standort der gemeinsamen getragenen Universität spezifische Vorteile erwachsen. Da es keine allgemeinverbindlichen objektiven Kriterien für die Bemessung eines solchen Standortvorteils gibt, hatten sich die beiden Regierungen im Vorfeld des Abschlusses des Staatsvertrags auf den Wert von 5 % des Restdefizits geeinigt. Für die ersten zehn Jahre der Gültigkeit des Staatsvertrags erklärte sich der Kanton Basel-Stadt sodann bereit, diesen Standortvorteil befristet auf 10 % zu erhöhen. Im Rechnungsjahr 2013 beträgt der Wert dieses Standortvorteils 16 Mio. Franken bei 10 % und 8 Mio. Franken bei 5 %.

Die Tatsache, dass ab 2017 der ordentliche Standortvorteil von 5 % berechnet wird, führt für den Kanton Basel-Landschaft zu einem doppelten Belastungseffekt. Einerseits ist mehr Geld aufzuwenden, um die Halbierung des Standortvorteils zu kompensieren und andererseits die für dieses Jahr vorgesehene Steigerung anteilmässig zu übernehmen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt hat eingesehen, dass sich diese Doppelbelastung im aktuellen finanzpolitischen Umfeld besonders ungünstig auswirkt. Er hat deshalb nach einem Weg gesucht, dem Partnerkanton erneut finanziell entgegenzukommen, ohne die Bestimmungen des Staatsvertrags in Frage zu stellen. Das einseitige Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt besteht darin, dass mit der Universität per 2017 eine neue Regelung für die

⁸ Zusätzlich ist im Jahr 2017 ein Betrag von 4 Mio. Franken für die dann anfallenden Folgekosten für den Bezug des Neubaus Biozentrum vorzusehen. Gesamthaft wird sich die Liegenschaftspauschale bis im Jahr 2017 also um 16 Mio. Franken erhöhen (vgl. Tabelle 8).

von der Universität langfristig genutzten Liegenschaften im Besitz des Kantons Basel-Stadt gesucht wird. Ziel dieser Regelung ist es, die Universität um jährlich 10 Mio. Franken zu entlasten. Diese Entlastung führt also im letzten Jahr 2017 der hier zu verhandelnden Leistungsperiode zu einer entsprechenden Reduktion des Aufwands der Universität und somit der Trägerbeiträge der Kantone. Der Beitrag des Kantons Basel-Landschaft steigt somit lediglich um die 5 Mio. Franken an, die durch den ordentlichen Anstieg der Trägerbeiträge begründet sind.

6.3 Globalbeitrag 2014–2017

Zusammengefasst ergibt sich aus dem Vergleich des Antrags der Universität mit den Schlussfolgerungen und Massnahmen der Kantone folgendes Bild:

Tabelle 8: Vergleich des Antrags der Universität mit dem von den Regierungen bestimmten Globalbeitrag (in Mio. Franken):

Jahr	Antrag Uni Betrieb	Antrag Uni Immo	Kosten Medizin	Anträge Uni inkl. Medizin	Beschluss RR inkl. Immopauschale
2014	320,4	3,2	0,7	324,3	321,0
2015	327,0	6,4	1,4	334,8	325,0
2016	333,6	9,5	2,1	345,2	329,2
2017	340,4	12,7	2,8	355,9	329,5

Tabelle 9: Annahmen zu den Aufwandsenkungen der Regierungen (in Mio. Franken):

Jahr	2013	2014	2015	2016	2017
Antrag Uni Betrieb	314,0	320,4	327,0	333,6	340,4
Medizin	-	+0,7	+1,4	+2,1	+2,8
Studiengebühren	-	-2,0	-4,0	-4,0	-4,0
Entgegenkommen BS	-	-	-	-	-10,0
Red. des Antrags Uni	-	-1,1	-5,4	-11,5	-15,7
Zwischentot. RR Betrieb	-	318,0	319,0	320,2	313,5
RR Immo ⁹	-	+3	+6	+9	+12
Folgekosten Neubau	-	-	-	-	+4
Total Jahresbeiträge 2014–2017	314,0	321,0	325,0	329,2	329,5

⁹ Die Universität beantragt für Sanierungsmassnahmen an den von ihr genutzten Gebäuden in der anstehenden Leistungsperiode eine „Einmaleinlage“ von 31,8 Mio. Franken (vgl. den Bericht der Universität Ziff. 5.3 und Ziff. 6). Die Regierungen haben vereinbart, ab 2014 die Immobilienbedürfnisse der Universität in pauschal ansteigenden Summen zu berücksichtigen, die jeweils in den Globalbeitrag integriert werden. Die Universität soll in diesem Rahmen ihre Prioritätensetzung nach Wirtschaftlichkeitsüberlegungen selbst vornehmen. Die für die LP 2014–2017 vorgesehene Erhöhung der Pauschale von jährlich 3 Mio. Franken entspricht einer Einmaleinlage von 30 Mio. Franken und entspricht damit annähernd dem Antrag der Universität.

Tabelle 10: Entwicklung des Globalbeitrags und Aufteilung auf die zwei Trägerkantone

Jahr (in Mio. CHF)	2013	2014	2015	2016	2017	Total
Globalbeitrag BL	156,7	159,9	161,9	164,0	169,0	654,8
Globalbeitrag BS	157,3	161,1	163,2	165,3	160,5	650,1
Globalbeitrag BL und BS	314,0	321,0	325,1	329,3	329,5 ¹⁰	1304,9

Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr ergibt sich folgende Steigerung der Trägerbeiträge:

Tabelle 11: Jährliche Steigerungen der Jahresbeiträge 2014–2017 und Anteil der Träger

Jahr (in Mio. CHF)	2013	2014		2015		2016		2017	
Steigerung im Vgl. zum Vorjahr	-	7,0	+2,2 %	4,1	+ 1,3%	4,2	+1,3 %	0,2	+0 %
Anteil BL	-	3,2	+2 %	2,0	+1,3 %	2,1	+1,3 %	5,0	+ 3 %
Anteil BS	-	3,8	+2,4%	2,1	+1,3 %	2,1	+1,3 %	-4,8 ¹¹	-2,9%

Eine Übersicht der wesentlichen Aufwands- und Ertragspositionen der Universität und die sich daraus ableitenden Trägerbeiträge findet sich in der Beilage 2 (Kostentabelle 2014–2017).

6.4 Vergleich mit der Entwicklung der Bundesbeiträge

Mit einer Steigerung des Globalbeitrags um durchschnittlich 1.2 % jährlich liegt die Steigerung des Trägerbeitrags unter jener der Bundesbeiträge, die pro Jahr durchschnittlich 3.9 % betragen sollen.

Tabelle 12: Geplante Steigerung der Grundbeiträge des Bundes an die kantonalen Universitäten gemäss Beschluss der Eidgenössischen Räte über die Förderung der Bildung, Forschung und Innovation (BFI) für die Jahre 2013-2016

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016
Mio. Franken	595,5	615,2	641,1	666,7	693,4

Die ursprüngliche Botschaft des Bundesrats sah ein schwächeres und langsamer steigendes Wachstum für die BFI-Periode 2013-2016 vor. Aufgrund einer entschlossenen Intervention insbesondere der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) haben die Eidgenössischen Räte ein durchschnittliches Wachstum von 3.9 % für die BFI-Mittel vorgesehen, was unter

¹⁰ Das Jahr 2017 enthält ein einseitiges Entgegenkommen des Kantons BS, das den Aufwand der Universität dauerhaft um 10 Mio., Franken pro Jahr senkt. Dieses Entgegenkommen drückt sich jedoch nicht im Kantonsbeitrag aus.

¹¹ Bereinigt um das Entgegenkommen des Kantons Basel-Stadt um 10 Mio. Franken ergibt sich im Jahr 2017 netto eine Steigerung des Kantonsbeitrags des Kantons Basel-Stadt um 5,2 Mio. Franken netto.

dem Strich zu einer Zunahme der Bundesmittel für die kantonalen Universitäten von rund 50 Mio. Franken für die Planung 2013-2016 geführt hat.

Basel/Liestal, 27. August 2013

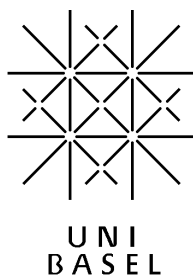
Beilagen:

- 1) Bericht und Antrag der Universität an ihre Trägerkantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Leistungsperiode 2014–2017 mit Anhängen, vom Universitätsrat verabschiedet an der Sitzung vom 18. Oktober 2012.
- 2 Stellungnahme des Präsidenten und des Vizepräsidenten des Universitätsrats an die beiden Regierungen betreffend Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014–2017 an die Universität vom 23. August 2013 mit Übersicht über die Aufwands- und Ertragspositionen der Universität 2014–2017 und der Trägerbeiträge.
- 3) Bericht der Universität über ihre Raumstrategie 2010–2020 vom November 2011.
- 4) Raumplanung der Universität: Folgekosten und Entscheidmechanismen, Bericht der Teilprojektgruppe 1 «Universität» an die Regierungen der Kantone Basel-Landschaft und Basel-Stadt.

**Bericht und Antrag der Universität Basel
an ihre Trägerkantone
Basel-Landschaft und Basel-Stadt**

**für die
Leistungsperiode 2014 bis 2017**

verabschiedet vom Universitätsrat am 18. Oktober 2012



INHALTSVERZEICHNIS

	SEITE
1 Ausgangslage	3
1.1 Nationale und internationale Hochschullandschaft.....	3
1.2 Gegenwärtige Stellung der Universität Basel.....	3
2 Inhaltliche Entwicklungen und Schwerpunkte 2007-2013.....	4
2.1 Strategie 2007 und Leistungsauftrag 2010-2013	4
2.2 Forschung und Nachwuchsförderung	5
2.3 Lehre	6
2.4 Qualitätsentwicklung	6
2.5 Verwaltung	7
3 Inhaltliche Entwicklungen und Schwerpunkte 2014-2017	8
3.1 Überblick Strategie 2014.....	8
3.2 Sechs thematische Schwerpunkte	9
3.3 Eine forschungsstarke Universität.....	10
3.4 Studium und Lehre auf internationalem Niveau	10
3.5 Exzellente Nachwuchsförderung.....	11
3.6 Effiziente Organisation und Infrastruktur	11
4 Finanzen	12
4.1 Finanzielle Gesamtübersicht 2009-2013.....	12
4.2 Verwendung der strategischen Zusatzmittel in der 2. Leistungsperiode.....	13
4.3 Nationalfonds- und Drittmittel	14
4.4 Ausgangsbasis für die 3. Leistungsperiode 2014-2017	15
4.5 Entwicklung Immatrikulationen als wichtige Ertragsbasis	17
4.6 Universitätsförderung durch den Bund.....	19
4.7 Beiträge übrige Kantone gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung	20
4.8 Eigene Erträge	20
4.9 Preis- und mengenbedingte Effekte	21
4.10 Finanzielle Rahmenbedingungen 2014-2017 (Zusammenfassung).....	23
5 Strategische Massnahmen.....	23
5.1 Umsetzung Strategie 2014.....	24
5.2 Projekt- und Drittmittelgewinnung	28
5.3 Immobilienfonds und Bauprojekte	28
5.4 Zusammenfassung.....	30
6 Schlussfolgerungen und Antrag	32
6.1 Fazit: Inhaltliche und finanzielle Entwicklung 2014-2017	32
6.2 Verteilung der Beiträge auf der Zeitachse 2014-2017.....	33
6.3 Anträge der Universität an die Trägerkantone	36
7 Beilagen.....	36

1 Ausgangslage

1.1 Nationale und internationale Hochschullandschaft

Vorliegender Bericht und Antrag an die zwei Trägerkantone der Universität Basel für die Leistungsperiode 2014-2017, die dritte unter der gemeinsamen Trägerschaft der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft, erfolgt zu einer Zeit wichtiger Veränderungen in der nationalen und internationalen akademischen Landschaft, die eine weitere Stärkung des namhaften Engagements der Träger für die Universität Basel erfordern, wenn auch in geringerem Mass als in der jetzt zu Ende gehenden Leistungsperiode.

Auf nationaler Ebene werden zurzeit die vom neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetz (HFKG) vorgesehenen Strukturen und Gremien definiert, die auch die gesetzlich erwartete Koordination in den kostenintensiven Bereichen übernehmen werden. Dabei wird sich die Universität Basel als forschungsstarke, aber kleinere Institution gemeinsam mit ihren zwei Trägern für eine leistungsgerechte Verteilung von Bundesmitteln und disziplinären Kompetenzen einsetzen. Auf internationaler, oder besser globaler Ebene haben in den letzten Jahren einerseits das höhere Bewusstsein für die Bedeutung der Hochschulbildung für den gesellschaftlichen Wohlstand, andererseits der vermehrte Wettbewerb zwischen Universitäten zu einer Steigerung der Investitionen im Hochschulbereich sowohl in unseren Nachbar- als auch in den Schwellenländern geführt. Standen die ersten Leistungsperioden unter gemeinsamer Trägerschaft (2007-2009 und 2010-2013) im Zeichen der Formulierung einer ersten institutionellen Strategie für die nachhaltige Entwicklung der Universität Basel, d.h. *to put the University of Basel on the map*, so wird es in der nächsten Leistungsperiode darum gehen, die Attraktivität der Universität Basel in einem kompetitiver gewordenen Umfeld zu halten, d.h. *to keep the University of Basel on the map*, was auch einen fokussierten Ausbau ihres jetzigen Potenzials erfordert.

1.2 Gegenwärtige Stellung der Universität Basel

Alle Leistungsindikatoren bescheinigen der Universität Basel, je nach Disziplin oder Studienrichtung, eine hohe bis hervorragende Qualität in Lehre und Forschung. Während in früheren Jahrzehnten die Grösse einer Universität bezüglich ihrer Qualität eine sekundäre Rolle spielte, ist heute auch eine kritische Masse an Forschenden und Studierenden wichtig. In den letzten Jahren ist die Zahl der Studierenden an der Universität Basel zwar überproportional gewachsen, aber für die nächsten Jahre wird eine Abflachung der demographischen Kurve und eine Konsolidierung der Zahl der Studierenden vorausgesagt, was den in den Strategien 2007 und 2014 enthaltenen Prognosen entspricht (damals sogenannte MIDI-Variante, die unverändert als Grundlage der aktuellen Universitätsplanung gilt).

Die Universität Basel ist regional fest verankert: Sie pflegt eine rege Interaktion mit den akademischen (FHNW, ETH, FMI, SwisSTPH), kulturellen (Museen und Theater) und wirtschaftlichen Partnern (HKBB und ihre Mitglieder) in der Nordwestschweiz, kann jedoch gleichzeitig ihre wissenschaftlichen Leistungen mit denen der besten Universitäten weltweit vergleichen. In der Leistungsperiode 2014-2017 soll diese erfolgreiche Positionierung gefestigt werden, einerseits durch die vorgesehenen Investitionen im Bereich der Infrastrukturen, andererseits - unter Beibehaltung einer effizienten und qualitativ hochstehenden Lehre - durch einen noch grösseren, gezielten Einsatz von Instrumenten der Forschungs- und Nachwuchsförderung (Doktoratsprogramme, Assistenzprofessuren).

Die positive Positionierung der Universität Basel in der nationalen und internationalen Universitätslandschaft wird auch durch die gängigen Rankings bestätigt. Diese Instrumente der Messung der Leistungen einer akademischen Institution sind zwar sehr anfechtbar, beziehen sie sich doch nur auf bestimmte Disziplinen (etwa Naturwissenschaften) oder auf für uns eher all-

gemeine Aspekte des universitären Lebens (etwa die Zahl der Angestellten oder das Alumni-Wesen), aber zusammen genommen vermitteln sie ein Bild der Wahrnehmung der Universität, mit dem wir uns zu befassen haben. Grundsätzlich genießt die Universität Basel – wie alle Schweizer Universitäten – einen gemessen an ihrer Grösse hervorragenden Ruf. Insbesondere im Vergleich mit den Universitäten der benachbarten Länder steht sie in jenen Rankings, in denen die Forschungsleistung eine primäre Rolle spielt, mit ihrer Positionierung etwa um den Platz 100 (von 12'000 Universitäten weltweit) ausgesprochen gut da. Innerhalb der Schweiz ist ein direktes Verhältnis zwischen der Finanzierung einer Universität und deren internationalem Ranking festzustellen: So erreichen die Eidgenössisch-Technischen Hochschulen und die Universität Zürich höhere Werte als unsere Universität. Die empirische Basis für die Rankings ist oft unübersichtlich und kaum beeinflussbar; man kann jedoch festhalten, dass die primäre Stärke der Universität Basel in der Exzellenz einiger naturwissenschaftlicher Fachgebiete besteht, während andere genauso wichtige Qualitäten unserer Universität, etwa die Kompetenzen im humanwissenschaftlichen Bereich oder die vergleichsweise guten Betreuungsverhältnisse im Bereich der Lehre, in den Rankings unberücksichtigt bleiben.

2 Inhaltliche Entwicklungen und Schwerpunkte 2007-2013

2.1 Strategie 2007 und Leistungsauftrag 2010-2013

Dieser gegenwärtig sehr gute Zustand der Universität Basel ist zum grossen Teil das Resultat der Strategie 2007. Deren Ziele konnten erreicht und viele der anvisierten Massnahmen umgesetzt werden. Bewährt hat sich insbesondere die Positionierung der Universität Basel als „profilierter Volluniversität, die sich durch ein vielfältiges, aber klar definiertes Lehrangebot auszeichnet“. Zwei Aspekte waren dafür gleich wichtig und komplementär: Zum einen die Bildung disziplinärer Schwerpunkte, zum anderen die Förderung eines breiten Bildungsangebots. Somit konnten praktisch alle Ziele des Leistungsauftrags 2010-2013 erreicht werden (vgl. die den Trägern jeweils im Frühjahr zugestellten jährlichen Leistungsberichte der Universität im Internet bei den Geschäften des Landrates bzw. des Grossen Rates abrufbar, deren Inhalte in diesem Bericht nicht im Detail wiederholt werden).

Für die Positionierung der Universität Basel in der internationalen Forschungslandschaft war der Ausbau des Profilierungsbereiches „Life Sciences“ das erfolgreichste Merkmal der Strategie 2007. Im Bereich „Kultur“ konnte vor allem in den Bildwissenschaften ein Ausbau erzielt werden, wobei die für eine Profilschärfung notwendige kritische Masse in den Humanwissenschaften eher von der Präsenz einzelner Spezialisten als von der Grösse der Forschungsgruppen abhängt; Qualität hat in diesem Fall primär mit der Breite der fachlichen Ausrichtungen zu tun. Im Bereich der Lehre kann die Universität Basel auf eine erfolgreiche Implementierung der Bologna-Reform mit der Gestaltung von Studiengängen mit weitgehend guten Betreuungsverhältnissen zurückblicken: In allen Disziplinen, die vor einigen Jahren noch Betreuungsengpässe aufwiesen, konnten Fortschritte erzielt werden. In der Nachwuchsförderung konnten wir durch die Einrichtung des Forschungsfonds, den Ausbau wissenschaftlicher Qualifikationsstellen sowie die Besetzung mehrerer Professuren auf der Ebene Assistenzprofessur mit Tenure Track die Ziele der Strategie 2007 erreichen.

Im Bereich der Bauplanung wurde die Konzentration der Life Sciences und anderer Naturwissenschaften auf dem Areal Schällemätteli vorbereitet. Diese Planung wird nun mit dem Areal Rosental als Ersatz für Volta weiter verfolgt. Ausserdem konnten Forschungsinfrastrukturen deutlich verbessert werden. Der kommunikative Auftritt der Universität wurde professionalisiert. Gemeinsam mit der Universitären Psychiatrischen Klinik wurde eine Forschungsplattform für Psychologie und Psychiatrie etabliert. Ausserdem wurden eine bessere Koordination und ein Ausbau der klinischen Forschung in Zusammenarbeit mit dem Universitätsspital Basel und anderen regionalen Spitälern vorbereitet.

In den zentralen Aufgabenbereichen der Universität lässt sich für die Leistungsperiode 2010-2013 das Erreichte wie folgt zusammenfassen:

2.2 Forschung und Nachwuchsförderung

Als Kern der Strategie 2007-2013 wurde die interdisziplinäre und translationale Forschung in den Life Sciences gefördert sowie eine Konsolidierung und Verbesserung der Forschung im Bereich „Kultur“ erwirkt. Zur Unterstützung dieser Zielsetzung wurden acht interdisziplinäre Kompetenzzentren gegründet, zwei im Profilierungsbereich Kultur, fünf in den Life Sciences und eines im Bereich Computational Sciences. Zur besseren Koordination der Life Sciences wurde zudem das Network of Excellence in Life Sciences ins Leben gerufen, in dem sich sämtliche Stakeholders aus der Universität und ihren assoziierten Instituten (SwissTPH, FMI, Swisspeace), der FHNW sowie der Pharmaindustrie regelmässig austauschen.

Die beiden NCCRs eikones und Nanosciences wurden erfolgreich weiter geführt und strukturell abgesichert. Hinzu kam der NCCR Quantum Science and Technology, bei welchem die Universität Basel neben der ETH Zürich als Co-Leading-House auftritt.

Die Leitung des Biozentrums der Universität Basel konnte mit Erich Nigg, einem renommierten Forscher und ehemaligen Direktor eines Max-Planck-Instituts, prominent besetzt werden. Im Bereich Systembiologie konnten Forschende der Universität Basel mehrere grosse Koordinationsprojekte an Land ziehen und damit gleichzeitig die Systembiologie und die translationale Forschung stärken. Zur spezifischen Förderung der translationalen Forschung konnte zusammen mit Roche der Basel Translational Medicine Hub eingerichtet werden, der Mittel für gemeinsame Projekte mit Roche zur Verfügung stellt und eine Plattform für Seminare bietet. Zwischen der Medizinischen Fakultät und der Fakultät für Psychologie wurde eine transfakultäre Forschungsplattform eingerichtet, mit der vielfältige - strukturelle, wissenschaftliche und medizinische – Synergien zwischen Psychologie und Psychiatrie realisiert werden. Im Hinblick auf die Stärkung und Qualitätssteigerung der klinischen Forschung an der Medizinischen Fakultät wurde am Universitätsspital die Gründung des Departements Klinische Forschung (DKF) vorbereitet, das bisher verstreute Kompetenzen bündelt und Forschende bei Design, Durchführung und Auswertung klinischer Studien berät. Das neue Departement befindet sich derzeit noch in der Aufbauphase.

Beim Wissens- und Technologietransfer erfolgte im Jahr 2011 ein reibungslos verlaufener Wechsel zur Unitecra AG, womit ein Verbund mit den Universitäten Bern und Zürich eingegangen wird. Damit kann die Universität Basel zu vorteilhaften Bedingungen vom Know-how der Unitecra profitieren und gleichzeitig ihre strategischen Synergien auf nationaler Ebene ausbauen. Dank der Unterstützung des Kantons Basel-Stadt konnte die Universität zudem im neu eröffneten Science-Park in Kleinhüningen im Verbund mit der Fachhochschule Nordwestschweiz einen Inkubator in Betrieb nehmen, womit die Zahl und die Nachhaltigkeit ihrer Spin-offs weiter verbessert werden soll.

Die Nachwuchsförderung wurde nachhaltig gestärkt durch die Einrichtung des Forschungsfonds, der seit 2008 aus Mitteln der Universität sowie aus Beiträgen diverser universitärer und privater Stiftungen und Fonds finanziert wird. Die geförderten Zielgruppen sind primär erfolgversprechende junge Postdocs (resp. Klinikerinnen und Kliniker), welche im Hinblick auf den Start oder den Abschluss von exzellenten Forschungsprojekten um Beiträge nachsuchen können. Durch diese Massnahme können zahlreiche exzellente Forschende in ihrer Zielorientierung auf die akademische Laufbahn unterstützt werden.

Mit der Einführung strukturierter Doktoratsprogramme als dritter Stufe der Bologna-Umsetzung kann die Universität nun verstärkt die Qualität der Promotion kontrollieren und kontinuierlich verbessern. Bereits in der Leistungsperiode 2010-13 sind etliche Doktoratsprogramme lanciert

worden, wobei alle Fakultäten und Fachbereiche involviert sind. Für die Beurteilung und Evaluierung der Programme und die Zuteilung der Mittel (z.B. für Stipendien) wurde eine gesamtuniversitär zusammengesetzte Doktoratskommission eingerichtet.

2.3 Lehre

Im Verlauf der beiden Leistungsperioden 2007-2013 wurden die Studienrichtungen in allen Fakultäten neu als gestufte Bachelor- und Master-Programme konzipiert und eingeführt. Dies bedingte auch eine Anpassung der administrativen Prozesse, die durch Implementierung erweiterter SAP Campus-Module unterstützt werden. Insgesamt ist die anspruchsvolle Umstellung auf die neue Studienarchitektur geglückt, viele Neuerungen erweisen sich als sinnvoll und nachhaltig. Dank der Einrichtung von Studiendekanaten in allen Fakultäten sind die Abläufe abgesichert und für die Studierenden eine Anlaufstelle in ihrem Fachbereich sichergestellt. In einer bereits angelaufenen zweiten Reformphase werden erkannte Schwachstellen modifiziert, um die Studierbarkeit und Attraktivität des Lehrangebots zu erhöhen. So werden einzelne Studienfächer der Philosophisch-Historischen Fakultät neu gestaltet oder in Studiengänge integriert. Der Prozentsatz der Lehrveranstaltungen, die nur für das Masterniveau konzipiert sind, muss weiter erhöht werden. Dies ist ein Prozess, der sich in die nächste Leistungsperiode hineinziehen wird. Neue Wissensgebiete werden als sogenannte Vertiefungsrichtungen in bestehende Studiengänge implementiert, um das Studienangebot gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklungen anzupassen. Die Modernisierung der Lehre wird auch durch den Einsatz von neuen Medien und IT-Werkzeugen (Einführung von virtuellen Lehr-, Lern- und Prüfungsräumen) vorangetrieben.

Im Jahr 2010 wurde ein Berechnungsmodell für die Betreuungsverhältnisse in den einzelnen Fachbereichen entwickelt und in ein jährliches Monitoring überführt, womit eine solide Grundlage für gezielte Massnahmen seitens der Fakultäten und des Rektorats etabliert werden konnte. In den kritischen Fachbereichen wurde im Verlauf der letzten Leistungsperiode eine Verbesserung der Betreuungsverhältnisse erreicht.

Nebst der grundständigen Lehre hat die Universität im Verlauf der Strategie 2007 kontinuierlich ihr Weiterbildungsangebot für Berufsleute ausgebaut und die traditionellen Formen der Wissensvermittlung an die interessierte Öffentlichkeit (Hörerangebote, Ringvorlesungen, Seniorenuniversität) um weitere attraktive und stark nachgefragte Elemente erweitert (Café Scientifique, Kinderuniversität).

2.4 Qualitätsentwicklung

Ein breit abgestütztes Qualitätskonzept zu den Themen Lehre, Forschung, Verwaltung wurde Ende 2007 erarbeitet und daraus im Winter 2008 eine erste Qualitätsstrategie für die Universität Basel abgeleitet, auf deren Grundlage im Mai 2008 das Quality Audit durch das OAQ (Organ für Akkreditierung und Qualitätssicherung der Schweizerischen Hochschulen) erfolgreich bestanden wurde. Mit der Einrichtung des Vizerektorats Entwicklung zu Beginn des HS 2009 wurde der Qualitätsentwicklung an der Universität ein stärkeres Gewicht beigemessen, um die im Quality Audit festgestellten Lücken zu schliessen. Als beratendes Organ des Rektorats wurde ein Steuerungsausschuss für Qualitätsentwicklung (SAQE) eingesetzt, in welchem von jeder Fakultät die Dekane oder Vizedekane sowie ein Vertreter der Skuba und der Verwaltung Einsitz nehmen. Die Zielsetzung, wonach in den Jahren 2010-2013 sukzessive ein auf vier Säulen beruhendes Qualitätskonzept umzusetzen sei – (1) die Evaluation der Lehre (Lehrveranstaltungen), (2) der Studienprogramme (Angebot), (3) der Forschung und (4) der universitären Einheiten (Departemente) – wurde in Bezug auf die erste und dritte Säule bis Ende 2013 realisiert, während im Rahmen der vierten Säule in den Jahren 2012-2013 etwa 6-7 Departemente bzw.

kleinere Fakultäten als Ganzes durch externe Gutachter evaluiert werden. Die Evaluation der Studienprogramme (2. Säule) stützt sich auf viel statistisches Zahlenmaterial, das nach dem Aufbau eines sogenannten "Business Warehouse" für die im Jahr 2013 geplanten Pilotuntersuchungen nun zur Verfügung steht. Mit diesen Massnahmen und einer derzeit im Entstehen begriffenen neuen Qualitätsstrategie 2014 erhält die Universität ein effizientes und schlank gehaltenes Instrumentarium, um in der kommenden Leistungsperiode die Qualität ihres Angebots und ihrer Leistungen laufend zu optimieren.

Neue/s Professurenkategorien/Beförderungskonzept: Die bisherige Strukturierung der Professuren an der Universität Basel ist 2012 durch ein modernes Konzept für die strukturellen Professur abgelöst worden, in welchem sich der/die Stelleninhaber/in je nach bisheriger Leistung und Alter von der Stufe Tenure-track-Assistenzprofessor, Associate Professor zum Professor bewegt. Vor jedem anstehenden Beförderungsschritt werden die Leistungen in Forschung, Lehre und universitärer Selbstverwaltung evaluiert. Gleichzeitig mit dem neuen Beförderungskonzept wurden auch die Regeln für Berufungen angepasst und der Katalog der durch die Kandidierenden zu erfüllenden Eigenschaften nach modernen Grundsätzen erweitert.

Chancengleichheit: Seit 2009 steht das Ressort Chancengleichheit unter neuer Leitung, deren Ziel es ist, Chancengleichheitsaspekte in Studium, Forschung und Laufbahnförderung möglichst flächendeckend umzusetzen. Dazu wurde einerseits ein abwechslungsreiches Fortbildungs- und Beratungsangebot etabliert (Kurse, Vorträge, Counseling) und andererseits im Herbst 2012 die Erarbeitung eines Gleichstellungsplans für die Jahre 2013-2016/21 abgeschlossen. Dieser beschreibt zahlreiche z.T. bereits eingeführte Massnahmen auf allen Stufen der akademischen Karriere, wie ein ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter zu erreichen und den Anteil an Professorinnen weiter zu erhöhen ist. Bis und mit Doktorat sind die Ziele bereits jetzt erreicht, nicht zuletzt dank den seit mehreren Jahren laufenden Förderprogrammen Dissplus und WIN (women into industry), welches 2010 das zehnjährige Jubiläum feierte und bis dann insgesamt 250 junge Akademikerinnen während ihrer Dissertation durch einen Mentor aus der Industrie begleiten liess. Das Schwergewicht der Chancengleichheitsarbeit der kommenden Jahre wird sich auf die Phase nach dem Doktorat (Mittelbau) bis hin zur Professur konzentrieren.

Nachhaltigkeit: Zur Qualität einer Universität gehören heute auch alle Aspekte der Nachhaltigkeit, sowohl bezüglich der Entwicklung als auch des täglichen Handels. Um die Universität Basel hinsichtlich Sustainable Development fit zu machen, wurde im 2011 die Stelle einer Beauftragten für Nachhaltigkeit geschaffen, die das weite Feld von der Planung, Weiter- und Fortbildung bis zur Implementierung von praktischen Massnahmen abdeckt.

2.5 Verwaltung

Die Optimierung von Verwaltungsabläufen und der administrativen Rahmenbedingungen für ein innovatives Forschen und Lehren an der Universität sowie die Planung der räumlichen Entwicklung der Universität standen im Zeitraum 2007-2013 im Zentrum der universitären Verwaltungstätigkeit. Insbesondere wurden folgende Massnahmen umgesetzt:

Raumplanung: Als Basis für die Finanzplanung der Universität und der Trägerkantone wurden eine Raumstrategie und eine langfristige Bauinvestitionsplanung erarbeitet. Die Bewirtschaftung des Immobilienfonds wurde im Sinne einer besseren Steuerung der baulichen Investitionen neu geregelt. Die räumliche Entwicklung wurde durch die Konsolidierung der Juristischen und der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (Jacob-Burckhardt-Haus) und der Altertumswissenschaften (Rosshof) vorangetrieben. Die Projektierung des Neubaus für das Biozentrum wurde nutzerseitig unterstützt, zur künftigen Unterbringung der Zahnmedizin und der Umweltwissenschaften Liegenschaften (Rosental) erworben und das Projekt des ETH-Departements für Biosysteme auf dem Campus Schällemätteli gestartet. Durch die sukzessive Konsolidierung der universitären Einheiten sollen mittelfristig Infrastrukturkosten reduziert werden.

Finanzen und Prozesse: Die Finanzplanung wurde durch Einführung einer Professurenplanung zur strategischen (Neu-)Ausrichtung von vakant werdenden Professuren optimiert. Zudem wurde das finanzielle interne Kontrollsystem weiter entwickelt und ein Risikomanagements eingeführt.

Informationsversorgung und –technologie: Zur Steigerung der Effizienz und Förderung der Innovation wurde eine Informatikstrategie erarbeitet, mit der eine sukzessive Zentralisierung des Clientsupports und eine Konsolidierung der Serverstandorte einhergehen. In Arbeit ist der Aufbau von SAP Business Intelligence zur Zusammenführung und Analyse wichtiger Daten und Führungskennzahlen in Lehre, Forschung und Administration. Im Verbund mit anderen Bibliotheken beteiligt sich die Universität Basel an der Planung einer kooperativen Speicherbibliothek zur redundanzfreien Lagerung von Büchern und Zeitschriften. Zusammen mit der Universität Bern und mit Projektmitteln des Bundes wurde der Metakatalog "swissbib" mit neuen, effizienten Suchmöglichkeiten eingeführt.

Effizienz und Effektivität: Mit der Aufhebung der Institute konnten die Fakultätsstrukturen verflacht und ein Abbau von Verwaltungstätigkeiten realisiert werden. Es wurde ein Anreizsystem im Hinblick auf eine Erhöhung der kompetitiven Drittmittelwerbung und der Qualität der Lehre eingeführt; die Gründung einer Universitätsstiftung ist mit der Erwartung einer Erhöhung der Drittmittelwerbung verbunden. Effizienzsteigerungen und Optimierung von Betriebskosten ergeben sich u.a. durch Einführung von Core-Facilities, das Insourcing der Drittmittelverwaltung, durch Optimierung der Personenversicherungen, Verbesserungen beim Facility-Management sowie durch eine konsequente Ausschreibungspraxis bei Anschaffungen.

Rahmenbedingungen für Studium, Forschung und Lehre: Studierende und Mitarbeitende profitieren von einem vergrößerten Sportangebot und dem in Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Stadt verbesserten Kinderbetreuungsangebot. Es wurde ein Personalausweis mit integrierter Zahlungsfunktionalität eingeführt. Die Zentralisierung der Verwaltung der Unterrichtsräume bewirkt eine bessere Auslastung, womit Flächenerweiterungen vermieden werden können; zudem wurde die technische Ausstattung verbessert (WLAN). Den Studierenden wurden zusätzliche Lernräume zur Verfügung gestellt und zu ihrer Entlastung online-Services eingeführt.

3 Inhaltliche Entwicklungen und Schwerpunkte 2014-2017

3.1 Überblick Strategie 2014

Die Strategie 2007 hat die Entwicklung der Universität in den zwei ersten Leistungsperioden unter gemeinsamer Trägerschaft der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft erfolgreich definiert. In der Strategie 2014 werden nun ihre Ziele überprüft, neue Potenziale erkannt und das künftige Profil der Universität Basel über die nächsten zwei Leistungsauftragsperioden (2014 bis 2021) entwickelt.

Die Strategie 2014 wurde in fast zweijähriger Arbeit in einem interaktiven Verfahren entwickelt, an dem alle universitären Organe und Einheiten (Universitätsrat, Rektorat, Fakultäten und Regenz) beteiligt waren. Die Strategie 2014 festigt die Position der Universität Basel als profilierte, regional verankerte, aber international ausgerichtete akademische Institution, die in enger Verzahnung mit Gesellschaft, Kultur und Wirtschaft operiert. Der Text der Strategie 2014 enthält für die wichtigsten Bereiche der Universität – Forschung, Lehre, Nachwuchsförderung und Organisation – jeweils Kernaussagen, die Zielsetzungen formulieren, Erläuterungen, die sich auf die Kernaussagen beziehen, und Beispiele für mögliche Umsetzungsschritte. Vervollständigt wird der Text durch zahlreiche Tabellen und quantitative Angaben.

3.2 Sechs thematische Schwerpunkte

Die disziplinäre Konzentration wurde in der Strategie 2007 mit den Profilierungsbereichen „Kultur“ und „Life Sciences“ angestrebt. In der Strategie 2014 wird dieses binäre Bild der Forschungsvielfalt an der Universität Basel im Sinne einer Spezifizierung kleiner Forschungsbereiche überwunden. Es werden nämlich sechs Wissensgebiete als thematische Schwerpunkte definiert, die die Profilierungsbereiche der Strategie 2007 fortführen. Sie entsprechen überdies neueren akademischen Erkenntnissen und gesellschaftlichen Entwicklungen und verstärken dank konzentrierter fachübergreifender Zusammenarbeit innerhalb der Schwerpunkte die universitätsinternen Synergien. Dank ihrer inhaltlichen Konturen vermögen diese sechs Schwerpunkte einerseits Lehre und Forschung an der Universität zu fokussieren, andererseits das Potenzial für allfällige neuere Entwicklungen offen zu lassen.

(1) **Life Sciences** bleibt der erste universitäre Schwerpunkt der Universität Basel. Sowohl in der molekularen Biologie am Biozentrum als auch in der Biomedizin und in den Neurowissenschaften – und im Zusammenspiel mit den exakten Wissenschaften – hat die Universität Basel eine Stellung auf Weltebene erreicht, die nun insbesondere im Bereich der klinischen Forschung auszubauen ist.

(2) **Bildwissenschaften** basiert auf dem NCCR eikones und mobilisiert mehrere Disziplinen in der Philosophisch-Historischen Fakultät. In der Strategie 20014 skizziert, aber noch nicht Teil dieses Antrags, ist das bildwissenschaftliche Potenzial der Einführung architektonischer Kompetenzen, für die auch Drittmittel gewonnen werden könnten. Auf dieses Thema wird im Rahmen eines separaten Antrags eventuell zurückzukommen sein.

(3) **Nanowissenschaften** haben sich als Fachgebiet mit hoher internationaler Ausstrahlung etabliert, zuerst durch den NCCR Nanoscale Science, dann durch das „Swiss Nanoscience Institute“ (SNI), das dank des finanziellen Engagements des Kantons Aargau über eine langfristige Finanzierung verfügt, und zuletzt durch die Co-Leitung des NCCR QSIT mit der ETH Zürich im Bereich der Quantenforschung. Dieser Schwerpunkt wird insbesondere durch die Entwicklung von Forschungsinitiativen im Bereich des Imaging, der translationalen Forschung, der Materialwissenschaft, der Nachhaltigkeitsforschung und der Nanomedizin etabliert.

(4) **Nachhaltigkeits- und Energieforschung** ist zurzeit Gegenstand nationaler und internationaler Forschungsinitiativen und birgt für die Universität Basel die Chance, sich durch den Ausbau sowohl bestehender natur- und wirtschaftswissenschaftlicher als auch gesellschaftswissenschaftlicher Kompetenzen als führende Institution in diesem Gebiet zu positionieren, dem auf nationaler sowie lokaler Ebene politische Relevanz beigemessen wird. Dieser universitäre Schwerpunkt bietet Anschlussmöglichkeiten für Forschende aller Fakultäten und wird deshalb den Dialog zwischen Natur- und Sozialwissenschaftlichen an unserer Universität fördern.

(5) **European and Global Studies** soll die schon bestehende historische und sozialwissenschaftliche Konzentration auf Europa insbesondere unter Historikern sowie am Europainstitut um zwei für die Universität Basel relevante globale Welten erweitern: Einerseits wird die traditionelle Beschäftigung mit dem afrikanischen Kontinent, andererseits soll die zeitgenössische chinesische Kultur, Gesellschaft und Wirtschaft, die für unsere Welt sowohl aus wissenschaftlichen als auch aus gesellschaftspolitischen Gründen sehr wichtig geworden sind, im Sinne eines neuen wissenschaftlichen Anliegens an unserer Universität gefördert werden.

(6) **Narrativität** (d.h. Erzählforschung) könnte sich als Schwerpunkt etablieren, falls unsere Bemühungen um einen neuen NCCR in diesem Wissensgebiet erfolgreich sind. Die Erzählforschung ist ein Anliegen interphilologischer Studiengänge und Doktoratsprogramme, das schon jetzt - unter anderem im Kompetenzzentrum „Kulturelle Topographien“ - mehrere Forschungstätigkeiten bündelt. In einer auf zwei Leistungsperioden angelegten Strategie (2014-21) müssen

im Sinne einer offenen Profilierungspolitik der Universität Entwicklungen möglich sein, die sich erst bewähren müssen.

3.3 Eine forschungsstarke Universität

Folgende Leitlinien liegen der Entwicklung der Universität Basel als forschungsstarker Institution während der nächsten Leistungsperiode zugrunde:

- Die Universität Basel versteht sich als starke Forschungsuniversität und bekennt sich zur Förderung der Exzellenz sowohl von einzelnen Forschenden als auch von Forschungsgruppen
- Für die Gestaltung der universitären Forschung orientiert sie sich an der Maxime „Stärken stärken“
- Zur Verbesserung einer subkritischen Grösse strebt sie Partnerschaften (clusters) mit anderen Institutionen an
- Core und Shared Facilities sowie interfakultäre Forschungsplattformen schaffen Synergien zwischen verschiedenen Forschenden und Einheiten und unterstützen somit die strategische Profilbildung
- Die Universität stärkt ihr Profil in Zusammenarbeit mit regionalen, nationalen und internationalen Partnern
- Die Zusammenarbeit mit der FHNW, dem D-BSSE und anderen Forschungs- und Industriepartnern werden intensiviert
- Das Basel Network of Excellence in Life Sciences wird als eine auf die gemeinsamen Interessen von Hochschulen und Industrie angelegte Initiative gepflegt
- Der hohe Anteil an Drittmitteln wird gehalten. In diesem Bereich bisher nicht ausreichend verwendete Kanäle und Instrumente werden stärker eingesetzt
- Als einer der Pfeiler des strategischen Ausbaus im Bereich der Life Sciences wird die klinische Forschung auf Exzellenz ausgerichtet und in das Gefüge der universitären Prioritäten integriert
- Insbesondere der Bereich der Nanomedizin wird gestärkt

3.4 Studium und Lehre auf internationalem Niveau

Im Bereich der Lehre – vom Bachelor bis zum Doktorat – wird sich die Entwicklung der Universität Basel an folgenden Leitlinien orientieren:

- Bachelor- und Masterprogramme werden im Hinblick auf ein inhaltlich attraktives, qualitativ hochstehendes Studienangebot weiterentwickelt und auf die Lernergebnisse ausgerichtet
- Studienprogramme werden verstärkt entlang des universitären Profils gestaltet und interdisziplinäre Curricula auf Masterstufe besonders gefördert
- Der vermehrte Gebrauch des Englischen in der Lehre wird zu einer besseren globalen Positionierung der Universität Basel und ihrer Studierenden bezüglich Arbeitsmarktfähigkeit beitragen
- Das Doktorat zielt auf die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und orientiert sich an der Forschungsexzellenz. Sein Fokus liegt auf international kon-

kurrenzfähigen, disziplinar oder thematisch definierten und kompetitiv ausgeschriebenen Doktoratsprogrammen, auf thematisch organisierten Graduiertenkollegs mit einer in der Regel definierten Dauer, und auf der Graduate Academy als übergreifender Struktur, welche die Förderung der Anfänge der akademischen Laufbahn koordiniert

- Die sich selbsttragende universitäre Weiterbildung orientiert sich an den spezifischen Ansprüchen wissenschaftlicher Berufsprofile, wobei akademische Qualität und innovative Inhalte besonders im Vordergrund stehen
- Die Weiterbildungsprogramme sind inhaltlich mit den Schwerpunkten der Universität verzahnt

3.5 Exzellente Nachwuchsförderung

Die Nachwuchsförderung ist ein zentrales strategisches Anliegen der Universität. In diesem Bereich möchte die Universität Basel in der nächsten Leistungsperiode eine deutliche Verbesserung des status quo erzielen, auch um den Anteil an jungen Schweizerinnen und Schweizern auf dem akademischen Arbeitsmarkt zu erhöhen:

- Die Universität Basel strebt nach höchstmöglicher individueller und institutioneller Qualität
- Zur Exzellenzpolitik der Universität gehören eine zielgerichtete Nachwuchsförderung, Anreize für eine konkurrenzfähige Forschung und attraktive Anstellungsbedingungen für das wissenschaftliche Personal
- Im Rahmen eines aktiven Berufsbildungs- und Praktikumswesens leistet die Universität in den administrativen und technischen Bereichen einen Beitrag zur Förderung des nicht-akademischen Nachwuchses
- Die wissenschaftliche Karriere wird mit einem flexiblen Beförderungssystem (Assistenzprofessor, Associate Professor, Professor) auf der Basis von Evaluationen der Leistungen in Forschung, Lehre und Selbstverwaltung gefördert
- Die Zahl der befristeten Assistenzprofessuren wird erhöht

3.6 Effiziente Organisation und Infrastruktur

Die deutliche Optimierung in der universitären Organisation und Infrastruktur, die in der letzten Leistungsperiode erzielt werden konnte, wird auch in der Leistungsperiode 2014-2017 weiter geführt. Dabei wird die Universität insbesondere folgenden Bereichen Aufmerksamkeit schenken:

- Die Universität wird über flache Hierarchien und schlanke Führungsgremien mit ausreichender Entscheidungskompetenz gesteuert
- Vermehrt werden Finanzmittel leistungs- und bedarfsorientiert zugeteilt.
- Die universitäre Qualitätsentwicklung wird durch ein schlankes, aber umfassendes Qualitätsmanagement mit Evaluation der Lehrveranstaltungen, der Studiengänge, der Forschungsqualität und der universitären Einheiten begleitet
- Durch die Öffnung zur Umgebung, die Stärkung der universitären Museen und regelmässige Anlässe vermittelt sie Wissenschaft in der Öffentlichkeit
- Sie weitet ihre Finanzierungsbasis aus und strebt ein aktives Fundraising an; durch

Ausweitung des Netzwerkes und Betreuung der Sponsoren soll der private Finanzierungsanteil erhöht werden

- Neben wirtschaftlichen Anforderungen werden in den Bauprojekten die technologische Ausstattung, Effizienz und Flexibilität, Sicherheit, Energieverbrauch und Behindertengerechtigkeit berücksichtigt
- Die Universität bietet attraktive Anstellungsbedingungen und fördert seine Mitarbeitenden auf allen Stufen
- Gesamtuniversitäre Anlässe sichern den Austausch zwischen den akademischen Einheiten sowie Rektorat und zentraler Verwaltung
- Kurze Wege, attraktive Verbindungen und gemeinsame Infrastrukturen favorisieren den wissenschaftlichen Austausch zwischen Studierenden und Dozierenden
- Die Universität verfügt über attraktive Rahmenbedingungen, Welcome-Services und Online-Services
- Die Kommunikation an der Universität erfolgt auf Deutsch oder auf Englisch.
- An der Universität Basel werden Lehre und Forschung durch eine adäquate, sichere, wirtschaftliche und zukunftsfähige Informations- und Kommunikationstechnologie unterstützt
- Die Universität Basel unterstützt eine nachhaltige Entwicklung der Gesellschaft durch die Behandlung entsprechender Themen in Lehre und Forschung und durch Wissenstransfer
- Sie betreibt eine den Nachwuchs fördernde Gleichstellungspolitik und strebt einen Betrieb mit schonendem Umgang in Bezug auf die ökologische und soziale Umwelt an

4 Finanzen

In den folgenden Übersichten zur Entwicklung der Aufwendungen und Erträge werden lediglich die Mittel der staatlichen Träger ausgewiesen. Nationalfonds und Drittmittel sind darin nicht enthalten. Die Entwicklung der Nationalfonds- und Drittmittel wird in Kapitel 4.3 separat dargestellt und kommentiert.

4.1 Finanzielle Gesamtübersicht 2009-2013

in Mio. Franken	R 2009	R 2010	R 2011	B 2012	B 2013
TOTAL AUFWENDUNGEN	438.6	454.4	467.7	487.0	495.8
Erträge Universität (ohne Vermögenserträge)	-33.4	-37.4	-36.7	-28.1	-29.0
BETRIEBSERGEBNIS vor Beiträgen	405.2	417.0	431.0	458.9	466.7
Beiträge Trägerkantone	268.5	284.9	298.8	307.2	315.6
Beiträge Bund gemäss Universitätsförderungsgesetz	69.7	72.9	74.0	76.1	78.2
Beitrag übrige Kantone gemäss IUV	70.5	70.4	70.8	72.0	72.0
Total Beiträge der staatlichen Träger	408.7	428.2	443.6	455.3	465.8
BETRIEBSERGEBNIS nach Beiträgen der staatlichen Träger	3.5	11.2	12.6	-3.6	-0.9
Rücklagen, Abgrenzungen und Überträge	-4.1	-14.6	-17.3	0.0	3.0
JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	-0.6	-3.4	-4.7	-3.6	2.1

Tabelle 1: Finanzielle Gesamtübersicht 2009-2013 (staatliche Träger, ohne Drittmittel)

Die Entwicklung der Jahre 2009 bis 2013 entspricht den Vorgaben, die gemäss den Leistungsaufträgen und den für die erste und zweite Leistungsperiode erstellten Finanzplänen gelten. Insbesondere die sukzessive Optimierung der rollenden mehrjährigen Finanzplanung ab dem Jahr 2009 hat in der Leistungsperiode 2010 bis 2013 die Universität in die Lage versetzt, die für diese Leistungsperiode festgelegten Planungsvorgaben einzuhalten. Gemäss den aktuell vorliegenden Prognosen für das Jahr 2012 und auf Basis des Budgets 2013 erwartet die Universität zum Ende der zweiten Leistungsperiode, dass das freie Eigenkapital noch rund CHF 20 Mio. betragen wird. Dies würde auf Basis der total ausgewiesenen Aufwendungen (ohne Berücksichtigung der Drittmittel) im Planjahr 2013 einer Quote von 4% entsprechen. Damit kann, entgegen den Annahmen im Leistungsauftrag, aufgrund der vorsichtigen Finanzplanung eine - wenn auch bescheidene - Eigenkapitalbasis erhalten werden.

4.2 Verwendung der strategischen Zusatzmittel in der 2. Leistungsperiode

Aufteilung auf Profilierungsbereiche in Mio. Franken und Prozent	Jahr 2010		Jahr 2011		Jahr 2012		Jahr 2013	
Profilierungsbereich Kultur	3.6	32.8%	4.2	31.0%	6.8	34.0%	8.0	32.2%
Profilierungsbereich Life Sciences	5.2	46.6%	6.5	47.2%	8.7	43.6%	11.9	47.8%
Ausserhalb der Profilierungsbereiche	2.3	20.6%	3.0	21.9%	4.5	22.4%	5.0	20.0%
TOTAL	11.1	100.0%	13.7	100.0%	19.9	100.0%	24.9	100.0%

Tabelle 2: Verwendung der strategischen Zusatzmittel in der zweiten Leistungsperiode 2010-2013

Im Antrag zum Globalbudget für die zweite Leistungsperiode 2010 bis 2013 wurden von der Universität Zusatzmittel für strategische Massnahmen in der Höhe von insgesamt CHF 18. Mio. (davon CHF 3.8 Mio. für die Medizin) vorgesehen. Aufgrund der im Vergleich zu den Planungen tieferen Teuerung einerseits (vgl. Kapitel 4.4) und Einsparungen seitens der Universität andererseits konnten zusätzlich CHF 6.1 Mio. zur Stärkung der Profilierungsbereiche eingesetzt werden. Die Zuteilung der insgesamt CHF 24.9 Mio. auf die Profilierungsbereiche ist der Tabelle 2 zu entnehmen.

Kultur

In der Kultur standen Massnahmen zur inhaltlichen und strukturellen Stärkung der Geisteswissenschaften im Vordergrund. Forschungsseitig wurden insbesondere die Schwerpunktthemen Bildwissenschaften (Nationaler Forschungsschwerpunkt „eikones“), Europa und Afrika gefördert. Zudem erhielt die Nachwuchsförderung mit der Reform der Doktoratsstufe eine hohe Priorität in der Mittelzuteilung. In der Lehre wurden Massnahmen zur Verbesserung der Betreuungsverhältnisse sowie der Reform der Curricula (als Folge der Bologna-reform) umgesetzt. Durch eine Stärkung der Informationsversorgung und -technologie konnte zudem die Basis für eine effiziente und innovative Forschung verbessert werden.

Life Sciences

In den Life Sciences wurden deutliche Zusatzmittel für die klinische Forschung eingesetzt, insbesondere in den Gebieten Neurowissenschaften, Onkologie, Stammzellen, Epidemiologie und klinische Studien. Zudem wurden die Nanowissenschaften (u.a. im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkt Nanoscale Science) und Quantenphysik (u.a. im Rahmen des Nationalen Forschungsschwerpunkt Quantum Science and Technology) gefördert. Ebenso mussten für die zunehmend technisierte Forschung Zusatzmittel für die apparative Ausstattung sowie die Informationsversorgung und -technologie eingeplant werden.

Ausserhalb der Profilierungsbereiche

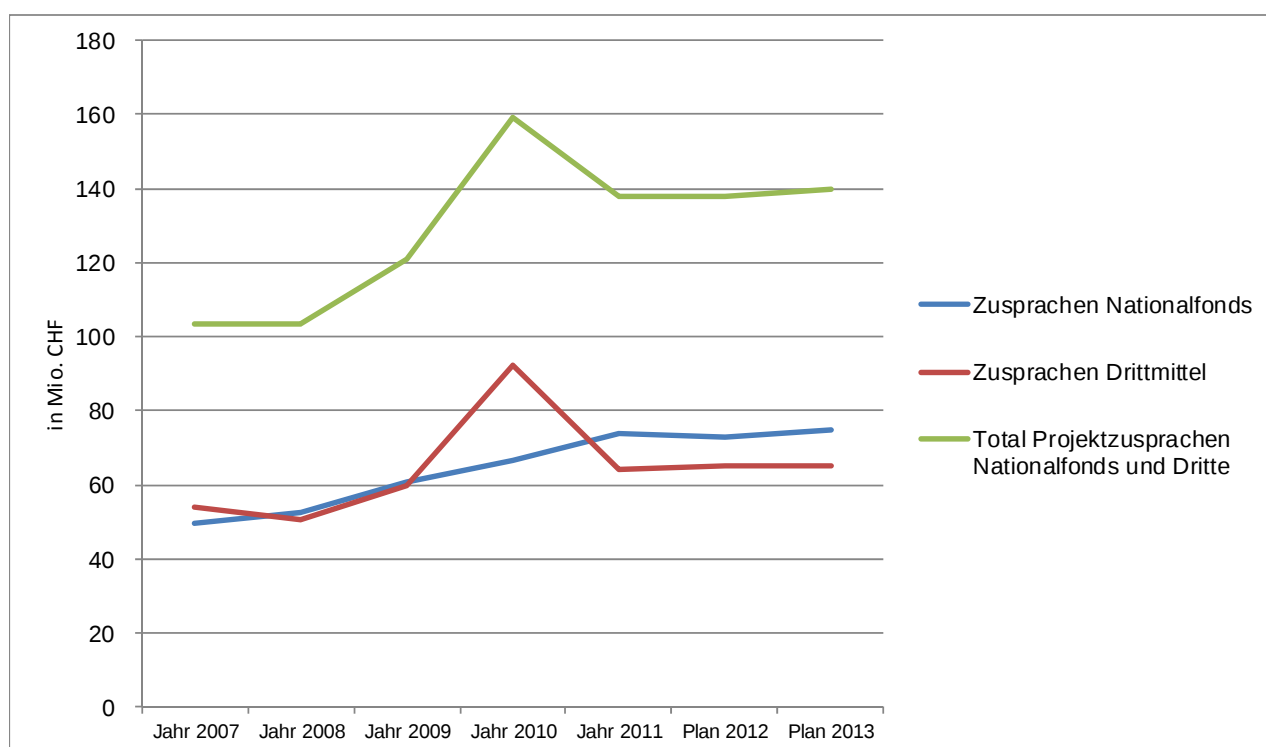
Auch ausserhalb der Profilierungsbereiche galt es, die Nachwuchsförderung zu stärken und die Betreuungsverhältnisse sicherzustellen. Zudem wurden diverse Massnahmen in den Bereichen der Qualitätsentwicklung, Informationsversorgung, Wissens- und Technologietransfer, Aussen-

auftritt, studentische Infrastrukturen sowie zur Professionalisierung von Verwaltungs- und Führungsstrukturen umgesetzt.

4.3 Nationalfonds- und Drittmittel

in Mio. Franken	Jahr 2000	Jahr 2007	Jahr 2008	Jahr 2009	Jahr 2010	Jahr 2011	Plan 2012	Plan 2013
Zusprachen Nationalfonds	29.8	49.5	52.6	60.8	66.9	73.9	73.0	75.0
Zusprachen Drittmittel	46.6	54.1	50.7	59.9	92.4	64.1	65.0	65.0
Total Projektzusprachen Nationalfonds und Dritte	76.4	103.6	103.4	120.7	159.3	138.1	138.0	140.0

Tabelle 3: Entwicklung der Nationalfonds- und Drittmittel an der Universität Basel



Grafik 1: Entwicklung der Nationalfonds- und Drittmittel an der Universität Basel 2007-2013

Die Projektmittel des Nationalfonds der Universität Basel sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Der Höchststand im Jahr 2011 von 73,9 Mio. Franken (plus 7,0 Mio. Fr. im Vergleich zum Vorjahr) belegt diese Entwicklung eindrücklich. In den Prognosen und unter der Annahme, dass die mit Strategie 2014 angestrebten Massnahmen im Forschungsbereich umgesetzt werden können, geht die Universität davon aus, dass sich diese positive Entwicklung im gesamtschweizerischen Wettbewerb um kompetitive Mittel fortsetzen wird.

Auch die Entwicklung bei den Projektmitteln von Dritten zeigt - wenn auch nicht ganz so kontinuierlich wie im Bereich des Nationalfonds - in der Tendenz nach oben. Die sich ergebenden bzw. möglichen Schwankungen sind im Wesentlichen auf zugeflossene ausserordentliche und einmalige Zuwendungen zurückzuführen, die in dieser Höhe nicht jedes Jahr zu erwarten sind.

Daneben gibt es aber eine Vielzahl von mittelgrossen jährlich eingeworbenen Beiträgen, die dafür sorgen, dass sich im Mehrjahresvergleich das Drittmittelaufkommen auf hohem Niveau hält. Dabei handelt es sich um über alle Fakultäten gestreute und auf Beiträge zwischen 0,2 bis 0,6 Mio. Franken verteilte Zusprachen.

4.4 Ausgangsbasis für die 3. Leistungsperiode 2014-2017

Pos.	in Mio. Franken	R 2010	R 2011	B 2012	B 2013	P 2013
1	Personalaufwand	209.3	219.2	226.5	229.0	229.0
2	Betriebsaufwand	65.3	65.2	67.5	71.2	71.2
3	Raumaufwand	53.1	53.5	57.0	58.2	58.2
3a	davon Fremdmieten	13.6	13.2	14.9	15.1	15.1
3b	davon Abgeltung Grundmiete an den Kanton BS	23.5	24.0	24.7	25.0	25.0
4	Unterhalt und Investitionen Immobilienfonds	20.7	22.2	24.5	24.5	24.5
5	Apparate und EDV	18.5	21.0	21.0	21.0	21.0
6	Aufwendungen für Berufungszusagen	2.5	1.6	2.7	2.7	2.7
7	Mobiliar und Unterhalt	3.3	3.0	5.0	6.5	6.5
8	Lehre und Forschung der Klinischen Medizin der universitären Kliniken	81.7	82.1	82.8	82.8	82.8
9	Total Aufwendungen effektiv	454.4	467.7	487.0	495.8	495.8
10	Erträge Universität (ohne Vermögenserträge)	-37.4	-36.7	-28.1	-29.0	-29.0
11	BETRIEBSERGEBNIS vor Beiträgen	417.0	431.0	458.9	466.7	466.7
12	Beitrag Basel-Stadt gemäss Staatsvertrag	141.2	148.4	152.9	157.3	157.3
13	Beitrag Basel-Landschaft gemäss Staatsvertrag	142.1	148.8	152.7	156.7	156.7
14	Anpassung Globalbeiträge Teuerungseffekte Personalaufwand	-	-	-	-	-4.4
15	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Studienberatung	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
16	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Universitätsbibliothek	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
17	Beitrag Bund gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG)	72.0	73.6	74.6	76.2	76.2
18	Beitrag Bund Subvention Immobilien	1.0	0.4	1.5	2.0	2.0
19	Beitrag übrige Kantone gemäss IUV	70.4	70.8	72.0	72.0	72.0
20	Total Beiträge der staatlichen Träger	428.2	443.6	455.3	465.8	461.3
21	BETRIEBSERGEBNIS nach Beiträgen der staatlichen Träger	11.2	12.6	-3.6	-0.9	-5.4
22	Rücklagen, Abgrenzungen und Überträge	-14.6	-17.3	-	3.0	3.0
23	JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	-3.4	-4.7	-3.6	2.1	-2.4

Tabelle 4: Angepasstes Budget 2013 als Ausgangsbasis für die 3. Leistungsperiode

Tabelle 4 zeigt die Entwicklung der einzelnen Aufwands- und Ertragspositionen in der Leistungsauftragsperiode 2010 bis 2013. Die Spalten R 2010 und R 2011 stellen die effektiven Aufwands- und Ertragspositionen der jeweiligen Jahresabschlüsse ohne Einbezug der Nationalfonds- und Drittmittel dar. Die Spalten B 2012 und B 2013 beinhalten - ebenfalls ohne Nationalfonds- und Drittmittel - die vom Universitätsrat jeweils verabschiedeten Budgetplanwerte der betreffenden Jahre. Die letzten Spalte „P 2013“ stellt die Ausgangsbasis für die neue Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 dar.

Der Anstieg beim Personal- und Betriebsaufwand (Pos. 1 und 2) von durchschnittlich 3% pro Jahr ist neben den relativ geringen Teuerungseffekten insbesondere auf die Umsetzung von strategischen Massnahmen im Rahmen der von den Trägerkantonen zur Verfügung gestellten Zusatzmittel zurückzuführen. Das Budget 2013 stellt eine realistische Basis für die neue Leistungsauftragsperiode dar. Denn alle Elemente, die von der Universität selber gesteuert werden können, haben sich in der Vergangenheit plangemäss entwickelt. Abweichungen gab es bei der Teuerung (vgl. Tabelle 5) und bei den IUV-Einnahmen.

Die Mietkosten (Pos. 3a und 3b) stehen in Abhängigkeit zum Stellenwachstum sowohl im Bereich der Mittel der staatlichen Träger als auch der stark gestiegenen Drittmittelanstellungen. Insbesondere im Bereich der Life Sciences (v.a. Medizin, Pharmazie, Computational Sciences, Biozentrum) musste - primär aufgrund des Drittmittelwachstums - zusätzlicher Raumbedarf durch neue Mieträumlichkeiten abgedeckt werden. Zudem ist ein moderater Flächenzuwachs im Bereich der Lernräumlichkeiten für Studierende und im Bereich der zentralen Verwaltung zu verzeichnen. Da für die räumliche Entwicklung keine einmaligen oder wegfallenden Faktoren ursächlich sind, sondern im Gegenteil eher zusätzliche Flächen strukturell benötigt werden, kann auch diese Position als Basis für die Jahre 2014 bis 2017 verwendet werden.

Der Anstieg bei Apparaten und EDV sowie bei Mobiliar und Unterhalt (Pos. 5 und 7) ist einerseits verursacht durch die zunehmende Technisierung der Forschung - insbesondere im Bereich der Bildgebung und Mikroskopie - sowie auf die Einrichtung von neuen Mietflächen zurückzuführen. Dieser Trend wird auch in der neuen Leistungsauftragsperiode anhalten und sich möglicherweise verstärken. Bereits im Budget 2013 mussten CHF 1.5 Mio. aus Overheadmitteln (= Kostenbeitrag aus Nationalfonds- und Drittmitteln primär für Infrastruktur) finanziert werden (vgl. Pos. 22). Sich bereits abzeichnende höhere Investitionskosten werden zu Lasten dieser Overheadmittel ausgeglichen und sind somit im vorliegenden Antrag nicht berücksichtigt.

Bei den Zusatzbeiträgen der beiden Trägerkantone gilt es zu berücksichtigen, dass im Jahr 2009 bei der Bestimmung der Beiträge 2010 bis 2013 eine Teuerung auf dem Personalaufwand von 1.5% pro Jahr angenommen wurde (kumuliert CHF 13.9 Mio.). Gemäss den Detailangaben in Tabelle 5 betrug die auf den Löhnen gewährte Teuerung (inkl. Mehrkosten Stufenanstieg) lediglich CHF 6.7 Mio. Die Differenz von CHF 7.2 Mio. multipliziert mit dem Finanzierungsanteil der Trägerkantone an den Gesamteinnahmen von etwas mehr als 60%, bedeutet, dass die dem Globalbudget zu Grunde gelegene Annahme bei den Teuerungskosten für die Jahre 2010-2013 um CHF 4.4 Mio. zu hoch lag. Die Universität ist bereit, diesen Betrag in der Ausgangsbasis für die Bestimmung der Beiträge der Trägerkantone 2014 bis 2017 zu bereinigen (vgl. letzte Spalte in Tabelle 4, Pos. 14) d.h.. in der neuen Leistungsperiode wieder einzusparen.

Pos.	in Mio. CHF	2010	2011	2012	2013
1	Teuerungsannahme Personal (1,5%) gemäss Antrag 2. Leistungsperiode	3.3	3.4	3.5	3.6
2	Kumulative Teuerung Personalbereich über die Jahre		6.8	10.3	13.9
3	Teuerung Jahr 2010: effektiv -0,3 % / gegeben 0 %	0.0			
4	Teuerung Jahr 2011: effektiv 0,6 % / gegeben 0,5 %		1.1		
5	Teuerung Jahr 2012: effektiv 0,4 % / gegeben 0,4 %			0.9	
6	Teuerung Jahr 2013: effektiv 0 % / gegeben 0%				0.0
7	Effekt Stufenanstieg (0,5% p.a.)	1.1	1.1	1.2	1.2
8	Teuerungseffekte kumulativ über die Jahre	1.1	3.4	5.5	6.7
9	Gesamtaufwand gemäss Planungen 2. Leistungsperiode	471.3	482.2	487.0	492.9
10	Effektive Beiträge Trägerkantone für die 2. Leistungsperiode	-283.3	-297.2	-305.7	-314.0
11	Anteil Trägerbeiträge an Gesamtfinanzierung in %	60.1%	61.6%	62.8%	63.7%
12	Anteil Teuerung Kantone kumulativ gem. Antrag	2.0	4.1	6.3	8.6
13	Anteil Teuerung Kantone kumulativ effektiv	0.7	2.1	3.4	4.2
14	Differenz	1.3	2.0	2.9	4.4

Tabelle 5: Grundlage und Berechnung der Teuerungsbereinigung 2. Leistungsperiode

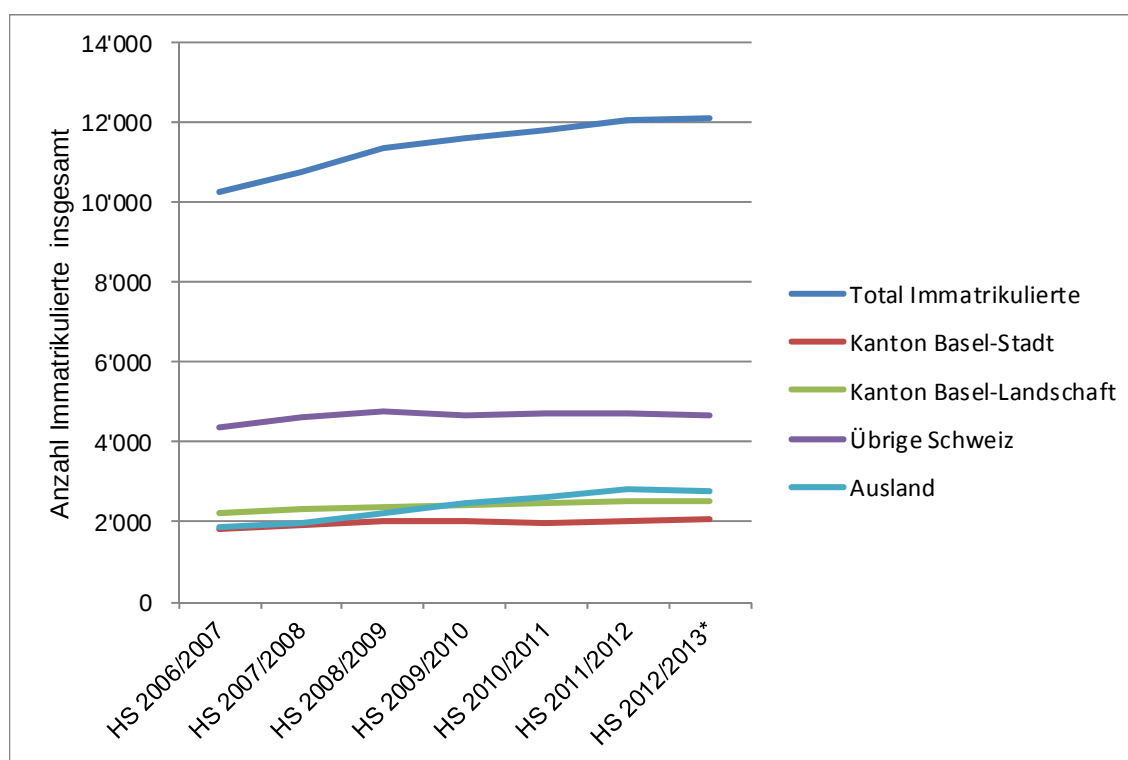
Auf dem Betriebsaufwand wurde für die Leistungsauftragsperiode 2010 bis 2013 keine Teuerung gewährt. Dies mit der für die Universität einschneidenden Vorgabe, dass teuerungsbedingte Mehrkosten in diesem Bereich durch Einsparungen aufgefangen werden müssen. Auch hier verzichtet die Universität für das neue Globalbudget auf eine Berücksichtigung der Mehrkosten.

4.5 Entwicklung Immatrikulationen als wichtige Ertragsbasis

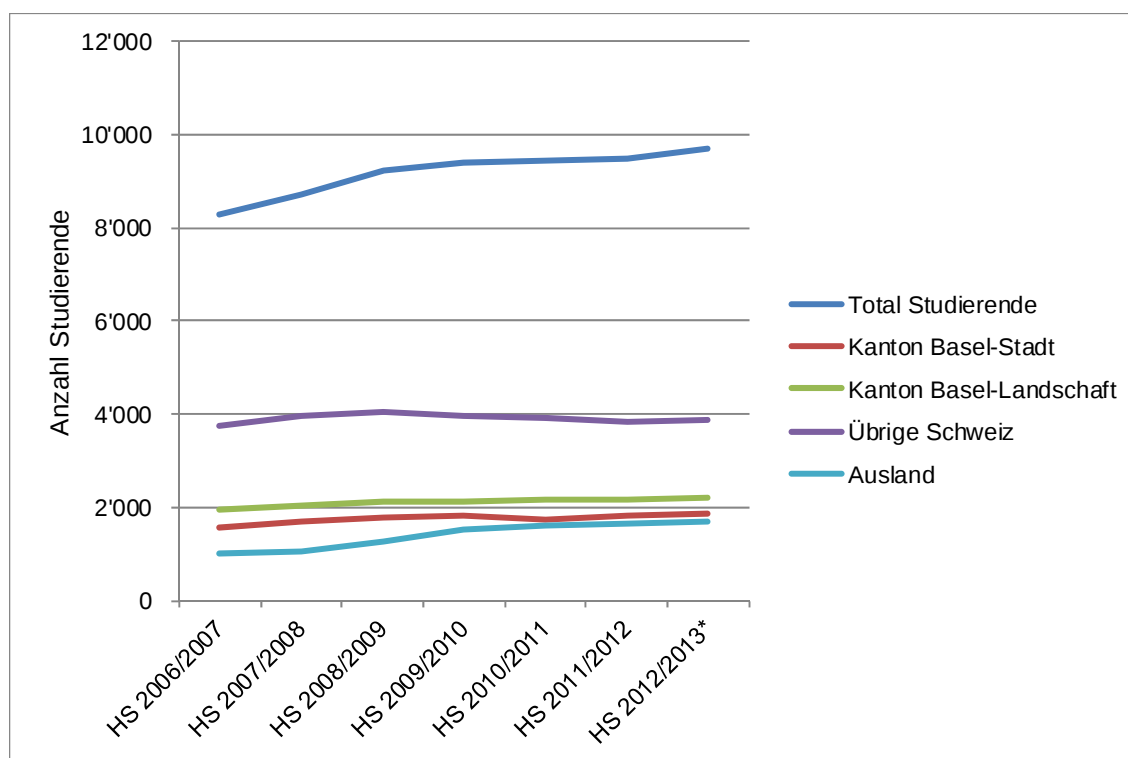
Herkunft	Jahre	HS 2006/2007	HS 2007/2008	HS 2008/2009	HS 2009/2010	HS 2010/2011	HS 2011/2012	HS 2012/2013*
Total Immatrikulierte		10'287	10'772	11'364	11'593	11'826	12'037	12'225
Kanton Basel-Stadt		1'822	1'905	2'000	2'014	1'961	2'023	2'112
Kanton Basel-Landschaft		2'228	2'310	2'392	2'417	2'488	2'499	2'526
Übrige Schweiz		4'354	4'605	4'767	4'686	4'738	4'710	4'733
Ausland		1'883	1'952	2'205	2'476	2'639	2'805	2'854

Tabelle 8: Herbstsemester 2006/2007 – 2012/2013 – Total Immatrikulationen

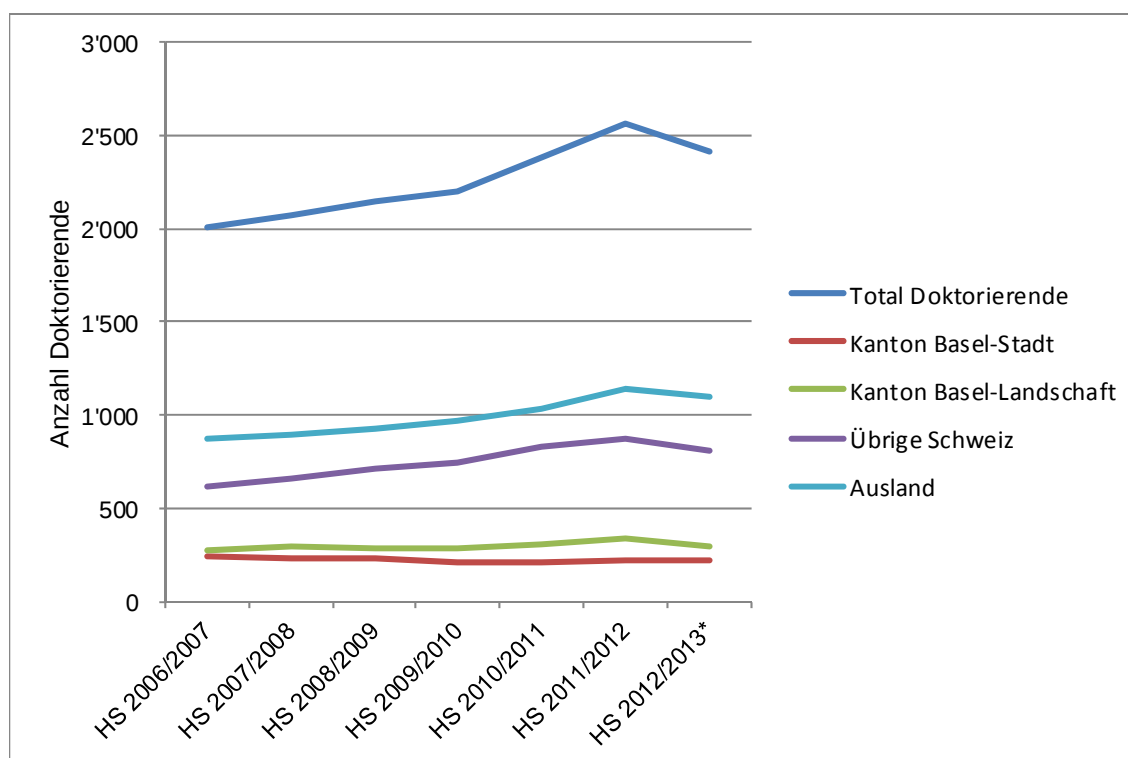
*Zahlen 2012/2013 noch provisorisch



Grafik 2: Herbstsemester 2006-2012 - Entwicklung der Immatrikulationen insgesamt



Grafik 3: Herbstsemester 2006-2012 - Entwicklung der Studierenden



Grafik 4: Herbstsemester 2006-2012 - Entwicklung der Doktorierenden

Nachdem die Zuwachsrate der Universität Basel in der Vergangenheit mehrfach mindestens um das Doppelte über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt gelegen hat, ist in den letzten drei Jahren eine spürbare Abflachung des Anstiegs zu verzeichnen, so dass in der Zwischenzeit die

Universität Basel mit ihren Zuwachsraten unter dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt. Diese Entwicklung entspricht der für die Bauprojekte zugrunde gelegten Annahme von Midi 2020.

Sowohl die Beiträge des Bundes auf der Basis der von ihm aktuell angewandten Indikatoren (70% der Beiträge werden auf Basis der Studierendenzahlen ermittelt) als auch die IUV-Beiträge (Basis sind die ausserkantonale Studierende nach Fakultätsgruppen gegliedert) hängen sehr stark von der Entwicklung der Anzahl der Immatrikulationen ab. Die Entwicklungen im Total (Tab. 8 und Grafik 2) sowie aufgeteilt nach Studierenden (Grafik 3) und Doktorierenden (Grafik 4) zeigen dabei deutlich das sich insgesamt abflachende Wachstum und die nur geringe Schwankungsbreite im Bereich der Immatrikulationen aus der übrigen Schweiz.

Insgesamt wurden die sich hier abzeichnenden Entwicklungen bei den Immatrikulationen bereits in den Verhandlungen mit den Trägerkantonen im Zusammenhang mit dem Antrag für die zweite Leistungsperiode erwähnt und haben in der Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2013, insbesondere in nur leicht erhöhten IUV-Beiträgen ihren Niederschlag gefunden. Den Bewegungen innerhalb der Gesamtimmatrikulationen muss universitätsintern weiterhin hohe Beachtung geschenkt werden, da die IUV-Beiträge und die Beiträge des Bundes – beide abhängig von der Anzahl Immatrikulationen - neben den Beiträgen der Trägerkantone wichtige Finanzquellen im Gesamtfinanzierungspaket der Universität darstellen.

4.6 Universitätsförderung durch den Bund

in Mio. CHF	B 2012	B 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017	Total 3. LP
Beitrag Bund gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG)	74.6	76.2	78.4	80.7	83.1	85.6	327.8
Prognose Bundessubventionen Immobilienfonds	1.5	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	8.0
Total Planwerte Beiträge Bund	76.1	78.2	80.4	82.7	85.1	87.6	335.8
Wachstum Bund gemäss UFG pro Jahr - Mio. CHF			2.2	2.3	2.4	2.5	
Wachstum Bund gemäss UFG pro Jahr - %			2.9%	2.9%	3.0%	3.0%	

Tabelle 6: Prognose der Beiträge durch den Bund gemäss UFG

Für den Beitrag des Bundes, der bis 2012 im Rahmen des Universitätsförderungsgesetz (UFG) und ab dem Jahr 2013 unter Beibehaltung der Berechnungsgrundlagen im Rahmen des neuen Hochschulförderungs- und Koordinationsgesetzes (HFKG) ausbezahlt wird, plant die Universität für die Jahre 2014 bis 2017 eine sukzessive Erhöhung. Ausgehend von der für das Jahr 2013 eingesetzten Planungsgrösse (CHF 76,2 Mio.) soll sich dieser Beitrag in der dritten Leistungsperiode bis auf CHF 85,6 Mio. erhöhen. Dies impliziert, dass die Universität im Rahmen der von den eidgenössischen Räten verabschiedeten Botschaft des Bundes (Periode 2013–16) an den fixierten Erhöhungen entsprechend partizipiert. Für die Jahre 2014 bis 2017 ergibt sich somit ein durchschnittlicher Mehrertrag von CHF 2,35 Mio. oder rund 3% p.a. Daneben erwartet die Universität aufgrund der im Immobilienfonds geplanten Einzelvorhaben und Projekte im Bereich der Instandsetzung weiterhin gleichbleibende jährliche Subventionseingänge in Höhe von CHF 2 Mio.

4.7 Beiträge übrige Kantone gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung

in Mio. CHF	IST 2012	B 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017	Total 3. LP
Anteil Beitrag übrige Kantone gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV)	70.1	72.0	74.0	74.0	74.0	74.0	296.0
Total Planwerte Beiträge übrige Kantone gem. IUV	70.1	72.0	74.0	74.0	74.0	74.0	296.0
Wachstum Bund gemäss IUV pro Jahr - Mio. CHF			2.0	0.0	0.0	0.0	
Wachstum Bund gemäss IUV pro Jahr - %			2.8%	0.0%	0.0%	0.0%	

Tabelle 7: Prognose der Beiträge übrige Kantone gemäss IUV

Die Entwicklung der Beiträge der übrigen Kantone gemäss Interkantonaler Vereinbarung (IUV) wurden auf der Basis der vom Bundesamt für Statistik bestätigten Daten für die Herbstsemester 2010/2011 und 2011/2012 und den damit verbundenen Abrechnungen geprüft. Auf der Basis dieser effektiv vorhandenen Daten und der aktuell sich abzeichnenden Entwicklung der Studierendenzahlen im Herbstsemester 2012/2013 muss für die Jahre 2014 bis 2017 eine zurückhaltende Prognose vorgenommen werden (vgl. hierzu auch Tab. 8 und Grafiken 2-4). Konkret wird davon ausgegangen, dass die prozentuale Aufteilung der aktuell Immatrikulierten auch für die Neuimmatrikulationen erhalten bleibt. Bei einer durchschnittlichen Verweildauer der Studierenden von vier bis fünf Jahren muss dies jedoch nicht zwingend der Fall sein. Denn der im schweizerischen Vergleich überdurchschnittliche Anstieg von beitragsberechtigten IUV-Studierenden der vergangenen Jahre stellt für die Universität eine anspruchsvolle Vorgabe dar. Bereits leichte Verschiebungen zu Lasten der ausserkantonalen Studierenden bewirkten spürbare Einnahmenverluste. Der im Jahr 2014 ausgewiesene Anstieg ist deshalb auch nicht auf ein Mengenwachstum zurückzuführen. Dieser Anpassung liegt vielmehr die für das Abrechnungsjahr beschlossene teuerungsbedingte Anpassung der IUV-Beiträge zugrunde. Damit können die erstmals eingetretenen Budgetunterschreitungen bei den IUV-Beiträgen in den Jahren 2011-2013 kompensiert werden. Ausgehend von den angepassten IUV-Beiträgen wird im Vergleich zum effektiven Ist 2012 (CHF 70,1 Mio.) für die Jahre 2014 bis 2017 insgesamt ein Anstieg von rund CHF 4 Mio. erwartet. Im Vergleich zum zu hoch angesetzten Budget 2013 reduziert sich dieser Anstieg auf CHF 2 Mio.

4.8 Eigene Erträge

Die eigenen Erträge in Höhe von CHF 29 Mio. gemäss Budget 2013 und Planungen 2014-2017 enthalten im Wesentlichen zwei Komponenten: Zum einen werden aktuell jährlich CHF 13,6 Mio. Erlöse aus Anmelde- und Semestergebühren erzielt, und zum anderen erwirtschaften die universitären Einheiten CHF 15,4 Mio. Erträge aus Dienstleistungen, diese v.a. aus wissenschaftlichen und medizinischen Dienstleistungen resultieren. Die bedeutsamsten Einzelposten sind seit Jahren die Erträge im Bereich der Medizinischen Mikrobiologie und der Zahnmedizin. Aber auch weitere Einheiten (z.B. Biozentrum, Umweltwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Psychologie und Universitätsbibliothek) verzeichnen eigene Erträge. Die in den Jahresrechnungen jeweils höher ausgewiesenen Bruttoerträge beinhalten dabei insbesondere im Bereich der Dienstleistungen Elemente mit Vorfinanzierungscharakter (Mehrertrag führt zu Mehraufwand, z.B. im Laborbereich oder bei extern einzukaufenden Technikerleistungen). Dieser Effekt gilt im Übrigen auch für Druckerzeugnisse (z.B. Kopien für Studierende gegen Entgelt) und Erträge aus Lehre und Teilnehmergebühren (z.B. für Exkursionen, die teilweise von den Studierenden mitfinanziert werden), verteilt sich dort aber auf sehr viele Einheiten.

Die Anmelde- und Semesterebühren der Universität Basel liegen mit CHF 700 pro Semester im nationalen Vergleich im Mittelfeld. Während die Deutschschweizer Universitäten eher etwas höhere Gebühren als die Universität Basel erheben, liegen die Westschweizer Universitäten etwas niedriger. In einigen Universitäten werden für ausländische Studierende höhere Gebühren verlangt als für Schweizer.

Die Festlegung der Gebühren liegt in der Kompetenz des Universitätsrates. Im vorliegenden Antrag der Universität an die beiden Trägerkantone zu den Trägerbeiträgen 2014 bis 2017 sind keine Mehreinnahmen durch eine allfällige Erhöhung der Gebühren vorgesehen. Eine Erhöhung der Semestergebühr um CHF 100 ergäbe jährliche Mehreinnahmen von CHF 1.9 Mio., wobei zu berücksichtigen ist, dass durch die dadurch verursachten Konkurrenz Nachteile gegenüber anderen insbesondere ausländischen Universitäten Mindereinnahmen entstehen und dass Zusatzkosten für höhere Stipendien in den kantonalen Budgets anfallen könnten. Der Universitätsrat möchte nun die politische Debatte zu den neuen Trägerbeiträgen abwarten und erst danach über eine allfällige Gebührenanpassung entscheiden.

4.9 Preis- und mengenbedingte Effekte

in Mio. CHF (gegenüber Budget 2013)	3. Leistungsperiode 2014-2017			
	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Mehreinnahmen	2.7	5.0	7.4	9.9
<u>Gebundener Mehraufwand:</u>				
Teuerung und Stufenanstieg Personalkosten	-2.3	-4.6	-8.1	-11.7
Teuerung und Anpassung Med. L&F (inkl. SUK-Ansätze)	-0.7	-1.0	-1.6	-2.1
Mehraufwand Raum und Infrastruktur	-3.7	-4.5	-5.3	-6.1
Mehraufwand	-6.7	-10.1	-15.0	-19.9
Total preis- und mengenbedingte Effekte	-4.0	-5.1	-7.6	-10.0

Tabelle 9a: Preis- und mengenbedingte Effekte 2014-2017

Tabelle 9a zeigt preis- und mengenbedingte Effekte. Sie betragen kumuliert im letzten Jahr der neuen Leistungsauftragsperiode per Saldo - CHF 10.0 Mio. und setzen sich zusammen aus einerseits Mehreinnahmen von + CHF 9.9 Mio. (vgl. Details in Kapiteln 4.5 bis 4.7) und andererseits Mehrkosten beim Personalaufwand (- CHF 11.7 Mio.), bei der Teuerung und Anpassung der SUK-Ansätze im Bereich Lehre und Forschung der Klinischen Medizin (- CHF 2.1 Mio.) und beim Infrastrukturaufwand (- CHF 6.1 Mio.).

Bei der Teuerung auf Personalaufwand von CHF 11.7 Mio. wurde ein Teuerungsausgleich von 0.5% (1% inkl. Stufenanstieg) in den Jahren 2014 bis 2015 und von 1.0% (1.5% inkl. Stufenanstieg) in den Jahren 2016 bis 2017 angenommen.

Beim Infrastrukturaufwand setzt sich die kumulierte Zunahme von CHF 6.1 Mio. im letzten Jahr der Leistungsauftragsperiode wie folgt zusammen:

	3. Leistungsperiode 2014-2017			
in Mio. CHF	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Anpassung Grundmiete gemäss SUK-Ansätzen	3.0	3.0	3.0	3.0
Mengen- und Preissteigerungseffekte lfd. Raumaufwand	0.7	1.5	2.3	3.2
Mehraufwand lfd. Raum und Infrastruktur	3.7	4.5	5.3	6.1

Tabelle 9b: Detail Raum und Infrastruktur zu preis- und mengenbedingten Aufwandfaktoren 2014-2017

Die Grundmiete für die Liegenschaften des Kantons Basel-Stadt wird gemäss Staatsvertrag bzw. der von den beiden Regierungen beschlossenen Vereinbarung über das Immobilienwesen der Universität Basel gemäss den Ansätzen der Schweizerischen Universitätskonferenz (SUK) abgegolten. Gemäss den Bestimmungen in der Vereinbarung wird die Mietabgeltung gemäss diesen Ansätzen jeweils für eine Leistungsauftragsperiode festgelegt. Im Jahr 2010 wurden von der SUK die Ansätze 2002 überprüft und auf die neusten Verhältnisse angepasst. Die nachfolgende Aufstellung zeigt die Entwicklung der Neuwerte und die daraus resultierende neue Mietabgeltung pro m² Hauptnutzfläche (mit Berücksichtigung von Bundessubventionen):

Grundraumtyp SUK	SUK 2002 (alt) in CHF		SUK 2010 (neu) in CHF	
	Neuwert	Grundmiete HNF	Neuwert	Grundmiete HNF
pro m ² Hauptnutzfläche (HNF)				
Sozialbereich	4'100	188	6'250	223
Büro	4'000	184	5'700	203
Labor	7'500	344	11'700	418
Archiv und Lager	1'700	78	2'850	102
Hörräume	10'100	464	9'700	346
Unterrichtsräume	4'800	220	5'700	203
Bibliotheksräume	4'600	211	6'800	243

Tabelle 9c: Ansätze gemäss Grundraumtypen gemäss SUK

Die Erhöhung der Grundmiete führt bei der Universität zu höheren Mietkosten von CHF 3.0 Mio. (+ 12%).

Die übrigen mengen- und preisbedingten Mehrkosten im Infrastrukturbereich sind primär auf die erwarteten Preiserhöhungen auf den Energieträgern (insbesondere für Strom, Klima, Wasser, Dampf, Gas etc.) sowie eine Zunahme der Mietfläche und den damit verbundenen Nebenkosten zurückzuführen.

Bei Teuerungsraten von 0.5% (2014-2015) bzw. von 1% (2016-2017) beträgt die Teuerung auf dem Sachaufwand (Positionen 2, 5, 6, 7 gemäss Tabelle 10) kumuliert über die gesamte Leistungsauftragsperiode rund CHF 6.5 Mio. Da die Trägerkantone bereits in der Leistungsauftragsperiode 2010 bis 2013 keinen Ausgleich der Teuerung auf dieser Position gewährt haben, verzichtet die Universität – im Sinne eines Sparbeitrages – auf einen Antrag zum Ausgleich der teuerungsbedingten Mehrkosten auf dem Sachaufwand in der Leistungsperiode 2014 bis 2017. Sie wurden daher in der Tabelle 9a nicht berücksichtigt.

4.10 Finanzielle Rahmenbedingungen 2014-2017 (Zusammenfassung)

Die mengen- und teuerungsbedingten Faktoren führen bei den einzelnen Aufwands- und Ertragspositionen zu folgender Entwicklung:

Pos.	in Mio. Franken	P 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
1	Personalaufwand	229.0	231.7	233.9	237.4	241.0
2	Betriebsaufwand	71.2	70.7	70.8	70.8	70.8
3	Raumaufwand	58.2	61.9	62.7	63.5	64.3
3a	davon Fremdmieten	15.1	15.2	15.3	15.4	15.5
3b	davon Abgeltung Grundmiete an den Kanton BS	25.0	27.9	27.9	27.9	27.9
4	Unterhalt und Investitionen Immobilienfonds	24.5	24.5	24.5	24.5	24.5
5	Apparate und EDV	21.0	21.0	21.0	21.0	21.0
6	Aufwendungen für Berufungszusagen	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
7	Mobilien und Unterhalt	6.5	5.0	5.0	5.0	5.0
8	Lehre und Forschung der Klinischen Medizin der universitären Kliniken	82.8	83.5	83.8	84.3	84.9
9	Total Aufwendungen effektiv	495.8	501.0	504.4	509.2	514.2
10	Erträge Universität (ohne Vermögenserträge)	-29.0	-29.0	-29.0	-29.0	-29.0
11	BETRIEBSERGEBNIS vor Beiträgen	466.7	471.9	475.3	480.2	485.1
12	Beitrag Basel-Stadt gemäss Staatsvertrag	157.3	157.3	157.3	157.3	157.3
13	Beitrag Basel-Landschaft gemäss Staatsvertrag	156.7	156.7	156.7	156.7	156.7
14	Anpassung Globalbeiträge Teuerungseffekte Personalaufwand	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
15	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Studienberatung	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
16	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Universitätsbibliothek	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
17	Beitrag Bund gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG)	76.2	78.4	80.7	83.1	85.6
18	Beitrag Bund Subvention Immobilien	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
19	Beitrag übrige Kantone gemäss IUV	72.0	74.0	74.0	74.0	74.0
20	Total Beiträge der staatlichen Träger	461.3	465.5	467.8	470.2	472.7
21	BETRIEBSERGEBNIS nach Beiträgen der staatlichen Träger	-5.4	-6.4	-7.5	-10.0	-12.4
22	Rücklagen, Abgrenzungen und Überträge	3.0	-	-	-	-
23	JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	-2.4	-6.4	-7.5	-10.0	-12.4

Tabelle 10: Finanzielle Rahmenbedingungen 2014-2017

Ohne Anpassung der Trägerbeiträge würde - alleine aufgrund von durch die Universität wenig beeinflussbaren Faktoren und dem Ausgangsdefizit 2013 - im Jahr 2017 ein Defizit von CHF 12.4 Mio. resultieren.

Eine allfällige Anpassung der Positionen 15 und 16 aufgrund preis- und mengenbedingte Faktoren wird direkt mit dem Kanton Basel-Stadt verhandelt.

5 Strategische Massnahmen

Neben den in Kapitel 4 beschriebenen, durch die Universität nicht beeinflussbaren Faktoren, im Umfang von insgesamt CHF 10.0 Mio. erforderte die Umsetzung der Strategie 2014 (vgl. Beilage 1) zusätzliche Mittel bei den laufenden Aufwendungen der Lehre und Forschung (Umsetzung Strategie - Kapitel 5.1) sowie Investitionen in die Infrastruktur (Immobilienfonds und Bauprojekte - Kapitel 5.3).

5.1 Umsetzung Strategie in der Leistungsperiode 2014-2017

Gemäss den im Rahmen der Strategieentwicklung erarbeiteten Struktur- und Entwicklungsplänen der Fakultäten und Annahmen des Rektorates erfordert die vollständige Umsetzung der Strategie 2014 bzw. die Stärkung der darin definierten Schwerpunkte - unter Ausklammerung der Investitionen in die Infrastruktur - strukturelle Zusatzmittel, welche bis ins letzte Jahr der Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 eine Höhe von rund CHF 55 Mio erreichen. Da die Universität einen Antrag in dieser Höhe als nicht realistisch erachtet, wurden mittels einer Prioritätensetzung zwei Varianten in der Bandbreite von zwischen CHF 20 und 30 Mio. ausgearbeitet (ohne Immobilienfonds):

in Mio. CHF	Zusatzmittel für Strategie im Jahr 2017 (brutto)	Sparbeitrag Universität	Zusatzmittel für Strategie im Jahr 2017 (netto)	preis- und mengenbedingte Effekte	Total Zusatzbedarf im Jahr 2017 (netto)	Ø Wachstum pro Jahr
Variante 1	21.4	-5.0	16.4	10.0	26.4	2.0%
Variante 2	29.0	-5.0	24.0	10.0	34.0	2.6%

Tabelle 11: Varianten zur Strategieumsetzung (ohne Immobilienfonds)

Die durchschnittlichen Zuwachsraten pro Jahr liegen mit 2.0% bzw. 2.6% deutlich unter der Zuwachsrate der Bundesmittel von zwischen 3 und 4% (je nach Verteilung auf die Universitäten) gemäss der vom eidgenössischen Parlament beschlossenen BFI-Botschaft. Damit würde der Finanzierungsanteil des Bundes in der dritten Leistungsperiode sukzessive erhöht.

Beitrag der Universität zur Strategieumsetzung

Die Einsparung von rund CHF 5 Mio. soll primär durch Verzicht auf die Wiederbesetzung von vakant werdenden Professuren in Fächern realisiert werden, die forschungsseitig gemäss der neuen Strategie einen eher untergeordneten Stellenwert aufweisen.

Zudem überprüft die Universität im Rahmen einer detaillierten Professurenplanung jede Neubesetzung einer Professur auf ihre inhaltliche strategische Relevanz im Bereich der Forschung. So wurden für die Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 einige Professuren identifiziert, die aufgrund der Lehre, kritischer Grösse oder fachlicher Breite grundsätzlich in der Fakultät fortgeführt werden sollen, jedoch forschungsmässig neu auf die Strategie 2014 auszurichten sind. So werden voraussichtlich gesamthaft Professuren im Umfang von CHF 9 Mio. neu ausgerichtet. Insgesamt beträgt damit der Beitrag der Universität zur Umsetzung der Strategie 2014 CHF 14 Mo. (CHF 5 Mio. Einsparungen, CHF 9 Mio. Neuausrichtungen).

Zuteilung Strategischer Zusatzmittel

Über die Zuteilung von Zusatzmitteln im Rahmen des Globalbudgets entscheidet der Universitätsrat. Gemäss der aktuellen Planung der Universität würden diese Mittel von CHF 21.4 bzw. 29.0 Mio. wie folgt auf die einzelnen Schwerpunktbereiche der Strategie 2014 aufgeteilt:

Strategiebezogene Zuweisung der Zusatzmittel auf inhaltliche Bereiche in Mio. Franken	Zusatzmittel Variante 1	Zusatzmittel Variante 2
Life Sciences	5.3	7.8
Bildwissenschaften	2.5	2.5
Nanowissenschaften	1.6	2.1
Nachhaltigkeit und Energieforschung	1.3	2.2
European and Global Studies	1.9	3.3
Narrativität	0.9	0.9
Nachwuchsförderung	4.4	4.9
Betreuungsverhältnisse	1.3	1.8
Stärkung Gesamtinstitution	2.3	3.4
Total Zusatzmittel Umsetzung Strategie 2014	21.4	29.0

Tabelle 12a: Zuweisung Zusatzmittel auf Basis Strategie 2014

Strategiebezogene Zuweisung der Zusatzmittel auf inhaltliche Bereiche in %	Zusatzmittel Variante 1	Zusatzmittel Variante 2
Life Sciences	24.6%	27.0%
Bildwissenschaften	11.6%	8.7%
Nanowissenschaften	7.5%	7.3%
Nachhaltigkeit und Energieforschung	5.9%	7.6%
European and Global Studies	8.8%	11.4%
Narrativität	4.3%	3.2%
Nachwuchsförderung	20.7%	16.8%
Betreuungsverhältnisse	6.1%	6.2%
Stärkung Gesamtinstitution	10.5%	11.7%
	100%	100%

Tabelle 12b: Prozentuale Gewichtung der Zusatzmittel bezogen auf die Strategie 2014

Life Sciences

Zur Stärkung des regionalen Wirtschaftsstandortes soll insbesondere in der klinische Forschung sowie der medizinischen Grundlagenforschung ein Schwerpunkt gebildet werden. Zudem sollen strategische Zusatzmittel zur Stärkung der Forschung in der Epidemiologie und Infektionsbiologie eingesetzt werden, um damit weitere Multiplikationseffekte bei den Drittmitteln zu erzielen. Da der Hausarztmedizin bezüglich Prävention und Reduktion von Gesundheitskosten in unserer Gesellschaft - gegenüber der hochspezialisierten Medizin in den Zentrumsspitalern - eine zunehmend wichtige Funktion zukommt, soll in diesem Bereich eine neue Professur geschaffen werden.

Bildwissenschaften

Mit dem Nationalen Forschungsschwerpunkt zur Bildkritik „eikones“, welcher sich mit den Besonderheiten, Funktionen und der Macht und Wirkung der Bilder in der universellen Kommunikation und Wissensvermittlung unserer bild-gestützten Gesellschaft befasst, wurde an der Universität ein grosse Kompetenz mit nationaler und internationaler Ausstrahlung geschaffen. Aufbauend auf dieser Kompetenz sollen neue Wissenschaftsgebiete in diesem Schwerpunkt in enger Kooperation mit bestehenden Professuren an der Universität aufgebaut bzw. erschlossen

werden. Damit wird die geisteswissenschaftliche Forschung deutlich gestärkt und die Attraktivität zur Generierung von Drittmitteln in diesem Bereich erhöht.

Nanowissenschaften

Das Swiss Nanoscience Institut (SNI) mit dem Nationalen Forschungsschwerpunkt "Nanoscale Science" stellt eine Erfolgsgeschichte der Universität Basel dar. Sie führte zu einer guten nationalen und internationalen Vernetzung und einer signifikanten Beteiligung des Kantons Aargau am SNI. Die Nanowissenschaften spielen neben den klassischen Disziplinen der Physik, Chemie und Biologie zunehmend eine wichtigere Rolle in neuen interdisziplinären Fragestellungen der Materialwissenschaften, Computertechnologie und Medizin. Auch das mit den Nanowissenschaften eng verbundene Wissenschaftsgebiet der Quantenphysik hat eine hohe Priorität an der Universität. Mit der Beteiligung der Universität als Co-Leadinghouse am Nationalen Forschungsschwerpunkt „Quantum Science & Technology“ besteht eine sehr kompetitive und erfolgreiche Wissenschaftsbasis, was auch die grossen Drittmittelleinnahmen in diesem Feld belegen. Mit den beantragten Zusatzmitteln sollen sowohl die Forschung in der Nanomedizin als auch Nano- und Quantenphysik weiter gestärkt werden, um im internationalen Wettbewerb in diesen zukunftssträchtigen Gebieten vorne mithalten zu können.

Nachhaltigkeit und Energieforschung

Die Universität Basel verfügt bereits über starke Grundlagen in diesem Schwerpunkt (u.a. Forschungsstelle für nachhaltige Energie- und Wasserversorgung, Energieforschung in der Chemie, Nachhaltigkeitsforschung in den Umwelt-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, interfakultärer Masterstudiengang Sustainable Development). Mit den beantragten Zusatzmitteln sollen wichtige und aktuelle Fragestellungen unserer Gesellschaft im Bereich der neuen Materialien und Energieformen weiter erforscht werden. Zudem soll die existierende Fachstelle zur Koordination dieses Schwerpunktes und zur Sicherstellung eines ressourcenschonenden Umgangs im täglichen Betrieb der Universität strukturell verankert werden.

European and Global Studies

Aufbauend auf den heutigen Stärken der Universität im Bereich Europa und Afrika soll zunehmend auch das Verhältnis von Europa und Afrika mit den asiatischen Staaten wissenschaftlich erarbeitet werden. Asien hat in der globalen Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung im letzten Jahrzehnt eine enorme Bedeutung erhalten. Die globalen Systeme führen dazu, dass Europa und Afrika - insbesondere in den Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften - nicht mehr isoliert betrachtet werden können. Um in der Forschung kompetitiv zu bleiben, sollen neben der weiteren Förderung der bestehenden Schwerpunkte Europa und Afrika (u.a. durch Stärkung des Europainstituts) neue Kompetenzen im Gebiet Asien (v.a. China) aufgebaut werden. Zudem besteht mit dem Centre for Philanthropy Studies (CEPS) eine schweizweit einzigartige neu aufgebaute Forschungseinrichtung, die sich mit dem globalen Trends der Philanthropie und Zivilgesellschaft befasst, welche an der Universität strukturell verankert werden soll.

Narrativität

Im Rahmen der letzten Eingabe für Nationale Forschungsschwerpunkte hat die Universität Basel einen Schwerpunkt unter dem Titel „Narrative Cultures / Erzählkulturen“ eingereicht. Die Erzählforschung ist ein Anliegen interphilologischer Studiengänge und Doktoratsprogramme, das schon jetzt im Kompetenzzentrum „Kulturelle Topographien“ mehrere Forschungstätigkeiten bündelt. Dieser Schwerpunkt würde deutlich die Sichtbarkeit der Geisteswissenschaften sowie die Vernetzung der Geisteswissenschaften mit Psychologie und Medizin fördern. Sofern die Bemühungen der Universität um diesen Forschungsschwerpunkt erfolgreich sind, müssen die Mittel des SNF durch Zusatzmittel der Universität ergänzt werden.

Nachwuchsförderung

Neben der Bachelor- und Masterausbildung wurde seitens der Universität mit der Gestaltung des Doktorats die dritte und letzte Etappe der Bologna-Reform in Angriff genommen. Dabei soll das traditionelle Modell der individuellen Betreuung vermehrt durch strukturierte Doktoratspro-

gramme ergänzt werden. Mit einer Optimierung der Doktorate soll auch die Anzahl an Doktorierenden erhöht und damit auch ein wesentlicher Beitrag an die Forschung geleistet werden. Im Weiteren soll die Anzahl an Assistenzprofessuren erhöht, die Entschädigung der Assistierenden verbessert bzw. harmonisiert und ein Lehrlingswesen im administrativ-technischen Bereich aufgebaut werden. Die Nachwuchsförderung stellt ein Kernanliegen der Universität dar und genießt bei der Zuteilung von Zusatzmitteln eine hohe Priorität.

Betreuungsverhältnisse

Insbesondere bei den Sportwissenschaften, aber auch in der Wirtschaftswissenschaftlichen und der Juristischen Fakultät bestehen aufgrund des Studierendenwachstums noch problematische Betreuungsverhältnisse mit potentiell ungünstigen Auswirkungen auf die Qualität in der Lehre und Forschung. Als Folge sollen bei den Sportwissenschaften zwei neue Professuren (heute lediglich 2 Professuren für mehr als 500 Studierende) und bei den Wirtschaftswissenschaften eine zusätzliche Professur im Bereich der Industrieökonomie eingerichtet werden. Bei der Juristischen Fakultät soll durch eine Stärkung der Grundlagenfächer nicht nur die Betreuungsverhältnisse verbessert, sondern auch die Qualität in der Lehre weiter optimiert werden. Die Grundlagenfächer sind auch für die gesamtuniversitäre Forschung von grosser Bedeutung, denn sie bilden das Bindeglied zu anderen Wissenschaften und sind damit eine wichtige Basis für die interdisziplinäre Forschung.

Stärkung Gesamtinstitution

Unter diesem Titel werden Zusatzmittel im Wesentlichen für folgende Bereiche beantragt:

- Die Kooperation und Vereinigung von Kräften zwischen den Hochschulinstitutionen im Raum Basel (v.a. Universität, FHNW, ETH) stellen einen wichtigen Erfolgsfaktor für den Wissenschaftsstandort der Region Basel dar. In der neuen Leistungsauftragsperiode sollen Zusatzmittel zur Stärkung der Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt werden.
- Die Universität Basel überliefert, vermittelt und schafft neues Wissen. Dabei stellt die effiziente Gewinnung, Verarbeitung, Archivierung und Aufbereitung von grossen und immer grösser werdenden Datenmengen für die Universitäten ein entscheidender Erfolgs- und Wettbewerbsfaktor dar. Ohne eine wirkungsvolle Informationsversorgung mittels moderner Informations- und Kommunikationstechnologie kann die Forschung und Lehre nicht auf einem kompetitiven Niveau gehalten werden. Mit den beantragten Zusatzmitteln sollen beschiedene Investitionen auch in diesem Bereich ermöglicht werden.
- Infolge zunehmender Internationalisierung der Universität in Forschung und Lehre wird immer stärker in Englisch kommuniziert und gelehrt. Um auf internationalem Niveau konkurrenzfähig zu bleiben, sollen sich Mitarbeitende und Studierende auf dem Campus der Universität auch in Englisch informieren und betätigen können. Zudem soll das englischsprachige Lehrangebot erweitert werden. Die Einführung des Englischen als Zweitsprache auf dem Campus erfordert entsprechende Zusatzmittel.

Erhöhung Studierendenzahlen im Studiengang Humanmedizin

Am 23. August 2012 forderte der Dialog "Nationale Gesundheitspolitik" in einer Medienmitteilung, dass an den Schweizer Universitäten ab dem Jahr 2018/19 jährlich rund 300 Humanmediziner/innen zusätzlich ausgebildet werden sollen. Dabei stützten sich Bund und Kantone massgeblich auf einen internen Expertenbericht mit den Aussagen von Vertretern der fünf existierenden medizinischen Fakultäten. Im Kontext mit diesen gesundheitspolitischen Forderungen ist die Schweizerische Universitätskonferenz zurzeit daran, dieses Anliegen aus bildungspolitischen Perspektiven zu prüfen.

Für die Universität Basel wird im genannten Expertenbericht eine Erhöhung der Abschlusskapazität von 140 auf 180 als realistisch erachtet. Die Medizinische Fakultät der Universität Basel unterstützt grundsätzlich diese Forderung.

Eine Erhöhung der Studierendenzahlen um 40 pro Jahreskurs würde insgesamt rund 240 zusätzliche Studierende für die Fakultät bedeuten. Die Erhöhung würde sukzessive über 6 Jahre erfolgen. Ohne zusätzliche finanzielle Ressourcen ist eine Erhöhung nicht möglich. Die Fakultät geht davon aus, dass mindestens CHF 45'000 pro Student und Jahr notwendig sind (entspricht dem IUV-Beitrag). Dies würde im 6. Jahr der Umsetzung insgesamt Zusatzmittel von rund CHF 11 Mio. erfordern. Gemäss ersten Vorabklärungen könnten die Auswirkungen auf die Infrastrukturen und die Lehrformate in der Aufbauphase sukzessive gelöst werden. Für Einzeltutoriate und Arzt-Patienten-Unterricht müssten zusätzliche personelle Ressourcen erschlossen werden.

Gemäss den Erfahrungswerten stammen rund 40% der Studierenden der Humanmedizin aus den Kantonen BL und BS, womit - bei ausbleibender Bundesfinanzierung - für die beiden Trägerkantone Mehrkosten von insgesamt rund CHF 4 - 5 Mio. entstünden. Da noch keine definitiven Entscheide vorliegen und die Beteiligung des Bundes an den Mehrkosten noch offen ist, sind diese Mehrkosten im vorliegenden Antrag an die Trägerkantone nicht enthalten.

5.2 Projekt- und Drittmittelgewinnung

Die aus strategischen Zusatzmitteln finanzierten Massnahmen zur Umsetzung der Strategie 2014 werden weitere Drittmittel anziehen und somit die Forschungs- und Lehrleistungen in den strategischen Schwerpunkten zusätzlich verstärken.

Im Weiteren sollen die Anstrengungen zur Einwerbung und Gewinnung von Drittmitteln (zweckgebunden und nicht zweckgebundene Fördermittel, Schenkungen und Legate) durch aktiveres Fundraising im Rahmen der Universitätsstiftung erhöht werden. Dabei stehen strategisch ausgerichtete Fundraisingkampagnen zur (Teil-)Finanzierung von attraktiven neuen Projekten (auch im Baubereich) im Vordergrund. Zudem sollen (potenzielle) Geldgeber und Gliederungseinheiten bei der administrativen und vertraglichen Abwicklung bzw. bei der Einwerbung im gesamten Prozess besser unterstützt werden. Diese Massnahme ist als „Vorinvestition“ zu betrachten, welche sich positiv auf künftige Leistungsperioden auswirken soll.

5.3 Immobilienfonds und Bauprojekte

Gemäss der Vereinbarung über das Immobilienwesen der Universität sind wertvermehrende und werterhaltende bauliche Massnahmen (Unterhalt und Veränderung) über den Immobilienfonds zu finanzieren. Zusätzlich werden für gemeinsame Neuinvestitionen, die nicht aus Mitteln des Immobilienfonds finanziert werden können, zusätzliche Mittel der Trägerkantone zur Verfügung gestellt.

Immobilienfonds

Die heute von den Trägerkantonen zur Verfügung gestellten Mittel des Immobilienfonds von CHF 24.5 Mio. sind aufgrund des grossen Bedarfs an Sanierungen in der Periode 2014 bis 2017 nicht ausreichend. Die Universität beantragt eine einmalige Sondereinlage in den Immobilienfonds von insgesamt CHF 31.8 Mio. (vgl. Tab. 11) in der neuen Leistungsauftragsperiode für folgende Vorhaben:

Herrichtung Alte Gewerbeschule (CHF 4.8 Mio.)

Der Kanton Basel-Stadt hat in Aussicht gestellt, die Alte Gewerbeschule (heute u.a. belegt durch die zentrale Informatikdienststelle Basel-Stadt) der Universität in Miete zur Verfügung zu stellen. Die Alte Gewerbeschule spielt in der Raumplanung der Universität bezüglich Konsolidierung der Geistes- und Sozialwissenschaften auf dem Campus Petersplatz eine wichtige Rolle. Es ist vorgesehen, die rund 3'400 m² Hauptnutzfläche den Gesellschaftswissenschaften zur Verfügung zu stellen. Dadurch könnten diverse Liegenschaften, die heute von der Universität

von Dritten zugemietet werden, abgestossen werden. Für den entsprechenden Mieterausbau möchte die Universität maximal CHF 4.8 Mio. zur Verfügung stellen. Da diese Liegenschaft als neues Mietobjekt vom Vermieter Kanton Basel-Stadt übernommen wird, sind die Kosten zur Herstellung des Gebäudes (z. B. Haustechnik, Fassade, Erdbebenertüchtigung, Brandschutz etc.) im Hinblick auf die Übergabe an die Universität vom Kanton Basel-Stadt zu tragen.

Sanierung Hörsäle (Total CHF 10.2 Mio.)

Im Bernoullianum befinden sich ein grosser und zwei kleine Hörsäle, welche im Wesentlichen aus den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts datieren. Untersuchungen haben gezeigt, dass diese Unterrichtsräume grosse Mängel betreffend Brandschutz, Behindertengerechtigkeit und Raumklima aufweisen. Zudem ist die Audio-/Video-Ausstattung aller Hörsäle zu ersetzen. Eine umfassende Sanierung der Hörsäle zieht weitere Massnahmen nach sich, insbesondere eine zumindest partielle Ertüchtigung des Gebäudes gegen Erdbebeneinwirkung und die Sanierung von Kanalisationsleitungen im betroffenen Perimeter. Damit entsteht ein Projektumfang, der eine sorgfältige Abstimmung mit anderen Hörsaalsanierungen erfordert.

Die Liegenschaft am Rheinsprung 9/11 ist die älteste Liegenschaft der Universität Basel. Sie hat als Ursprungsort der Basler Universität einen hohen Repräsentationswert und ist deshalb ein wichtiger Bestandteil in der zukünftigen Immobilienstrategie. Finanziell ist diese Bewertung jedoch nicht relevant. Die Obergeschosse des Gebäudes sind im Zuge der Einrichtung des NCCR „eikones“ im Jahre 2006 bereits umgebaut und instandgesetzt worden. Der tiefer gelegene Anbau aus den 60er Jahren beherbergt einen Hör- und Praktikumsraum und befindet sich noch im Zustand der Entstehungszeit. Auch die Untergeschosse des historischen Gebäudes sind bisher nicht instand gestellt worden. Der Hörsaaltrakt bedarf dringender Massnahmen an der Gebäudehülle und den Haustechnikinstallationen. Das gesamte Gebäude muss behindertengerecht eingerichtet und die Untergeschosse saniert werden.

Sanierung Rheinsprung 21 (CHF 6.9 Mio.)

Die Liegenschaft am Rheinsprung 21 stammt aus dem 15. Jahrhundert und wurde von der Universität Anfang des 20. Jahrhunderts bezogen. Seither waren diverse Nutzergruppen darin untergebracht, bis letztlich das Mathematische Institut das ganze Gebäude übernahm. Das Gebäude steht unter Denkmalschutz und hat aufgrund seiner Lage am Grossbasler Rheinufer eine spezielle Grundrissanordnung mit vielen einseitig belichteten Untergeschossen. Im Gebäude wurden über die Jahre nur die dringendsten Sanierungsmassnahmen durchgeführt. Die gesamte Gebäudehülle sowie viele Installationen und Einbauten sind am Ende ihrer Lebensdauer und bedürfen einer grundlegenden Instandsetzung unter Berücksichtigung geltender Gesetze und Normen. Nach Auszug der Mathematiker ist diese grundlegende Instandsetzung erforderlich. Aufgrund der Lage in direkter Nachbarschaft zur „Alten Universität“ ist das Gebäude für die Immobilienstrategie der Universität wichtig. Die Gesamtplanung sieht vor, am Rheinsprung ein Zentrum der Fächer, wie z.B. für die Bildwissenschaften, Kunstgeschichte, Musik, Medienwissenschaften, Philosophie etc. zu bilden.

Sanierung Gewächs- und Tropenhäuser (CHF 9.8 Mio.)

Der Botanische Garten ist mit seinen Aussenbereichen und Institutsgebäuden, in unmittelbarer Nähe zur Universitätsbibliothek gelegen. Bestandteil der Gesamtanlage ist das im Jahre 1967 erbaute Tropenhaus. Inzwischen weist das Gebäude massive Bauschäden auf. Betroffen davon sind die Gebäudehülle, die Tragkonstruktion und die haustechnischen Installationen. Ferner entspricht die Baute in keiner Form den gegenwärtigen Anforderungen an ein zeitgemässes Pflanzenhaus mit Tropenklima. Aktuell wird analysiert, ob eine Gesamtinstandsetzung zweckmässig und wirtschaftlich wäre oder ob ein Ersatz in Form eines Neubaus die geeignete Lösung wäre. Zudem müssen die Pflanzenwuchskammern (Phytotrone) an der Schönbeinstrasse 6 ersetzt werden. Die Anlage hat ihre Lebensdauer überschritten. Die Ausfallgefahr ist erheblich, weil für die meisten Komponenten keine Ersatzteile mehr erhältlich sind. Ferner wird die Kälteerzeugung mit Kältemitteln betrieben, die den gesetzlichen Vorschriften nicht mehr entsprechen.

Zusammenfassend ergeben sich zu Lasten des Immobilienfonds in der Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 folgende Mehrkosten im Bereich der baulichen Infrastruktur:

		3. Leistungsperiode 2014-2017			
in Mio. CHF	P 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
- Herrichtung Alte Gewerbeschule	0.0	0.1	0.4	1.9	2.4
- Sanierung Hörsäle (Bernoullianum/Rheinsprung)	0.0	4.6	5.8	0.0	0.0
- Sanierung Rheinsprung 21	0.0	0.6	2.8	3.5	0.0
- Sanierung Gewächs- und Tropenhäuser	0.0	0.8	4.0	5.0	0.0
Mehraufwand Immobilienfonds	0.0	6.1	12.9	10.4	2.4

Tabelle 13: Mehraufwand Immobilienfonds

Bauprojekt ausserhalb Immobilienfonds (Neubau für Biozentrum)

Neben der einmaligen Sondereinlage in den Immobilienfonds ist für den Neubau Biozentrums eine Investition für die beiden Trägerkantone von CHF 262 Mio. (Bundessubventionen abgezogen) ausserhalb des Immobilienfonds notwendig. Dieses Vorhaben wird bei Bewilligung durch die beiden Parlamente im Rahmen einer separaten Kreditvorlage und bei einer verzögerungsfreien Abwicklung im Jahr 2017 fertiggestellt. Die damit verbundenen Folgekosten von CHF 14.7 Mio. (netto) fallen frühestens ab 2017 an und sind in der separaten Kreditvorlage im Detail dargestellt. Da diese Folgekosten in einem direkten Zusammenhang mit dem Neubau stehen, sollen sie – im Sinne der Einheit der Materie – zusammen mit der separaten Kreditvorlage für die Realisierung des Bauprojekts beantragt werden. Sie sind daher im hier vorliegenden Antrag für die Trägerbeiträge 2014 bis 2017 nicht enthalten.

Sofern die räumliche Konsolidierung planmässig durchgeführt werden kann, können in den folgenden Leistungsauftragsperioden Mietkosten durch den Wegfall von Liegenschaften eingespart werden.

5.4 Zusammenfassung

Auf Basis der Ausführungen in den Kapiteln 5.1 bis 5.3 und unter Berücksichtigung des Bedarfs auf der Zeitachse ergibt sich zusammenfassend für die Varianten 1 und 2 folgendes Bild:

Variante 1

	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Saldo preis- und mengenbedingte Effekte	4.0	5.1	7.6	10.0
Sparmassnahmen Universität	-3.3	-3.3	-3.7	-5.0
Zusatzbedarf Strategie	9.3	13.9	17.9	21.4
Total Zusatzbedarf netto kumuliert (ohne Immobilienfonds)	10.0	15.7	21.7	26.4
Wachstum pro Jahr - Mio. CHF	10.0	5.7	6.0	4.7
Wachstum pro Jahr - %	3.2%	1.8%	1.8%	1.4%
Zusatzbedarf Immobilienfonds	6.1	12.9	10.4	2.4

Tabelle 14: Finanzielle Auswirkungen Zusatzanträge Variante 1

Variante 2

	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Saldo preis- und mengenbedingte Effekte	4.0	5.1	7.6	10.0
Sparmassnahmen Universität	-3.3	-3.3	-3.7	-5.0
Zusatzbedarf Strategie	10.8	17.4	23.4	29.0
Total Zusatzbedarf netto kumuliert (ohne Immobilienfonds)	11.5	19.2	27.2	34.0
Wachstum pro Jahr - Mio. CHF	11.5	7.7	8.0	6.8
Wachstum pro Jahr - %	3.7%	2.4%	2.4%	2.0%
Zusatzbedarf Immobilienfonds	6.1	12.9	10.4	2.4

Tabelle 15: Finanzielle Auswirkungen Zusatzanträge Variante 2

Wie die Verteilung auf der Zeitachse zeigt, besteht jeweils zu Beginn der Leistungsauftragsperiode generell ein höherer Zusatzbedarf (Zeilen: Wachstum pro Jahr) als gegen Ende der Leistungsauftragsperiode.

In den Anträgen gemäss Tabellen 14 und 15 sind folgende potenzielle Mehrkosten nicht enthalten:

- Erhöhung der Studierendenzahlen im Studiengang Humanmedizin (vgl. Kapitel 5.1)
- Folgekosten Neubau für das Biozentrum (vgl. Kapitel 5.3)

6 Schlussfolgerungen und Antrag

6.1 Fazit: Inhaltliche und finanzielle Entwicklung 2014-2017

Unter Berücksichtigung der finanziellen Rahmenbedingungen der beiden Trägerkantone beantragt die Universität bei den strategischen Zusatzmitteln (vgl. Kapitel 5.1) die Variante 1. Damit könnten wenigstens ein Teil der wichtigen Anliegen aus der Strategie 2014 umgesetzt werden. Nach sorgfältiger Überlegung sieht die Universität davon ab, günstigere Varianten zu formulieren. Dies nicht, weil sie als selbstverständlich voraussetzt, dass ihr Antrag gutgeheissen wird, sondern in der Überzeugung, dass der vorliegende Bericht an Regierungen und Parlamente die relevanten Informationen enthält, um die politischen Entscheidungsträger in die Lage zu versetzen, die Auswirkungen ihrer Kreditbeschlüsse auf die Entwicklung der Universität in der nächsten Leistungsauftragsperiode beurteilen zu können.

Pos.	in Mio. Franken	P 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
1	Personalaufwand	229.0	231.7	233.9	237.4	241.0
2	Betriebsaufwand	71.2	70.7	70.8	70.8	70.8
3	Raumaufwand	58.2	61.9	62.7	63.5	64.3
3a	davon Fremdmieten	15.1	15.2	15.3	15.4	15.5
3b	davon Abgeltung Grundmiete an den Kanton BS	25.0	27.9	27.9	27.9	27.9
4	Unterhalt und Investitionen Immobilienfonds	24.5	24.5	24.5	24.5	24.5
5	Apparate und EDV	21.0	21.0	21.0	21.0	21.0
6	Aufwendungen für Berufungszusagen	2.7	2.7	2.7	2.7	2.7
7	Mobiliar und Unterhalt	6.5	5.0	5.0	5.0	5.0
8	Lehre und Forschung der Klinischen Medizin der universitären Kliniken	82.8	83.5	83.8	84.3	84.9
9	Total Aufwendungen effektiv	495.8	501.0	504.4	509.2	514.2
10	Erträge Universität (ohne Vermögenserträge)	-29.0	-29.0	-29.0	-29.0	-29.0
11	BETRIEBSERGEBNIS vor Beiträgen	466.7	471.9	475.3	480.2	485.1
12	Beitrag Basel-Stadt gemäss Staatsvertrag	157.3	157.3	157.3	157.3	157.3
13	Beitrag Basel-Landschaft gemäss Staatsvertrag	156.7	156.7	156.7	156.7	156.7
14	Anpassung Globalbeiträge Teuerungseffekte Personalaufwand	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4	-4.4
15	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Studienberatung	0.5	0.5	0.5	0.5	0.5
16	Separate Leistungsvereinbarung mit Kanton BS - Universitätsbibliothek	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
17	Beitrag Bund gemäss Universitätsförderungsgesetz (UFG)	76.2	78.4	80.7	83.1	85.6
18	Beitrag Bund Subvention Immobilien	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0
19	Beitrag übrige Kantone gemäss IUV	72.0	74.0	74.0	74.0	74.0
20	Total Beiträge der staatlichen Träger	461.3	465.5	467.8	470.2	472.7
21	BETRIEBSERGEBNIS nach Beiträgen der staatlichen Träger	-5.4	-6.4	-7.5	-10.0	-12.4
22	Rücklagen, Abgrenzungen und Überträge	3.0	-	-	-	-
23	Zusatzbedarf 3. Leistungsperiode für Strategie 2014/Variante 1	-	-9.3	-13.9	-17.9	-21.4
24	Zusatzbedarf Immobilienfonds	-	-3.2	-6.4	-9.5	-12.7
25	Sparmassnahmen Universität	-	3.3	3.3	3.7	5.0
26	JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	0.6	-15.5	-24.4	-33.7	-41.6

Tabelle 16: Finanzielle Auswirkungen 2014-2017 (Basis Variante 1)

Unter Berücksichtigung der preis- und mengenbedingten Effekte, der Zusatzeinlagen in den Immobilienfonds sowie der bescheidenen Mehrmittel zur Umsetzung von strategischen Massnahmen (gemäss Variante 1) müsste die Universität ohne eine entsprechende Erhöhung der Trägerbeiträge Defizite ausweisen, die sich über die gesamte Periode 2014 bis 2017 auf CHF 115.2 Mio. kumulieren. Mit dem freien Eigenkapital von rund CHF 20 Mio. können lediglich ca. 17% von dieser Summe abgedeckt werden. Die Universität beantragt daher, die nicht über das

freie Eigenkapital finanzierbaren Mehrbelastungen über eine lineare Erhöhung der Trägerbeiträge auszugleichen (vgl. Kapitel 6.2).

6.2 Verteilung der Beiträge auf der Zeitachse 2014-2017

	Trägerbeiträge 2. LP	
	Mio. CHF 2010-2013	
	1'206.5	
	Mehrmittel gesamte 3. LP	
	Mio. CHF	Wachstum gegenüber 2. LP
Saldo preis- und mengenbedingte Effekte	26.6	2.2%
Sparmassnahmen Universität - Variante 1	-15.3	-1.3%
Zusatzbedarf Strategie - Variante 1	62.4	5.2%
Total Zusatzbedarf, netto kumuliert (ohne Immobilienfonds) - Variante 1	73.8	6.1%
Antrag Trägerbeiträge, netto kumuliert (ohne Immobilienfonds)	65.4	5.4%
Ausgleich über Eigenkapital	-8.3	-0.7%
Antrag Trägerbeiträge Immobilienfonds	31.8	2.6%

Tabelle 17: Zuwachsraten Variante 1 im Vergleich zur 2. Leistungsperiode

Kumuliert über die gesamte zweite Leistungsauftragsperiode 2010 bis 2013 sind der Universität von den beiden Trägerkantonen Beiträge in Höhe von CHF 1'206.5 Mio. zugekommen. Um die preis- und mengenbedingten Effekte auszugleichen und die strategischen Massnahmen gemäss Variante 1 (vgl. Kapitel 5.1) abzudecken, sind in der dritten Leistungsauftragsperiode - über die gesamten vier Jahre betrachtet - Zusatzmittel von CHF 73.8 Mio. oder 6.1% notwendig. Davon sind 36% auf preis- und mengenbedingte Effekte und 64% auf strategische Massnahmen (netto, Sparmassnahmen bereits abgezogen) zurückzuführen. Neben den bereits enthaltenen Sparmassnahmen seitens der Universität von CHF 15.3 Mio. ist die Universität bereit, planerisch Eigenkapital in der Höhe von rund CHF 8.3 Mio. beizutragen. Damit verbliebe eine Belastung der Trägerkantone von CHF 65.4 Mio.

Für den Immobilienfonds werden insgesamt CHF 31.8 Mio. als einmalige Sondereinlage verteilt über die dritte Leistungsauftragsperiode zur Finanzierung von grösseren Unterhalts- und Veränderungsmassnahmen gemäss Kapitel 5.3 beantragt.

Die Verteilung des Antrags an die Trägerkantone auf die einzelnen Jahre in der dritten Leistungsauftragsperiode ist der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen.

	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Saldo preis- und mengenbedingte Effekte	4.0	5.1	7.6	10.0
Sparmassnahmen Universität	-3.3	-3.3	-3.7	-5.0
Zusatzbedarf Strategie	9.3	13.9	17.9	21.4
Total Zusatzbedarf, netto kumuliert (ohne Immobilienfonds)	10.0	15.7	21.7	26.4
Antrag Trägerbeiträge, netto kumuliert (ohne Immobilienfonds)	6.4	13.0	19.6	26.4
Wachstum pro Jahr - Mio. CHF	6.4	6.5	6.7	6.8
Wachstum pro Jahr - %	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
Ausgleich über Eigenkapital	-3.5	-2.7	-2.1	0.0
Zusatzbedarf Immobilienfonds	6.1	12.9	10.4	2.4
Antrag Trägerbeiträge Immobilienfonds	3.2	6.4	9.5	12.7
Wachstum pro Jahr - Mio. CHF	3.2	3.2	3.2	3.2
Ausgleich über Immobilienfonds	-2.9	-6.6	-0.9	10.3

Tabelle 18: Zuwachsraten Variante 1

Um einen linearen Anstieg der Trägerbeiträge über die dritte Leistungsauftragsperiode sicherzustellen, soll der Mehrbedarf in den vorderen Jahren über das freie Eigenkapital finanziert werden. Dadurch kann der Anstieg - beginnend bei Budget 2013 (bereinigt um Teuerung) - bei konstant 2.0% gehalten werden. Dies ergibt eine Erhöhung durchschnittlich CHF 6.6 Mio. pro Jahr, die sich ungefähr hälftig auf die beiden Trägerkantone aufteilt.

Beim Immobilienfonds soll der Gesamtbedarf von CHF 31.8 Mio. linear auf die Jahre der dritten Leistungsauftragsperiode aufgeteilt werden, indem ein jährlicher Anstieg von CHF 3.2 Mio. eingerechnet wird. Der Mehrbedarf in den Jahren 2014 und 2015 soll über das Kapital des Immobilienfonds (gemäss Planung rund CHF 10 Mio. per Ende 2013) ausgeglichen werden.

Der Antrag an die Trägerkantone (ohne Sondereinlage in den Immobilienfonds) liegt unter den Wachstumsraten in der 2. Leistungsauftragsperiode. Über die acht Jahre betrachtet ergibt sich folgende Entwicklung:

in Mio. CHF	2. Leistungsauftragsperiode				3. Leistungsauftragsperiode			
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Trägerbeiträge	283.3	297.2	305.6	314.0	320.4	327.0	333.6	340.4
Zuwachs in Mio. CHF	16.2	13.9	8.4	8.4	6.4	6.5	6.7	6.8
Zuwachs in %	6.1%	4.9%	2.8%	2.7%	2.0%	2.0%	2.0%	2.0%
Sondereinlage Immobilienfonds					3.2	6.4	9.5	12.7

Tabelle 19: Entwicklung Trägerbeiträge

Der Universitätsrat erachtet ein freies Eigenkapital von rund CHF 50 Mio. (rund 10% des Aufwandes ohne Drittmittel bzw. rund 8% der Bilanzsumme) zur Absicherung von Risiken bzw. als Handlungsspielraum bei kurzfristigen Entwicklungen für angemessen. Bei einer Beurteilung des aktuell Möglichen erachtet er es jedoch nicht als opportun, diese Zielsetzung zu verfolgen. Zur

Unterstützung der Strategieumsetzung sieht er einen praktisch vollständigen Abbau des bestehenden Eigenkapitals vor:

	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
Defizit aus Budget 2013, bereinigt um Teuerung	-2.4	-2.4	-2.4	-2.4
Ausgleich Zusatzbedarf über Eigenkapital	-3.5	-2.7	-2.1	0.0
JAHRESÜBERSCHUSS/-FEHLBETRAG	-5.9	-5.1	-4.5	-2.4
Eigenkapital - Stand 1.1. Planjahr	20.0	14.1	9.0	4.5
Eigenkapital - Stand 31.12. Planjahr	14.1	9.0	4.5	2.1

Tabelle 20: Entwicklung freies Eigenkapital

Mit dem Defizit aus dem Budget 2013 (bereinigt um Teuerung) von CHF 2.4 Mio. und dem in Tabelle 19 dargestellten Ausgleich des Zusatzbedarfs über das freie Eigenkapital nimmt das freie Eigenkapital planerisch von CHF 20 Mio. Anfang 2014 auf CHF 2 Mio. Ende 2017 ab.

6.3 Beitrag der Universität zur Strategieumsetzung

Im vorliegenden Antrag sind wesentliche Beiträge der Universität zur Unterstützung der Strategieumsetzung enthalten. Die Universität bekundet damit ihren starken Willen, nicht nur Zusatzbeiträge von den Trägerkantonen einzufordern, sondern selbst grössere Anstrengungen zu unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit in einem nationalen und internationalen Umfeld zu steigern und damit den regionalen Wirtschafts- und Bildungsstandort zu stärken.

Zusammenfassend ergeben sich folgende Beiträge der Universität, welche sich über die gesamte Leistungsauftragsperiode auf rund CHF 40 Mio. kumulieren:

- Strukturelle Einsparungen durch Verzichtsplanung bei vakant werdenden Professuren von CHF 15.3 Mio. kumuliert über gesamte Leistungsperiode (vgl. Kapitel 5.1).
- Strukturelle Einsparung durch Verzicht auf Antrag zum Teuerungsausgleich auf dem Sachaufwand von CHF 6.5 Mio. kumuliert über die gesamte Leistungsperiode (vgl. Kapitel 4.9).
- Abbau von Eigenkapital um CHF 17.9 Mio. (vgl. Kapitel 6.2). Dieser Abbau hängt einerseits mit der von der Universität zugestandenen Beitragsreduktion zur rückwirkenden Teuerungsanpassung in der Höhe von CHF 4.4 Mio. pro Jahr sowie andererseits mit der Finanzierung von Massnahmen für die Strategieumsetzung aus dem Eigenkapital zusammen. Der Universitätsrat wird bestrebt sein, durch eine sehr zurückhaltende Budgetierung und restriktive Ausgabenpolitik in den jährlichen Rechnungen (z.B. durch Verzögerungen bei Neubesetzung von vakanten Stellen) diesen planerischen Eigenkapitalabbau soweit wie möglich zu verhindern.

Zusätzlich kommt es im Rahmen der Neuausrichtung von vakant werdenden Professuren auf die strategischen Schwerpunkte der Universität zu einer Neuverteilung bereits vorhandener Mittel mit einem Umfang von CHF 9 Mio.

6.4 Anträge der Universität an die Trägerkantone

Der Universitätsrat beantragt den Regierungen und Parlamenten für die Leistungsauftragsperiode 2014 bis 2017 folgende Beiträge der beiden Trägerkantone (Finanzierungsquote gemäss Staatsvertrag):

Jahr	Globalbeitrag ohne Immobilienfonds (in Mio. CHF)	
2014	320.4	(+ 6.4 / 2%)
2015	327.0	(+ 6.5 / 2%)
2016	333.6	(+ 6.7 / 2%)
2017	340.4	(+ 6.8 / 2%)
2014-17	1'321.4	

Zusätzlich werden zur Finanzierung eines ausserordentlichen Bedarfs für Sanierungsprojekte folgende Sondereinlagen in den Immobilienfonds beantragt:

Jahr	Sondereinlage Immobilienfonds (in Mio. CHF)	
2014	3.2	
2015	6.4	
2016	9.5	
2017	12.7	
2014-17	31.8	

7 Beilagen

Beilage: Strategie 2014

DR. ULRICH VISCHER

PRÄSIDENT DES UNIVERSITÄTSRATES

DIPL.-WI.-ING. KLAUS ENDRESS

VIZEPRÄSIDENT DES UNIVERSITÄTSRATES

Herrn Regierungspräsidenten
Urs Wüthrich-Pelloli
Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und
Sportdirektion des Kantons Basel-Landschaft

Herrn Regierungsrat Dr. Christoph Eymann
Vorsteher des Erziehungsdepartements des
Kantons Basel-Stadt

Basel, 23. August 2013

Leistungsauftrag und Globalbeitrag 2014–2017 an die Universität Basel

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident
Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 31. Juli, mit dem Sie dem Universitätsrat Gelegenheit geben, an seiner nächsten Sitzung vom 22. August Stellung zu der Vorlage der Regierungen der beiden Trägerkantone über unseren Antrag zum Globalbudget 2014-17 zu nehmen. Als Unterlagen stand uns die Vorlagen zur Verfügung, welche Sie in die interne Ämterkonsultation gegeben haben. Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und haben uns in der gestrigen Sitzung mit den regierungsrätlichen Vorschlägen zu Händen der Parlamente befasst.

Zunächst zeigt sich der Universitätsrat erleichtert, dass es den Regierungen auch bei der aktuellen finanzpolitischen Ausgangslage, die uns stets – auch bereits bei der Erarbeitung unseres Antragsberichtes vor einem Jahr – wohl bewusst war, möglich ist, den Parlamenten eine Steigerung des Globalbeitrags in der Leistungsperiode 2014–2017 zu beantragen. Die Regierungen setzen damit in schwierigerem Umfeld eine deutliche Priorität zu Gunsten der Universität, die wir als Ansporn für die weitere Umsetzung der Strategie interpretieren dürfen.

Den Ausführungen im Entwurf der Parlamentsvorlagen entnehmen wir, dass die Regierungen aufgrund der Vorarbeiten des Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen und der dort involvierten Expertinnen und Experten der Verwaltung zur Auffassung gelangt sind, dass die Strategie auch mit erheblich tieferen als den beantragten Globalbeiträgen umgesetzt werden könne.

Einerseits wird die Universität angewiesen, ihren Selbstfinanzierungsgrad mit einer Erhöhung der Studiengebühren zu verbessern. Zur Opportunität der Erhöhung der Studiengebühren hatten wir auf Ihren Wunsch bereits mit Schreiben vom 18. April 2013 mit skeptischer Beurteilung hingewiesen. Als für die Erhöhung der Studiengebühren zuständiges Gremium haben wir Sie aber auch wissen lassen, dass wir allfällige Vorgaben der Trägerkantone bei unseren diesbezüglichen Entscheiden berücksichtigen würden. Entsprechend werden wir die nun vorliegende Vorgabe auch umsetzen, um so seitens Universität einen weiteren Beitrag an die Finanzierung der strategisch notwendigen Entwicklungsschritte zu leisten.

Andererseits gehen Sie bei Ihren Einschätzungen von erheblichen finanziellen Spielräumen im aktuellen Budget der Universität aus. Im Vordergrund steht die Tatsache, dass die Rechnung der Universität in der Regel besser ausfiel als das Budget und dass die Teuerung in der jetzt zu Ende gehenden Leistungsperiode tiefer ausgefallen ist als bei der Festsetzung des Globalbeitrags im Jahr 2009 prognostiziert worden war. Des Weiteren wird von einem weiterhin deflationären Umfeld ausgegangen, das auch für die Leistungsperiode 2014–2017 eine Kürzung der von der Universität beantragten Teuerungsmittel ermögliche.

Die mit dieser Begründung vorgenommenen Korrekturen werden in ihrer Deutlichkeit vom Universitätsrat nicht ohne Sorge registriert. Nach wie vor steigen unsere mengenbedingten Kosten. Die Studierendenzahlen steigen (gemäss Strategie und Leistungsauftrag) weiter an, wenn auch weniger intensiv als in den letzten Jahren, und der internationale Forschungswettbewerb erfordert nach wie vor erhebliche Mittel, insbesondere im kostenintensiven und priorisierten Life-Science Bereich.

Der Bericht der Universität vom 18. Oktober 2012 weist in seinem sorgfältig gerechneten Antrag bereits erhebliche Einsparungsmassnahmen aus. Insbesondere wurde auf die Geltendmachung der letztes Mal, vor vier Jahren, seitens der Trägerkantone monierten Positionen „Teuerung auf den Sachmitteln“ und „Folgekosten des Stufenanstiegs“ vorweg verzichtet. Zudem hat die Universität für 2014, dem ersten Jahr der Periode, bewusst eine kleinere Steigerung der Trägerbeiträge beantragt, um die Belastung der Kantonshaushalte in nächster Zukunft möglichst tief zu halten. Zur Finanzierung des Betriebs werden wir sodann unser Eigenkapital heranziehen und praktisch gänzlich aufbrauchen. Für die Darstellung dieser selbst angebotenen Verzichtsmaßnahmen gestatten wir uns, nochmals auf die ausführlichen Begründungen unseres Antrags zu verweisen.

Wir hatten unseren Antrag ja unterteilt in einen Teil Immobilienfinanzierung und einen Teil Betriebskosten und wir sind froh, dass der von Ihnen ausgehandelte und nun für das nächste Globalbudget vorgeschlagene Betrag auch künftig – wenn auch eingeschränkte – Optionen zur Realisierung der Strategie gestattet.

- Als sehr interessant erachten wir die neue Methode der **Immobilienfinanzierung**, welche eine innovative Bewirtschaftung der Immobilien mit schlankeren und effizienteren Entscheidemechanismen gestatten würde. Dankbar stellen wir auch fest, dass im infrastrukturellen Bereich den Anträgen der Universität weitgehend Rechnung getragen und damit anerkannt wird, dass die Universität verbesserte Infrastrukturen benötigt, um ihr Potenzial besser zur Geltung zu bringen. Es ist denn für die Universität auch wirklich von erstrangiger Bedeutung, dass sie neben den Grossprojekten auf dem Schällemätteli die übrige Campusplanung, insbesondere auf dem Campus Petersplatz, umsetzen kann.
- Die für die nächsten vier Jahre vorgesehenen **Betriebsbeiträge** der Trägerkantone werden wir optimal einsetzen. Im Hinblick auf diese erste Stellungnahme nach der Kenntnisnahme Ihrer Beschlüsse zu Händen der Parlamente haben wir unsere 4-Jahres-Finanzplanung angepasst (Beilage). Bei unseren diesbezüglichen Überlegungen gehen wir von der von Ihnen vorgeschlagenen – gegenüber unserem Antrag reduzierten – Summe der vier Jahre aus.
- Mit ihrem Entscheid, unserer Medizinischen Fakultät einen **Ausbau der Ausbildungskapazitäten der Humanmedizin** zu ermöglichen, bewirken die Trägerkantone für diese eine erfreuliche Stärkung, insbesondere im nationalen Umfeld. Diese Position war zwar im Antrag des Universitätsrates nicht enthalten. Sie wird die Positionierung des Medizinstandortes Region Basel, welchen wir gemäss Strategie speziell auch im Bereich Klinische Forschung fördern wollen, weiter stärken.

Fazit

Der Universitätsrat akzeptiert die im Bericht der Parlamentsvorlagen dargelegten Vorschläge trotz materieller Einwände. Die anstehende Leistungsperiode wird damit allerdings bezüglich zusätzlicher Mittel erheblich knapper dotiert sein als die aktuelle. Soll die Universität gemäss Leistungsauftrag einen ausgeglichenen Abschluss 2017 sicherstellen, kann sie die vorgesehene strategische Entwicklung nur verlangsamt und lediglich teilweise umsetzen. Das vom Kanton Basel-Stadt angebotene, im Grossen Rat aber noch zu behandelnde Entgegenkommen, das im kritischen Jahr 2017 eine deutlichen Aufwandsenkung der Universität ermöglicht, kommt uns angesichts dieser Rahmenbedingungen natürlich sehr entgegen. Wir wissen diese äusserst grosszügige Geste ausserordentlich zu schätzen.

Gestern hat der Universitätsrat auch bereits Szenarien für die Erhöhung der Studiengebühren beraten, die zu Mehreinnahmen in der von Ihnen postulierten Grössenordnung von rund 4 Mio. Franken p.a. führen. Sobald die Regierungsvorlagen die Zustimmung der Parlamente gefunden haben, werden wir die konkreten Werte beschliessen und öffentlich kommunizieren. Es wird dann zwar mit Protesten zu rechnen sein. Der Einsatz dieser zusätzlichen Mittel für die Umsetzung der Strategie – die letzten Endes auch den Studierenden zu Gute kommt – sollte aber als starkes Argument auf ein gewisses Verständnis stossen können.

Wir erklären hiermit, dass Sie den Parlamenten die Zustimmung der Universität zu der Regierungsvorlage mitteilen können. Die Universität sollte mit den in Aussicht stehenden Mitteln in der Leistungsperiode 2014–2017 den Leistungsauftrag in seiner aktuellen Fassung erfüllen können, sofern die verschiedenen anspruchsvollen Annahmen und Rahmenbedingungen wie vorgesehen eintreffen. Sollten die regierungsrätlichen Anträge vom Parlament beschlossen und anschliessend rechtskräftig werden, werden wir unserer Möglichstes tun, um den im Leistungsauftrag formulierten Erwartungen der Trägerkantone gerecht zu werden.

Die Universität weiss die besondere Unterstützung der Trägerkantone, die in den nach wie vor substanziellen Erhöhungen der Trägerbeiträge zum Ausdruck kommt, ausserordentlich zu schätzen. Den anstehenden Entscheidungen der Regierungen und der Parlamente sehen wir mit grosstem Interesse entgegen und verbleiben mit Dank für die Unterstützung der politischen Instanzen.

Mit freundlichen Grüssen

sig.

Dr. Ulrich Vischer
Präsident des Universitätsrates

sig.

Dipl.-Wi.-Ing. Klaus Endress
Vizepräsident des Universitätsrates

Beilage: Finanzplanung, Stand 14. August 2013

Beiträge Trägerkantone für 3. Leistungsperiode gemäss RR-Vorlage

Stand: 14. August 2013

Finanzplanung

Pos.	Universität Basel in Mio. CHF	R 2010	R 2011	R2012	B 2013	P 2014	P 2015	P 2016	P 2017
1	Personal- und Sachaufwand, übriger Aufwand	443.0	454.9	471.4	478.9	476.3	478.1	481.2	484.2
2	Total Liegenschaftsaufwand	60.2	61.7	61.9	71.1	73.3	73.4	73.5	63.6
3	Klinische Lehre und Forschung	81.7	82.1	82.5	82.7	83.6	83.8	84.3	84.8
4	Vollkosten ohne Massnahmen	584.9	598.8	615.8	632.7	633.1	635.4	639.0	632.7
5	Option Massnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	8.4	15.1	19.7	25.4
6	Vollkosten	584.9	598.8	615.8	632.7	641.5	650.5	658.7	658.1
7	./. Erlös (ohne Trägerschafts- und Drittkantone)	-238.9	-253.5	-269.9	-248.7	-245.8	-246.6	-249.0	-251.5
8	Nettovollkosten	346.0	345.3	345.9	383.9	395.8	403.9	409.7	406.6
9	./. Nettovollkosten Studierendenanteil BL	-69.4	-69.6	-69.8	-76.0	-74.2	-75.7	-76.9	-76.3
10	./. Nettovollkosten Studierendenanteil BS	-51.8	-51.3	-51.4	-58.6	-56.4	-57.8	-58.8	-58.1
11	./. Ertrag von anderen Kantonen (IUV)	-70.4	-70.8	-70.1	-72.0	-74.0	-74.0	-74.0	-74.0
12	./. Defizit-/Überschussanteil Universität (Eigenkapital/Rücklagen)	7.7	22.7	29.7	2.1	-0.8	-4.8	-6.4	-3.1
13	Restdefizit	162.2	176.3	184.5	179.5	190.4	191.6	193.6	195.1
14	./. Ermässigung Standortvorteil z.L. BS (10% bis 2016, 5% ab 2017)	-16.2	-17.6	-18.4	-17.9	-19.0	-19.2	-19.4	-9.8
15	./. Abfederung	-0.4	-0.3	-0.2	-0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
16	Restdefizit abzüglich Standortvorteil BS	145.6	158.4	165.8	161.4	171.4	172.5	174.2	185.4
17	Anteil Restdefizit BL (50%)	-72.8	-79.2	-82.9	-80.7	-85.7	-86.2	-87.1	-92.7
18	Anteil Restdefizit BS (50%)	-72.8	-79.2	-82.9	-80.7	-85.7	-86.2	-87.1	-92.7
19	Total Beiträge BL	142.1	148.8	152.7	156.7	159.9	161.9	164.0	169.0
20	Total Beiträge BS	141.2	148.4	152.9	157.3	161.1	163.2	165.3	160.5
21	Gesamtbeiträge BL und BS	283.3	297.2	305.6	314.0	321.0	325.1	329.3	329.5

UNIVERSITÄT BASEL

VERWALTUNGSDIREKTION

Investitionsplanung der Universität Basel 2010 bis 2029 sowie deren Folgekosten

Da der Campus am Volaplatz für die Exakten Wissenschaften und die Nano Sciences nicht realisiert werden kann, hat die Universität ihre Raumstrategie entsprechend angepasst. Neben einer Verdichtung des Campus Schällemätteli soll die fehlende Fläche primär durch den Zukauf von 3 Liegenschaften auf dem Rosental Areal in Basel, in unmittelbarer Nähe zum bestehenden Standort im Rosental, kompensiert werden. Die Universität Basel hat im Zusammenhang mit der Bewilligung des Kaufs auf dem Rosental die neue universitäre Raumstrategie den Regierungen der beiden Trägerkantone vorgestellt. Der Anhang 1.1 kann die Zuteilung der universitären Disziplinen auf die einzelnen Standorte entnommen werden. Die Detailzuteilungen liegen den Ressorts Hochschulen der beiden Trägerkantone vor. Mit der vorgeschlagenen Allokation können bis zu 30 Objekte des Liquidations- und Prüfbestandes mit über 20'000 m² HNF abgegeben werden. Gut 10 Objekte kommen neu hinzu. Das ergibt per Saldo eine deutliche Standortkonzentration für die Universität. Dem Anhang 1.2 ist zudem die Rochadeplanung mit den Abhängigkeiten zu entnehmen.

Um der Raumstrategie und den damit zusammenhängenden baulichen Massnahmen ein „Preisetikett“ zu geben, hat die Universität in Zusammenarbeit mit dem Bau- und Verkehrsdepartement Basel-Stadt die Gesamtinvestitionsplanung aktualisiert und deren Folgekosten im Detail ermittelt.

Investitionsplanung 2010 bis 2029 (Anhang 1.3)

Dem Anhang 1.3 sind die gemäss dem heutigen Erkenntnisstand zu erwartenden Investitionen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Raumstrategie der Universität zu entnehmen. Dabei wurden folgende 3 Kategorien gebildet:

Finanzierung mittels kantonaler Kredite:

Unter dieser Rubrik sind sämtliche Vorhaben aufgeführt, für welche Neubauten oder Totalsanierungen (mit annähernd den Investitionskosten für einen Neubau) vorgesehen sind. Wir gehen davon aus, dass diese Investitionen mittels separater Baukredite (Darlehen im Verwaltungsvermögen) der beiden Trägerkantone finanziert und – gemäss Modell neues Biozentrum – ins Eigentum der Universität übergehen. Einen Grenzfall stellt die Position „Instandsetzung Universitätsbibliothek“ dar, welche allenfalls auch unter der Rubrik „Aufstockung Immobilienfonds“ aufgeführt werden könnte.

Finanzierung ohne kantonale Kredite (Fremdfinanzierung, Drittmittel, Overhead, etc.):

Unter dieser Rubrik sind sämtliche Vorhaben aufgeführt, für welche keine kantonalen Kredite beansprucht werden. Gemäss früherer Beschlüsse der beiden Trägerkantone sollen die Kosten für den Neubau des ETH-Instituts D-BSSE durch die Universität Basel fremdfinanziert werden (Anteil Core & Shell). Auch wird die Finanzierung der Investitionen auf dem Rosental Areal selbständig durch die Universität sichergestellt. Dabei ist zu beachten, dass bei Zustandekommen der Zusammenführung der Universitären Zahnkliniken mit den Öffentlichen Zahnkliniken Basel-Stadt in eine eigene öffentlich-rechtliche Gesellschaft die dort entstehenden Investitionen von dieser Gesellschaft selbst zu tragen sind.



Aufstockung Immobilienfonds:

Die Umsetzung der Raumstrategie erfordert die Umnutzung und Herrichtung von einigen Liegenschaften auf dem Campus Petersplatz. Da die dadurch anfallenden Investitionskosten jeweils nur einen Bruchteil von den Neubaukosten ausmachen, sollen diese im Eigentum des Kantons Basel-Stadt verbleiben und durch die Universität weiterhin gemietet werden. Die dadurch entstehenden Zusatzbelastungen könnten jedoch nicht aus den heute im Immobilienfonds vorhandenen Mitteln finanziert werden. Hierzu wäre eine temporäre Aufstockung des Immobilienfonds notwendig.

Die in der Investitionsplanung aufgeführten Nettokosten von insgesamt CHF 1'283 Mio. enthalten sämtliche Kostenkomponenten (BKP 1-9, Umzugskosten, Finanzierungskosten). Die zu erwartenden Bundessubventionen wurden in Abzug gebracht. Allfällige Substanzwertentschädigungen an den Kanton Basel-Stadt für Liegenschaften, die ins Eigentum der Universität bzw. beider Trägerkantone übertragen werden, sind in den vorliegenden Zahlen nicht enthalten.

Bei der Betrachtung der Investitionen auf der Zeitachse fällt auf, dass die höchsten Investitionssummen in den Jahren 2015 und 2016 sowie 2018 und 2019 anfallen werden. Die Nettoinvestitionskosten seitens der Trägerkantone von 2013 (Baubeginn neues Biozentrum) bis ins Jahr 2029 betragen im Durchschnitt CHF 56 Mio. (CHF 28 Mio. pro Trägerkanton).

Folgekosten Bauplanung 2012 bis 2035 (Anhang 1.4)

Wie in Anhang 1.4 entnommen werden kann, führte die Universität eine sehr detaillierte Berechnung der Folgekosten bezüglich Umsetzung der Immobilienstrategie durch. Neben den entstehenden Mehrkosten infolge von Zins- und Amortisationszahlungen, Baurechtszinsen, Kosten für den laufenden Betrieb der neuen Liegenschaften sowie die Zusatzbelastungen im Immobilienfonds wurden auch die Reduktionen infolge Wegfall von Liegenschaften und Wegfall von Mieten an den Kanton Basel-Stadt (infolge Eigentumsübertrag an die Universität) im Detail berechnet.

Die Auswirkungen auf die Laufende Rechnung, die Investitionsrechnung und den Finanzierungssaldo der Trägerkantone sind in den untersten Zeilen (gelb hinterlegt, 50% pro Trägerkanton) dargestellt. Während die Belastung der Laufenden Rechnung der beiden Trägerkantone ein relativ ausgeglichenes Bild darstellt, sind in der **Investitionsrechnung** naturgemäss grössere Schwankungen zu verzeichnen. Die höchste Belastung ist in den Jahren 2013 bis 2019 zu verzeichnen.

Der finanzpolitisch wichtige **Finanzierungssaldo** zeigt einen deutlichen „Kostenbauch“, welcher in den Jahren 2015 bis 2018 bei rund CHF 50 Mio. das höchste Niveau erreicht. Dieser Kostenbauch ist darauf zurückzuführen, dass einerseits Kosten für die Neubauten entstehen und andererseits bestehende Flächen bis zum Abschluss der diversen Rochaden finanziert werden müssen. Nach Abschluss der Rochade- und Neubauperiode im Jahr 2030 pendeln sich die Zusatzkosten für die Trägerkantone bei rund CHF 4.4 Mio. pro Trägerkanton ein.

Christoph Tschumi, Verwaltungsdirektor
10. November 2011



Anhang:

Anhang 1.1 – Zuordnung und Flächenbilanz

Anhang 1.2 – Rochadeplanung

Anhang 1.3 – Investitionsplanung

Anhang 1.4 – Planung der Folgekosten

Zielallokation - Universität Basel (Stand November 2011)

Anhang 1.1

Organisationseinheit	m2 HNF	Campus Pertersplatz		Campus Schällemätteli*		Campus Rosental		Nebenstandorte	
		Zielort/e	Bezug ab	Zielort/e	Bezug ab	Zielort/e	Bezug ab	Zielort/e	Bezug ab
Theologie	1'170	Heuberg, Nadelberg	Ist						
Jurist. Fakultät	4'190							Bahnhof	Ist
Med. Fakultät	21'290								
Fakultät Allgemein	750			Klingelbergstr.	Ist				
Biomedizin	14'400			Baufeld 3	2020				
UZM	3'350					WRO 61/93	2016		
Public Health (ISSW, INS)	2'790			Spitalareal USB	2030			St. Jakob	offen
Phil-Hist. Fakultät	17'540								
Fakultät Allgemein	470	offen							
Altertumswissen.	2'220	Rosshof	Ist						
Gesellschaftsw.	4'700	Alte Gewerbeschule	2017						
Philosophie und Medien	1'700	Rheinsprung	2017						
Geschichte	2'180	Vesalianum	2022						
Sprach- u. Literaturw.	5'270	Nadelberg, Maieng.	Ist/2015						
Kunstwissen.	1'000	Rheinsprung	2017						
Phil-Nat. Fakultät	54'670								
Fakultät Allgemein	2'500			Baufeld 4	2029				
Mathematik & Informatik	2'030	Bernoullianum	2022						
Umweltwissen.	9'830	Schönbeinstr.	Ist			WRO 56/58	2020		
Physik/Nanowissen.	7'570								
Chemie	9'640			Baufeld 4	2021				
Pharmaz. Wissen.	4'400			Baufeld 4	2025				
Biozentrum + C-CINA	18'700			Baufeld 3	Ist				
Fakultät Wirtschaft.	4'780			Baufeld 1	2017			Bahnhof	Ist
Fakultät Psycholog.	4'990	Missionsstr., Birmannsg.	Ist						
Europainstitut	800							Gellertstr.	Ist
Rektorat und VD	3'140	Petersplz, Hebelstr.	2021						
URZ, UB, Allg. Flächen, etc.	57'900	div.		div.		div.		div.	
Total	170'470								

163'670 ohne Biomedizin USB

Rochadekonzept

Massnahmen/Nutzungen	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25
Campus Petersplatz															
Umnutzung Alte Gewerbeschule Dept. Gesellschaftswissenschaften	>>	◇>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Umnutzung Vesalgasse 1 Dept. Geschichte				>>	◇	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Umnutzung Hebelstr. 1-3/Petersplatz 14 Unileitung und Verwaltung			>>	◇	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Umnutzung Bernoullianum Dept. Math. + Inf.; Phil.-Hist. Fakultät			>>	◇	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Campus Schällemattli															
Neubau Biozentrum Baufeld A Dept. Biomedizin	>>	◇>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Sanierung Altes Biozentrum Baufeld D Dept. Biomedizin (Uni) + USB)	>>	>>	◇	>>	>>	>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Nachnutzung Teile Pharmazentrum Dept. Pharmazeut. Wissensch.							>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Baufeld C1 Dept. Physik	>>	◇	>>	>>	>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Baufeld C2 Dept. Chemie			>>	◇	>>	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Baufeld C3 Dienstleistungsbereich, Unterricht						>>	◇	>>	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>
Baufeld E ETH D-BSSE	>>	◇	>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Areal Unispital Biomedizin (Pflegewiss., Unterricht, Dritte)	>>	>>	◇	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Neuer Standort															
WRO 1058 Umweltwissenschaften							>>	◇	>>	>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
WRO 1058 Umweltwissenschaften					>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>
Neubau WRO 1061/1093 Zahnmedizin	◇	>>	>>	◇	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>	>>>

- ☐ Vierjährige Leistungsperioden
☐ Planungskreditentscheid
☐ Baukreditentscheid

Investitionsplanung der Universität Basel

Gesamtinvestitionen 2010 - 2029, in Mio. CHF

Anhang 1.3
Stand November 2011

Standorte	Fläche m2 HNF	BKP 1-8 inkl. MWSt.	BKP 9 inkl. MWSt.	Umzug	Finanz- kosten	Bund. Subv.	Nettokosten in Mio. CHF	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	2027	2028	2029
-----------	------------------	------------------------	----------------------	-------	-------------------	----------------	----------------------------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------	------

Finanzierung mittels kantonaler Kredite

Campus Schällemätteli																											
Neubau Biozentrum	24'000	257.4	38.6	3.7	27.6	-76.7	250.6	4.4	6.6	11.1	60.4	71.5	60.4	36.2													
Neubau / Instandsetzung Alt-Biozentrum *	11'950	179.9	20.3	2.0	19.7	-48.3	173.6				0.7	1.0	6.9	8.7	43.4	60.8	52.1										
Neubau Physik 1. Etappe, Provisorium Anatomie	10'600	135.2	33.8	2.5	15.4	-42.2	144.7				0.4	1.6	9.3	15.0	6.2	31.2	43.6	37.4									
Neubau Chemie 2. Etappe	10'000	110.0	27.5	2.0	12.6	-34.4	117.7										1.2	4.7	5.9	29.4	41.2	35.3					
Neubau DL 3. Etappe	9'400	94.0	23.5	2.0	10.7	-29.4	100.9														1.0	4.0	5.0	25.2	35.3	30.3	
USB-Areal (PW, Lehre, IOC, DstL)	8'270	74.4	18.6	2.0	8.5	-23.3	80.3															0.8	3.2	4.0	20.1	28.1	24.1
Zwischentotal	74'220	850.8	162.3	14.2	94.6	-254.2	867.7	4.4	6.6	11.1	61.5	74.1	76.6	59.9	49.6	91.9	96.9	42.1	5.9	29.4	42.2	40.1	8.3	29.2	55.4	58.4	24.1
Campus Petersplatz																											
Instandsetzung Unibibliothek	20'450	40.9	10.2	4.0	4.7	-12.8	47.0				2.4	2.4	11.8	16.5	14.1												
Neubau Hebelstr. 1 / Petersgraben 14	2'980	20.9	5.2	4.0	2.4	-6.5	25.9						0.3	1.0	1.3	6.5	9.1	7.8									
Zwischentotal	23'430	61.8	15.4	8.0	7.1	-19.3	73.0	0.0	0.0	0.0	2.4	2.4	12.0	17.5	15.4	6.5	9.1	7.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Weitere Standorte																											
Departement für Sport und Sportwissenschaften	4'900	34.3	8.6	4.0	3.9	-10.7	40.1				2.0	2.0	10.0	14.0	12.0												
Zwischentotal	4'900	34.3	8.6	4.0	3.9	-10.7	40.1	0.0	0.0	0.0	2.0	2.0	10.0	14.0	12.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Total Vorhaben (ohne Immofonds Uni)	102'550	946.9	186.3	26.2	105.6	-284.3	980.7	4.4	6.6	11.1	65.9	78.5	98.6	91.4	77.1	98.4	106.0	49.9	5.9	29.4	42.2	40.1	8.3	29.2	55.4	58.4	24.1

Finanzierung ohne kantonale Kredite (Fremdfinanzierung, Drittmittel, Overhead, etc.)

Schällemätteli: Neubau ETHZ D-BSSE	12'000	59.4			5.9		65.3				1.3	5.2	26.1	32.7													
Anpassung Pharmazentrum für D-BSSE	4'000	8.0					8.0						1.0	7.0													
Rosental: Zahnmedizin - Universität	3'000	34.6	4.8	1.0		-5.9	34.5		5.0	0.6	2.4	11.8	14.8														
Rosental: Zahnmedizin - ÖZK	2'000	22.9	3.4	1.0			27.3		3.3	0.5	1.9	9.6	12.0														
Rosental: Umweltwissenschaften	7'883	69.2	6.9	1.0		-14.6	62.5		54.2						0.2	0.6	7.5										
Rosental: Allgemeine Nutzungen	2'275	20.2	2.0	0.0		-4.6	17.6		2.5	0.3	1.2	6.0	7.6														
Verlegung Pharmazie in Mietliegenschaft	4'000	8.0	10.0	2.0		-4.5	15.5				1.0	7.5	7.0														
Zwischentotal	35'158	222.2	27.2	5.0	5.9	-29.6	230.8	0.0	65.0	1.4	7.8	40.2	68.4	39.7	0.2	0.6	7.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Aufstockung Immobilienfonds (Vorhaben aufgrund neuer Raumplanung)

Herrichtung Alte Gewerbeschule	3'400	3.4	0.9	0.5		0.0	4.8				0.1	0.4	1.9	2.4													
Herrichtung Vesalgasse	2'610	13.1	3.3	0.5		-1.6	15.2									0.3	1.2	6.1	7.6								
Herrichtung Bernoullianum	3'970	19.9	5.0	0.5		-2.5	22.8									0.5	1.8	9.1	11.4								
Sanierung Hörsäle (Bernoullianum, Rheinspr.)		11.5				0.0	11.5				5.8	5.8															
Sanierung Rheinsprung 21		6.0	1.0			0.0	7.0				0.7	2.8	3.5														
Sanierung Gewächs- und Tropenhäuser		10.0				0.0	10.0				1.0	4.0	5.0														
Zwischentotal	9'980	63.8	10.1	1.5	0.0	-4.1	71.3	0.0	0.0	0.0	0.0	7.5	12.9	10.4	2.4	0.8	3.0	15.2	19.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Total Vorhaben	147'688.0	1'232.9	223.6	32.7	111.5	-318.0	1'282.7	4.4	71.6	12.5	73.7	126.2	180.0	141.5	79.7	99.7	116.5	65.1	24.9	29.4	42.2	40.1	8.3	29.2	55.4	58.4	24.1
-----------------------	------------------	----------------	--------------	-------------	--------------	---------------	----------------	------------	-------------	-------------	-------------	--------------	--------------	--------------	-------------	-------------	--------------	-------------	-------------	-------------	-------------	-------------	------------	-------------	-------------	-------------	-------------

* inkl. Anlieferung, Tierställe, Autonomisierung Pharmazentrum, Abbruch

Folgekosten Bauplanung 2012 - 2035 in Mio. CHF
(Basis 2011 ohne Teuerungseffekte)

Anhang 1.4
Stand November 2011

	 2. LP		3 Leistungsperiode				4. Leistungsperiode				5. Leistungsperiode				6. Leistungsperiode				7. Leistungsperiode				8. LP	
Details Folgekosten der Bauplanung	Jahr 2012	Jahr 2013	Jahr 2014	Jahr 2015	Jahr 2016	Jahr 2017	Jahr 2018	Jahr 2019	Jahr 2020	Jahr 2021	Jahr 2022	Jahr 2023	Jahr 2024	Jahr 2025	Jahr 2026	Jahr 2027	Jahr 2028	Jahr 2029	Jahr 2030	Jahr 2031	Jahr 2032	Jahr 2033	Jahr 2034	Jahr 2035
Zins und Tilgung für bauliche Investitionen an Trägerkantone	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	15.8	18.4	18.4	27.8	37.1	37.1	37.1	37.1	43.5	43.5	43.5	43.5	49.0	53.3	53.3	53.3	53.3	53.3	53.3
Zins und Tilgung für bauliche Investitionen an Dritte	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	1.0	1.0	1.0	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4
Baurechtszins für neu universitäre Lie-genschaften	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	1.1	1.1	1.7	2.2	2.2	2.2	2.2	2.6	2.6	2.6	2.6	2.9	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1	3.1
Laufender Betrieb neue Lie-genschaften	0.0	0.0	0.0	0.0	0.5	6.3	7.2	7.2	11.3	14.0	14.0	14.0	14.0	16.1	16.1	16.1	16.1	17.9	19.8	19.8	19.8	19.8	19.8	19.8
Einmalige Zusätze Immobilienfonds wegen Sondermassnahmen	0.2	1.3	6.1	12.9	10.4	2.4	0.8	3.0	15.2	19.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Strukturelle Erhöhung Immobilienfonds wegen gesteigener Fläche (30'000 qm HNF)	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	9.2	9.2	9.2	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6
Reduktionen im Raumbudget durch Wegfall von Lie-genschaften	-0.1	-0.1	-0.4	-0.4	-1.7	-1.7	-1.7	-2.2	-2.2	-3.6	-5.0	-6.2	-6.2	-7.3	-7.3	-8.1	-8.1	-8.1	-8.6	-8.6	-8.6	-8.6	-8.6	-8.6
Reduktionen im Raumbudget, da Liegen-schaften bereits im Globalbudget enthalten	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-3.7	-3.7	-12.6	-15.4	-15.4	-15.4	-15.4	-18.0	-18.0	-18.0	-18.0	-21.3	-21.3	-21.3	-21.3	-21.3	-21.3	-21.3
Auswirkungen auf Globalbudget Universität	0.2	1.2	5.7	12.6	10.1	34.0	32.1	34.0	57.1	69.3	48.8	47.6	47.6	52.7	52.7	51.9	51.9	56.3	62.2	62.2	62.2	62.2	62.2	62.2
abz. kapitalisierte Zinsen auf Investitionen	-0.8	-3.1	-5.8	-9.3	-12.5	-6.4	-6.8	-10.5	-6.2	-0.4	-1.4	-2.9	-4.3	-0.5	-1.5	-3.5	-5.5	-2.8						
abz. Zinsen auf Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-10.2	-11.6	-11.4	-17.2	-22.8	-22.3	-21.8	-21.3	-24.8	-24.2	-23.5	-22.8	-25.6	-27.6	-26.7	-25.8	-24.8	-23.8	-22.8
Auswirkung auf Laufende Rechnung Kantone	-0.6	-1.9	-0.1	3.3	-2.4	17.4	13.7	12.1	33.7	46.0	25.1	22.9	22.0	27.4	27.0	25.0	23.7	27.9	34.6	35.5	36.5	37.4	38.4	39.4
zuz. neue Darlehen im VV (Investitionen)	11.1	65.9	78.5	98.6	91.4	77.1	98.4	106.0	49.9	5.9	29.4	42.2	40.1	8.3	29.2	55.4	58.4	24.1						
abz. Rückzahlungen Darlehen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-5.6	-6.7	-7.0	-10.6	-14.3	-14.8	-15.3	-15.8	-18.7	-19.3	-20.0	-20.7	-23.4	-25.7	-26.6	-27.6	-28.5	-29.5	-30.6
Auswirkung auf Investitionsrechnung Kantone	11.1	65.9	78.5	98.6	91.4	71.4	91.7	99.0	39.3	-8.4	14.7	26.9	24.3	-10.4	9.9	35.4	37.7	0.7	-25.7	-26.6	-27.6	-28.5	-29.5	-30.6
Auswirkung auf Finanzierungssaldo Kantone	10.5	64.0	78.4	101.9	89.0	88.8	105.4	111.0	73.0	37.7	39.7	49.8	46.4	17.0	37.0	60.4	61.3	28.6	8.9	8.9	8.9	8.9	8.9	8.9
Belastung Laufende Rechnung pro Trägerkanton	-0.3	-1.0	-0.1	1.7	-1.2	8.7	6.9	6.0	16.8	23.0	12.5	11.5	11.0	13.7	13.5	12.5	11.8	13.9	17.3	17.8	18.2	18.7	19.2	19.7
Belastung Investitionsrechnung pro Trägerkanton	5.6	32.9	39.2	49.3	45.7	35.7	45.8	49.5	19.6	-4.2	7.3	13.5	12.2	-5.2	5.0	17.7	18.8	0.4	-12.9	-13.3	-13.8	-14.3	-14.8	-15.3
Belastung Finanzierungssaldo pro Trägerkanton	5.2	32.0	39.2	51.0	44.5	44.4	52.7	55.5	36.5	18.8	19.9	24.9	23.2	8.5	18.5	30.2	30.7	14.3	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4	4.4

Raumplanung der Universität: Folgekosten und Entscheidungsmechanismen

1. Finanzierungssystem für den Infrastrukturausbau der Universität

Im Sommer 2008 hat sich eine Delegation der beiden Regierungen eingehend an einer Klausur mit den Raumbedürfnissen der Universität befasst. Ausgehend von der Strategie MIDI wurde der Bedarf eruiert, mit externer Expertise ein Grobraumprogramm sowie eine Evaluation der möglichen Standorte in beiden Kantonen durchgeführt und einvernehmlich erste Campusareale für die Life Sciences und die Geisteswissenschaften festgelegt. Gestützt auf diese Studien und Grundentscheide hat die Universität ihre Raumstrategie verfeinert und im November 2011 einen Bericht mit Terminplan, Rochadekonzept und Folgekosten vorgelegt (Beilage). Die Raumplanung der Universität wird seither laufend aktualisiert und mit jeder Parlamentsvorlage zu einem grösseren Raumprojekt resp. zu den jeweiligen Leistungsperioden den Parlamenten zur Kenntnis gebracht.

Wie in der Parlamentsvorlage zum Neubau für das Biozentrum dargelegt, werden die Neubauten für die Universität nicht direkt aus den Investitionstranchen der beiden Kantone finanziert. Die Universität erhält vielmehr ein Darlehen in der betreffenden Höhe, das anschliessend verzinst und ratenweise an die Kantone zurückgezahlt wird. Diese Durchlauffinanzierung via Globalbeitrag an die Universität führt über die Jahre zu hohen Jahresbeträgen, die zur Finanzierung der Immobilien in den Globalbeitrag an die Universität zu integrieren sind. Das im November 2011 vorgelegte Investitionsprogramm der Universität weist für die Finanzierung, Abschreibung und den Unterhalt der neuen Immobilien einen steigenden Mittelbedarf aus, der über die nächsten 15 Jahre einen Anstieg des jährlichen Aufwands auf rund 60 Mio. Franken p.a. impliziert.

Die beiden Regierungen sind übereingekommen, die genannten Immobilienkosten für die Universität über die Jahre stetig und in pauschalen Jahrestanchen anwachsen zu lassen. Es wird als Vorteil angesehen, wenn diese Budgetposition sich vorausschaubar und berechenbar entwickelt. Die Universität kann sich wiederum auf die geplanten Tranchen einstellen und im gegebenen finanziellen Rahmen ihre inhaltlichen und terminlichen Prioritäten eigenständig setzen. Dies bedingt, dass die Universität die Sicherheit erhält, dass die Trägerbeiträge in einem jeweils vor der Leistungsperiode zu definierenden Anteil des Mehraufwands und über einen bestimmten Zeitraum zum Zweck des Ausbaus bzw. Umbaus des Immobilienbestandes verbindlich ansteigen. So kann sie die Investitionen selbständig planen, ihre Finanzierung sicherstellen und die Bauten durchführen lassen. Gemäss Universitätsvertrag (§ 39 Abs. 3) muss die Universität weiterhin wichtige Investitionsentscheide (Erwerb, Veräusserung, Neubau) von den beiden Regierungen gutheissen lassen, die Detailplanung sollte die Universität hingegen aufgrund der eigenen Prioritäten vornehmen. Konkret sollen die Trägerbeiträge über 15 Jahre jährlich um einen bestimmten Betrag ansteigen. Legt man die Raumplanung der Universität vom November 2011 sowie die im Antrag vom Oktober 2013 enthaltenen Infrastrukturbedürfnisse der vorgesehenen Lösung zugrunde, ergibt sich tabellarisch ff. Bild:

Tabelle 1: Steigerungsbedarf des Globalbeitrags der Universität in der Position „Bandlast Folgekosten Raumplanung“ auf der Grundlage der Raumstrategie vom Nov. 2011 und des Antrags vom Oktober 2013

Leistungsperiode	LP2	LP3					LP4				LP5				LP6				LP7
Jahr	2013	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	
Bedarf Universität gemäss Langfristplanung November 2011:																			
Zins und Tilgung	0.0	0.0	0.0	1.0	16.8	19.3	19.3	32.2	41.4	41.4	41.4	41.4	47.8	47.8	47.8	47.8	53.3	57.7	
Baurechtszinsen	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	1.1	1.1	1.7	2.2	2.2	2.2	2.2	2.6	2.6	2.6	2.6	2.9	3.1	
Laufender Unterhalt	0.0	0.0	0.0	0.5	6.3	7.2	7.2	11.3	14.0	14.0	14.0	14.0	16.1	16.1	16.1	16.1	17.9	19.8	
Bedarf ImmoF	1.3	6.1	12.9	10.4	11.6	10.0	12.3	26.8	30.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	11.6	
Wegfall	-0.1	-0.4	-0.4	-1.7	-1.7	-5.5	-5.9	-14.8	-18.9	-20.4	-21.6	-21.6	-25.3	-25.3	-26.1	-26.1	-29.4	-29.9	
Total Bedarf	1.2	5.7	12.6	10.1	34.0	32.1	34.0	57.1	69.3	48.8	47.6	47.6	52.7	52.7	51.9	51.9	56.3	62.2	
					BioZentrum				Biomedizin										
Finanzierungsvorschlag TP 1:																			
Kantone	0.0	4.0	8.0	12.0	16.0	20.0	24.0	28.0	32.0	36.0	40.0	44.0	48.0	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0	
davon ImmoF		4.0	8.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	
davon GlobalB		0.0	0.0	0.0	4.0	8.0	12.0	16.0	20.0	24.0	28.0	32.0	36.0	38.0	38.0	38.0	38.0	38.0	
Drittmittel	0.0	1.0	2.0	3.0	4.0	5.0	6.0	7.0	8.0	9.0	10.0	11.0	12.0	12.5	12.5	12.5	12.5	12.5	
Zusatzfinanzierung	0.0	5.0	10.0	15.0	20.0	25.0	30.0	35.0	40.0	45.0	50.0	55.0	60.0	62.5	62.5	62.5	62.5	62.5	
Delta	-1.2	-0.7	-2.6	4.9	-14.0	-7.1	-4.0	-22.1	-29.3	-3.8	2.4	7.4	7.3	9.8	10.6	10.6	6.2	0.3	
Delta kumuliert	-1.2	-1.9	-4.4	0.4	-13.5	-20.6	-24.6	-46.7	-75.9	-79.8	-77.4	-70.0	-62.7	-53.0	-42.4	-31.9	-25.6	-25.3	

Die Tabelle zeigt einerseits den von der Universität berechneten **(aber von den Regierungen bisher nur teilweise bewilligten) Bedarf** bezüglich Folgekosten, der sich aus der Finanzierung der neuen Grossprojekte sowie für die Positionen «Unterhalt/Erneuerung» des Immobilienfonds ergeben, sowie die neue, von den Regierungen beschlossene Finanzierungsmethode.

Im Vergleich zum Raumplanungsbericht der Universität vom November 2011 zeigt sich bereits eine erste Entlastung. Der immobilienbedingte Anstieg des Trägerbeitrags endet gemäss der neuen Planung im Jahr 2026 auf dem Niveau von 50 Mio. Franken (statt im Jahr 2030 auf dem Niveau von 60 Mio. Franken). Der Effekt ist darauf zurückzuführen, dass mit der neuen Bandlastmethode auch die Finanzierung Dritter für die Immobilien prognostiziert und eingeplant wird. Dass die Universität bei dieser Finanzierungsmethode vor der Notwendigkeit steht, ausgesprochen haushälterisch mit den Infrastrukturmitteln umzugehen, zeigt die unterste Zeile der Tabelle («Delta kumuliert»). Die Zeile weist die kumulierten Fehlbeträge in den einzelnen Jahren aus, die durch eine Streckung der Projektdauer oder andere innovative Finanzierungsmethoden resp. Mobilisierung von Reserven auszugleichen sind. Mit der Zustimmung zum Neubau für das Biozentrum haben die Kantone die Kostensteigerung bis ins Jahr 2018 bereits ausgelöst. Die an das Jahr 2018 anschliessenden Kostensteigerungen sind zwar der Umsetzung der Strategie MIDI inhärent. Die betreffenden Objekte sind aber noch im Einzelnen zu planen und den Parlamenten zum Entscheid vorzulegen. Dies soll nicht mehr mit Projektierungs- und Baukreditvorlagen erfolgen, sondern mit Vorlagen für Kreditsicherungsgarantien nach dem Vorbild der Parlamentsvorlage für den Neubau D-BSSE. Der Sinn der Kreditsicherungsunterlagen ist einerseits, dass damit die Universität gute Konditionen für ihre Darlehen erhält und andererseits, dass die Parlamente beim Entscheid über die prominenten Grossprojekte – als nächstes den Neubau für die Biomedizin – einbezogen bleiben.

2. Finanzieller Zusatzbedarf für die Immobilien

Den grössten Anteil am Zusatzbedarf von 62 Mio. Franken ab dem Jahr 2030 haben die Verzinsung und Amortisation von Darlehen (58 Mio. Franken). Beim laufenden Unterhalt entstehen bei den Neubauten zusätzliche Kosten von rund 20 Mio. Franken und beim Baurechtszins von rund 3 Mio. Franken. Diese Zusatzkosten werden durch Einsparungen bei den wegfallenden Liegenschaften (Reduktion von Mieten und Unterhaltskosten) um rund 30 Mio. Franken kompensiert.

Für Unterhalt und Erneuerung entsteht langfristig aufgrund des gestiegenen Flächenbedarfs (plus rund 30'000 m² HNF) ein Mehrbedarf von rund 12 Mio. Franken. Zudem sollen in den Jahren 2014 bis 2021 zum Umsetzen von Projekten in Liegenschaften, die vom Kanton Basel-Stadt gemietet werden (Vesalianum, Bernoullianum, Rheinsprung, Gewächs- und Tropenhäuser, Alte Gewerbeschule) Investitionen aus dem Immobilienfonds in der Grössenordnung von kumuliert 70 Mio. Franken getätigt werden (netto, nach Abzug der Bundessubventionen). Diese Projekte sind zur Konsolidierung der Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften auf dem Campus Petersplatz unabdingbar. Einen Anteil von 32 Mio. Franken an diese Investitionen beantragt die Universität für die Leistungsperiode 2014–2017.

3. Langjährig angelegte Bandlast

Gemäss den vorliegenden Berechnungen müssten die Trägerbeiträge um jährlich 2.0 Mio. Franken pro Trägerkanton ansteigen und im Jahr 2026 bei einem kumulativen Anstieg von 25 Mio. Franken pro Träger plafoniert werden. Die Plafonierung des Beitrags der Kantone auf 50 Mio. Franken im Jahr 2026 statt wie bisher auf 60 Mio. Franken im Jahr 2028 ergibt sich wie bereits festgestellt aus einem stärkeren Einbezug der Finanzierung durch Dritte. Denn die Universität soll zusätzlich 25% der Zusatzbeiträge der Trägerkantone aus eigenen Projekt-/Drittmitteln (Overheadabgabe) beisteuern (12.5 Mio. Franken im Jahr 2026). Gemäss der aktuellen Praxis der Universität zur Abschöpfung von Overhead auf den Projekt- und Drittmitteln und der aktuellen Overheadzahlungen des Schweizerischen Nationalfonds (Universität Basel: rund 8 Mio. Franken pro Jahr) sollte dieser Beitrag für die Universität verkraftbar sein. Die Einführung der neuen Finanzierungsmethode mit entsprechenden Beträgen ist in die derzeit geplanten Globalbeiträge 2014–2017 für die Universität integriert. Mit den jährlichen Pauschalbeiträgen ist es der Universität auch möglich, die Infrastrukturprojekte umzusetzen, die mit der «Einmaleinlage» in den Immobilienfonds beantragt wurden.

Wie aus der untersten Zeile «Delta kumuliert» in der Tabelle 1 ersichtlich ist, reichen die Zusatzbeiträge nicht aus, um den vollen Bedarf der Universität im Planungszeitraum zu decken. Die grösste Finanzierungslücke entsteht in den Jahre 2018 bis 2022. Die Universität wird dadurch gezwungen sein, die Vorhaben auf der Zeitachse deutlich zu strecken und die Investitionsvolumina zu glätten.

Das vorgesehene Finanzierungsmodell entlastet die kantonalen Investitionsrechnungen vollständig von den Universitätsinvestitionen. Über die höheren Trägerbeiträge werden die Kantonshaushalte aber in einem vergleichbaren Mass belastet. Der Vorteil ist jedoch, dass diese Zusatzbelastung im vornherein vereinbart und damit planbar ist und für die Universität den verbindlichen Rahmen für ihre Investitionsplanung ergibt. Ein weiterer Vorteil besteht in effizienteren und schnelleren Entscheidabläufen, was wiederum zur Kostenoptimierung beiträgt. Eine Prioritätensetzung im Verantwortungsbereich der Universität stellt zudem sicher, dass strategische Verantwortung und fachliches Know-How zusammenfallen. So gesehen ist es auch im Interesse der Trägerkantone, die Immobilienkosten mit einer vorhersehbaren Bandlast aufzufangen. Bei der Festlegung des betreffenden Jahresbeitrags sind Synergieeffekte

sowie die Finanzierungsbeiträge Dritter zu berücksichtigen. Die Alimentierung der Bandlast ist sodann jeweils von Leistungsperiode zu Leistungsperiode zu verifizieren, wobei auch die Menge der Bauvorhaben und damit Höhe der Trägerbelastung Gegenstand der Entscheide sind.

4. Neubauten und Eigentumsverhältnisse

Der Staatsvertrag legt in § 39, Abs. 2 fest, dass Neuinvestitionen ausserhalb des Gesamtbudgets der Universität «grundsätzlich je zur Hälfte» getätigt werden. Gemäss § 47 wird bei einer Auflösung der gemeinsamen Trägerschaft der allfällige «Auflösungs- und Liquidationserlös gemäss dem effektiven Finanzierungsanteil zwischen den Vertragskantonen aufgeteilt». Allerdings wurde beim Verfassen des Staatsvertrags von gemeinsamen Direktinvestitionen der Kantone mit anschliessendem anteilmässigen Eigentum durch die Kantone ausgegangen. Die Darlehenslösung impliziert jedoch, dass die sich aus den Darlehensverträgen ergebenden Zins- und Amortisationskosten im Globalbeitrag mit seiner nicht exakt, aber annähernd, hälftigen Finanzierungsquote niederschlagen. Allerdings sieht der Vertrag vor, dass die Kantone über die Form der Finanzierung von Neubauten durch die Universität noch Lösungen entwickeln und Vereinbarungen abschliessen. Das Gleiche gilt für die Frage des Miteigentums des Kantons Basel-Landschaft am bisherigen Liegenschaftsbestand. Die Finanzierung der Neubauten durch Darlehen an die Universität – kombiniert mit einem langsamen Hineinwachsen der Universität in den eigenen neuen Liegenschaftsbestand – stellt einen solchen Lösungsansatz dar. Mit der Einführung der hier vorgeschlagenen Lösung würde somit gleichzeitig diese langfristige Pendeiz erfüllt.

Mit dem Beschluss, die Investitionen der Universität mit Darlehen zu finanzieren, die anschliessend von dieser zurückzuzahlen sind, haben sich die Regierungen somit von einer scharfen Teilung der Kosten zu je 50 % entfernt. Denn mit der Integration der Finanzierung in den Globalbeitrag gilt der diesem unterliegenden Schlüssel, der massgeblich von den Studierendenzahlen bestimmt wird. Wegen des dem Kanton Basel-Stadt angerechneten Standortfaktors von derzeit 10 % ergibt sich bis zum Jahr 2016 wegen der vorübergehenden Verdoppelung des Standortfaktors eine leichte Verschiebung zu Lasten des Kantons Basel-Stadt und zu Gunsten des Kantons Basel-Landschaft. Ab 2017 nähern sich die Finanzierungsteile dann bei einem Standortfaktor von 5 % einander an. Zu beachten ist, dass auch die aus dem Immobilienfonds getätigten Erneuerungsinvestitionen ebenfalls nur annähernd einer hälftigen Finanzierung entsprechen. Zusammengefasst sind die Vorteile der neuen Finanzierungsmethode so gross, dass es bei der am Grundsätzlichen orientierten Formulierung des Staatsvertrags auch weiterhin eine annähernd hälftige Finanzierung der Liegenschaften, die durch bisherige Parlamentsbeschlüsse bekräftigt worden sind, verantwortet werden kann. Indem die Gebäude nach und nach in Besitz der Universität übergehen, ist es ohnehin sinnvoll, wenn die Finanzierungs- und damit Besitzanteile der Universität auch jenen an den Liegenschaften entsprechen.

5. Immobilienfonds

Die Zweckbestimmung des Immobilienfonds ist relativ offen angelegt. Sie zeichnet sich durch bestimmte Minimalanforderungen aus (insbesondere Unterhalt und Veränderung). Verfügt der Immobilienfonds über genügend Mittel, so können weitere strategiekonforme Ausgaben getätigt werden, als explizite Beispiele werden der Erwerb oder Neubau von Liegenschaften genannt (§ 40 Abs. 4). Wesentlich ist die Festlegung des Anteils des Globalbeitrags, der dem Immobilienfonds zugeführt wird und der jeweils auf die Leistungsperiode bezogen neu zu bestimmen ist (§ 40 Abs. 2).

6. Bedürfnisse der Universität

Ihre Infrastrukturbedürfnisse bis 2029 hat die Universität in ihrem mehrfach erwähnten Bericht vom November 2011 dargelegt. Die Regierungen erachten den Bericht als gut fundiert, mit dem neusten Bestand von 12'300 Studierenden entwickelte sich die Universität gemäss der Strategie MIDI. Wie oben dargestellt, mündet das daraus abgeleitete Investitionsprogramm langfristig in einen Mehraufwand der Universität von rund 60 Mio. Franken p.a.

7. Besitzverhältnisse

Die neu erstellten oder erworbenen Immobilien werden sich im Eigentum der Universität befinden. Bei einer (hochgradig theoretischen) Auflösung der Universität resp. der Trägerschaft würde der betreffende Erlös gemäss Finanzierungsanteil, d.h. Trägerquote der vorangehenden Jahre auf die Träger verteilt.

8. Laufende Aktualisierung der Gesamtsicht der Infrastrukturbedürfnisse der Universität

Die Liegenschaften sollen im jeweiligen Jahresrückblick der Universität als Ganzes und als spezifische Position ausgewiesen und begründet werden. Insbesondere wird die Universität über die Verwendung der oben beschriebenen zusätzlichen Trägerbeiträge detailliert Rechenschaft ablegen. Allfällige nicht verwendete Zusatzbeiträge sind zweckgebunden in einer Rücklage auf die Folgejahre vorzutragen und bei der Festlegung der Trägerbeiträge für nachfolgende Leistungsauftragsperioden angemessen zu berücksichtigen. Da die Zusatzbeiträge in Form eines «Kostendachs» gesprochen werden, besteht seitens der Universität der Anreiz, die Investitionsausgaben im Rahmen der bestehenden Langfristplanung zu halten.

Aus Sicht der Universität wird deshalb die Wirtschaftlichkeit der Lösung Ausschlag geben. Ob sie die Immobilien von Dritten oder von der IBS mietet, resp. sich für den Kauf einer Liegenschaft entscheidet spielt dann eine untergeordnete Rolle. Auf der anderen Seite haben die Trägerkantone Gewähr, dass die Zusatzbeiträge zweckgebunden zur Finanzierung der Zusatzlasten bei den Immobilien verwendet werden. Bei Verzicht, Verzögerungen oder Minderungen in der Umsetzung der Raumstrategie werden die «zu viel» ausbezahlten Zusatzbeiträge den Trägerkantonen durch entsprechende Reduktionen von künftigen Trägerbeiträgen wieder gutgeschrieben.

Für die nächsten beiden Leistungsperioden ist die Steigerung der Infrastrukturkosten aufgrund der Neubauplanungen Biozentrum und Biomedizin bereits in Aussicht genommen resp. beschlossen. So sieht die Parlamentsvorlage für den Neubau Biozentrum für die Universität eine Aufwanderhöhung von 14,5 Mio. Franken p.a. ab dem Bezugsdatum (Herbst 2017) vor, für das Gebäude der Biomedizin – über das die Parlamente im Rahmen einer Kreditsicherungsvorlage demnächst entscheiden – ist 2021/22 mit einem zusätzlichen Jahresaufwand von rund 8 Mio. Franken zu rechnen. Aufgrund des im Antrag 2014–2017 der Universität ausgewiesenen Zusatzbedarfs des Immobilienfonds von insgesamt 32 Mio. Franken sollte bereits im Jahr 2014 mit dem Aufbau der Zusatzbeiträge begonnen werden.

9. Entscheidstrukturen

Die neue Finanzierungsmethode für Infrastrukturen der Universität soll in erster Linie die planerischen und baulichen Entscheidstrukturen beschleunigen und effizienter gestalten. Die Strukturen und Wege für die politischen Grundsatzentscheide bleiben grundsätzlich wie bisher.

Lenkungsausschuss Partnerschaftsverhandlungen

Der aus Regierungsdelegierten beider Kantone zusammengesetzte Lenkungsausschuss «Partnerschaftsverhandlungen» wird wie bisher in regelmässigen Abständen die Gesamtstrategie der Universität und den sich daraus ergebenden Infrastrukturbedarf analysieren. Aus dieser rollenden Planung heraus ergibt sich jeweils die Liegenschaftspauschale für die nächsten zwei Leistungsperioden. Die Jahrespauschale für die jeweils anstehende Leistungsperiode ist zu beschliessen, die Pauschale für die daran anschliessende Periode ist in Aussicht zu, um den Planungsrhythmen für die Grossprojekte der Universität Rechnung tragen zu können.

Regierungen und Parlamente der Trägerkantone

Aufgrund der Schlussfolgerungen des Lenkungsausschusses Partnerschaftsverhandlungen berichten die Regierungen den Parlamenten und stellen Antrag. Dies geschieht entweder im Rahmen der Vorlage für den Globalbeitrag oder mit den separaten Vorlagen für eine kantonale Kreditsicherungsgarantie analog zur Vorlage für den D-BSSE-Neubau. Die daraus resultierenden Folgekosten sind anschliessend wie oben beschrieben aus den Liegenschaftspauschalen zu verzinsen und zu amortisieren. Die finanzrechtliche Hoheit der Parlamente bleibt damit gewahrt, ausserdem werden sie wie bisher über die Grossprojekte für die Universität im Einzelnen befinden können.

Immobilienfonds

Die Zwecksetzung des Immobilienfonds bleibt gemäss Staatsvertrag bestehen. In erster Linie ist der ordnungsgemässe Unterhalt der von der Universität genutzten Liegenschaften sicherzustellen. Wenn die Kantone darüber hinaus Mittel zur Verfügung stellen, können damit auch Erneuerungsinvestitionen bis hin zum Kauf von Liegenschaften getätigt werden. Der diesbezügliche Spielraum wird von der Universität jeweils in ihrem Antrag begründet und von den Kantonen im Zusammenhang mit dem Globalbeitrag beantragt. Künftig soll wegen der neu eingeführten Liegenschaftspauschale, die in den Immobilienfonds integriert wird, die Verwendung des Immobilienfonds jeweils separat in der jährlichen Berichterstattung der Universität ausgewiesen werden. Bei der vierjährigen Festlegung des Globalbeitrags werden die immobilienbezogenen Rücklagen und allfällige Reserven dabei spezifisch bei der Festlegung der Bandlast berücksichtigt.

10. Gesamtkonzept für die Immobilienaufwendungen der Universität

Für die Jahre 2017 ff. werden die beiden Regierungen in Absprache mit der Universität ein Gesamtkonzept für Miete, Erwerb und Bau sowie Eigentum und Unterhalt vorlegen. Mit diesem Gesamtkonzept soll es möglich werden, alle Immobilienkosten aus einer Position heraus zu steuern.

13. August 2013